

Auswirkung von Nuklearwaffen auf die Beziehungen der Nuklearwaffenstaaten in Süd-
asien

Von der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hoch-
schule Aachen zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie
genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Maximilian Simon Meyer

Berichter: Universitätsprofessor Dr. rer. pol. Ralph Rotte
 Juniorprofessor Dr. rer. nat. Malte Götsche

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Oktober 2023

„Diese Dissertation ist auf den Internetseiten der Universitätsbibliothek online verfü-
bar.“

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis.....	7
1. Einleitung	8
1.1 Auswahl des Untersuchungsfeldes	11
1.2 Forschungsfrage	13
1.3 Methodik	14
2. Terminologie.....	19
2.1. Abschreckung	19
2.1.1. Formen der Abschreckung.....	22
2.1.2. Sicherheit & Stabilität.....	26
2.1.3. Nukleares Paradox und Tabu.....	28
2.1.4. Signaling im internationalen Raum.....	30
2.1.5. Eskalation nach Herman Kahn.....	32
2.2. Begrenzte Kriege.....	36
2.2.1. Flexible Response und nukleare Kriegsführungsstrategien	38
2.2.2. Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie.....	40
2.3. Taktische Nuklearwaffen.....	42
2.3.1. Technisches Merkmal von taktischen Nuklearwaffen.....	43
2.3.2. Militärisches Merkmal taktischer Nuklearwaffen.....	48
2.3.3. Politisches Merkmal taktischer Nuklearwaffen	52
2.4. Nuklearwaffenpolitik – Arbeitsdefinition	55
3. Südasien	57
3.1. Exkurs: Physikalische Faktoren zur Bewertung der Nuklearwaffenpolitik	59
3.2. China	60
3.2.1. Chinas nukleare Doktrin und Kommandostruktur.....	63
3.2.2. Chinas nukleares Arsenal & Infrastruktur	70
3.2.3. Chinas Action Policy im Kontext der kultur-historischen Erfahrungen ...	91
3.2.3.1. Erfahrungen der Kolonialzeit	92
3.2.3.2. Der Einfluss der Person Xi Jinpings auf die Politik Chinas	93
3.2.3.3. Eigenwahrnehmung der strategischen Kultur.....	94
3.2.3.4. Wolf Warrior Diplomacy	96
3.2.3.5. Belt and Road Initiative und die Debt Trap Diplomacy.....	98

3.2.3.6.	Bedeutung des Indischen Ozeans und der maritimen Seidenstraße 103	
3.2.3.7.	Historische und außenpolitische Beziehung zu Indien.....	107
3.2.3.8.	Außenpolitische Beziehung zu den USA.....	115
3.2.3.9.	Historische und außenpolitische Beziehung zu Pakistan	118
3.2.4.	Bewertung der aktiven Nuklearwaffenpolitik in China	119
3.3.	Indien	120
3.3.1.	Indiens nukleare Doktrin und Kommandostruktur	122
3.3.2.	Indiens nukleares Arsenal und Infrastruktur.....	126
3.3.3.	Kultur-historische Erfahrungen und Außenpolitik Indiens	137
3.3.3.1.	Indische Selbstwahrnehmung unter kultur-religiösen Erfahrung und der Führung Modis	137
3.3.3.2.	Bedeutung des Indischen Ozeans für das indische Sicherheitsverständnis.....	142
3.3.3.3.	Historische und außenpolitische Beziehung zu China	144
3.3.3.4.	Historische Entwicklungen mit Pakistan.....	149
3.3.3.5.	Verständnis der pakistanischen Nuklearwaffen als Brinkmanship und Schutzschirm für Terrorismus.....	153
3.3.4.	Aktive Nuklearwaffenpolitik Indiens	155
3.4.	Pakistan.....	157
3.4.1.	Doktrin & Kommandostruktur Pakistans	159
3.4.2.	Pakistans Arsenal & nukleare Infrastruktur	161
3.4.3.	Bewertung der Action Policy des pakistanischen Staates	172
3.4.3.1.	Pakistanische Selbstwahrnehmung unter Einbezug kultur-historischer Erfahrungen.....	172
3.4.3.2.	Historische und politische Beziehungen zu Indien	175
3.4.3.3.	Historische und politische Beziehungen zu China.....	178
3.4.4.	Aktive Nuklearwaffenpolitik Pakistans.....	180
4.	Sample Cases.....	182
4.1.	Kargil-Konflikt.....	183
4.1.1.	Historische Abhandlung des Kargil Konfliktes	183
4.1.2.	Bewertung der politischen Aussagen.....	185
4.2.	Mumbai Attentate	189
4.2.1.	Historischer Ablauf der Anschläge.....	189
4.2.2.	Bewertung der Anschläge für die pakistanisch-indischen Beziehungen 191	
4.3.	Pulwama: Indien vs. Pakistan	195

4.3.1.	Historie der Handlungen.....	195
4.3.2.	Historie der politischen Aussagen	199
4.3.3.	Fazit für die Vermeidung von Eskalation	203
4.4.	Doklam und folgende Konflikte: China vs. Indien	206
4.4.1.	Historie der Handlungen.....	207
4.4.2.	Historie der politischen Aussagen	210
4.4.3.	Fazit für die Vermeidung von Eskalation	211
5.	Ausblick und Herausforderungen.....	214
	Literaturverzeichnis.....	220

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Eskalationsstufen nach Herman Kahn	34
Tabelle 2 Chinesische nukleare Trägersysteme	72
Tabelle 3: Chinesische ASW-Maßnahmen	79
Tabelle 4: Sino-indische Konflikte bis 2010	108
Tabelle 5 Indische nukleare Trägersysteme	128
Tabelle 6: Indische ASW-Maßnahmen	132
Tabelle 7: Pakistanisch-indische Konflikte bis 2010	149
Tabelle 8 Pakistanische nukleare Trägersysteme	163
Tabelle 9: Pakistanische ASW-Maßnahmen sowie Jagd-U-Boote	168

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Chinesische Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohner sowie Anlagen zur Produktion von Spaltmaterial und Testgelände.....	86
Abbildung 2: Teilnehmende Staaten an der Belt and Road Initiative	98
Abbildung 3: Chinesische Nine Dash Line	104
Abbildung 4: Umkämpfte Zonen zwischen China, Pakistan und Indien.....	109
Abbildung 5: String of Pearls / Einkreisung des indischen Subkontinents.....	112
Abbildung 6: Indische Städte mit mehr als 4 Millionen Einwohnern und Anlagen der nuklearen Infrastruktur	134
Abbildung 7: Umkämpfte Gebiete des Kaschmir-Konfliktes Quelle: Lesniewski o. J.	150
Abbildung 8: Pakistanische Städte mit mehr als 1,5 Millionen Einwohner, Islamabad, Gwadar sowie die nukleare Infrastruktur	169

Abkürzungsverzeichnis

ASW	Anti-Submarine Warfare
CEP	Circular error probable
HEU	Highly Enriched Uranium
HM	Heavy Metal
IPFM	International Panel on Fissile Materials
MIRV	Multiple Indendently targetable Reentry Vehicle
NFU	No First Use (Policy)
PLARF	People's Liberation Army Rocket Force
SIPRI	Stockholm International Peace Institute
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
SSBN	Ship Submersible Ballistic Nuclear
SSN	Ship Submersible Nuclear
SWU	Separative work units

1. Einleitung

Die Rolle der Nuklearwaffen im internationalen System ist ambivalent: Zum einen ist der Atomwaffenverbotsvertrag das langfristige Ergebnis der globalen, zivilgesellschaftlichen International Campaign to Abolish Nuclear Weapons. Die Kampagne gewann im Jahr 2017 sowohl für die erhöhte, mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf die negativen, humanitären Konsequenzen von Nuklearwaffen als auch für ihren Einsatz bezüglich des Atomwaffenverbotsvertrages den Friedensnobelpreis (vgl. The Nobel Foundation 2017). Die UN-Konferenz entschied darüber hinaus am 7. Juli 2017 über den Atomwaffenverbotsvertrag. Bei der Abstimmung wurde der Vertrag von 122¹ Staaten – mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung – angenommen (vgl. UNODA o. J.; Immenkamp 2018). Laut Vertragsübereinkunft werden Entwicklung, Tests, Produktion, Anschaffung, Besitz, Lagerung und Gebrauch (bzw. Androhung dessen) von Nuklearwaffen für alle Staaten global verboten (vgl. UNODA o. J.). Zum anderen werden sowohl in den aufstrebenden Nuklearwaffenstaaten Indien, Iran, Nordkorea und Pakistan als auch in den etablierten Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA umfangreiche Modernisierungsprogramme der nuklearen Arsenale durchgeführt. Die Regierungen der neun Nuklearwaffenstaaten, die an den Abstimmungen zum Atomwaffenverbotsvertrag nicht teilnahmen (vgl. Immenkamp 2018), handeln damit entgegengesetzt zur Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft und ignorieren die Entscheidung. In den Nuklearwaffenstaaten wurden Modernisierungsprogramme bzw. in einigen Staaten auch Arsenalvergrößerungen durchgeführt. Das entgegengesetzte Handeln gilt für die Nuklearwaffenstaaten und ihre Verbündeten auch dann, wenn der Atomwaffenverbotsvertrag erst am 22. Januar 2021 in Kraft trat (vgl. Schwarte 2021), da die Modernisierungsprogramme vor und nach dem Inkrafttreten geplant und umgesetzt wurden. Aufgrund mangelnder Optionen seitens der Befürworter des Atomwaffenverbotsvertrages bleibt die Zuwiderhandlung ungeahndet. Im Detail bedeutet dies, dass in den beiden größten Nuklearwaffenstaaten USA und Russland, deren Arsenale ca. 92% aller Nuklearwaffen

¹ Die übrigen Mitglieder der insgesamt 193 UN-Mitgliedsstaaten nahmen an der Abstimmung nicht teil. Die Nuklearwaffenstaaten und ihre Alliierten stehen dem Atomwaffenverbotsvertrag ablehnend gegenüber (vgl. Smith 2018: 1).

weltweit betragen, umfangreiche Modernisierungsprogramme durchgeführt werden (vgl. SIPRI 2018: 235). In den weiteren Nuklearwaffenstaaten China, Indien, Nordkorea und Pakistan werden die Arsenale laut dem Friedensforschungsinstitut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (2018) sogar erweitert (vgl. ebd.). Die britische Regierung hat indes in ihrem 2021 Integrated Review bekannt gegeben, dass die bisherige, beabsichtigte Reduzierung des Arsenal auf maximal 180 Sprengköpfe bis Mitte der 2020er aufgegeben wurde (vgl. Ministry of Defence/Defence Nuclear Organisation 2021). Stattdessen sollen bis zu 260 Sprengköpfe als Arsenal dienen (vgl. ebd.) Gleichzeitig werden Modernisierungen des Arsenal geplant, so dass neue nuklear-betriebene U-Boote mit ballistischen Raketen (SSBN) gebaut und eingesetzt werden können (vgl. SIPRI 2018: 252/253). Auch das französische Arsenal soll um SSBNs, eine neue U-Boot-gestützte ballistische Rakete (engl. Submarine-launched ballistic missile (SLBM)), Flugzeuge und Air-Launched Cruise Missiles erweitert werden (vgl. SIPRI 2022: 375). Bezüglich des israelischen Staates lassen sich aufgrund der fehlenden Nachweise keine genauen Angaben machen. Es ist lediglich bekannt, dass die israelische Regierung neue dieselmotorisierte U-Boote aus Deutschland erhält, die nuklear bewaffnet werden können (vgl. SIPRI 2018: 278/279). Insgesamt wird ersichtlich, dass demnach die Modernisierung der globalen Nuklearwaffenarsenale forciert wird.

Im internationalen System ist daher simplifiziert von einer Spaltung in zwei gegensätzliche Lager aus Nuklearwaffenstaaten, einschließlich ihrer verbündeten Staaten, und Nuklearwaffenabschaffungsbefürworter auszugehen: Laut den Sicherheitsexpertinnen und -experten Unal et al. (2017) verursacht die Durchführung von nuklearen Tests schwerwiegende humanitäre Konsequenzen (vgl. ebd.). Der Ansatz der Nuklearwaffengegner ist auf Grundlage dessen rational nachvollziehbar. Dennoch wäre es ebenso eine zu vereinfachte Darstellung, die Befürworter im Umkehrschluss als irrational zu interpretieren. Auch die fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten veröffentlichten ein gemeinsames Statement, in dem ein nuklearer Krieg sowie ein nukleares Wettrüsten unter allen Umständen zu verhindern sei (vgl. Whitehouse 2022). Die NATO bspw. unterstreicht zudem die Verwendung von Nuklearwaffen ausschließlich zur Wahrung des Friedens gegen etwaige Bedrohungen wie Russland und China (vgl. NATO 2022). Daher

eröffnet sich vielmehr die Frage, welche rationalen Motive die Befürworter mit diesen Programmen verfolgen. Eine Berücksichtigung eben jener Motive ist umso relevanter, falls die Dauer der Modernisierungsprogramme für Nuklearwaffen mit einbezogen wird: So gilt im Falle der USA eine erwartete Laufzeit bis in das Jahr 2046 (vgl. SIPRI 2018: 237). Somit sind das Modernisierungsprogramm und das damit angestrebte Motiv in den USA langfristig ausgelegt. Darüber hinaus lässt sich ein weiteres mögliches Motiv für die politischen Entscheidungsträger der USA, Russlands und Pakistans festhalten. In diesen Staaten wird den Nuklearwaffen eine Nutzungsmöglichkeit über die passive Abschreckung hinaus – also eine vermeintlich militärische Rolle – zugeschrieben. Die damalige US-amerikanische Regierung sprach im Jahr 2017 über den Einsatz einer Mini-Nuke – eine ballistische Nuklearrakete mit geringer Sprengkraft. Diese sollte mithilfe der Marinestreitkräfte verwendet werden (vgl. Mecklin 2018). Auch wenn die Entwicklung unter der Administration Bidens nicht gesichert ist, so wird die Rolle der Nuklearwaffen als fundamental verstanden und erlaubt einen Erstschatz (vgl. Kimball 2022). Überdies werden Russlands und Pakistans militärische Vorhaben mit einer „Eskalieren-um-zu-deeskalieren“-Strategie durch externe Experten in Verbindung gebracht. Die Strategie steht im direkten Zusammenhang mit der militärischen Verwendung von Nuklearwaffen. Die russische Regierung setzt inoffiziell auf die Strategie, mit der sie sich durch Androhung eines Nuklearwaffeneinsatzes oder eines tatsächlichen Einsatzes einer Nuklearwaffe mit geringer Sprengkraft erhofft, eine feindliche Konfliktpartei zur Kapitulation bewegen zu können, um damit ihre eigenen Ziele – eine Veränderung des Status Quo - durchzusetzen (vgl. Woolf 2022: 35). Laut der Politologin Amy Woolf (2022) liegt die Vermutung nahe, dass diese Strategie mit hoher Wahrscheinlichkeit für einen Konflikt mit der NATO angedacht wurde, was durch das Säbelrasseln im Ukrainekonflikt deutlich wurde (vgl. ebd.). Die pakistanische Regierung verfolgt denselben Ansatz, um den Nachteil gegenüber den konventionellen, indischen Streitkräften auszugleichen (vgl. Nazir 2018). Auch wenn sich die Strategien bezüglich ihrer offensiven und defensiven Zielsetzung unterscheiden, setzen sie beide den militärischen Einsatz einer Nuklearwaffe voraus und eröffnen somit den Blick auf ein weiteres Motiv für die Modernisierungsprogramme. Infolgedessen sollen die Motive der Modernisierungsprogramme, die eine konträre Entwicklung zu den

erzielten Ergebnissen der internationalen Gemeinschaft sind, sowie die Überlegungen eines tatsächlichen Nuklearwaffeneinsatzes als Anlass für diese Arbeit genommen werden, sich mit der militärischen Rolle von Nuklearwaffen zu beschäftigen. Dazu soll zunächst eine Auswahl des geeignetsten Untersuchungsraumes gefunden werden.

1.1 Auswahl des Untersuchungsfeldes

In Anbetracht von neun verschiedenen Nuklearwaffenstaaten soll zunächst herausgestellt werden, welche dieser Staaten sich für die Untersuchung einer nuklearen Kriegführungsstrategie eignen und welche besonderen Voraussetzungen sie im Kontext der Nuklearwaffen mitbringen. Die Region Südasien inkl. China umfasst drei Nuklearwaffenstaaten China, Indien und Pakistan, die aktuell durch Modernisierungsprogramme ihre nuklearen Arsenale erweitern und direkte Nachbarn zueinander sind. Die pakistanische Regierung ist durch ihre (vor allem von Indien unterstellte) Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie ein prominenter Vertreter des militärischen Einsatzes von Nuklearwaffen. Aber auch die Regierungen in China und Indien werden trotz ihres Verzichtes auf den Ersteinsatz (engl. No First Use (NFU)) zumindest mit einer konventionellen Kriegführungsstrategie in Verbindung gebracht (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 83/84; Jacob 2018: 209). Zumal der Politologe des MIT Vipin Narang (2018) anführt, dass die NFU Policy aufgrund der neu entwickelten Systeme und deren Eskalationspotential von Experten in Frage gestellt werden (vgl. S. 197).

Auch auf außen- und geopolitischer Ebene stehen diese Staaten in einem wichtigen Zusammenhang miteinander: Die chinesische Sicherheitspolitik orientiert sich als aufstrebende Großmacht an der US-amerikanischen Politik. Die indischen Entscheidungsträger wiederum orientieren sich an den chinesischen Plänen und die pakistanische Sicherheitspolitik wird durch die indischen Maßnahmen bestimmt, da sich die Staaten jeweils als Bedrohung für die eigenen Sicherheitsinteressen wahrnehmen (vgl. Nazir 2018; Miasnikov et al. 2015). Diese Wahrnehmung äußerte sich in den weltweit einzigen zwischenstaatlichen Konflikten. Bis zum Jahr 2022 waren alle übrigen Konflikte des zu beobachtenden Zeitraumes dagegen entweder innenpolitisch oder gegenüber transnationalen, nichtstaatlichen Akteuren. Erst mit dem Ukraine Konflikt ergab sich ein weiterer

internationaler, zwischenstaatlicher Konflikt. Im Gegensatz zu eben jenem sind die zwischenstaatlichen, bewaffneten Konflikte in Südasien jedoch durch eine geringe Intensität gekennzeichnet, wobei sie dennoch etwaiges Eskalationspotential bieten können. Vier Entwicklungen in der Region verdeutlichen zudem, wie wertvoll eine genauere Untersuchung ist: Erstens ist der chinesische Staat die zweitgrößte Wirtschaftsmacht gemessen am BIP, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates und besitzt allein durch die Belt and Road Initiative ein globales Investitionsprojekt (vgl. World Population Review 2019; Beri 2019). Die Volksrepublik China will aufgrund des steigenden politischen und ökonomischen Einflusses als eine regionale Supermacht im internationalen System wahrgenommen werden (vgl. Brewster 2018: 8/9). Zweitens möchte auch Indiens Regierung eine größere Rolle im internationalen System einnehmen: Sie bewerben sich um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und möchten Mitglied der Nuclear Suppliers Group werden (vgl. Kimball 2018: 83). Drittens rüsten die Regierungen aller drei Staaten ihre Marine (auch auf nuklearer Ebene) auf und verstärken ihre militärische Präsenz im Indischen Ozean (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 199). So besitzen die drei Staaten nukleare SLBM auf U-Booten und im Falle Indiens und Chinas auch SSBN (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 199; Rej 2018: 1). Viertens sind durch die Stationierung von US-Truppen im Indischen Ozean und Pazifischen Ozean sowie durch die Nähe zu Nordkorea und zwei weitere Nuklearwaffenstaaten in der näheren Region vertreten. Darüber hinaus betreibt der iranische Staat nukleares „Hedging“ (vgl. Bowen/Moran 2015: 688), was eine Konfliktzone in der Region mit Nuklearwaffen erschafft. Die nuklearen Arsenale der beiden aufstrebenden potenziellen Supermächte Indien und China sowie ihres Nachbarstaates Pakistan bieten somit einen relevanten Untersuchungsgegenstand im Kontext einer aktiven Nuklearwaffenpolitik. Diese drei Staaten sind dementsprechend ein relevantes Untersuchungsfeld.

1.2 Forschungsfrage

Die Thematik einer nuklearen Kriegführungsstrategie soll in dieser Arbeit auf zwei Ebenen behandelt werden: Zum einen ist zu bewerten, ob der mit einer Kriegführungsstrategie verbundene Begriff der „taktischen“ Nuklearwaffe für eine Waffe mit geringer Sprengkraft in Verbindung mit einer nahegelegten Durchführbarkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes ungeeignet oder irreführend sein kann. Es ist weiterhin zu berücksichtigen, falls eine solche Irreführung nahegelegt werden kann, inwieweit der Begriff zu einer Verzerrung der Wahrnehmung führt. Die Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen ist als Grundlage relevant für die Umsetzung von Kriegführungsstrategien. Zum anderen beschäftigt sich diese Arbeit mit der nuklearen Kriegführung und ihrem Einfluss auf geopolitische Situationen, ihrer technischen Umsetzung und nukleare Doktrin im Kontext südasiatischer Nuklearwaffenstaaten. Die südasiatischen Staaten verfolgen Modernisierungsprogramme ihrer nuklearen Arsenale und durch den pakistanischen Staat befindet sich ein Staat in der Region, der mit einer nuklearen Kriegführungsstrategie assoziiert wird. Es wird daher versucht, die folgenden Fragen zu beantworten: Welche Teilaspekte kann eine aktive Nuklearwaffenpolitik annehmen? Setzen die südasiatischen Staaten eben jene Politik für ihre geopolitischen Interessen ein? In diesem Kontext soll auch berücksichtigt werden, ob und auf welche Art und Weise die Nachbarstaaten ihre gegenseitigen Motive wahrnehmen². Auch soll beurteilt werden, inwieweit die beteiligten Staaten über die notwendigen Kapazitäten und Ressourcen für ihr Modernisierungsprogramme verfügen oder ob eine Diskrepanz zwischen Declaratory Policy und Force Deployment bzw. Action Policy besteht.

Die nukleare Kriegführungsstrategie und die Modernisierungsprogramme der Nuklearwaffenstaaten China, Indien und Pakistan sind im Kontext des allgemeinen Kontinuums von Nuklearwaffen zu beurteilen. So nehmen sie zwar aufgrund einer möglichen Kriegführungsstrategie eine vermeintlich bedeutsamere Rolle in der strategischen Planung ein. Die Idee dieser Verwendungsform ist jedoch im Vergleich zu Staaten wie den USA oder Russland keinesfalls neu. Daher

² Die Regierungen der Nachbarstaaten unterstellen eine solche Doktrin zumindest.

ist insbesondere die handlungsleitende Staatsführung der südasiatischen Staaten in die Einordnung ihrer jeweiligen Doktrin miteinzubeziehen. Ziel ist es festzustellen, zu welchem Zweck sie eine etwaige aktive Nuklearwaffenpolitik in ihrer aktuellen, geopolitischen Lage verfolgen. Zur Erklärung können im Allgemeinen drei Szenarien herangezogen werden: Erstens können die Anstrengungen für den Erhalt des Status Quo unternommen werden. Zweitens können die Anstrengungen für die Veränderung des Status Quo unternommen werden. Drittens sind sich die Regierungen der Wirkung ihrer Modernisierungsprogramme und Strategieänderungen nicht bewusst.

1.3 Methodik

Die Arbeit ist interdisziplinär und als Literaturarbeit mithilfe einer theoretischen Analyse konzipiert. Da aufgrund der geringen Verfügbarkeit von öffentlichen Quellen diese nur hermeneutisch gedeutet werden, werden offizielle Dokumente, Aussagen von offiziellen Entscheidungsträgern, Veröffentlichungen der Regierung der untersuchten Staaten sowie jene von Think Tanks inklusive regionaler Experten miteinbezogen. Als theoretische Grundlage der Analyse wird die internationale Konstellationsanalyse der Münchner Schule des Neorealismus verwendet: Diese Analyse bietet die Möglichkeit, die südasiatischen Staaten hinsichtlich ihrer Rolle und Wahrnehmung zueinander in Kontext zu setzen, da in der Analyse die „konkrete Beschaffenheit eines bi- oder multilateralen Beziehungsgefüges zwischen Aktionseinheiten in einer bestimmten Zeitspanne“ untersucht wird (Meier-Walser 2004: 15). Sie gliedert sich demnach erstens in Aktionseinheiten, die im internationalen System als Akteur auftreten können (vgl. ebd.). Dies gilt somit sowohl für Staaten als auch für trans- oder subnationale Akteure (vgl. ebd.). In der nachfolgenden Untersuchung sind die politischen Entscheidungsträger der südasiatischen Staaten entsprechend jene Aktionseinheiten. Die bestimmte Zeitspanne umfasst zweitens die Jahre seit dem Amtsantritt Xi Jinpings bzw. Narendra Modis. In der internationale Konstellationsanalyse werden mithilfe empirisch-anthropologischer, typologisierender Betrachtungen Verknüpfungen aufgezeigt und erläutert (vgl. ebd.). Der Politologe Reinhard C. Meier-Walser (2004) unterteilt die Betrachtungen in drei unterschiedliche Elemente: epochal, systematisch und zufällig (vgl. S. 15). Die epochalen Betrachtungsmöglichkeiten umfassen zeit- und zivilisationsbedingte Elemente, die die für

die Außen- und Nuklearwaffenpolitik relevante Infrastruktur und Technik berücksichtigt (vgl. ebd.). Bezogen auf die Nuklearwaffenpolitik beinhaltet dies die Technik der Sprengköpfe, Trägersysteme und nukleare Infrastruktur, aber auch die allgemeine Infrastruktur auf Verkehrs- und Kommunikationsebene sowie das konventionelle Militär. Die systematischen Elemente untersucht die politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Einflüsse eines Staates (vgl. ebd.). Zuletzt werden durch die zufälligen Elemente nicht wiederholbare Faktoren, wie bspw. das Charisma eines politischen Anführers, berücksichtigt (vgl. Meier-Walser 2004: 16). Für die Analyse werden die jeweiligen Elemente eines jeden Staates einzeln betrachtet, bevor die Staaten und ihre Konstellation in einer Synopse zusammengefasst werden (vgl. Meier-Walser 2004: 18). Im ersten Schritt werden die Staaten deshalb getrennt voneinander untersucht, um die außenpolitischen Entscheidungszentren, so Meier-Walser, genauer beurteilen zu können (vgl. ebd.). Auf diese Art und Weise können die außenpolitischen Entscheidungsträger danach beurteilt werden, inwieweit sie die Konstellation beeinflussen können (vgl. ebd.). Eine Beurteilung ist demnach immer unter Berücksichtigung der Konstellation zu treffen. Darüber hinaus werden institutionalisierte Prozesse sowie alle anderen Einflüsse durch Interessengruppen der einzelnen Staaten, wie Militär, Opposition oder Medien, miteinbezogen (vgl. ebd.). Die Ergebnisse werden dabei unter Berücksichtigung der subjektiven Wahrnehmung der objektiven Realität der Entscheidungsträger analysiert (vgl. ebd.). Diese subjektive Wahrnehmung stellt bei den südasiatischen Staaten sowie China eine Besonderheit aufgrund der kulturellen und historischen Prägung dar. Deshalb soll bei der systematischen Betrachtung eine psychologische Ansicht via des konstruktivistischen Versicherheitlichungsansatzes der Kopenhagener Schule (engl. Securitization) miteinbezogen werden: Laut der Theorie der Versicherheitlichung werden durch Sprechakte bzw. Aussagen Umstände sowie Situation als Sicherheitsprobleme ausgerufen (vgl. Lenz-Raymann 2014: 248). Mithilfe der Sprechakte werden Sicherheitsprobleme präsentiert und anerkannt (vgl. Williams 2003: 513). Die Umwandlung einer Situation in ein Sicherheitsproblem erlaubt und rechtfertigt im Folgenden die Verwendung von außergewöhnlichen Maßnahmen, da in diesem Fall die Nation sich in ihrer Sicherheit bzw. ihrem Überleben bedroht sieht

(vgl. Lenz-Raymann 2014: 243/248). Die Sicherheitsprobleme entstehen demnach erst mit den Sprechakten (vgl. Williams 2003: 513). Erweitert wurde die Theorie laut Kathrin Lenz-Raymann (2014) unter anderem durch den Politikwissenschaftler Thierry Balzacq, so dass auch schriftliche Veröffentlichungen und Gesetze als Akte der Versicherheitlichung interpretiert werden können (vgl. S. 248). Für den Erfolg eines Sprechaktes sind drei Elemente entscheidend: Die Akzeptanz und Zentralität des Zielpublikums, der Kontext und Zusammenhang mit der Handlung sowie das Dispositiv (vgl. Lenz-Raymann 2014: 244, 249, 251). Bezogen auf die südasiatische Konstellation kann demnach die Theorie der Versicherheitlichung dazu verwendet werden, Themen einzuordnen, die sicherheitspolitisch behandelt werden, und damit über die neorealistische Konstellationsanalyse hinaus bestimmte Themen berücksichtigen. Mithilfe der Versicherheitlichung sowie dem ersten Schritt der Konstellationsanalyse werden die Machtverhältnisse eines jeden Staates deutlich, die sich „aus einer Kombination militärisch-strategischer, wirtschaftlich-technologischer, geografisch-demografischer und politisch-moralischer Faktoren“ zusammensetzt (Meier-Walser 2014: 19). Dazu zählt auch die Vertragslage der beteiligten Staaten, die jeweils mit einem eigenen Interesse abgeschlossen wurden (vgl. ebd.). Aufgrund der Analyse der Nuklearwaffenpolitik wird ein besonderer Fokus auf die technischen Daten der einzelnen Staaten gelegt werden. Sobald die einzelnen Staaten unter diesen Betrachtungsmöglichkeiten analysiert wurden, können diese Ergebnisse in Beziehung gesetzt werden, da die Macht eines Staates bzw. die Nuklearwaffenpolitik im Speziellen in Relation bewertet werden muss (vgl. Meier-Walser 2014: 20). Aufgrund der Beziehungen können demnach die Machthierarchie sowie „transnationalen Strukturfaktoren“ herausgestellt werden, so dass die potenziellen Kooperationen und Konflikte der Staaten ersichtlich werden (vgl. ebd.). Der dritte Schritt – die Synopse bzw. Synthese – erzeugt mithilfe der beiden vergangenen Schritte ein Gesamtbild der Konstellation (vgl. ebd.). Der Untersuchungszeitraum wird gemäß Meier-Walser Aussage auf den Zeitraum der Jahre 2013 bis 2021 beschränkt, da zwei der drei Staaten innerhalb dieses Zeitraumes das gleiche Staatsoberhaupt hatten. Ergänzt werden diese Angaben um die relevante Vorgeschichte eines jeden Staates hinsichtlich der Nuklearwaffen sowie zueinander (vgl. Meier-Walser 2004: 18). Analog zu der Idee des Soziologen Paul Joseph

(1985) können mithilfe der Ergebnisse der Analyse die Declaratory Policy, die Action Policy und das Force Deployment verglichen werden (vgl. S. 297). Bei der Action Policy handelt es sich um die tatsächlichen militärischen Pläne einer Regierung im Konfliktfall, die jedoch aufgrund der Geheimhaltung der jeweiligen Regierung nicht miteinbezogen werden kann. Stattdessen muss anhand einer hermeneutischen Interpretation einzelner Aussagen der politischen Entscheidungsträger ein Einblick über die Absicht der südasiatischen Regierungen gewonnen werden. Zuletzt werden auch ökonomische Faktoren der Staaten Indien, China und Pakistan zur Unterstützung für diesen Ansatz hinzugezogen, da anzunehmen ist, dass verschiedene Formen von Nuklearwaffenpolitiken über dafür angepasste Force Deployment und Action Policy hinaus noch weitere Voraussetzungen erfordern. Zum Abschluss werden anhand von Fallbeispielen, ähnlich eines Most Similar Case, die getroffenen Annahmen überprüft. Die Fallbeispiele beschäftigen sich mit Konfliktsituationen zwischen Indien und Pakistan sowie Indien und China. Dabei werden sowohl Fallbeispiele herausgesucht, die sich vor dem Jahr 2013 als auch jene, die nach dem Jahr 2013 vorgefallen sind. Auf diese Art und Weise kann eine etwaige Veränderung in der Nuklearwaffenpolitik zwischen dem Untersuchungszeitraum und dem vorangegangenen Zeitraum festgestellt werden. Die untersuchten Fallbeispiele erstrecken sich dabei ausschließlich auf konventionelle Konflikte, aus denen eine veränderte Politik der untersuchten Staaten abgeleitet werden kann. Der vorangegangene Zeitraum ist jedoch auf die Zeit nach dem Jahr 1998 einzuschränken, da erst ab diesem Zeitpunkt alle drei südasiatischen Staaten offiziell über Nuklearwaffen verfügten.

Um der Forschungsfrage nachzugehen, werden die folgenden Schritte durchgeführt: Zunächst soll die Terminologie der Nuklearwaffen betrachtet werden. Insbesondere die (nukleare) Kriegführung, eine Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie und „taktische“ Nuklearwaffen in Abgrenzung zur Abschreckung sollen dabei erörtert werden (Kap. 2). Weiterhin werden die sicherheitspolitischen und kulturellen Hintergründe der südasiatischen Staaten Indien, China und Pakistan näher betrachtet, um sie in Bezug zur Doktrin und damit zur Declaratory Policy, also den öffentlichen und offiziellen politischen Aussagen, setzen zu können. Mit der Darstellung der nuklearen Doktrinen können die technischen Möglichkeiten, die nukleare Infrastruktur und das nukleare Force Deployment, der

tatsächlichen Befähigung des Militärs bewertet anhand ihrer Waffensysteme und Kommandostruktur, dieser Staaten in Zusammenhang gebracht werden (Kap. 3). Mithilfe von Fallbeispielen, die die Konflikte in den Jahren 1999 bis 2019 zwischen zwei der jeweiligen südasiatischen Staaten beinhalten, soll aufgezeigt werden, welche weiteren Faktoren für oder gegen die bereits getroffenen Annahmen stehen. Dabei wird zwischen den Fallbeispielen vor und nach der aktuellen Regierung und der damit verbundenen Nuklearwaffenpolitik unterscheiden. Auch erstrecken sich die Fallbeispiele auf konventionelle Szenarien, da sich ein hypothetisch verändertes Verhalten sich hiervon ableiten lassen könnte (Kap. 4). Abschließend wird eine Bewertung der aktiven Nuklearwaffenpolitik im Allgemeinen sowie im Kontext Südasiens und ihre Auswirkung auf die regionale Stabilität vorgenommen (Kap. 5).

2. Terminologie

In einem ersten Schritt werden die grundlegenden Begriffe der Nuklearwaffenpolitik – wie sie in der zugrundeliegenden Arbeit verstanden werden - geschärft, da für diese keine eindeutige und einheitliche Interpretation vorliegt. Die aktive Verwendung der Nuklearwaffen, also ihren Einbezug als tatsächliches militärisches Mittel³, wird als nukleare Kriegsführungsstrategie bezeichnet. Die militärische Rolle wird den Nuklearwaffen durch ihre Befürworter trotz der Tatsache unterstellt, dass es seit dem 2. Weltkrieg keinen Einsatz einer solchen Waffe mehr gab. Die bereits oben angeführte Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie kann dabei als ein Teilgebiet der nuklearen Kriegsführungsstrategie verstanden werden. Im Zusammenhang mit dieser Strategie wird zudem der Begriff des (geografisch oder militärisch) begrenzten Krieges angeführt (vgl. Waltz 1981), der deshalb mit in die Arbeit einbezogen wird. Die zu untersuchenden Begriffe sind daher die Abschreckung in Abgrenzung zu einer begrenzten Kriegsführung und die damit verbundene Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen sowie die Eskalationstheorien. Da die Doktrinen der südasiatischen Staaten daraufhin untersucht werden sollen, ob die Details der Doktrinen eine begrenzte Kriegsführung fordern oder fördern, werden insbesondere taktische Nuklearwaffen dagegen abgesteckt. Zunächst soll jedoch die traditionelle Definition der Abschreckung als Gegenentwurf zur begrenzten Kriegsführung und Bezugspunkt für die Doktrin eines Staates dargestellt werden. Im Anschluss und unter Einbezug von Eskalation (in einem theoretischen Rahmen) wird mithilfe der Rolle taktischer Nuklearwaffen im Allgemeinen und innerhalb der südasiatischen Staaten im Besonderen eine Arbeitsdefinition für die Nuklearwaffenpolitik geschaffen.

2.1. Abschreckung

Im Allgemeinen können der Besitz und die Instandhaltung von (nuklearen) militärischen Streitkräften, um einen Angriff durch einen anderen Staat bzw. einen Aggressor zu verhindern, als Abschreckung verstanden werden (vgl. The

³ Trotz der Tatsache, dass mit Nuklearwaffen keine militärische Einsätze nach dem 2. Weltkrieg durchgeführt wurden, wird ihnen eine militärische Rolle unterstellt.

Merriam-Webster Inc. o. J. b). Das Gegenüber wird, so der Politologe und Abschreckungsexperte Robert Jervis (1982), davon überzeugt, dass der zu erwartende Gewinn an Ressourcen, Terrain, Status, etc. von den zu erwartenden Repressalien übertroffen wird (vgl. S. 4). Neben dem physischen Besitz einer Nuklearwaffe ist die Abschreckung ein rein psychologischer Faktor. Damit die Maßnahme der Abschreckung im internationalen System greift, muss notwendigerweise der den Gegenangriff ausführende Staat und seine politischen Entscheidungsträger über ein ausreichendes Maß an Glaubwürdigkeit verfügen: Dies bedeutet, dass zum einen das Militär über die Befähigung verfügen muss, die Repressalien zufügen zu können und zum anderen die Entscheidungsträger die Entschlossenheit haben müssen, die Aktion auszuführen (vgl. Delpech 2012: 45). Die Glaubwürdigkeit ist ein entscheidender Punkt der Abschreckungstheorien. Kenneth Waltz (1981) interpretiert die Abschreckung in diesem Zusammenhang mit einem inhärenten Problem: Die durch den Einsatz einer Nuklearwaffe entstehende Zerstörung des eigenen Territoriums im Zuge eines Zweitschlages ist rational nicht zu rechtfertigen (vgl. ebd.). Da die Abschreckung selbst für den Erstschatz versagt hat, erscheint eine Gegenmaßnahme ab diesem Zeitpunkt irrational (vgl. ebd.). Folglich entsteht ein Glaubwürdigkeitsproblem bei dem angegriffenen Staat. Entsprechend könnte der angreifende Staat sich darauf verlassen, dass keine nukleare Vergeltung erfolgt (vgl. ebd.). Hierzu bemerkte Waltz, dass diese „rationale“ Ansicht der Abschreckung die politischen Entscheidungsträger des verteidigenden Staates zur Selbstabschreckung bringen könnten (vgl. ebd.). Die Entscheidungsträger würden von der Vergeltung aufgrund der Irrationalität zurückschrecken und der Aggressor kann im Wissen darum frei agieren. Waltz bezieht für einen Lösungsansatz des Glaubwürdigkeitsproblems Thomas C. Schelling und Bernard Brodie mit ein: Laut Schelling sollte die Glaubwürdigkeit die Androhung eines Nuklearwaffeneinsatzes ein gewisses Maß an Zufall bzw. Risikos enthalten (vgl. ebd.), wodurch eine Restirrationalität entsteht. Diesem Ansatz nach benötigt eine erfolgreiche Abschreckungstheorie demnach einen gewissen Grad an Intransparenz. Folglich müssen die politischen Entscheidungsträger eines potenziellen Aggressors dieses Risiko in ihren Kalkulationen berücksichtigen (vgl. ebd.). Brodie interpretierte stattdessen unabhängig vom Begriff der

Rationalität die Regierungen als stets umsichtig und vorsichtig angesichts größter Gefahren (vgl. ebd.). Entsprechend dieser Überlegung verändert die bloße Präsenz einer Nuklearwaffe die Handlungsweise eines Aggressors. Darauf aufbauend formuliert Waltz für die Glaubwürdigkeit, dass die Grundannahme der Abschreckung konventionell und damit für die Nuklearwaffen überholt ist (vgl. ebd.). Bei der konventionellen Überlegung genügt es dem Aggressor, so Waltz, dass der Erfolg seiner Handlung wahrscheinlich ist (vgl. ebd.). Aufgrund der Restirrationalität muss der Aggressor sich jedoch des Erfolges gewiss sein, da das Risiko eines potenziellen Vergeltungsschlages und die damit verbundenen Kosten zu groß sind (vgl. ebd.). Waltz schlussfolgert daher, dass die Analyse für eine erfolgreiche Abschreckung nicht die Hemmschwelle des Verteidigers, sondern das Risiko des Aggressors berücksichtigen muss (vgl. ebd.).

Übertragen auf das internationale System bedeutet die Abschreckung mithilfe der Restirrationalität, dass das Hauptziel der nuklearen Abschreckung die Kriegsvermeidung und die daraus resultierende strategische Stabilität ist. Die Befürworter der nuklearen Abschreckung beschreiben sie damit als Sicherheitsfaktor in eben jenem System. Die mit der Abschreckung verbundene Stabilität wird in Abhängigkeit zum Autor unterschiedlich bewertet: Der Politologe Julian Schofield (2013) hat sich mit den unterschiedlichen Bewertungen der Abschreckungen bereits beschäftigt. Er nennt die Ansätze des Politologen Kenneth Waltz, der die Abschreckung als robust bezeichnet, und den Politologen und US-Nuklearstrategen Albert Wohlstetter (1958), der die Abschreckung als fragil beschrieben hatte, als Beispiele für die gegensätzliche Auffassung innerhalb der Experten (vgl. S. 74). Allerdings ist ihre tatsächliche Wirksamkeit nicht verifizierbar, da lediglich eine Korrelation, aber keine nachweisbare Kausalität zwischen Nuklearwaffen und dem Ausbleiben eines großen Krieges vorliegt (vgl. Tertrais 2011: 9). Eine Möglichkeit, eine Differenzierung von nuklearer Abschreckung vorzunehmen, erfolgt anhand ihrer strategischen Ausrichtung. Eine andere Möglichkeit bietet die Untersuchung der chronologischen Entwicklung ihrer maßgeblichen Theorien. Im Folgenden sollen daher diese Denkrichtungen bzw. strategischen Formen der Abschreckung näher betrachtet werden.

2.1.1. Formen der Abschreckung

Die nukleare Abschreckung wird nach Art und Umfang differenziert: So existieren die Formen der Abschreckung durch Verweigerung (der zu erwartenden Gewinne des Aggressors), engl. Denial, und durch Bestrafung mithilfe eines Vergeltungsschlages, engl. Punishment (vgl. Mazarr 2018: 2). Aus diesen unterschiedlichen Formen leiten Regierungen für ihren Umgang mit Nuklearwaffen eigene Handlungskonzepte ab. Der Politologe Amir Lupovici (2010) kategorisiert die Entstehung der Abschreckungstheorien chronologisch und inhaltlich in vier Wellen. In den ersten beiden Wellen wurde die Abschreckungstheorie als apolitisch und ahistorisch bewertet (vgl. Lupovici 2010: 707). Folglich wurde auf realpolitische Implikationen keine Rücksicht genommen (vgl. ebd.). Da zu diesem Zeitpunkt keine empirischen Daten miteinbezogen wurden, kann die Abschreckungstheorie auch nicht falsifiziert werden (vgl. Adler 1992 nach Lupovici 2010: 707/708). Stattdessen bot die Abschreckungstheorie in den ersten beiden Wellen den politischen Entscheidungsträgern einfache Lösungen für komplizierte, außenpolitische Probleme (vgl. Lupovici 2010: 708). Die erste Welle entstand durch Theoretiker, wie Brodie, so Lupovici (vgl. Lupovici 2010: 706). Da die strategischen Implikationen von Nuklearwaffen erstmals berücksichtigt wurden, war der Einfluss auf die Politik begrenzt (vgl. ebd.). Die zweite Welle, die Ende der 1950er Jahre entstand, bezog spieltheoretische Modelle in die Überlegungen mit ein (vgl. ebd.). Auch wenn bei dieser Welle eine Bestätigung ausblieb, wurden die Erkenntnisse der zweiten Welle laut Lupovici Allgemeinwissen, um das Handeln der Akteure zu analysieren (vgl. Lupovici 2010: 706/707). Im Gegensatz zu den vorangegangenen Wellen wurden in der dritten Welle die empirische Forschung forciert (vgl. Lupovici 2010: 707). Sie bot erstmals Lösungen für die an die ersten beiden Wellen herangetragenen Kritiken an: Unter anderem Risikobereitschaft, Fehlwahrnehmung und innenpolitische Aspekte wurden überarbeitet (vgl. ebd.). Allerdings konnten auch diese Theoretiker nicht vollständig erklären, wie Abschreckung funktioniert, so Lupovici (vgl. Lupovici 2010: 708). Die vierte Welle entstand zum Ende des Kalten Krieges laut Lupovici (vgl. Lupovici 2010: 710). In dieser aktuellen Welle der Abschreckungstheorie sollten auf Empfehlung des Politologen erstmals die theoretischen und empirischen Entwicklungen miteinander verbunden, was deshalb als interpretative Welle verstanden werden sollte (vgl.

ebd.). Im Allgemeinen lässt sich für die vier Wellen festhalten, dass sie sich laut Lupovici in ihrer Datengrundlage für die Theoriebildung und ihren Einfluss auf die Entscheidungsträger unterscheiden.⁴ Die Abschreckungstheorien bieten den politischen Entscheidungsträgern ein Handlungskonzept sowie ein Repertoire an Fachbegriffen zur Kommunikation, die jedoch in Abhängigkeit von Individuen, Regierungen und Institutionen unterschiedlich normativ aufgeladen sind und entsprechend interpretiert werden (vgl. Lupovici 2010: 706-708). Zudem ist die jahrzehntelange Historie der Theoriebildung durch die westlichen bzw. eurozentristischen Akteure geprägt. So ergeben sich die von Regierungen verfolgten Doktrinen, die sich in ihren häufigsten Varianten in aufsteigender Reihenfolge nach ihrer Arsenalgröße und Verwendungsmöglichkeit existential oder minimal deterrence, (credible) minimum deterrence, assured retaliation und (mutually) assured destruction gliedern (vgl. Kumar 2018; Frei 1987: 108-109; Dizikes 2014). Während bei der minimal deterrence der reine Besitz einer Nuklearwaffe zur Abschreckung ausreicht, bildet die (mutually) assured destruction, die die Vernichtung des Gegenübers mithilfe von Nuklearwaffen versichert, das andere Ende des Spektrums (vgl. ebd.). Die (credible) minimum deterrence setzt ein Minimum für die Arsenalgröße voraus, die jedoch Interpretationsspielraum zulässt (vgl. ebd.). Zuletzt ist die assured retaliation eine Zusicherung eines Vergeltungsschlages (vgl. ebd.).

Die nukleare Abschreckung ist darüber hinaus immer wieder kritikbehaftet. Vier essenzielle Kritiken lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens ist der Begriff „Abschreckung“ kulturell unterschiedlich und seine Bedeutung sprachgebunden. Diese variiert in Abhängigkeit des Akteurs und besitzt eine unterschiedliche psychologische Wirkung auf die anderen Akteure sowie deren jeweilige Selbstwahrnehmung (vgl. Frei 1987: 97). Entsprechend muss die kulturelle und psychologische Ebene für eine erfolgreiche Kommunikation der Abschreckung mitgedacht werden. Eben jene Ebenen sind jedoch nicht zu jedem Zeitpunkt transparent oder offensichtlich. Zweitens setzt Abschreckung einen rationalen Akteur voraus. Die Rationalität ist notwendig, um eine Kosten-Nutzen-Kalkulation durchführen zu können. Der angreifende Akteur muss also erkennen können,

⁴ Eine Detailbetrachtung der historischen Abschreckungstheorien ist bspw. bei Amir Lupovici (2010) „The Emerging Fourth Wave of Deterrence Theory“ nachzulesen.

dass er mit den von ihm favorisierten Mitteln sein Ziel nicht erreichen bzw. seine Interessen nicht durchsetzen kann (vgl. Schreer 2005: 10). Robert Jervis erkennt bei dieser Voraussetzung jedoch bereits die Problematik, dass Akteure durch verschiedene Faktoren, bspw. Selbstüberschätzung, beeinflusst werden können (vgl. Jervis 1982: 19-20). Zudem basiert die Abschreckung auf der Prägung durch das sozio-kulturelle Wertesystem sowie die individuelle Erfahrung und der Wahrnehmung der einzelnen Akteure, die sich damit von der objektiven Realität unterscheiden können (vgl. Schreer 2005: 10; Brzoska 2018: 38). Zusätzlich können sich diese Ideen und Praktiken innerhalb der strategischen Kultur einer Gesellschaft weiter verändern (vgl. Brzoska 2018: 38). Die Abschreckung hat demnach ausschließlich einen individuellen und psychologischen Faktor, der auf der Wahrnehmung der Akteure im Kontext der eigenen sozio-kulturellen Prägung sowie strategischen Kultur basiert und über ihren Erfolg entscheidet. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen dem Wandel und der Rechtfertigung der Ideen sowie Praktiken, die beide durch die technischen Möglichkeiten begrenzt werden (vgl. ebd.). Dies bedeutet, dass die Abschreckung immer auf den Einzelfall bzw. den einzelnen Akteur bezogen werden muss, um bewertet zu werden. In Beziehung zur Befähigung und Entschlossenheit einer militärischen Verwendung einer Nuklearwaffe folgt zudem, dass entweder die Befähigung fehlt – die Kosten den Gewinn übersteigen können – oder die Repressalien nicht ausgeführt werden, weil ein Nukleareinsatz nicht verhältnismäßig ist (vgl. Delpech 2012: 45-46). Diese Unverhältnismäßigkeit ist Auslöser für die Debatte über die begrenzte, nukleare Kriegführung, um das Dilemma aufzulösen. Drittens entsteht aus psychologischer Sicht folgende Problematik: Der defensive Akteur ist, da er seine Heimat verteidigt und infolgedessen höhere Kosten für ein eventuelles Scheitern tragen muss, gegenüber dem Offensiven bzgl. der Entschlossenheit im Vorteil (vgl. Chiabotti 2018: 14). Viertens ist die Rolle der Intransparenz in der Nuklearwaffenthematik ambivalent, da sie je nach Welle und Autor als abschreckungsfördernd oder -behindernd ausgelegt wird (vgl. Delpech 2012: 46-47). Eine fehlende, vollständige Transparenz über die rein technischen und militärischen Daten hinaus, so Furio Cerutti (2007), verhindert jedoch mindestens die exakte historische Bewertung der Nuklearwaffen hinsichtlich ihrer abschreckenden Wirkung (vgl. S.

77). Die Eskalationsschwellen für ihren Einsatz obliegen somit der Wahrnehmung eben jener Akteure und sind anfällig für Fehlinterpretationen. Auf theoretischer Ebene zeigt sich, dass die Abschreckung aufgrund ihrer mangelhaften Beweisfähigkeit Uneinigkeit innerhalb der Expertenkreise erzeugt. Nichtsdestotrotz ist sie realpolitischer Bestandteil des internationalen Systems und gilt als Sicherheits- und Stabilitätsgarantie. Im Folgenden sollen diese Begrifflichkeiten näher betrachtet werden.

2.1.2. Sicherheit & Stabilität

Ähnlich dem Abschreckungsbegriff besitzen auch die Definitionen von „Sicherheit“ und „(strategische) Stabilität“ eine unterschiedliche Bedeutung in Abhängigkeit zu ihrem Autor. Der Begriff der strategischen Stabilität ist während des Kalten Krieges zwischen den USA und der UdSSR mit seiner heutigen Bedeutung versehen worden (vgl. Delpech 2012: 37). Ziel war es, die Wahrscheinlichkeit eines Erstschlages zu reduzieren und damit eine gegenseitige Abschreckung zu erreichen bzw. einen Krieg zu verhindern (vgl. ebd.). Diese Form der Stabilität basierte auf der Annahme einer gegenseitigen Verwundbarkeit⁵ (vgl. Jacob 2019). Mit dieser Form der Stabilität sollte somit auch der leichtfertige Einsatz, ein Unfall oder ein unautorisierter Einsatz einer Nuklearwaffe verhindert werden (vgl. Thomas-Noone 2016: 2). Die Expertin für internationale Beziehungen Thérèse Delpech (2012) setzt die strategische Stabilität in Verbindung mit den verantwortlichen Akteuren bzw. politischen Entscheidungsträgern. Laut der Autorin sind die Nuklearwaffen als Militärtechnologie eine zu schwere Bürde für Politiker (vgl. Delpech 2012: 37f). Eben jene sind gleichzeitig mit der Stabilisierung des internationalen Systems betraut trotz verschiedener oder gegensätzlicher Interessen (vgl. ebd.). Die politischen Entscheidungsträger haben unter anderem unterschiedliche Charakteristika, die, so Delpech, in Bezug auf militärische Aktionen – insbesondere Nuklearwaffen – in ihren verschiedenen subjektiven Grundhaltungen variieren (vgl. ebd.). Übertragen auf die Zeit nach dem Kalten Krieg sieht Delpech drei daraus resultierende Probleme: Die ersten beiden Probleme begründen sich in den Entscheidungsträger selbst, weil diese sowohl durch ein unbeirrbar aggressives Verhalten als auch durch eine zu geringe Risikobereitschaft Instabilität im internationalen System erzeugen können (vgl. Delpech 2012: 38). Das dritte Problem betrifft ein komplexeres internationales System. Die Dreiecksbeziehungen oder gar multipolare Ordnung eben jenes Systems seit dem Ende des Kalten Krieges sind instabiler als die Bipolarität des vorherigen Systems (vgl. ebd.). Die Möglichkeit zur strategischen Stabilität und deren Qualität stehen demnach in Abhängigkeit zum Entscheidungsträger und dem System, in dem er sich befindet.

⁵ Der ABM-Vertrag ist ein Beispiel für die zugesicherte, gegenseitige Verwundbarkeit (vgl. Jacob 2019).

In den internationalen Beziehungen wird den Nuklearwaffen dennoch somit aufgrund ihrer Abschreckungseigenschaft eine sicherheitsgarantierende und stabilisierende Wirkung zugeschrieben (vgl. Wisotzki 2005: 127). Die stabilisierende Wirkung wird von (einigen) Akteuren mit Frieden gleichgesetzt (vgl. ebd.). Die sicherheitsgarantierende Wirkung im internationalen Raum umfasst laut des emeritierten politischen Philosophie-Professors Furio Cerutti (2007) die drei Komponenten Risikobereitschaft, Risikomanagement und Risikovermeidung (vgl. S. 35), also dem Erkennen, Umgang und der Vermeidung möglicher Bedrohungsszenarien für den nationalen Kontext. In diesem Zusammenhang ist die Gewährleistung von Sicherheit infolgedessen zentraler Bestandteil moderner politischer Systeme (vgl. ebd.). Das Ziel der Systeme ist die Erzeugung von Vorteilen für die Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft (vgl. ebd.). Die Sicherheit stellt dabei einen essenziellen Bestandteil der Vorteile dar (vgl. ebd.). Sie wird – stark vereinfacht – sowohl in eine interne als auch eine externe Komponente unterteilt (vgl. Cerutti 2007: 36). Die externe Komponente, die das außenpolitische Spektrum der Sicherheit umfasst, könnte durch den Besitz von Nuklearwaffen erfüllt werden. Jedoch sieht Cerutti den Lösungsansatz als unzureichend an, da für die Staaten damit verbundenen, neue Sicherheitsprobleme bezogen auf die Nuklearwaffen entstehen (vgl. Cerutti 2007: 36/37). Er erachtet daher einen Lösungsansatz für die externe Sicherheitskomponente als notwendig, der über den Politikbereich hinaus geht und sich den Unsicherheiten des internationalen Systems selbst widmet (vgl. Cerutti 2007: 37). Der Autor stellt demnach die Wirkung der Nuklearwaffen in Frage. Unter Einbezug der Autoren Zagare (2004) und Waltz (1981) kann eine mögliche Erklärung für die Unsicherheit gegeben werden: Das internationale System ist anarchisch und durch rationale, egoistische Akteure geprägt (vgl. Zagare 2004: 109; Waltz 1981). Die Akteure agieren als Nutzen- und Sicherheitsmaximierer (vgl. ebd.). Eine Nuklearwaffe wäre folglich ein möglicher Sicherheitsgewinn eines sicherheitsmaximierend handelnden Akteurs. Dies gilt selbst dann, wenn die Waffe ihre sicherheitsstiftende Wirkung nicht umfassend ausfüllen sollte, da dies nicht notwendigerweise durch andere Akteure wahrgenommen wird. Der Einsatz der Nuklearwaffen trotz ihrer nicht vollständigen Wirkung widerspricht damit der Auffassung Ceruttis. Die sicherheitsstiftende Wir-

kung der Nuklearwaffen ist demnach ebenso wie die Abschreckung allein abhängig von der Wahrnehmung der einzelnen Akteure. Diese Akteure handeln laut Colin S. Gray (1999) zudem stets in Abhängigkeit zu ihrer Kultur (vgl. S. 129). Dies bedeutet, dass sie kulturell geprägt und erzogen werden und somit den Kontext für strategisches Verhalten bieten (vgl. Gray 1999: 129-130). Die Gewichtung der Nuklearwaffen für die eigene Sicherheit variiert demnach nicht nur zwischen Akteuren, sondern auch zwischen verschiedenen strategischen Kulturen. Im Zusammenhang mit der stabilisierenden und sicherheitserzeugenden Wirkung sind das nukleare Paradoxon und die Norm des nuklearen Tabus zu nennen, da sie auf den Wirkungen beruhen.

2.1.3. Nukleares Paradox und Tabu

Das Stabilität-Instabilität-Paradoxon bzw. nukleare Paradoxon ist ebenso wie die Norm des nuklearen Tabus eine Folge der Abschreckung und unterstellten stabilisierenden Wirkung von Nuklearwaffen auf der Ebene des internationalen Systems. Um die Abschreckung von der begrenzten Kriegsführung abgrenzen zu können, ist es folglich notwendig, dass diese Begriffe im Folgenden definiert werden.

Das Stabilität-Instabilität-Paradoxon beschreibt die Wirkung der Abschreckung auf Konfliktsituationen zwischen (verfeindeten) Staaten. Das Paradoxon ermöglicht es den beteiligten Regierungen, militärische Operationen mit geringer Intensität gegen den anderen Akteur durchzuführen (vgl. Morgan et al 2008: 98; Tasleem 2018: 70). Im Detail bedeutet dies, dass die Stabilität auf der nuklearen Ebene, die durch die Abschreckung erreicht wird, eine Instabilität und einen geringen Handlungsspielraum auf der konventionellen Ebene ermöglicht (vgl. Rajain 2005: 373). Ein Beispiel für diesen Handlungsspielraum ist der indisch-pakistanische Konflikt im Allgemeinen und der Kargil-Konflikt im Besonderen (vgl. Morgan et al 2008: 98; Tasleem 2018: 70). Unter dem Schutzmantel und der Drohung der Nuklearwaffen werden Gefechte mit geringer Intensität ausgeführt. Folglich ist die Wirkung der Abschreckung nicht vollumfänglich, die jede Form eines Konfliktes verhindern würde. Es werden jedoch ausschließlich Konflikte mit hoher Intensität verhindert und zeitgleich die langfristige Durchführung und Fortsetzung von bewaffneten Konflikten mit geringer Intensität begünstigt.

Das nukleare Tabu⁶ hingegen erzeugt einen normativen Druck, der auf den politischen Entscheidungsträgern lastet (vgl. Tertrais 2011: 27). Der Druck stellt eine hohe psychologische und politische Hürde für den Einsatz einer Nuklearwaffe dar und verhindert somit die Eskalation des Konfliktes (vgl. ebd.). Das Tabu wird dabei sowohl durch seine eigene Dauer als auch durch popkulturelle Einflüsse weiter verstärkt (vgl. Tertrais 2011: 27; Kühn 2018: 250). Der Politologe Ulrich Kühn (2018) beschreibt dies unter Bezugnahme Sigmund Freuds als zivilisatorischen Zwang (vgl. Kühn 2018: 250). Das nukleare Tabu wird demnach gesellschaftlich beeinflusst, jedoch ist unklar, in welchem Ausmaß dies geschieht, da ein popkultureller Einfluss mit hoher Wahrscheinlichkeit regional einzuordnen ist im Gegensatz zu einem zivilisatorischen Einfluss. Beide Effekte würden die Norm des nuklearen Tabus verstärken, auch wenn ein popkultureller Einfluss mit hoher Wahrscheinlichkeit regional variiert. Des Weiteren entsteht aus dem nuklearen Tabu für einen politischen Entscheidungsträger ein Glaubwürdigkeitsproblem: Das Tabu stellt durch den normativen Druck den Handlungswillen für den Einsatz einer Nuklearwaffe in Frage (vgl. Lupovici 2010: 716). Dieser Druck ist so groß, dass eine Regierung bereits für den Test von Nuklearwaffen globale Isolation befürchten muss (vgl. Kimball 2018: 81). Ebenso wurde der Nicht-Einsatz einer Nuklearwaffe ob dieser Norm laut Watts zumindest in den NATO-Staaten Allgemeinwissen (vgl. Watts 2013: 2/7). Nichtsdestotrotz versuchen politische Entscheidungsträger das Tabu mithilfe von Nuklearwaffen mit geringer Sprengkraft oder flexiblen Waffenarten bzw. der anderen Auslegung ihrer Militärdoktrinen zu umgehen (vgl. Kühn 2018: 250; Watts 2013: 73). Laut dem Sicherheitsexperten Barry D. Watts (2013) ist das nukleare Tabu daher nicht unumstößlich, da die Grenzen zwischen konventionellen und nuklearen Waffen immer weiter verschwimmen (vgl. Watts 2013: 72). Das Unterscheidungsproblem zwischen konventionellen und nuklearen Waffen ist insbesondere in der Beziehung zwischen Indien und Pakistan genauer zu betrachten (vgl. ebd.). Es könnte, so Watts, ein einziger, erfolgreicher Einsatz einer Nuklearwaffe ausreichen, damit das nukleare Tabu aufgeweicht wird (vgl. Watts 2013: 73). Da die Verfügbarkeit einer Nuklearwaffe, deren Tests und im Anschluss auch deren Einsatz mit keiner

⁶ Der Begriff wurde von der Politologin Nina Tannenwald geprägt und ist mit dem Begriff der Tradition des „Non-Use“ des Politologen T. V. Paul gleichzusetzen (vgl. Tertrais 2011, S. 27/28; Kühn 2018, S. 250).

bzw. geringer Vorerfahrung gegeben sein und erfolgen können, sieht der Direktor der Arms Control Association Daryl G. Kimball (2018) die Notwendigkeit, das Tabu aufrecht zu erhalten bzw. aufzufrischen (vgl. Kimball 2018: 80/82).

Sowohl das Stabilität-Instabilität-Paradoxon als auch das nukleare Tabu verdeutlichen, dass eine Abschreckungsstrategie nicht vollumfänglich ist. Sie kann weder Konflikte geringer Intensität verhindern noch die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsträger aufrechterhalten. Insbesondere aufgrund des zweiten Punktes widerspricht das Tabu der Abschreckung. Daraus lässt sich ableiten, dass die vermeintlich daraus resultierende Stabilität gefährdet ist. Politische Entscheidungsträger sind daher in regelmäßigen Abständen zu einer nuklearen Kriegsführungsstrategie übergegangen, die die Glaubwürdigkeit erneuern oder verbessern sollte. Die Kriegsführungsstrategien wurden ergänzend zu den allgemeinen Abschreckungstheorien entwickelt und die Arsenale entsprechend angepasst.

2.1.4. Signaling im internationalen Raum

In dieser Arbeit soll weiterhin die Eskalationsgefahr zwischen den Nuklearwaffenstaaten China, Indien und Pakistan beurteilt werden. Für ein besseres Verständnis der Eskalationstheorie wird zunächst die Theorie des Signaling behandelt. Sie kann als erklärender Ansatz für eine Eskalation herangezogen werden: Laut der Expert_innen für internationale Beziehungen der Oxford University Gartzke et al. (2017) sowie des Politikwissenschaftlers James D. Fearon (1997) ist das Signaling Teil der spieltheoretischen Analyse (vgl. Gartzke et al. 2017: 5; Fearon 1997: 68-69). Es beschreibt die Handlung eines Akteurs, der einen Wissensvorsprung in der Erwartungshaltung teilt, dass das Teilen eben jenes einen strategischen Vorteil verschafft (vgl. ebd.). Die Handlung, die als Signaling genutzt werden soll, kann verschiedene Formen annehmen, die von Mobilisierung und Aufrüstung über begrenzte Konflikte bis hin zur Provokation eines Erstschlages reichen (vgl. Fearon 1997: 69). Neben den Formen unterteilt Fearon das Signaling in Abhängigkeit vom Ergebnis in „tying hands“ (engl. gebundene Hände) sowie „sunk costs“ (engl. versunkene Kosten), die auch als Archetypen bezeichnet werden (vgl. Gartzke et al. 2017: 10). Die „sunk costs“ bezeichnet die kostspieligen Ausgaben, die irreversibel und unabhängig von der Entscheidung zur

Handlung angefallen wären (vgl. ebd.). Sie stellen damit auch einen Anreiz für einen Akteur, um die angefallenen Kosten einem Nutzen zuzuführen (vgl. ebd.). Gleichzeitig, so Gartzke et al., bilden die Kosten ein Indiz für die Entschlossenheit bzw. Befähigung eines Akteurs, da jene, die nicht über diese Eigenschaften verfügen, weniger bereit sind, einen Konflikt einzugehen (vgl. ebd.). Jedoch werden laut der Autoren nicht notwendigerweise die „sunk costs“ zur Entscheidungsfindung herangezogen, sondern die Situation insgesamt bewertet (vgl. ebd.). Das „tying hands“ beschreibt eine Handlung, deren Kosten erst dann anfallen, wenn die Akteure von der vor dem Signaling angedachten Absicht zurücktreten (vgl. Gartzke et al. 2017: 10-11). Für den Erfolg des Signaling muss die Handlung demnach glaubwürdig sein, weshalb das Teilen einer hohen Kostenintensität bedarf (vgl. Fearon 1997: 69). Diese Kosten werden, so Fearon, als „audience costs“ verstanden, da die Bevölkerung eines Staates gegenüber der Führungskompetenz eines politischen Entscheidungsträgers bezüglich einer Signaling-Situation eine Bewertung vornimmt und innenpolitischen Druck ausübt oder die internationale Gemeinschaft die Reputation des Staates neu bewertet (vgl. Fearon 1997: 69; Gartzke et al. 2017: 14). Die Reputation eines Staates wird in Kontext zur Situation gesetzt, da verschiedene Faktoren Einfluss auf die Entschlossenheit eines Akteurs haben (vgl. Gartzke et al. 2017: 17). Laut Gartzke et al. bedeutet dies jedoch auch, dass bei ähnlichen oder gleichen politischen oder militärischen Gegnern Vorerfahrungen sehr einflussreich sind (vgl. ebd.). Es ist jedoch unklar, ob diese Reputation an eine Institution, einen Staat, eine Regierung, die Öffentlichkeit oder einen politischen Entscheidungsträger geknüpft ist (vgl. Gartzke et al. 2017: 21). Folglich muss eine Reputation selbst bei gleichbleibenden Staaten sowie Krisen über eine längere Zeitspanne und wechselnden Akteuren in den aktuellen Kontext gesetzt werden. Die Bewertung wird zudem durch eine erhöhte Anzahl an Akteuren erschwert (vgl. Gartzke et al. 2017: 20).

Unter Einbezug von Brian Lai (2004) haben die unterschiedlichen Arten des Signaling Einfluss auf eine hypothetische Krise (vgl. Lai 2004 zitiert nach Gartzke et al. 2017: 19). Lai folgert aus den Überlegungen zur Mobilisierung, dass ein Krieg zwischen Konfliktparteien umso wahrscheinlicher ist, je mehr der mobilisierende Akteur auf eine Kriegführungsstrategie ausgerichtet ist, da ein unzureichendes Signaling einen militärisch-taktischen Vorteil verschafft (vgl. ebd.).

Gartzke et al. unterstützen diese These in Bezug auf die verschiedenen maritimen Technologien: Diese werden nach ihrem Wert für einen Sieg oder für eine Warnung kategorisiert (vgl. Gartzke et al. 2017: 19). Das Signaling erstreckt sich dabei auch auf den Bereich der nuklearen Abschreckung: Gartzke et al. argumentieren, dass laut wissenschaftlichem Konsens nukleare Abschreckung keine konventionellen Konflikte verhindern kann und umgekehrt (vgl. Gartzke et al. 2017: 18). Diese Annahme wird jedoch durch Faktoren, wie Diplomatie, Ökonomie und Sozialität, erweitert und die strikte Trennung zwischen der nuklearen und konventionellen Dimension wird durch bestimmte Arten konventioneller Waffensysteme aufgeweicht (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang stellen die Autoren in Frage, inwieweit das Signaling eines nuklearen Arsenalts Aussagekraft besitzt (vgl. Gartzke et al. 2017: 19).

Zusammenfassend ist das Signaling eine politische Handlung, mit der ein strategischer Vorteil auf politischer, ökonomischer und oder militärischer Ebene erreicht werden soll. Durch die Anzahl an Interpretationsmöglichkeiten, die ob der unterschiedlichen, individuellen Akteure entstehen, kann das Signaling auch unbeabsichtigt zu einer Eskalation einer Krise führen. Im Folgenden muss daher die Eskalation eines potenziellen Konfliktes zwischen den Akteuren näher betrachtet werden.

2.1.5. Eskalation nach Herman Kahn

Für die Eskalation wird das Modell von Herman Kahn (2008) verwendet. Herman Kahns Eskalationsmodell wird durch eine Leiter versinnbildlicht, deren 44 Stufen die Eskalationssituation beschreiben (vgl. Kahn 2009: 38). Laut Kahn sind die Stufen als Archetypen zu verstehen (vgl. ebd.). Sie entsprechen keiner festen Reihenfolge, sondern dienen als Betrachtungspunkt der Intensität innerhalb einer Krise bzw. als Rahmenbedingungen dessen (vgl. Kahn 2009: 38/40; siehe Tabelle 1).

Stufe	Eskalationssituation
1	Ostensible Crisis
2	Political, Economic and Diplomatic Gestures
3	Solemn and Formal Declarations
4	Hardening of Positions – Confrontation of Wills
5	Show of Force
6	Significant Mobilization
7	„Legal“ Harassment – Retortions
8	Harassing Acts of Violence
9	Dramatic Military Confrontations
10	Provocative Breaking Off of Diplomatic Relations
11	Super-Ready Status
12	Large Conventional War (or Actions)
13	Large Compound Escalation
14	Declaration of Limited Conventional War
15	Barely Nuclear War – Military
16	Nuclear „Ultimatums“
17	Limited Evacuation (Approximately 20 per cent)
18	Spectacular Show or Demonstration of Force
19	„Justifiable“ Counterforce Attack
20	„Peaceful“ World-Wide Embargo or Blockade
21	Local Nuclear War – Exemplary
22	Declaration of Limited Nuclear War
23	Local Nuclear War – Military
24	Unusual, Provocative, and Significant Countermeasures
25	Evacuation (Approximately 70 per cent)
26	Demonstration Attack on Zone of Interior
27	Exemplary Attack on Military
28	Exemplary Attacks Against Property
29	Exemplary Attacks on Population
30	Complete Evacuation (Approximately 95 per cent)
31	Reciprocal Reprisals
32	Formal Declaration of „General“ War
33	Slow-Motion Counter-„Property“ War
34	Slow-Motion Counterforce War
35	Constrained Force-Reduction Salvo
36	Constrained Disarming Attack
37	Counterforce-with-Avoidance Attack
38	Unmodified Counterforce Attack
39	Slow-Motion Countercity War

40	Countervalue Salvo
41	Augmented Disarming Attack
42	Civilian Devastation Attack
43	Some Other Kinds of Controlled General War
44	Spasm or Insensate War

Tabelle 1: Eskalationsstufen nach Herman Kahn

Quellen: *Kahn 2009*

Dies begründet sich, dass sich ein Konflikt in beide Richtungen entsprechend der Leiter entwickeln und sogar Stufen überspringen könnte (vgl. ebd.). Gleichzeitig sind die Grenzen sozial konstruiert und können symmetrisch sowie asymmetrisch vorliegen (vgl. Morgan et al. 2008: 11). Sie sind abhängig vom Akteur und müssen nicht der objektiven Realität entsprechen (vgl. ebd.). Die Grenzen müssen auch vorab als Strategie und Policy etabliert sein, um wirken zu können (vgl. ebd.). Im Folgenden werden die Stufen aufgeführt, die als taktisch verstandenen Nuklearwaffen gelten: Dies betrifft vorwiegend die Stufen 5, 16, 22 und 23. Auf der Stufe 5 wird die „Show of Force“ beschrieben, die den Einsatz von Gewalt durch die Darstellung und Kommunikation dieser undenkbar machen soll (vgl. Kahn 2009: 42). Bei Stufe 16 ist das nukleare Ultimatum angeführt (vgl. Kahn 2009: 44). Dabei wird der Einsatz von Nuklearwaffen im Krieg als vorstellbar beschrieben und offen kommuniziert (vgl. ebd.). Auf Stufe 22 folgt die Erklärung des begrenzten, nuklearen Krieges (vgl. Kahn 2009: 45). Der daraus resultierende Einsatz erfolgt innerhalb vorher definierter und kommunizierter Grenzen und schützt den Initiator vor einer selbst ausgelösten Eskalation (vgl. ebd.). Zuletzt gibt es den lokalen, nuklearen Krieg auf Stufe 23 (vgl. ebd.). Darin werden Nuklearwaffen in lokalen Konflikten in einer traditionell militärischen Rolle eingesetzt (vgl. ebd.). Notwendig dafür sind die allgemein bekannten Grenzen für den Einsatz, die von allen beteiligten Akteuren anerkannt sind (vgl. ebd.). Dieser Ansicht nach kann eine Nuklearwaffe ein strategisches Instrument sein (vgl. Morgan et al. 2008: 9). In Bezug auf die Stufen werden bestimmte Vorstellungen des Eskalationsbegriffes vorausgesetzt. Laut Kahn kann eine Eskalation, trotz der Angst eines Akteurs vor einer (Über-)Reaktion des Gegenübers und den damit verbundenen Kosten als Policy eingesetzt werden (vgl. Kahn 2009: 3). Die Gründe variieren und bewirken eine Drohung, Provokation oder ähnlichen Effekt (vgl. Kahn 2009: 4). Dabei ist nicht ein Konflikt Ziel des Handelns, sondern das Erreichen

des politischen Zieles ohne einen Krieg gegen den Willen eines anderen Akteurs (vgl. Kahn 2009: 12). Kahn beschreibt die Pro-Eskalations-Policy als Brinkmanship (vgl. Kahn 2009: 7).⁷ Bei der Umsetzung der Policy erkennt Kahn jedoch verschiedene Probleme: Zum einen erzeugt das Überschreiten der Eskalationschwelle fünf verschiedene Nebeneffekte. Diese umfassen sowohl den symmetrischen Nutzen auf militärischer Ebene, den Druck durch die anhaltende Eskalation, die politischen und Balance-betreffenden Konsequenzen, die Effekte für die Proliferation und Stabilität als auch weitere Langzeitfolgen (vgl. Kahn 2009: 105). Zum anderen wird, so Kahn, durch den Nebel des Krieges – also die Intransparenz in Konfliktsituationen – das vorhandene Wissen und der Verlauf eines Konfliktes negativ beeinflusst (vgl. Kahn 2009: 211). Des Weiteren versteht Kahn in Bezug auf Deeskalation die Eskalation als irreversibel, so dass kein exakter Rückschritt zur Ausgangssituation möglich ist (vgl. Kahn 2009: 231). Die Eskalation eines Konfliktes ist demnach verbunden mit unerwünschten Nebenfolgen sowie keiner Rücktrittsmöglichkeit, wodurch der Druck auf die rationalen, politischen Entscheidungsträger erhöht wird. Überdies führt nicht jede Steigerung der Intensität oder Erweiterung des Schlachtfeldes zu einer Eskalation: Es wird vielmehr eine bedeutsame, qualitative Änderung benötigt, die zu neuen Entwicklungen führt (vgl. Morgan et al. 2008: 8). Während die militärischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges sich durch Stellvertreterkriege auszeichneten, sind die angeführten Konflikte mit geringer Intensität seitens Indiens und Pakistans zwischen direkt benachbarten Nuklearwaffenstaaten. Es daher sinnvoll auch unter Einbezug der Eskalationstheorie die Abschreckung vor sowie in bewaffneten Konflikten zu unterscheiden. Gemäß Kahns Theorie und den Überlegungen sowie Ausführungen der pakistanischen und indischen Regierung (siehe Kapitel 3.2. und 3.2) könnten eben jene als Stufe 16 der Eskalationsskala interpretiert werden. Im Gegensatz dazu dienen die Nuklearwaffen mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem reinen Stellvertreterkrieg allenfalls als „Show of Force“ (Stufe 5), um einen Konflikt zwischen den Nuklearwaffenstaaten zu verhindern. Entsprechend wäre ein theoretischer Unterschied hinsichtlich der Eskalationsstufe festzustellen. Der Politologe Michael J. Mazarr (2018) spricht in diesem Zusammenhang

⁷ Ein Beispiel für die Policy bzw. den tatsächlichen Erstschatz sieht Kahn mit zwei Folgen: Erstens erzeugt der Angriff, insbesondere im Falle einer Wiederholung, einen Abschreckungseffekt (vgl. Kahn 2009, S. 121). Zweitens erhöht der Einsatz die Wahrscheinlichkeit der Proliferation (vgl. ebd.).

von „General versus Immediate“ und stellt die Abschreckung in Abhängigkeit zum Zeitpunkt ihrer Einsetzung (vgl. S. 4). Während eine allgemeine (engl. general) Abschreckung einen dauerhaften, langfristigen und nicht-krisenbezogenen Ansatz darstellt, ist die unmittelbare (engl. immediate) Abschreckung ein kurzfristiger Lösungsansatz einen spezifischen Angriff während einer Krise abzuwenden (vgl. ebd.). Laut Mazarr ist die allgemeine Abschreckung nach Auffassung der klassischen Theorie zu präferieren (vgl. ebd.). Dies beruht auf der Tatsache, dass ein Aggressor, sobald er die Entscheidung zur Aggression getroffen hat, schwerer abzuschrecken ist (vgl. ebd.). Übertragen auf Kahns Eskalationstheorie ist die Eskalation bereits zu weit fortgeschritten, um sie ohne besonderen Aufwand de-eskalieren zu können. Folglich ist es ein Ziel der allgemeinen Abschreckung die Notwendigkeit einer unmittelbaren Abschreckung zu reduzieren (vgl. ebd.).

2.2. Begrenzte Kriege

Eine nukleare Kriegsführungsstrategie kann als ‚begrenzt‘ verstanden werden, falls die politischen Entscheidungsträger mithilfe der Strategie das Tabu und das Paradoxon umgehen wollen, um bspw. eine erhöhte Glaubwürdigkeit zu erzielen. Je nach Definition können die Ursprünge des begrenzten Krieges auf verschiedene Epochen – Antikes China, Mittelalter, 18. Jahrhundert – zurückdatiert werden (vgl. International Encyclopedia of the Social Sciences o. J.). Die Grundidee ist dementsprechend keinesfalls neu. Der Begriff wird vor allem als eine Abgrenzung bzw. Kontrast zu einem allumfassenden Krieg verwendet (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2019a). Er bezeichnet demnach Konflikte mit geringerer Intensität. Diese Form des Konfliktes stellt den Großteil der beobachteten, bewaffneten Konflikte dar, da zwischenstaatliche Konflikte laut Morgan et al. (2008) nur selten allumfassend werden (vgl. S. 14). Ein Konflikt mit geringer Intensität unterliegt demzufolge formalen und normativen Grenzen, die bei einem großen Konflikt nicht gegeben sein müssen (vgl. ebd.). Die ursprüngliche Verwendung bezog sich auf die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten der jeweiligen Epoche. Da Monarchien weder über größere Kapazitäten militärischen Personals verfügten noch ihre Ländereien durch die maritime Bedeutungshoheit betroffen waren, war eine begrenzte Kriegsführung anders zu handhaben (vgl. International Encyclopedia of the Social Sciences o. J.). Das moderne Verständnis des begrenzten Krieges ist nach dem zweiten Weltkrieg

bzw. nach den Erfahrungen des Koreakrieges entwickelt worden (vgl. ebd.). Ein begrenzter Krieg wird ab diesem Zeitpunkt laut der Enzyklopädie Britannica als „a war that is fought for ends far short of the complete subordination of one state's will to another's and by means involving far less than the total military resources of the belligerents“ erläutert (vgl. ebd.). Der Definition nach sind zwei Komponenten für eine begrenzte Kriegsführung entscheidend: Zum einen der Wille ein begrenztes bzw. absehbares Ziel zu verfolgen und zum anderen die Möglichkeit auf den Einsatz aller verfügbaren Kriegsressourcen zu verzichten. Der US Naval War College Professor Donald Stoker der War on the Rocks -Plattform folgert unter Einbezug von Carl von Clausewitzs Buch „Vom Kriege“ für einen begrenzten Krieg, dass die Eingrenzung der Kriegsressourcen zu vernachlässigen sei, da der Krieg zuallererst ein politisches Werkzeug ist (vgl. Stoker 2016): „Wir behaupten dagegen, der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ (Clausewitz 1834: 467). Entsprechend könnten auch begrenzte, absehbare Ziele durch die Aufwendung aller Kriegsressourcen erreicht werden. Weiterhin bedeutet dies, dass beim Einsatz aller Kriegsressourcen auch Nuklearwaffen in Frage kämen. Die Kriegsressourcen sind somit laut Stoker lediglich das Mittel nicht aber der Ursprung für einen begrenzten Krieg (vgl. Stoker 2016). Dieser Ursprung ist jedoch entscheidend für alle weiteren Ausführungen: Stokers weitere Ausführungen entkoppeln die Entscheidungskompetenz von den Kompetenzen des Militärs, da dieses lediglich den politischen Willen der Entscheidungsträger umsetzt (vgl. ebd.).

Sollte ein begrenzter Krieg, wie von Stoker argumentiert, durch politischen Willen bestimmt werden, stellt sich die Frage, welche Intention ein Entscheidungsträger damit verfolgt. Thomas C. Schelling (2008) schrieb hierzu, dass mithilfe einer begrenzten Kriegsführung zwei verschiedene Ziele verfolgt werden können: Erstens kann es als Abschreckung gegen eine andauernde Aggression eines anderen Staates dienen (vgl. S. 105). Zweitens dient es dem Anwender als Mittel der Einschüchterung gegen eben diesen (vgl. ebd.). Das Mittel der Einschüchterung wird durch zwei weitere Unterpunkte begründet: Einerseits kann die Drohung auf direkte Schädigung des Gegenübers abzielen. Andererseits kann die Drohung dazu dienen, die Gefahr für einen Krieg zu erhöhen (vgl. ebd.).

Die Intention der Verwendung eines begrenzten Krieges steht daher im Zusammenhang mit einer militärisch und politisch offensiven Komponente. Jede politische Willensäußerung sollte nicht isoliert vom Empfänger betrachtet werden. Eine Handlung, die von der einen Seite als begrenzt verstanden wird, kann von einem Empfänger als unbegrenzter Krieg verstanden werden. Dementsprechend vergrößert ein begrenzter Krieg aufgrund von etwaigen Missverständnissen das Risiko eines großen bewaffneten Konfliktes (vgl. Schelling 2008: 105). Diese Eskalationsgefahr entsteht laut Schelling nach sowohl gewollt als auch ungewollt, wodurch sie als intendierte Eskalation als die dritte Intention ausgelegt werden kann (vgl. Schelling 2008: 106). Andererseits geht Schelling davon aus, dass ein begrenzter Krieg nicht als taktisches Mittel genutzt werden kann (vgl. Schelling 2008: 107). Dies steht im Gegensatz zu der Annahme des US-Lieutenant Commander T. Wood Parker (1982) zu Zeiten des Kalten Krieges, die einen modernen Krieg als begrenzt führbar einordnete, solange sich die beiden beteiligten Akteure über die Begrenzung einig sind (vgl. S. 5). Die aktuelle Kriegsführung ist durch eine starke Gewichtung der Luftwaffe in Verbindung mit der Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen sowie dem Einsatz von Spezialkräften geprägt (vgl. Brzoska 2018: 35). Mithilfe dieser Vorgehensweise sollen Kollateralschäden vermieden und bevorzugt Primärziele ausgeschaltet werden (vgl. ebd.). Aufgrund der Beteiligung mehrere Akteure auf verschiedenen Ebenen ist eine Einigkeit über eben diese Begrenzung zumindest fragwürdig. Auch in begrenzten Kriegen kann eine nukleare Komponente bestehen – also der Einsatz von nuklearen Sprengköpfen in einem begrenzten Kriegsszenario.

2.2.1. Flexible Response und nukleare Kriegsführungsstrategien

Historisch entsprach die flexible response Strategie unter dem US-Präsidenten John F. Kennedy im Jahre 1961 einer nuklearen begrenzten Kriegsführung. Diese Strategie bestand aus einer konventionellen und einer nuklearen Dimension (vgl. Watts 2013: 12). Sie war als eine Lösung für das Dilemma des nuklearen Tabus gedacht, welches durch Nuklearwaffen mit hoher Sprengkraft entstanden war (vgl. Watts 2013: 2/7). Dies war vorwiegend den Erfahrungen des Koreakrieges geschuldet, in dem sich Nordkorea nicht durch einen nuklearen Schutzschirm abschrecken ließ (vgl. Watts 2013: 11). Als Ausweg wurden die

Nuklearwaffen mit geringer Sprengkraft entwickelt, so dass ihr Einsatz wahrscheinlicher wurde (vgl. Watts 2013: 13). Diese Wahrscheinlichkeit beruhte auf der Annahme, dass ob der geringeren Sprengkraft der Einsatz der Nuklearwaffe glaubwürdiger war (vgl. Cerutti 2007: 78/79). Der flexible response Ansatz erhöhte damit nicht nur die Abschreckung, sondern eröffnete auch eine vermeintlich militärische Option für Nuklearwaffen (vgl. ebd.). Das ermöglichte der NATO eine im Vergleich zur konventionellen Aufrüstung kostengünstige Abwehrmaßnahme gegen die konventionelle Übermacht der UdSSR (vgl. Watts 2013: 13). Folglich bestand die Gefahr, dass das nukleare Tabu aufgeweicht werden würde.

Im modernen Verständnis kann eine begrenzte Kriegsführungsstrategie und die flexible response Strategie als eine Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie verstanden werden. Die Strategie ist eine Form der nuklearen Kriegsführung, in der die Nuklearwaffen eine aktive oder zumindest den Anschein einer aktiven Rolle einnehmen. Die nukleare Kriegsführung wird zudem laut Blair et al (2018), O'Donnell und Joshi (2019) und Tasleem (2019) als einer counterforce-Strategie verstanden (vgl. Blair et al. 2018: 8; Tasleem 2019; Joshi/O'Donnell 2019: 83/84). Diese beschreibt das Ausschalten der gegnerischen, militärischen Kräfte – bspw. durch die Zerstörung von Militärbasen – und eine daraus resultierende Vermeidung ziviler Opfer (vgl. The Merriam-Webster Inc. o. J. a; Joshi/O'Donnell 2019: 83/84). Im Gegensatz dazu ist eine countervalue-Strategie eine Methode, die zivile Ziele bzw. die Bevölkerung als Angriffsziele auswählt (vgl. ebd.). Eine Kriegsführungsstrategie ist zudem grundsätzlich politisch - neben den vermeintlichen militärischen Optionen - zu gewichten, da sie eine starke Signalwirkung gegenüber den anderen Staaten besitzt (vgl. Joseph 1985: 297). Laut den Autoren Abhijnan Rej (2018), Kristensen und Norris (2018) und Tahir Nazir (2018) wird die Strategie außerdem für konventionelle Konflikte sowohl seitens Russlands als auch seitens Pakistans verwendet, weshalb beide Staaten diese Strategieart mindestens inoffiziell zu verfolgen scheinen (vgl. Kristensen/Norris 2018: 187; Rej 2018: 6; Nazir 2018; Woolf 2022: 25; Rej 2018: 6). In den USA wird, so vom ehemaligen US-Präsidenten Donald J. Trump offen kommuniziert, zumindest an „nutzbaren“ Nuklearwaffen mit geringer Sprengkraft gearbeitet (vgl. Rej 2018: 6). In einem durch die Website des Pentagons veröffentlichten und nach einer Woche wieder zurückgenommenen Dokument wurden die Einsatzbedingungen für

einen US-amerikanischen Erstschlag dargelegt (vgl. Borger 2019). So könnte laut einem Dokument des US-amerikanischen Joint Chiefs der Einsatz eine verbesserte Ausgangslage sowie die Wiederherstellung der strategischen Stabilität erreicht werden (vgl. Joint Chiefs zitiert nach Borger 2019). Der Einsatz würde grundlegend Ausmaß und Bedingungen für die militärischen Entscheidungsträger verändern (vgl. ebd.). Die Politologin Amy Woolf sieht in der Anwendung dieser Strategie die Möglichkeit, dass durch die Androhung eines nuklearen Angriffes oder einem tatsächlichen Erstschlag beim Gegner Einschüchterung oder Zwang zu einer gewünschten Handlung erzeugt werden kann (vgl. Woolf 2022: 1/26).

2.2.2. Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie

Dies entspricht der bereits angesprochenen Definition des begrenzten Krieges nach Thomas C. Schelling. Im aktuellen, internationalen Kontext wird diese Strategie mit den beiden Staaten Russland und Pakistan in Verbindung gebracht: Für Russland ist dabei Ziel, eine operative Pause des Gegners durch den Nuklearwaffeneinsatz dieser Strategie zu erreichen, in dem militärische Ziele, wie bspw. Militärbasen und Flugzeugträgerverbände, als Ziel ausgewählt werden (vgl. Kristensen/Norris 2018: 187; Schuchardt 2018: 33). Aus diesem Grund würde durch die operative Pause infolge eines limitierten Erstschlages die „Kapitulation des Westens“ erreicht werden (vgl. Kristensen/Norris 2018: 187). Es kann daher je nach Perspektive auch von Eskalieren-um-zu-gewinnen Strategie gesprochen werden, so Kristensen und Norris (vgl. ebd.). Die russischen Entscheidungsträger gehen davon aus, dass ihre eigenen Interessen größer wären als die Interessen des potenziellen Gegners, wodurch dieser vom Konflikt ablassen würde (vgl. Schuchardt 2018: 33). Das Ziel der pakistanischen Regierung ist es, durch die Strategie den Erhalt des Status Quo gegenüber Indien zu gewährleisten (vgl. Nazir 2018). In beiden Staaten würden für die Strategie ausschließlich taktische Nuklearwaffen mit geringer Sprengkraft eingesetzt werden (vgl. Rej 2018: 6; Nazir 2018). Die (taktischen) Nuklearwaffen erfahren daher eine neue Bedeutungshöhe durch diese aktive, militärische Rolle (vgl. Woolf 2022: 1). Wichtig ist auch, dass die Strategie sowohl offensiv – im Falle Russlands – als auch defensiv – im Falle Pakistans – verwendet werden kann. Als Indizien für

eine Kriegführungsstrategie zählen vor allem drei verschiedene Merkmale: Erstens wird eine counterforce Strategie verfolgt (vgl. Heginbotham et al. 2017: 136; Narang 2018: 191; Kanwal 2016). Zweitens werden die Trägersysteme der Nuklearwaffen dahingehend modernisiert, über eine erhöhte Genauigkeit zu verfügen (vgl. ebd.). Zuletzt besteht eine erhöhte Bereitschaft sowie Möglichkeit zur Überwindung von Abwehrmaßnahmen, bspw. durch Multiple independently targetable re-entry vehicle (MIRV) – einem Mehrfachsprengkopf (vgl. ebd.). Diese Merkmale sind jedoch im Kontext ihres Einsatzes sowie der Streitkräfte einzuordnen.

Dieser Ansatz der Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie wurde bereits zu Zeiten des Kalten Krieges verwendet: Der Politologe Kenneth Waltz beschrieb schon im Jahr 1981, dass der frühzeitige Einsatz einer Nuklearwaffe dazu führt, einen Konflikt und die damit verbundene Eskalationsgefahr zu beenden (vgl. Waltz 1981). Für solch eine Verwendung mussten bestimmte Bedingungen erfüllt werden: Zum einen muss der Einsatz auf ein Ziel erfolgen, welches sich nicht außerhalb des Schlachtfeldes befindet, um damit eine Eskalation zu vermeiden (vgl. ebd.). Zum anderen muss er zeitlich vor einer Verschlechterung der physischen, politischen und psychologischen Situation geschehen (vgl. ebd.). Waltz sieht allerdings ausschließlich eine defensive Einsatzmöglichkeit von taktischen Nuklearwaffen (vgl. ebd.). Die defensive Einsatzmöglichkeit ist nur unter der Voraussetzung gegeben, dass die Staaten über eine stabile strategische Abschreckung verfügen, damit ein größerer Krieg verhindert werden würde (vgl. ebd.). Die strategische Stabilität und Abschreckung sind demnach Voraussetzung für eine nukleare, begrenzte Kriegführungsstrategie.⁸ Es lässt sich daher festhalten, dass die Grundzüge der begrenzten Kriegsführung, einer Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie im Zusammenhang mit der nuklearen Kriegsführung, wie sie heute verstanden werden, bereits länger bestehen. Sie waren bereits Bestandteil der Militärdoktrin zu Zeiten des Kalten Krieges. Es ist jedoch fragwürdig, inwieweit der Ansatz auf die aktuelle internationale Ordnung übertragbar ist. Bei den Staaten Indien, China und Pakistan handelt es sich um ein Trilemma, wodurch

⁸ Bei den dargestellten Notwendigkeiten für eine Eskalieren-um-zu-deeskalieren Strategie handelt es sich um einen rein theoretischen Ansatz. Der tatsächliche Erfolg ist zweifelhaft (vgl. Princeton 2019).

die Situation komplizierter ist und bilaterale, traditionelle Ansätze nicht vergleichbar sind (vgl. Tasleem 2019).

Den theoretischen Ansätzen ist gemein, dass ihre Befürworter einen Nuklearwaffeneinsatz mit niedriger Sprengkraft für möglich und in bestimmten Situationen für nützlich halten. Die Theorie gilt jedoch nicht uneingeschränkt: So bemerken Blair et al., dass eine nukleare Kriegsführung dazu führen kann, dass erstens die schnelle Zerstörungsmöglichkeit zu raschen Entscheidungen führen kann (vgl. Blair et al. 2018: 8). Darüber hinaus unterliegen die Nuklearwaffen aufgrund ihrer geringen Sprengkraft und Reichweite einem Use it or lose it- Dilemma (vgl. ebd.). Zuletzt erfolgt laut den Autoren ein erhöhtes Risiko für eine unbeabsichtigte, versehentliche oder unautorisierte Einsatz (vgl. Blair et al. 2018: 8, 9; Potter et al. 2000: 3). Entscheidend hierbei ist, ab welcher Stärke der Sprengkraft einer Nuklearwaffe als niedrig einzustufen ist und damit im Allgemeinen als taktisch gilt.

2.3. Taktische Nuklearwaffen

In der Literatur und in der Politik werden Nuklearwaffen in taktische und strategische Waffen eingeteilt. Zwei bereits genannte Unterscheidungsformen, die hierbei zur Anwendung kommen, sind die geringe Sprengkraft und die damit verbundene erhöhte Einsatzwahrscheinlichkeit (vgl. Baylor 2011: 65). Diese beiden Formen sollen eine Nuklearwaffe als taktisch kennzeichnen (vgl. ebd.), werden jedoch nicht durch messbare Einheiten genauer bestimmt. Dabei stellt die „niedrige Sprengkraft“ als technisches Merkmal eine messbare Größe dar, während die „Einsatzwahrscheinlichkeit“ als militärisch-politisches Merkmal zu bestimmen sein dürfte. Es zeigt jedoch auch, dass Nuklearwaffen auf allen Ebenen – technisch, militärisch, politisch – zu betrachten sind. Die Entstehung der Einteilung in taktische Nuklearwaffen fällt wie bereits angeführt mit der flexible response zusammen und liegt damit im Kalten Krieg. Der USAF-Colonel David J. Baylor (2011) sieht aufgrund dessen auch die Begriffsentstehung von strategischen und taktischen Nuklearwaffen zwischen den USA und der UdSSR verortet (vgl. Baylor 2011: 64). In einem historischen Abriss innerhalb des Nuclear Matters Handbook (2011) der USA wird die Form der nichtstrategischen Nuklearwaffen mit kurzer Reichweite und Sprengkraft als taktisch bezeichnet (vgl. Office of

the Assistant Secretary of Defense for Nuclear, Chemical, and Biological Defense Programs 2011: 10).

Zunächst soll jedoch die Bezeichnung „taktisch“ evaluiert werden. Der Begriff weist in der Literatur und in der angewandten Politik keine Einheitlichkeit auf und variiert je nach Autor. Während strategische Waffen stets als „strategisch“ bezeichnet werden, können die taktische Waffen auch unter nicht-strategisch, Schlachtfeld-, kriegsschauplatzbezogene oder Nuklearwaffen mit kürzerer Reichweite zusammengefasst werden (vgl. Kristensen/Norris A 2012: 97-98; Potter et al. 2000: 33). Spätestens im Jahre 2018 ist außerdem mit der Bezeichnung Mini-Nukes vom US-Präsidenten Donald Trump eine weitere, medial wirksame Bezeichnung für taktische Waffen hinzugekommen (vgl. Mecklin 2018). Im Folgenden wird daher der Begriff „taktisch“ stellvertretend für alle anderen Begriffe verwendet.

2.3.1. Technisches Merkmal von taktischen Nuklearwaffen

Die Politologen Potter et al. (2000) in ihrem Beitrag für UNIDIR und die Politologen Blix et al. (2006) für die WMDC schreiben, dass im Allgemeinen taktische Nuklearwaffen anhand von Reichweite und Sprengkraft kategorisiert werden (vgl. Blix et al. 2006: 96; Potter et al. 2000: 33). Die Reichweite steht wiederum in Abhängigkeit zu den Trägersystemen des nuklearen Sprengkopfes.

Als Trägersysteme werden Luft-, Land- und Seesysteme genutzt. Historisch ist diese Einteilung in drei Systemgruppen auf den Aufbau der US-amerikanischen nuklearen Streitkräfte während des Kalten Krieges zurückzuführen und wird als nukleare Triade bezeichnet (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2020a). Zum 31. Dezember 2019 besaßen laut Angaben des SIPRI die Staaten USA, Russland, China, Indien und Pakistan - fünf der neun Nuklearwaffenstaaten - diese nukleare Triade (vgl. SIPRI 2020 a: 328, 338, 356, 364, 372).⁹ Die luftge-

⁹ In den restlichen fünf Staaten werden folgende Systeme innerhalb der nuklearen Streitkräfte genutzt: In Großbritannien besitzen die Streitkräfte ausschließlich seegestützte Systeme (vgl. SIPRI 2018, S. 254). In Frankreich werden zusätzlich luftgestützte Systeme eingesetzt (vgl. SIPRI 2018, S. 257). Sowohl das pakistanische Militär als auch israelische Militär besitzt laut offiziellen Angaben keine seegestützten Systeme (vgl. SIPRI 2018, S. 274, 279). Zuletzt existieren in Nordkorea keine luftgestützten Systeme (vgl. SIPRI 2018, S. 282).

stützten Systeme bilden Bomber, die Bomben oder Raketen als Bewaffnung verwenden (vgl. US Department of Defense o. J.; SIPRI 2018: 239/240, 242). Die landgestützten Trägersysteme bestehen zu großen Teilen aus ballistischen Raketen und seltener Marschflugkörpern, die mobil oder in Silos gelagert werden (vgl. US Defense; Smith 2018: 238, 268). Die seegestützten Trägersysteme bestehen aus SLBM, die von U-Booten aus abgefeuert werden (vgl. US Defense; SIPRI 2018: 238). Heutzutage ist zudem offensichtlich, dass Nuklearwaffen durch ihre Trägersysteme eng mit der Raketentechnik verbunden sind. Darüber hinaus sind die luft- und seegestützten Trägersysteme grundsätzlich mobil. Zwar werden die Nuklearsprengköpfe für die luftgestützten Systeme ohnehin anhand der Reichweite eben dieser bemessen, ist dies für die seegestützten Systeme nicht der Fall, so dass Boote, Schiffe und U-Boote die Distanz zum Ziel verändern können. Die Verwendung des Trägersystems als Indikator für eine taktische Nuklearwaffe via Reichweite erscheint daher schwierig. Außerdem erzeugen Raketen als Trägersysteme weitere Probleme: Die Bewaffnung eines Raketentyps ist, so Woolf, je nach Montage einzuordnen, weil sie als Trägersystem sowohl nukleare als auch konventionelle Rollen erfüllen können (vgl. Woolf 2022: 8). Hieraus entstehe durch dual-use Systeme ein Diskriminationsproblem, da eine eindeutige Zuordnung nicht immer möglich ist (vgl. Thomas-Noone 2016: 4). Die Nuclear Matters Handbook 2011 sowie 2020 nehmen abschließende Einteilungen möglicher Trägersysteme als taktisch vor, indem sie sie als Gegenteil strategischer Systeme definieren. Aufgrund der Tatsache, dass zu den strategischen Trägersystemen des US-Militärs ausschließlich ICBMs, SLBMs und strategische Bomber zählen, gelten folglich Bomben sowie Marschflugkörper, die mithilfe von Mehrzweckkampfflugzeuge abgefeuert werden, see- und landgestützte Marschflugkörper, ballistische Raketen mit einer Reichweite bis zu 5.500 km, nukleare Luftabwehrraketen, Artilleriemunition, nukleare Landminen und nukleare Wasserbomben für die U-Boot Bekämpfung als taktische Option (vgl. Office of the Assistant Secretary of Defense for Nuclear, Chemical, and Biological Defense Programs 2011: 33; Office of the Deputy Assistant Secretary of Defense for Nuclear Matters 2020: 44). Bei dieser Art der Einteilung würden die technischen und militärischen Merkmale des Trägersystems nur bedingt berücksichtigt werden. Dies hat zur Folge, dass auf theoretischer Ebene kein Trägersystem eindeutig

Nuklearwaffen und noch weniger taktischen oder strategischen Aspekten zugeordnet werden kann. Dennoch sollen im Folgenden die Merkmale Reichweite und Sprengkraft daraufhin untersucht werden, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Das Merkmal der Reichweite lässt sich an der Raketentechnik in vier Kategorien einteilen, mit der die Nuklearwaffen untrennbar verbunden sind, da die Nutzlast an der Spitze der Rakete angebracht ist (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2016; Schmucker/Schiller 2015: Kap. 3). Diese Kategorien setzen sich, zumindest für ballistische Raketen, aus Kurzstrecken (engl. short-range), Mittelstrecken (engl. medium-range, intermediate-range) und Interkontinental (engl. Intercontinental) zusammen (vgl. ebd.). Die Grenzen zwischen den Kategorien variieren sowohl je nach Meilen- und Kilometerangaben als auch zwischen den Staaten: Die Kurzstreckenraketen haben eine maximale Reichweite von 1000 Kilometern oder 300 Meilen (480 Kilometer) (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2016; Schmucker/Schiller 2015: Kap. 3; SIPRI 2020a: 356). Die Mittelstreckenraketen besitzen eine Reichweite zwischen 1000 und 3000 Kilometern bzw. 300 und 600 Meilen (480 bis 965 Kilometer) (vgl. ebd.). Die Mittelstreckenraketen besitzen eine Reichweite zwischen 3000 und 5500 Kilometer bzw. 600 und 3300 Meilen (965 bis 5310 Kilometer) (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2016; Schmucker/Schiller 2015: Kap. 3). In dieser Kategorie nimmt die chinesische Regierung eine alternative Einteilung mit 3000 bis 8000 Kilometern als Langstreckenraketen vor (vgl. SIPRI 2020a: 356). Die Werte zwischen 500 bis zu 5500 Kilometern besitzen für den US-amerikanischen und russischen Staat aufgrund des INF-Vertrages eine besondere Rolle, weil dieser die landgestützten Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern verbietet (vgl. Fleischer 2019). Da diese beiden Staaten über den größten Anteil an Nuklearwaffen verfügen, ist die Frage, inwieweit diese Einteilung grundsätzlich relevanter ist. In dem Vertrag waren Kurzstreckenraketen mit einer maximalen Reichweite von 1000 Kilometern und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 1000 und 5500 Kilometern definiert (vgl. ebd.). Zuletzt sind die Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von mindestens 5500 Kilometern bzw. 3500 Meilen (5600 Kilometern) zu nennen (vgl. Fleischer 2019; The Editors of Encyclopaedia Britannica 2017). Für die chinesische Regierung gilt die Kategorisierung

der Interkontinentalraketen erst ab einer Reichweite von 8000 Kilometern (vgl. SIPRI 2020a: 356). Diese Einteilung verdeutlicht, dass es unterschiedliche Auslegungsformen der Grenzen der Reichweiten gibt. Es ist daher fragwürdig, inwiefern sich eine taktische Zuordnung von der Reichweite ableiten lässt: Blix et al. (2006) grenzen taktische Nuklearwaffen zunächst mithilfe des INF-Vertrages ein, so dass alle Nuklearwaffen mit einer Reichweite von weniger als 1000 Kilometern als taktisch gelten (vgl. Blix et al. 2006: 96). Potter et al. (2000) nennen in diesem Kontext die Kurzstreckenraketen mit 500 Kilometer Reichweite taktisch (vgl. Potter et al. 2000: 33). Berücksichtigt man ausschließlich offizielle, internationale Verträge und realpolitische Verhältnisse, dann ergibt eine Betrachtung der US-amerikanischen und russischen Arsenale, dass nach ihrer eigenen Deklaration Nuklearwaffen mit einer Reichweite von weniger als 500 Kilometern taktisch und mit mehr als 5500 Kilometern strategisch sind (vgl. Smith 2018: 238, 246/247). Diese Auffassung ist jedoch ausschließlich US-amerikanisch und russisch geprägt. Andere Nuklearwaffenstaaten bezeichnen ihre Arsenale auch dann als strategisch, wenn die Reichweite nach der oben genannten Einteilung in eine taktische Kategorie fallen sollte (vgl. Kristensen/Norris 2012: 97/98). Langstreckenraketen mit nuklearem Sprengkopf können nach dieser Auffassung sowohl als taktisch als auch als strategisch eingestuft werden (vgl. Potter et al. 2000: 33). Die Aussagen der Autoren unterstreichen daher, dass eine Einteilung via Reichweite nicht eindeutig ist (vgl. Blix et al. 2006: 96; Potter et al. 2000: 33). Die Physiker und Raketenexperten Robert H. Schmucker und Markus Schiller (2015) schlagen für die Einteilung von ballistischen Raketen vor, dass folgende Reichweiten in Kilometern gelten: Alle ballistischen Raketen mit einer Reichweite von weniger als 200 Kilometern werden als Gefechtsraketen (engl. BRBM) behandelt (vgl. Schmucker/ Schiller 2015: Kap. 3.1.1). Die Kurzstreckenraketen verfügen über eine Reichweite von 200 bis 800 Kilometern. Die Mittelstreckenraketen unterteilen sich in die in MRBM (engl. Medium Range Ballistic Missiles) mit einer Reichweite von 800 bis 2.400 Kilometern und IRBM (engl. Intermediate Range Ballistic Missiles) mit einer Reichweite von 2.400 bis 5.500 Kilometern (vgl. ebd.). Die Interkontinentalraketen verfügen über eine Reichweite von mehr als 5.500 Kilometern (vgl. ebd.). Zwar bietet diese Einteilung auch keine Zuordnung der

taktischen oder strategischen Eigenschaft, jedoch soll die Einteilung aufgrund ihrer Kleinteiligkeit für die Arbeit genutzt werden, um eine möglichst exakte Bezeichnung eines Trägersystems bezüglich seiner Reichweite zu erhalten.

Das technische Merkmal der Sprengkraft weist ein zur Reichweite analoges Problem auf. Zwar kann im Gegensatz zur Reichweite die Sprengkraft unabhängig vom Trägersystem beurteilt werden, jedoch besitzt auch die Skala der Sprengkraft keine festgelegten und allgemein akzeptierten Marker: Hierzu bietet das Nuclear Matters Handbook eine Kategorisierung an. Die Kategorien sind sehr gering (kleiner als 1 Kilotonne), gering (1 bis 10), mittel (10 bis 50), hoch (50 bis 500) und sehr hoch (mehr als 500) (vgl. Office of the Assistant Secretary of Defense for Nuclear, Chemical, and Biological Defense Programs 2011: 313). Jedoch ist eine klare Zuordnung des Begriffes taktisch auf eine Kategorie schwierig. So variiert beispielsweise laut Blix et al. die Sprengkraft der US-amerikanischen B61 Wasserstoffbombe zwischen 0,3 bis 170 Kilotonnen (vgl. Blix et al. 2006: 96). Diese Variabilität bedeutet, dass die B61 in vier verschiedene Kategorien fallen würde. Der Ingenieur Charles B. Stevens (2011) grenzt daher die tatsächlich vorhandenen Arsenale taktischer Nuklearwaffen der USA und Russlands auf Waffen mit einer Sprengkraft zwischen 20 bis 100 Kilotonnen ein (vgl. Stevens 2011: 16). Unter Einbezug der oben genannten Kategorien würde dies eine mittlere bis hohe Kategorie bedeuten. Bei anderen Autoren werden taktische Nuklearwaffen jedoch stets mit geringer Sprengkraft beschrieben (vgl. Office of the Assistant Secretary of Defense for Nuclear, Chemical, and Biological Defense Programs 2011: 10; Woolf 2022: 9f). Dies würde nach Maßstab des Nuclear Matters Handbook eine Sprengkraft von maximal 10 Kilotonnen erlauben. Im Zusammenhang mit einem begrenzten Krieg scheint diese Kategorisierung glaubwürdiger. Jedoch ist auch zu erwähnen, dass die Vorteile taktischer Nuklearwaffen begrenzte Ziele abgrenzbarer zu bekämpfen durch den technischen Fortschritt obsolet geworden sind (vgl. Woolf 2022: 9f). Durch die Präzisionserhöhung der Trägersysteme wird die gleiche Wirkung erzeugt wie durch einen Sprengkopf größerer Stärke (vgl. ebd.). Dies hat zur Folge, dass die Kategorie der Sprengkraft einen weiteren Teil ihrer Wertigkeit verliert. Zumal die Modernisierungsprogramme bzw. der technische Fortschritt weitere Vorteile für die Nuklearwaffen

bieten. Ältere Modelle hingegen besitzen ob ihrer geringeren Größe und stärkeren Robustheit eine einfachere Handhabung¹⁰, jedoch verstärkt gerade die einfachere Handhabung die Gefahr der frühen oder unautorisierten Nutzung der Nuklearwaffen (vgl. Blix et al. 2006: 97; Potter et al. 2000: 3).¹¹

Für die technischen Merkmale von Nuklearwaffen ist festzuhalten, dass sie bei weniger als 500 Kilometern Reichweite und weniger als 10 Kilotonnen Sprengkraft als taktisch ausgelegt werden würden. Jedoch handelt es sich bei diesen Werten nur um Orientierungswerte und keine fixen Daten, so dass auch Waffen mit höherer Reichweite und Sprengkraft als taktisch verstanden werden könnten. Überdies weisen Trägersysteme und technologischer Fortschritt weitere Probleme auf, die die Grenze aufweichen oder vollständig obsolet wirken lassen.

2.3.2. Militärisches Merkmal taktischer Nuklearwaffen

Auf militärischer Ebene existieren keine messbaren Daten, anhand derer die taktische oder strategische Nutzung der Nuklearwaffen abgeleitet werden kann. Stattdessen wird die Intention ihrer Nutzung durch ihre Rolle und Wirkung im Gefecht bestimmt. Zur Erklärung können zunächst die Begriffe „strategisch“ und „taktisch“ näher betrachtet werden. Der Politologe Colin S. Gray (2009) beschreibt die Strategie als Plan bzw. Theorie und die Taktik als praktische Umsetzung der Strategie (vgl. Gray 2009: 6). Daraus resultiert, dass die beiden Begriffe stets in einem Zusammenhang gesehen werden müssen, der sich lediglich in Aufgabe und Werkzeug unterscheidet (vgl. Gray 2009: 6-7). So wird mithilfe einer Strategie ein politisches Ziel verfolgt, das durch die Kontrolle über den Gegner erreicht werden kann (vgl. Gray 2009: 8). Da die Taktik als Werkzeug zur Umsetzung des Zieles fungiert, sind alle taktischen, militärischen Aktionen gleichzeitig auch als strategisch zu bewerten (vgl. ebd.). Alle im Kampf beteiligten Einheiten handeln daher strategisch (vgl. ebd.). In einem militärischen Kontext wird der Begriff „strategisch“ allerdings dazu verwendet, Aktionen zu beschreiben, die die Kriegsfähigkeit oder den Kriegswillen des Gegners brechen sollen, wodurch dem Akteur ein langfristiger, (militärischer) Vorteil entsteht (vgl. Woolf 2022: 7). Für

¹⁰ Zusätzlich sind atomare Nuklearwaffen einfacher zu warten im Vergleich zu thermonuklearen oder geboosteten Nuklearwaffen (vgl. Stevens 2011, S. 16).

¹¹ Auch die Verwendung durch Terroristen ist bei älteren Modellen wahrscheinlicher, da diese einfacher akquiriert und verwendet werden können (vgl. Woolf 2022: 5).

eine Strategie ist zudem entscheidend über welche Ziele, Mittel und Wege sowie Annahmen der eigenen und gegnerischen Fähigkeiten der Akteur verfügt (vgl. Gray 1999: 4). Im Gegensatz dazu wird der Begriff „taktisch“ dazu verwendet, sorgfältig geplante Aktionen zur Erreichung eines spezifischen, militärischen Zielles zu beschreiben (vgl. Oxford Dictionary o. J.). Diese taktischen Aktionen werden gegen gegnerische Truppen oder Anlagen für militärische Missionen mit eingeschränkter Wirkung oder als militärisches Manöver verwendet (vgl. Woolf 2022: 8f). Zur Feststellung, ob eine Nuklearwaffe als taktisch bewertet werden kann, ist demnach entscheidend, dass sie einen direkten Schlachtfeldbezug besitzt (vgl. Potter et al. 2000: 35; Kristensen/Norris 2012: 97, Thomas-Noone 2016: 2). Für die oben angesprochene eingeschränkte Wirkung ist entscheidend, dass sie sich lediglich auf einen begrenzten Handlungsspielraum erstrecken darf (vgl. ebd.). Eine taktische Nuklearwaffe dürfte entsprechend weder das Schlachtfeld erweitern noch die Intensität erhöhen. Für diese Art der Aufgaben ist nach militärischer Auffassung eine Nuklearwaffe mit geringer Sprengkraft besser geeignet, da sie begrenzte Ziele diskreter ausschalten kann (vgl. Woolf 2022: 9f).

Für die Bewertung der militärischen Rolle einer Nuklearwaffe scheinen das technische und militärische Merkmal daher übereinzustimmen. Die Reichweite und Sprengkraft taktischer Nuklearwaffen resultiert in drei Vorteilen für die militärische Ebene aus Sicht des Nuklearwaffenverwenders: Ein Vorteil ist, dass diese Nuklearwaffen, die im Durchschnitt eine geringere Größe als die strategischen Nuklearwaffen aufweisen, mobiler und leichter zu verstecken sind (vgl. Baylor 2011: 65). Dieser Umstand führt weiterhin dazu, dass die Überprüfbarkeit hinsichtlich Abrüstungsverträgen erschwert wird (vgl. ebd.). Weiterhin erhöht die geringe Sprengkraft ihre Einsatzwahrscheinlichkeit, da vermeintlich weniger politische und militärische Hemmnisse bestehen (vgl. ebd.). Im umgekehrten Fall sorgt daher, so der Politologe Ankit Panda (2017), eine niedrige Einsatzschwelle nuklearer Eskalation für eine Abwehrmaßnahme (vgl. Panda 2017a), da die beteiligten Akteure sich der nuklearen Gefahr bewusster sind. In Relation zu konventionellen Waffen besitzen die taktischen Nuklearwaffen dennoch eine höhere Sprengkraft: Die pakistanische, ballistische Kurzstreckenrakete Nasr wird mit einer Sprengkraft von mindestens 5 Kilotonnen beziffert (vgl. SIPRI 2021: 386). Im Vergleich dazu besitzt eine US-amerikanische GU-43/B Massive Ordnance Air

Blast Bomb, die durch den US-Nachrichtensender CNN als die größte nicht-nukleare Bombe des US-Militärs beschrieben wurde, nur eine Sprengkraft von 0,011 Kilotonnen (vgl. Starr/Browne 2017). Folglich ist die psychologische Hemmschwelle für einen politischen Akteur für den Einsatz einer taktischen Nuklearwaffe aufgrund der Unterschiede zu konventionellen Waffen dennoch nicht zu vernachlässigen. Aus wirtschaftlicher Sicht ist eben die Maßnahme der taktischen Nuklearwaffen eine kostengünstige Alternative gegen konventionelle Streitkräfte, wie am Beispiel der UdSSR und der NATO zu Zeiten des Kalten Krieges zu sehen war (vgl. Watts 2013: 13). Historisch zeigen die Konfrontationen zwischen der UdSSR und der NATO auch den ursprünglichen Verwendungszweck der taktischen Nuklearwaffen: Die Regierungen der NATO-Staaten wollten durch den Einsatz taktischer Nuklearwaffen die konventionelle Überlegenheit ausgleichen und die Nuklearwaffen boten zudem eine Verteidigungsmöglichkeit gegen gegnerische taktische Nuklearwaffen (vgl. Long 2008: 43).

Die scharfe, militärische Trennung zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen scheiterte jedoch bereits zu Zeiten des Kalten Krieges aufgrund des Zusammenhangs mit technischen Merkmalen bzgl. der Reichweite und Sprengkraft an der Realität (vgl. Woolf 2022: 8). So lautete die Definition zu diesem Zeitpunkt, dass ausschließlich solche Nuklearwaffen als strategisch galten, die aufgrund der Reichweite ihrer Trägersysteme das Festland der USA oder der UdSSR bzw. Russlands erreichen konnten (vgl. Woolf 2022: 8; Baylor 2011: 64). Allerdings waren, so Woolf, auch U-Boote mit Nuklearwaffen bestückt, die jedoch nur über eine kurze Reichweite verfügten (vgl. Woolf 2022: 8). Nach der oben angeführten Definition seien die Nuklearwaffen aufgrund der kurzen Reichweite als taktisch einzuordnen (vgl. ebd.). Gleichzeitig sind sie aufgrund ihrer Einsatzmöglichkeit als Vergeltungswaffe dazu in der Lage, das gegnerische Festland zu erreichen (vgl. ebd.). Dieser Umstand würde dazu führen, dass die taktische Nuklearwaffe strategisch eingesetzt werden würde (vgl. ebd.). Übertragen auf die bereits angeführte Doktrin des Eskalieren-um-zu-deeskalieren bedeutet dies, dass am Beispiel Russlands durch einen hypothetischen, begrenzten Erstschlag mithilfe einer taktischen Nuklearwaffe durch die Aufgabe des Gegners der Angriff strategisch einzustufen wäre (vgl. Thomas-Noone 2016: 1/2). Die Wirkung des Eskalieren-um-zu-deeskalieren ist auch dann in diesem Sinne strategisch, falls

die Zielauswahl lediglich eine counterforce oder eine Demonstration des Einsatzwillens beinhaltet (vgl. ebd.). So geht Amy Woolf davon aus, dass Nuklearwaffen keine taktische Auswirkung haben können, da ihr Einsatz stets eine eskalierende oder eine strategische Absicht hat (vgl. Woolf 2022: 10). Zusätzlich gestaltet sich die Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen im Mittleren Osten, Südasien und Ostasien schwieriger als in den USA und Russland (vgl. Blix et al. 2006: 96). Wie bereits festgestellt verfügen diese Staaten weder über einen Zuordnungskatalog ihrer Nuklearwaffen, wie die USA und Russland, noch verbietet ein INF-Äquivalent Nuklearwaffen zwischen 500 und 5500 Kilometern, die bei einer Unterscheidung trotz aller Fehlbarkeit helfen würde.

Als weitere Möglichkeit die Relation zwischen strategisch und taktisch zu bewerten, zeigt sich bei Clausewitz „Vom Kriege“:

„Es ist also nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.“ (Clausewitz 1834: 50).

Demnach wäre eine taktische Nuklearwaffe, auch für die Eskalieren-um-zu-de-eskalieren Strategie, gefechtsentscheidend, aber nicht kriegsentscheidend. Jedoch kann ein Gefecht kriegsentscheidend sein. Das Zitat zeigt weiterhin, dass die Streitkräfte Mittel einer Taktik, aber nicht per se taktisch sind. Unter Einbezug des von Colin Gray definierten Strategiebegriffes ist die Eskalieren-um-zu-Deeskalieren Strategie als eine taktische Aktion des Nuklearschlages mit einem strategischen Hintergrund zu bewerten, der in letzter Konsequenz die Beendigung des Konfliktes zur Folge hat. Überdies unterstützt auch Gray in seinem Buch „Weapons don't make war (1993)“ die Meinung, dass die taktische und strategische Eigenschaft losgelöst von der Waffe anzusehen sind (vgl. Gray zitiert Trombly 2012). Sie sind lediglich ein Werkzeug innerhalb einer Policy oder Strategie, auch wenn ihre technischen Eigenschaften den Verwendungszweck einschränken können (vgl. Trombly 2012; Lonsdale 2018). Potter et al. (2000) schlagen daher eine Einzelfall-Bewertung der Nuklearwaffen unter Berücksichtigung von Reichweite und Funktion vor (vgl. Potter et al. 2000: 35). Dies gilt insbesondere dann, wenn ein Trägersystem sowohl taktische als auch strategische Aufgaben erfüllen könnte (vgl. ebd.).

Abschließend kann somit festgehalten werden, dass das militärische Merkmal keine eindeutige Zuweisung von taktisch und strategisch auf eine Nuklearwaffe ermöglicht, falls solch eine Zuordnung unter der Berücksichtigung der Ausführungen von Colin S. Gray überhaupt sinnvoll ist. Der Politologe stellt die militärische Strategie in Abhängigkeit zum politischen Ziel. Alternativ wäre diese Aktion in Abhängigkeit zu ihrem militärischen Zweck zu stellen. Sie ist jedoch stets losgelöst vom eigentlichen Trägersystem bzw. Sprengkopf zu beurteilen. Im nächsten Schritt soll die Zuordnung der Nuklearwaffen hinsichtlich eines politischen Merkmals untersucht werden.

2.3.3. Politisches Merkmal taktischer Nuklearwaffen

Auf politischer Ebene lassen sich zwei Möglichkeiten taktischer Zuordnung von Nuklearwaffen beobachten. Zum einen kann in internationalen Verträgen eine taktisch-strategische Einordnung vorgenommen werden. Zum anderen kann durch Policies oder die Wahrnehmung dieser durch die Entscheidungsträger eine Unterscheidung getroffen werden.

Auf der Vertragsebene handelt es sich laut Potter et al. bei taktischen Nuklearwaffen um den am schlechtesten regulierten Bereich in der Nuklearwaffenthematik (vgl. Potter et al. 2000: 3), weshalb die Ableitung einer Definition nicht simpel ist. Anhand der im SIPRI Jahrbuch 2018 veröffentlichten Übersicht über die nuklearwaffenbezogenen Verträge (vgl. Smith 2018: 18-19) sollen die Verträge auf eine politische Definition bzgl. taktischer Nuklearwaffen untersucht werden. Die Verträge können in multilaterale und bilaterale (US-russische) Verträge unterteilt werden (vgl. Smith 2018: 12-13). Die bilateralen Verträge gliedern sich in die US-amerikanisch-sowjetisch bzw. -russischen Verträge des Strategic Arms Limitation Talks (1970), die Strategic Arms Reduction Treaty I (1991), der Treaty of Moscow (2002) und der New Strategic Arms Reduction Treaty (2010) (vgl. Woolf 2022: 9). In den Verträgen haben die Regierungen Interkontinentalraketen, SLBMs und schwere Bomber als strategische, nukleare Trägersysteme definiert (vgl. ebd.). Im Umkehrschluss sind alle anderen Waffen taktisch und somit nicht erfasst, so Amy Woolf, die diese Definition als nicht sinnvoll ablehnt (vgl. Woolf 2022: 10; Paul 2012: 237). Diese Beurteilung schließt ohnehin nur die US-amerikanischen und russischen Systeme mit ein, so dass die Bedeutung für andere

Staaten zumindest fragwürdig ist (vgl. Kristensen/Norris 2012: 97/98). Für die multilateralen Verträge ist zunächst der Atomwaffensperrvertrag zu nennen, da der Vertrag neben dem Fissile Material Cut-off Treaty, für den aufgrund von Uneinigkeit hinsichtlich Nichtverbreitung und Abrüstung noch keine offiziellen Verhandlungen begonnen haben, und dem Kernwaffenteststopp-Vertrag (engl. Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty), der noch nicht in Kraft getreten ist, als wichtigster Rüstungskontrollvertrag gilt (vgl. Daase et al. 2019: 36/37; Smith 2018: 12/13; Alwardt et al. 2019: 102). Im Atomwaffensperrvertrag sind jedoch keine entsprechenden Regelungen enthalten. Zusätzlich gilt, dass weder Israel, Indien noch Pakistan Vertragsmitglied sind (vgl. Daase et al. 2019: 29), so dass, selbst wenn der Vertrag eine allgemeingültige Definition enthalten sollte, diese nicht für die gesamte Staatengemeinschaft bindend wäre.¹² Nichtsdestotrotz sollen auch die übrigen Verträge auf eine übertragbare Definition untersucht werden. Darüber hinaus sind fünf Verträge zu nuklearwaffenfreien Zonen¹³ und vier Verträge zu nuklearen Tests¹⁴ zu nennen, die jedoch keine Definition für strategische und taktische Nuklearwaffen aufweisen. Des Weiteren verbleiben die Convention on the Physical Protection of Nuclear Material (1980), in der sich mit der zivilen Seite der Nuklearenergie beschäftigt wird, der Seabed Arms Control Treaty (1971), in dem der Meeresgrund als Kampfzone untersagt wird, und der Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (2017), in dem die Nuklearwaffen als Ganzes verboten werden (vgl. Arms Control Association o. J. a; International Atomic Energy Agency o. J.; Kimball 2020). In den Verträgen werden jedoch keine Übersicht bzw. Unterteilung für strategische und taktische Nuklearwaffen angeboten. Dem entsprechend verbleiben lediglich die bilateralen Verträge, die

¹² Die allgemeingültige Definition könnte selbstverständlich durch die übrigen Staaten, den Nicht-Mitgliedsstaaten aufgezwungen werden. Jedoch besitzt der Vertrag selbst für die Nicht-Mitgliedsstaaten keinen bindenden Wert.

¹³ Der Treaty of Tlatelolco, Treaty of Rarotonga (1985), Bangkok Treaty (1995), der Pelindaba Treaty (1996) und der Treaty of Somipalatinsk (2006) sind die Verträge für Nuklearwaffenfreie Zonen (vgl. Federation of American Scientists o. J.; Nuclear Threat Initiative o. J. a; Arms Control Association o. J. b; Arms Control Association o. J. c; Arms Control Association o. J. d).

¹⁴ Die Verträge Partial Test Ban Treaty (1963), Peaceful Nuclear Explosions Treaty (1976), Threshold Test Ban Treaty (1974) und Comprehensive Test Ban Treaty (1996) bauen aufeinander auf (vgl. Atomic Heritage Foundation 2016; Arms Control Association o. J. e; Arms Control Association o. J. f; United Nations.org o. J.). In allen Verträgen werden zunächst bi-, anschließend multilateral Tests mit nuklearem Material behandelt (vgl. ebd.).

im Falle des INF-Vertrages unvollständig und im Falle von Strategic Arms Limitation Talks bis New Strategic Arms Reduction Treaty eine technisch-militärisch unzureichende Definition nutzen. Die Rüstung begrenzenden Verträge beinhalten demnach keine eindeutige Definition für den Begriff „taktisch“ (vgl. Stevens 2011: 16).

Auf Seiten der Entscheidungsträger kann die Aussage des damaligen US-Verteidigungsminister Mattis vom 06. Februar 2018 angeführt werden. Seiner Aussage nach existieren keine taktischen Nuklearwaffen, da sie immer eine strategische Intention bzw. Wirkung besitzen, die stets zur Eskalation führt (vgl. Woolf 2022: 10). Zur gleichen Zeit forderte der ehemalige US-Präsident Donald Trump öffentlich die bereits angesprochenen Mini-Nukes. Auch wenn dies eher ein Sinnbild für die US-amerikanische Regierung ist, zeigt es dennoch, dass Nuklearwaffen einen nicht zu vernachlässigenden politischen Kontext besitzen. Die politische Bedeutung der Nuklearwaffen ist laut Tertrais 2011 so stark, dass selbst bei einer äquivalenten Sprengkraft durch konventionelle Bombardierung die Wahrnehmung des Angriffes dennoch eine andere ist (vgl. Tertrais 2011: 31). Bezogen auf die westliche Gesellschaft und die westlichen Medien, die schnelle Ergebnisse ohne Kollateralschäden verlangen, bietet die vermeintliche Nutzung von Nuklearwaffen im Gegensatz zu konventionellen Waffen ein in seiner Wirkung vorhersagbares Mittel (vgl. ebd.). Die Entscheidungsträger haben durch diese Prognose einen absehbaren Nutzen aufgrund Nuklearwaffen. Eben diese Entscheidungsträger müssen jedoch auch die Arsenale und Bedrohungslagen der anderen Nuklearwaffenstaaten einschätzen können. Die damit verbundene Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger kann sinnbildlich durch den P5 Prozess für Nuklearwaffen seit 2007 verdeutlicht werden. Im Prozess sollte eine gemeinsame Terminologie für Nuklearwaffen erstellt werden, was jedoch bisher an einer uneinheitlichen Auffassung über die Bedeutung der einzelnen Begriffe der Beteiligten gescheitert ist (vgl. Berger/Chalmers 2014).

Zuletzt lässt sich daher festhalten, dass in den internationalen Verträgen keine ausreichende Definition von taktischen Nuklearwaffen zu finden ist. Darüber hinaus zeigen die Beispiele aus der aktuellen Politik, dass keine Einigkeit bezüglich einer einheitlichen Terminologie zu finden ist, was eine Zusammenarbeit und Handlungsklarheit für Entscheidungsträger erschwert.

2.4. Nuklearwaffenpolitik – Arbeitsdefinition

Die Betrachtung der technischen, militärischen und politischen Merkmale taktischer Nuklearwaffen hat zum einen gezeigt, dass es keine einheitliche Kategorisierung gibt. Zum anderen zeigt sie, dass die bestehenden Einteilungen mangelhaft sind, da sie den politischen Entscheidungsträgern einen Interpretationsspielraum ermöglichen, dessen Folgen nicht absehbar sind. Realpolitisch findet die Einteilung dennoch Anwendung, was aufgrund des unterschiedlichen Verständnisses von taktischen oder strategischen Nuklearwaffen mindestens zu Kommunikationsproblemen führen kann. Die Einteilung der Nuklearwaffen durch Akteure hat daher eine politische und psychologische Bedeutung, auch wenn die tatsächlichen Eigenschaften der Nuklearwaffe die ihr zugesprochenen Merkmale nicht erfüllen können. Folglich soll in dieser Arbeit eine andere Einteilung der Nuklearwaffen erfolgen: Die Differenzierung einer aktiven oder passiven Rolle der Nuklearwaffen in der Sicherheitspolitik eines Staates ist relevanter sowie neutraler. Im Gegensatz zu der vorherigen Einteilung soll mit der Definition nicht die militärische Waffe selbst, sondern die Politik als Ganzes beurteilt werden. Eine Nuklearwaffe ist in diesem Zusammenhang also nur ein Werkzeug innerhalb eines Systems, deren Verwendungsmöglichkeiten lediglich ein Indiz auf die größere Politik sein kann. Als Unterscheidungsmerkmal können Staaten somit eine aktive oder passive Nuklearwaffenpolitik ausführen.

Dabei sind die Nuklearwaffenstaaten, die aus Prestige oder aus reinen Abschreckungsgründen ihr Arsenal angeschafft haben und aufrechterhalten, als Verwender einer passiven Nuklearwaffenpolitik zu verstehen. Diese passive Form kann in der internationalen Politik selbstverständlich indirekte Folgen, wie bspw. einen durch Aufrüstung verursachten Rüstungswettlauf nach sich ziehen. Sie grenzt sich von einer aktiven Nuklearwaffenpolitik dadurch ab, dass die indirekten Folgen zwar intentional, aber nicht zu ihrem ursprünglichen Verwendungszweck, wie etwa einer Anschaffung aus Prestigegründen, präferiert werden. Eine aktive Nuklearwaffenpolitik umschließt demnach die präferierten, indirekten Folgen, den Einsatz von Nuklearwaffen als Zwang bzw. Druckmittel bis hin zur tatsächlichen Verwendung einer Nuklearwaffe als militärische Option auf dem Schlachtfeld. Entscheidend für diese Einordnung ist dabei die durch einen Akteur

intendierte Verwendung. Die Beurteilung durch andere Akteure ist trotz realpolitischer Folgen für die Einteilung in eine aktive oder passive Nuklearwaffenpolitik zunächst unerheblich. Für die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Nuklearwaffenpolitik soll die akteureigene Auslegung der Rolle von Nuklearwaffen innerhalb des Sicherheitskonzeptes entscheidend sein. Darüber hinaus soll aus den bereits aufgeführten Gründen auf die Einteilung in taktische und strategische Nuklearwaffen verzichtet werden, da erst in einem Einsatzfall könnten die Nuklearwaffen entweder eine taktische oder eine strategische Rolle übernehmen. Eine Nuklearwaffe kann demnach zu unterschiedlichen Zeitpunkten entweder eine strategische oder eine taktische Rolle übernehmen. Sie ist jedoch aufgrund der intendierten Rolle ihrer Anschaffung stets aktiv oder passiv. Die Intention zur Anschaffung obliegt mit einem langjährigen Prozess bei den politischen Entscheidungsträgern des einzelnen Staates. Sie unterliegt zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit der Geheimhaltung. Zwar kann die Anschaffung einer Nuklearwaffe verschiedenen Intentionen geschuldet sein, so soll sie doch bei einer einzigen aktiven Annahme als eben diese eingeordnet werden. Im Folgenden sollen daher die öffentlich angeführten Gründe dem Arsenal und der interpretierten Action Policy gegenübergestellt werden, um die Intention abzuleiten.

3. Südasien

Im vorherigen Kapitel wurden die theoretischen Hintergründe in Bezug auf begrenzte Kriege, Abschreckung und die nukleare Kriegführung erläutert, um die Arbeitsdefinition für eine aktive oder passive Nuklearwaffenpolitik herzuleiten. Ein zentraler Aspekt dabei ist die sicherheitspolitische Rolle der Nuklearwaffen, die auch durch die südasiatischen Nuklearwaffenstaaten als Grund angeführt wird, um die Anschaffung, den Besitz und die Modernisierung von Nuklearwaffen zu rechtfertigen. Trotz der sicherheitspolitischen Rolle der Nuklearwaffe existierten im Jahr 2019 laut Angaben des SIPRI global 32 aktive bewaffnete Konflikte, von denen sieben im asiatischen Raum stattfanden (vgl. SIPRI 2020c: 2). Der Konflikt im direkten Nachbarstaat Afghanistan wird als ein großer bewaffneter Konflikt bewertet und der indisch-pakistanische Konflikt ist mit einer hohen Intensität bewertet worden (vgl. ebd.). Letzterer war zudem der einzige zwischenstaatliche Konflikt des gesamten Jahres (vgl. ebd.). Zusätzlich existieren für den chinesischen Staat Spannungen mit Japan im Ostchinesischen Meer und territoriale Auseinandersetzungen mit den Philippinen und Vietnam im Südchinesischen Meer sowie mit Indien an der Ländergrenze (vgl. Center for Preventive Action 2021; Smit 2018: 1). Im pakistanischen Staat gibt es darüber hinaus islamistische Unruhen (vgl. ebd.). Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass sich die Sicherheit der süd- und ostasiatischen Staaten innerhalb der letzten Dekade von Jahr zu Jahr gemessen an der Anzahl der bewaffneten Konflikte verschlechtert hat (vgl. Smith 2018: 1).¹⁵ Als eine Gegenmaßnahme erweitern die Regierungen der Staaten China, Indien und Pakistan ihre Militärkapazitäten und nuklearen Arsenale (vgl. Smith 2018: 10). Aufgrund der bewaffneten Konflikte in und nahe der Region ist davon auszugehen, dass eine militärische Handhabung der Nuklearwaffen durch die zu untersuchenden Staaten einen Unsicherheitsfaktor bzw. -ursprung darstellen (vgl. Kristensen 2012: 97). Der pakistanische Autor Farooq Rashid (2018) sieht einen vermeintlichen Sicherheitswettkampf zwischen den süd- und ostasiatischen Regierungen (vgl. Rashid 2018: 13). In dem Zusammenhang wird den Sicherheitseliten der indischen und pakistanischen Regierungen

¹⁵ Bereits 2005 sprach der Politologe Arpit Rajain davon, dass sich das südasiatische Sicherheitsklima verschlechtere (vgl. Rajain 2005: 222).

eine „Paranoia“ unterstellt, die aus dem Ziel den jeweils anderen Staat zu vernichten, in einer Kriegsführungsstrategie resultiert (vgl. Nazir 2018). Folglich sehen sich die Sicherheitseliten beider Staaten in einem Wettkampf zueinander. Die Kriegsführungsstrategie steht dabei im Widerspruch zu den traditionellen Abschreckungstheorien, da sie ihren Fokus nicht auf die Verhinderung eines Krieges richtet (vgl. ebd.). Eine Analogie zur mutually assured destruction des Kalten Krieges scheint daher nicht möglich: So ist bspw. fragwürdig, ob und inwieweit die indische Regierung sich der von der pakistanischen Regierung gesetzten Grenzen bewusst ist, da diese bewusst ambivalent gehalten werden (vgl. Watts 2013: 71). Für den chinesischen Staat gilt eine nukleare Herausforderung aufgrund ihrer geografischen Lage. Nördlich des chinesischen Territoriums befinden sich mit Russland, südlich mit Indien und östlich mit den USA und ihrer Präsenz im pazifischen Ozean gleich drei Nuklearwaffenstaaten in unmittelbarer Nähe zum eigenen Hoheitsgebiet (vgl. Watts 2013: 72). Eine der Arbeitsdefinition nach passive Nuklearwaffenpolitik kann für die drei zu untersuchenden Nuklearwaffenstaaten bereits angenommen werden. Um eine Nuklearwaffenpolitik gemäß der Arbeitsdefinition einteilen zu können, muss die Motivation für eine nukleare Kriegsführungsstrategie untersucht werden, die auf mehreren Ebenen begründet sein kann. Es ist daher notwendig die einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer Differenzen bezüglich der *Declaratory Policy*, des *Force Deployment* sowie der *Action Policy* zu beurteilen. Das Force Deployment wird unter dem Gesichtspunkt eines kosteneffizienten Einsatzes berücksichtigt, so dass die Trägersysteme und Sprengköpfe einen theoretischen maximalen Nutzen erfüllen. Da eine Nuklearwaffenpolitik auch durch ökonomische, kulturelle und akteursabhängige Faktoren beeinflusst werden kann, sollen eben jene Einflüsse zusätzlich beachtet werden. In einem konkreten Kontext bedeutet dies, dass für eine aktive oder passive Nuklearwaffenpolitik die dazu notwendigen Trägersysteme, die Kommandostruktur und der politische Wille vorliegen muss (vgl. Kanwal 2016). Es erfordert also eine ökonomische und militärische Infrastruktur sowie das dafür notwendige Kapital. In einem zweiten Schritt ist im Falle einer aktiven Nuklearwaffenpolitik der zu untersuchenden Staaten zu unterscheiden, ob diese Nuklearwaffenpolitik aktiv oder passiv verstanden wird, da bei der aktiven Verwendung das Eskalationspotential mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeutender ist.

3.1. Exkurs: Physikalische Faktoren zur Bewertung der Nuklearwaffenpolitik

Nachfolgend wird die nukleare Infrastruktur des chinesischen, indischen und pakistanischen Staates betrachtet werden. Anhand des Spaltmaterials allein kann jedoch keine Entscheidung über eine aktive Nuklearwaffenpolitik gegeben werden. Allerdings ermöglicht es, vergleichbar wie anhand der Trägersysteme aufzuzeigen, über welche Möglichkeiten zur Produktion an Spaltmaterial ein Staat verfügt. Die nukleare Infrastruktur kann in einen zivilen und militärischen Bereich aufgeteilt werden. Zum militärischen Inventar, welches für nukleare Sprengköpfe verwendet wird, werden waffenfähiges Plutonium sowie hochangereichertes Uran (Highly enriched uranium (HEU)) gezählt, die im Folgenden zum besseren Verständnis erläutert werden sollen. Die Produktion der Spaltmaterialien HEU und Plutonium stellt aufgrund des physikalischen und chemischen Prozesses die größte technische Hürde für die Anschaffung einer Nuklearwaffe dar (vgl. IPFM 2010: 148). Für das HEU ist es notwendig, dass auf kommerzieller Ebene mittels Gasdiffusion oder Zentrifugen Natururan (engl. Feed) in die Isotope U-235 (engl. Product) und U-238 (engl. Tails) aufgeteilt wird (vgl. IPFM 2010: 148/149). Ab einer Anreicherung von 20% U-235 gilt laut IAEA das Product als HEU (vgl. IPFM 2010: 148). Jedoch wird ob der Reduzierung der Masse für die meisten Nuklearsprengköpfe das Product auf 90% oder mehr angereichert (vgl. ebd.). Die Anreicherungs-kapazität wird für Urananreicherungsanlagen in Urantrennarbeit bzw. Separative Work Units (SWU) gemessen (vgl. IPFM 2010: 153). Dies bedeutet, dass in Abhängigkeit vom Feed, dem gewünschten An- und Abreicherungsgrad ein bestimmter Aufwand an Trennarbeit – angegeben in Kilogramm oder Tonnen - notwendig ist (vgl. IPFM 2010: 153; World Nuclear Association 2020a). Folglich erlauben größere t SWU eine schnellere Anreicherung (vgl. World Nuclear Association 2020a). Für diesen Anreicherungsprozess ist weiterhin festzuhalten, dass der Aufwand zudem immer geringer wird, je größer der Grad der Anreicherung sein soll, weshalb die Urananreicherungsanlagen als sensible Technologien eingestuft werden und überwacht werden (vgl. ebd.). Entsprechend werden diese Anlagen durch die IAEA mithilfe von Abkommen zur nuklearen Sicherheitsüberwachung (engl. Safeguards) kontrolliert (vgl. Squasconi/Götttsche 2021: 58ff). Das Plutonium hingegen wird durch die Bestrahlung

des Isotops U-238 in entsprechenden Reaktoren und dem anschließenden Zerfall des Isotops in Pu-239, Pu-240, Pu-241 oder Pu-242 gewonnen (vgl. IPFM 2010: 150). Die Art des Isotops steht in einem direkten Zusammenhang mit der Bestrahlungsdauer und wird im Anschluss in Wiederaufbereitungsanlagen von den abgebrannten Brennelementen herausgetrennt (vgl. IPFM 2010: 150; World Nuclear Association 2021a). Grundsätzlich wird in zwei verschiedene Typen des Plutoniums unterschieden: reaktorfähiges und waffenfähiges Plutonium (vgl. World Nuclear Association 2021a). Für waffenfähiges Plutonium wird ein hoher Anteil von über 90% des Isotops Pu-239 benötigt und die Bestrahlungsdauer beträgt im Regelfall zwei bis drei Monate (vgl. IPFM 2010: 150; World Nuclear Association 2021a). Es sind jedoch auch alle anderen Kombinationen für einen Nuklearsprengkraft verwendbar, wenn auch ineffizienter (vgl. IPFM 2010: 151). Folglich ist für eine Nuklearwaffe entweder HEU oder eine Form von Plutonium notwendig, was zu einer erhöhten Flexibilität hinsichtlich des Plutoniums führt. Für die zu untersuchenden Nuklearwaffenstaaten ist demnach zu unterscheiden, über welche Art des Spaltmaterials, der Produktion und über wie viele natürliche Vorkommen sie verfügen.

3.2. China

Die Volksrepublik China wird seit den Nuklearwaffentests in Lop Nur am 16. Oktober 1964 offiziell als Nuklearwaffenstaat angesehen (vgl. Rajain 2005: 113). Darüber hinaus verfügt die chinesische Regierung als einziger asiatischer Staat über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und dem damit verbundenen Vetorecht. Die Position ist demnach mit politischer Macht und Prestige verbunden. Das gesamte, nukleare Arsenal wird laut SIPRI (2020) auf 320 Nuklearwaffen geschätzt, wodurch das chinesische Arsenal erstmals das drittgrößte Arsenal weltweit war und somit mehr Nuklearwaffen als der französische Staat besaß (vgl. S. 326). Von diesen 320 Nuklearwaffen entfallen 172 auf landgestützte Trägersysteme, gleichwohl sehen die aktuellen Bestrebungen der chinesischen Regierung den Ausbau der Marine vor (vgl. SIPRI 2020 a: 356; Heginbotham et al. 2017: 40). Offiziell plant die chinesische Regierung den Ausbau des Arsenal sowie die Anschaffung neuer Träger- bzw. Waffensysteme als Reaktion auf modernisierte Raketenabwehrsysteme, Weltraumwaffen und konventionelle Präzisionssysteme seitens der USA und anderer Staaten (vgl. Kile/Kristensen 2019a:

318). Darüber hinaus können weitere Auslöser dieser Entwicklungen innerhalb der chinesischen Regierung und des Militärs beobachtet werden: Zum einen wurden durch die Umstrukturierung des Militärs 2016 die Nuklearwaffen innerhalb der neu geschaffenen People's Liberation Army Rocket Force (PLARF) konzentriert. Die Aufgabe dieser neuen Teilstreitkraft besteht ausschließlich in der strategischen Abschreckung, so der chinesische Staatschef Xi Jinping (vgl. Heginbotham et al. 2017: 18). Zum anderen wird das Jahr 2049 – das 100-jährige Bestehen der Volksrepublik China – als Ziel für die Wiederinstandsetzung Chinas als Weltmacht angesehen (vgl. Kirchberger 2019: 4:37 – 5:32). Laut der Politologin und China-Expertin Sarah Kirchberger (2019) sind die Maßnahmen und Investitionen zur Umsetzung dieses Zieles seit den 1990er Jahren verstärkt worden (vgl. ebd.). Eine weitere Intensivierung zum Erreichen dieses Ziels ist seit dem Amtsantritt Xi Jinpings im Jahr 2012 wahrzunehmen, da für den chinesischen Staatschef der Status Chinas als Weltmacht stärker im Fokus steht als noch bei seinen Vorgängern (vgl. Paul 2018: 4). Die Nuklearwaffenpolitik steht demnach in einem breiteren politischen Kontext. Dieser Kontext ist unter anderem abhängig von wirtschaftlichen Faktoren, die die Modernisierungs- und Erweiterungsbestrebungen finanzieren müssen. Für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Chinas lässt sich festhalten, dass 2019 in der chinesischen Volksrepublik 1,398 Milliarden Menschen lebten und der Staat ein Bruttoinlandsprodukt von 14,342 Billionen US-Dollar erwirtschaftete (vgl. Statista 2020; The World Bank o. J. b). Das Bruttoinlandsprodukt im gesamten untersuchten Zeitraum ist stetig gestiegen, auch wenn die Entwicklung in den Jahren 2015 und 2016 abflachte (vgl. The World Bank o. J. d). Damit ist die Volksrepublik die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt (vgl. Flocken et al. 2018: 00:40 – 00:44). Das SIPRI schätzt die Verteidigungsausgaben für das Jahr 2019 auf 261 Milliarden US-Dollar, wodurch im chinesischen Staat die zweithöchsten Ausgaben weltweit getätigt wurden (vgl. SIPRI b 2020: 2). Die Summe entspricht 1,9 Prozent des gesamten Bruttoinlandsproduktes und sie wurde seit 2010 um 85 Prozent erhöht (vgl. ebd.). Das Datenforschungsunternehmen Statista (2022) berechnet den Verteidigungsetat für das Jahr 2019 mit einer Höhe von 240,3 Milliarden US-Dollar (vgl. ebd.). In den Jahren 2020 bis 2021 wurden die Ausgaben noch einmal auf 258 Milliarden

bzw. 293,4 Milliarden US-Dollar erhöht (vgl. ebd.). Aus zwei Gründen ist der Verteidigungshaushalt jedoch ambivalent zu betrachten: Zum einen ist der Verwendungszweck unbekannt (vgl. Shen 2015). Die Angaben des SIPRI sind demnach Schätzungen, die über den offiziell verkündeten Militäretat hinaus gehen (vgl. ebd.). Transparency International berichtete hierzu, dass die Ausgaben für strategische Streitkräfte, Auslandserwerbe sowie militärische Forschung nicht notwendigerweise dort angegeben werden würden (vgl. Transparency International zitiert nach Shen 2015). Zum anderen ist auch für die bekannten Verteidigungsausgaben eine Verteilung nicht eindeutig: Laut Lucie Beraud-Sudreau von der Heritage Foundation werden 31 Prozent für Personal, die auch militärische und polizeiliche Sicherheitskräfte miteinschließt, und 41 Prozent für Ausrüstung, Forschung und Entwicklung ausgegeben (vgl. Grady 2021). Für die Personalkosten ist zu berücksichtigen, dass dem chinesischen Staat mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und dass die Arbeitskräfte einen niedrigeren Lohn als in westlichen Staaten erfordern, wobei die Kosten für professionelle Fachkräfte steigen (vgl. ebd.). Die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen beinhaltet jedoch nach Aussage der Autorin nicht die Dual-Use Technologien sowie die Ausgaben für öffentlich-private Joint Ventures (vgl. ebd.). Zuletzt ist der chinesische Staat der zweitgrößte Käufer Russlands, womit unterschiedliche Löhne sowie Rabatte ein unbekannter Faktor sein könnten (vgl. ebd.). Ein weiterer Index für die Bewertung des chinesischen Militärs könnte daher der durch das Bonn International Centre for Conflict Studies geschaffene Global Militarisation Index sein. Für den Index werden die Verteidigungsausgaben mit dem Bruttoinlandsprodukt sowie den Gesundheitsausgaben verglichen (vgl. Bonn International Centre for Conflict Studies 2020). Der chinesische Staat belegt mit einem Wert von 150 den 97. Rang weltweit (vgl. ebd.). Die USA haben bei dem Index einen Wert von 259 und stehen auf Rang 25 (vgl. ebd.). Aufgrund der steigenden offiziellen Verteidigungsausgaben kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Militär insgesamt an Bedeutung gewonnen hat. Die Bedeutungshoheit dürfte auch die Nuklearwaffen betreffen, da die chinesische Regierung Modernisierungsbestrebungen verfolgt. Neben dieser militärischen Stärke verfügt der chinesische Staat auch über das notwendige Kapital und die Volkswirtschaft, um auf dieser Ebene global kon-

kurrenzfähig zu sein. Die angegebenen Zahlen des Verteidigungs- und Schattenhaushalten beinhalten jedoch eine bedeutende Anzahl an unbekannte Variablen, so dass daraus keine aussagekräftige Annahme getroffen werden kann.

Im Folgenden werden die Declaratory Policy, das Force Deployment und die Action Policy in Bezug auf das chinesische Arsenal und die nukleare Doktrin analysiert. Ziel es ist, zu überprüfen, ob und inwieweit die chinesische Regierung eine aktive Nuklearwaffenpolitik verfolgt. Im ersten Schritt wird dazu die offizielle Doktrin und Kommandostruktur hinsichtlich einer aktiven Nuklearwaffenpolitik untersucht, bevor im Anschluss das chinesische Force Deployment anhand des Arsenals und der nuklearen Infrastruktur beurteilt werden sollen. Zuletzt werden politische Aussagen und Handlungen den beiden vorherigen Untersuchungen entgegengesetzt und hinsichtlich einer aktiven Nuklearwaffenpolitik überprüft. Die Nuklearwaffenpolitik sollte nicht als einzelne Entwicklung, sondern in einem breiteren Kontext verstanden werden, weshalb in diesem Punkt auch die geopolitische Situation des chinesischen Staates miteingeschlossen wird. Da, so Paul (2018), Xi Jinping für einen Großteil der Veränderungen verantwortlich ist, soll auf seinen Einfluss und seine Position besondere Rücksicht genommen werden (vgl. ebd.). Es ist daher abzuwägen, inwieweit die Strategiepapiere der chinesischen Regierung aus den Jahren 2013, 2015 und 2019 seine Handschrift tragen oder als kulturell-historisch einzuordnen sind.

3.2.1. Chinas nukleare Doktrin und Kommandostruktur

Die chinesische Regierung besitzt laut offiziellen Angaben die Doktrin einer minimum assured destruction (vgl. Cordesman et al. 2019: 494). Durch ein notwendiges Minimum an Nuklearwaffen soll die chinesische Souveränität gesichert werden. Zudem hat sich die Regierung für eine NFU-Politik ausgesprochen (vgl. Kile/Kristensen 2019a: 319). In seiner Rede in Davos im Jahr 2017 äußerte sich der chinesische Staatspräsident Xi Jinping zu Nuklearwaffen: „Nuclear weapons should be completely prohibited and destroyed over time to make the world free of them“ (AFP, Reuters 2017). Entsprechend fordert er damit auch die Abrüstung seines eigenen Staates. Allerdings betonte er in der Rede weiter, dass die Dominanz einzelner Staaten abzulehnen und alle Staaten gleichberechtigt zu

behandeln sein (vgl. ebd.). Mit hoher Wahrscheinlichkeit bezog sich diese Aussage auf den internationalen Einfluss der USA (vgl. ebd.), ohne jedoch den chinesischen Einfluss in Asien zu berücksichtigen. Stattdessen sagte Xi weiterhin: „China will never seek expansion, hegemony or sphere of influence“ (ebd.). Die chinesische Militärstrategie wird als „we will not attack unless we are attacked, but we will surely counterattack if attacked“ (vgl. Ministry of National Defense o. J.). Insbesondere zu Nuklearwaffen wird dementsprechend die NFU sowie die Nichtverwendung gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten und nuklearwaffenfreie Zonen betont (vgl. ebd.). Der chinesische Staat fordert ein Verbot sowie die Abrüstung und Zerstörung der Waffen (vgl. ebd.). Das chinesische, nukleare Arsenal unterliegt daher nicht einem Wettrüsten, sondern wird auf einem Minimum gehalten (vgl. ebd.). Aus westlicher Sicht wird die chinesische Strategie auf Grundlage des NFU und Minimum-Ansatzes mit den Konzepten der close defense und key-point counterstrikes gedeutet (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 7). Ersteres beschreibt die Überlebensfähigkeit mithilfe von Mobilität und Tarnung, während letzteres die Vergeltungsschläge mit counterforce und countervalue beschreibt, so dass ein Gegner zur Kapitulation geschockt wird (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 7-8). Auch mit der Einführung der PLARF wurde diese Doktrin noch einmal offiziell bestätigt, da die Umstrukturierung keine Auswirkung auf die Doktrin haben soll (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 7-8; Kile/Kristensen 2019a: 319). Laut David Logan in einem Kommentar für War on the Rocks (2020) ist die chinesische Doktrin, die immer wieder öffentlich bestätigt wird, kongruent zu den Grundsätzen der Entscheidungsträger, innenpolitischen Einschränkungen, der strategischen Kultur sowie den zivil-militärischen Beziehungen (vgl. ebd.). Die zivil-militärischen Beziehungen werden vor allem an der Kommandostruktur deutlich, auf die zu einem späteren Zeitpunkt eingegangen werden soll (vgl. ebd.). Weiterhin sind, so Logan, keine chinesischen Nuklearwaffen vorhanden, die für den Einsatz gegen militärische Ziele auf Schlachtfeldern vorgesehen sind, und womit eine nukleare Kriegführungsstrategie für China auszuschließen ist (vgl. ebd.). Die beobachteten Militärmanöver des chinesischen Militärs zu Übungszwecken belegen zudem, die Vorbereitung auf einen Vergeltungsschlag (vgl. ebd.). Die Aussagen und Beobachtungen des Autors würden eine Übereinstim-

mung der Declaratory Policy sowie der Action Policy bezeugen und die Umsetzung einer aktiven Nuklearwaffenpolitik negieren. Der Politologe Austin Long (2020) erwidert jedoch auf den Kommentar Logans, dass die Vorbereitung auf einen militärischen Fall die Möglichkeit zu einem Erstschatz notwendigerweise ausschlieÙe, da Erstschatz und Vergeltung sich nicht widersprechen (vgl. ebd.). Die gleiche Diskrepanz zwischen den beiden Autoren besteht bezüglich des Status der Demontage der Sprengköpfe: Während Logan davon ausgeht, dass die Sprengköpfe demontiert gelagert werden, ist nach Longs Ansicht ein substantieller Teil des Arsenal routinemäßig montiert, da die PLARF eine Kampfbereitschaftspflicht sowie eine hohe Wachsamkeitspflicht aufweisen soll (vgl. Logan 2020; Long 2020). Grundsätzlich ist es jedoch wahrscheinlicher, dass die Nuklearwaffen nicht einsatzbereit und die Sprengköpfe getrennt in Zentraldepots gelagert werden, auch wenn interne Diskussionen für eine abschlussbereite Doktrin vorlagen, um die Glaubwürdigkeit der chinesischen Abschreckung zu erhöhen (vgl. Flocken et al. 2018: 1:40 – 2:00; Kile/Kristensen 2019a: 318-319). Verantwortlich für die Nuklearwaffen ist seit der Umstrukturierung der chinesischen Armee die Teilstreitkraft PLARF: Diese ist im Jahr 2016 als vierte Teilstreitkraft der chinesischen Volksbefreiungsarmee geschaffen worden und ihr Aufgabengebiet erstreckt sich auf die strategische Sicherheit und die gesamte nukleare Triade Chinas (vgl. Gill/Ni 2019: 33; Heginbotham et al. 2017: 18; Kile/Kristensen 2019a: 318). Sie ist damit der Nachfolger des zweiten Artilleriekorps und gleichwertig zur Armee, der Marine und den Luftstreitkräften (vgl. Cordesman/Kendall 2016). Der Teilstreitkraft steht ein Personal von geschätzt 100.000 Soldaten zur Verfügung (vgl. Arms Control Association 2017). Gleichzeitig wurde durch die Reform die Rolle der Zentralen Militärkommission innerhalb der Volksbefreiungsarmee gestärkt (vgl. Gill/Ni 2019: 34).

Im Folgenden sollen daher die chinesischen Angaben zur nuklearen Abschreckung untersucht werden. Eine Beobachtung des chinesischen Nuklearwaffenexperten Tong Zhao ist, dass viele chinesische Politikexperten sowie Diplomaten über Fähigkeiten und Pläne der Volksbefreiungsarmee hinsichtlich der Nuklearwaffen nicht informiert werden (vgl. Zhao 2021). Folglich sind jene Experten ebenso auf ausländische Quellen angewiesen und es mangelt aufgrund der Geheimhaltung an internen Kontrollen (vgl. ebd.). Die Angaben beziehen sich

daher auf Unterlagen vor der Reform im Jahr 2015. Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben sich die grundlegenden Strategien sowie das theoretische Verständnis der Abschreckung nicht verändert. Die chinesische nukleare Abschreckung unterscheidet sich auf einer konzeptionellen Ebene vom westlichen Denken (vgl. Cheng 2021: 178). Während die westliche Auslegung von einer ausschließlichen Abschreckung ausgeht, basiert die chinesische Abschreckung auf dem Prinzip „weishe (威懾)“ (vgl. ebd.). Es bedeutet sowohl Abschreckung als auch Zwang bzw. Drohung (vgl. ebd.). Es findet also keine Unterscheidung statt, da es sowohl eine offensive als auch eine defensive Komponente enthält (vgl. ebd.). Es ist vielmehr ein Zusammenschluss jener durch Schelling geprägten Begriffe (vgl. Cheng 2021: 179). Der Asienexperte Dean Cheng für die Heritage Foundation (2021) sieht zudem einen Unterschied im Zweck der Abschreckung: Für die US-amerikanischen Entscheidungsträger ist die Abschreckung das Ziel einer Aktion, für die chinesische Entscheidungsträger hingegen stellen sie das Mittel dar, um ein politisches Ziel zu erreichen (vgl. ebd.). Grundsätzlich wird mit der chinesischen Abschreckung demnach ein dem westlichen Sinne nach ein weiteres Ziel verfolgt. Die einzige Ausnahme ist die nukleare Abschreckung, die die Verwendung von Nuklearwaffen gegen den chinesischen Staat verhindern soll (vgl. Cheng 2021: 180). Sie wird als „he weishe (核威懾)“ bezeichnet (vgl. ebd.). Folglich unterstützen Nuklearwaffen das Konzept des weishe (vgl. ebd.). Genauer werden sie dazu genutzt, um einen psychologischen Effekt durch eine Drohung oder offensive Darstellung beim Kontrahenten zu erzielen (vgl. Cheng 2021: 181). Als Reaktion stellt der Kontrahent aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse seine Handlung ein (vgl. ebd.). Cheng versteht den chinesischen Ansatz als „limited deterrence“, die ausschließlich auf den Erhalt der Zweitschlagfähigkeit ausgelegt ist (vgl. ebd.). Eine nukleare Kriegsführung wird ausgeschlossen (vgl. ebd.). Dem eigenen Verständnis nach sind die Nuklearwaffen dennoch als defensiv zu verstehen, weshalb auch das nukleare Arsenal auf einem Minimum sein kann (vgl. Cheng 2021: 182). Cheng bemerkt weiter, dass in chinesischen Analysen eine Kriegsbefähigung mit Nuklearwaffen gefordert wird, da die Befähigung notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Abschreckung ist (vgl. Cheng 2021: 182-183). Darüber hinaus existiert für den Vorgänger der PLARF analog zu Khans Eskalationsstufen ein Eskalationssystem, das sich in sieben Schritte aufgliedert

(vgl. Cheng 2021: 183). Sie werden im Folgenden aufgeführt, da sie einen allgemeinen Einblick über das Eskalationsverständnis der chinesischen Streitkräfte bietet. Auf der ersten Stufe werden die Nuklearwaffen medienwirksam und öffentlich dargestellt (vgl. ebd.). Auf der zweiten Stufe werden sowohl Sprengköpfe als Trägersysteme auf einen Abschuss vorbereitet und dies offen signalisiert (vgl. ebd.). Auf der dritten Stufe werden die tatsächlichen Fähigkeiten in Übungen, vor ausländischen Überwachungssatelliten, zur Inspektion durch ausländische Experten und in Militärparaden angedeutet (vgl. ebd.). Auf der vierten Stufe werden die Spannungen durch Manipulation und Täuschung mithilfe von verschiedenen Signalen, Zeichen und simulierten Raketenstarts beeinflusst (vgl. ebd.). Auf der fünften Stufe werden Raketen zu Demonstrationszwecken in bestimmte Zonen abgefeuert (vgl. ebd.). Die sechste Stufe besteht aus ähnlichen Raketenstarts wie die fünfte Stufe, jedoch werden Ziele nahe den gegnerischen Streitkräften oder des gegnerischen Territoriums gewählt (vgl. ebd.). Zuletzt wird gegen nuklear oder technologisch gut ausgerüstete Kontrahenten kommuniziert, dass die Schwelle zum Nuklearwaffeneinsatz gesenkt wird (vgl. Cheng 2021: 183-184). Zusammenfassend erhält die Kommunikation der vorgenommenen Handlungen einen hohen Stellenwert im chinesischen Abschreckungsverständnis (vgl. Cheng 2021: 184). Außerdem könnte laut Cheng die PLARF dazu übergehen, konventionelle Raketen des gleichen Typs wie die Trägersysteme der Nuklearwaffen für die angesprochenen Simulationen zu verwenden (vgl. ebd.). Entsprechend könnten Missverständnisse aufgrund einer falschen Zuordnung entstehen. Ebenso ist unklar, was für die chinesischen Entscheidungsträger als Minimum ausgelegt wird, da neben den USA, potenziell auch Russland, Indien und Japan abgeschreckt werden müssen (vgl. ebd.). Zu der chinesischen Abschreckung zählen außerdem Weltraum-, Cyberspace- sowie Informationsaktionen, die durch Diplomatie, psychologische Kriegsführung und Propaganda ergänzt werden (vgl. Cheng 2021: 192). Zusätzlich wird in der chinesischen Literatur im Gegensatz zur Westlichen nicht zwischen Abschreckung durch Bestrafung oder Verweigerung unterschieden, da der Begriff weishe beides bedeuten kann (vgl. Cheng 2021: 196). Entsprechend könnten die chinesischen Entscheidungsträger beide Strategien in Abhängigkeit zur strategischen Situation nutzen (vgl. Cheng 2021: 197). Der letzte Punkt des chinesischen Eskalationssystems wird durch Cheng

jedoch als Verweigerung interpretiert, da durch die Aufgabe der Krisenkontrolle beim Einsatz diesen Effekt erzielen würde (vgl. ebd.). Im Gegensatz dazu ergeben die in den anderen Punkten genannten Demonstrationen der Waffensysteme den Eindruck einer Abschreckung durch Bestrafung (vgl. ebd.). Die chinesische Nuklearwaffenpolitik kann im Zusammenhang mit dem dargelegten Verständnis und der Beurteilung durch die Experten lediglich als passiv ausgelegt werden. Allerdings widerspricht diesem Ansatz die kulturelle Interpretation des weishe, welches durch die darin enthaltenen Maßnahmen zum Blackmail eine aktive Nuklearwaffenpolitik ermöglicht. Entsprechend könnte die chinesische Regierung eine aktive Politik ausüben und sich weiterhin als ausschließlich defensiv verstehen. Es ist daher zu untersuchen, ob die chinesische Regierung diese Maßnahmen bewusst nutzt.

Zunächst soll jedoch die Kommandostruktur der chinesischen Regierung und der chinesischen Streitkräfte untersucht werden: Laut dem Defense White Paper der Regierung befinden sich die Nuklearwaffen unter der direkten Kontrolle der Zentralen Militärkommission, die jedoch für ihre Entscheidungsfindung durch den ständigen Ausschuss des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas konsultiert wird (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 19). Seit Oktober 2017 besteht die Zentrale Militärkommission aus sieben Mitgliedern – dem Vorsitzenden, dem Stellvertretern und den Mitgliedern. Im Jahr 2019 wurden die Positionen durch den Vorsitzenden Xi Jinping, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Xu Qiliang und Zhang Youxia sowie vier weiteren Mitgliedern bekleidet – darunter der Verteidigungsminister Wei Fenghe, Stabschef Li Zuocheng, weshalb somit Vertreter aus allen Teilstreitkräften in der Zentralen Militärkommission vorhanden sind (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 19; China Military Online o. J.). Durch diese Zusammensetzung ist Xi Jinping das einzige zivile Mitglied, weshalb Lewis und Tertrais (2019) vermuten, dass ihm die endgültige Entscheidungshoheit obliegt (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 19). Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping trägt demnach eine entscheidende Rolle für den Einsatz von Nuklearwaffen. Zum einen bekleidet er das Amt des Staatspräsidenten sowie das Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas und zum anderen ist er ebenso Vorsitzender der Zentralen Militärkommission sowie des ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 19). Auf dem

Regierungschef liegt folglich auch eine enorme Machtkonzentration. Geknüpft an die Person Xi Jinpings, der zwar nicht der Auslöser dessen sein mag, ist zudem die Tatsache, dass eine Politik bzw. ein Streben zum Weltmachtstatus des chinesischen Staates seit seinem Amtsantritt stärker forciert wird (vgl. Paul 2018: 4). So erklärte Xi Jinping zur Gründung der PLARF, dass diese Streitkräfte den Kern der strategischen Abschreckung darstellen und gleichzeitig den Großmachtstatus Chinas festigen würden (vgl. Xi Jinping zitiert nach Heginbotham et al. 2017: 18). Unterstützend sind die Ausführungen Heginbothams et al. hinzuzuziehen, da die Nukleardoktrin inklusive des begrenzten, chinesischen Arsenal und der NFU-Politik eine zentralisierte Kommandostruktur erfordert. Dies soll gewährleisten, dass die Regierung der enormen militärischen und politischen Wirkung der Nuklearwaffen gerecht wird, die Konzentration von Macht in den Händen der politisch-militärischen Elite und somit Separatisten den Zugang verwehrt bleibt. Zusätzlich entspricht die Zentrierung der Entscheidungskompetenz einer leninistischen Weltanschauung (vgl. Heginbotham et al. 2017: 15/16). Für den Fall eines landgestützten Nuklearwaffeneinsatzes bedeutet dies, dass die Zentrale Militärkommission den Generalstab verständigt, der selbst die Information an das PLARF Hauptquartier weitergibt. Von dort gelangt die Information zu den einzelnen Basen, zur Brigade und schließlich zum Bataillon (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 19/20). Grundsätzlich verfügt die PLARF über die Kontrolle aller chinesischen Nuklearwaffen und somit der nuklearen Triade (vgl. Kile/Kristensen 2019a: 318; Joshi/O'Donnell 2019: 93; Arms Control Association 2017). Die Marine und Luftstreitkräfte der Volksbefreiungsarmee könnten jedoch beabsichtigen, die Kontrolle über die durch ihre Trägersysteme verwendeten Nuklearwaffen weiter auszubauen (vgl. Heginbotham et al. 2017: 112; Lewis/Tertrais 2019: 19). Insbesondere für strategische U-Boote (SSBN), die auf Seepatrouille sind, ist die Kommandostruktur ungewiss, da die bisherige Politik der getrennt gelagerten Sprengköpfe an Bord nicht möglich ist (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 20). Lewis und Tertrais sehen anhand von Modellen des Politologen David Logan daher drei Handlungsmöglichkeiten¹⁶ für die chinesische Regierung, die durch den Ausbau ihrer SSBN-Flotte ihre Kommandostruktur erweitern muss, um sich nicht angreifbar zu

¹⁶ Die Modelle sehen vor, dass die Kontrolle über die SSBN und SLBM entweder vollständig auf Seiten der PLARF oder der Marine sein würde oder dass das SSBN durch die Marine und die SLBM durch die PLARF entsprechend kontrolliert werden würden (vgl. Lewis/Tertrais 2019, S. 21).

machen (vgl. Lewis/Tertrais 2019: 21). Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da laut des chinesischen Defense White Paper 2015 der Wandel zu einer Hochseemarine forciert werden soll (vgl. Gott et al. 2019: 23). Neben den neuen Herausforderungen an die Doktrin aufgrund der technischen Fortschritte existiert innerhalb des chinesischen Militärs weiterhin die Diskussion darüber, die Nuklearwaffen abschussbereit zu lagern, da dies zu einer Stärkung der Glaubwürdigkeit führen soll (vgl. Kile/Kristensen 2019a: 319). Die Lagerung wurde entsprechend für die Umstrukturierung auch berücksichtigt, jedoch den Berichten nach nicht verändert. Allgemein kann für die Umstrukturierung der Volksbefreiungsarmee zudem festgehalten werden, dass das chinesische Militär anstrebt, die Abschreckungsmöglichkeiten zu verbessern und die Kriegsführungsmöglichkeiten zumindest in Erwägung zieht (vgl. Gill/Ni 2019: 44). Folglich kann durch eine Betrachtung des Arsenalts sowie der nuklearen Infrastruktur überprüft werden, inwieweit die chinesische Regierung weiterhin eine minimum assured destruction Strategie auch trotz der Modernisierungen verfolgt. Dies ist insbesondere in der Action Policy zu berücksichtigen, da diese auch abseits der Declaratory Policy geändert werden kann. So könnte grundsätzlich laut Long auch die NFU auf diese Art und Weise abgeschafft werden (vgl. Long 2020). Da es sich beim chinesischen Staat um ein zentralisiertes, undurchsichtiges, autoritäres Regime handele, könne die Policy jederzeit geändert werden (vgl. ebd.). Eine solche Änderung könnte im Vergleich zu einer Demokratie schneller, leichter und intransparenter erfolgen. Im Folgenden soll daher das Arsenal im Kontext der Declaratory Policy untersucht werden. Die offizielle Nuklearwaffendoktrin und Kommandostruktur geben jedoch keinen Anlass für eine aktive Nuklearwaffenpolitik, sondern stärken die NFU-Politik seitens der chinesischen Regierung.

3.2.2. Chinas nukleares Arsenal & Infrastruktur

Im Jahr 2020 verfügte die chinesische Regierung über 350 Nuklearsprengköpfe, die laut SIPRI nicht einsatzbereit gelagert werden (vgl. SIPRI 2021: 370; Kristensen/Korda 2019: 172). Im Rahmen der Modernisierungen verbessert die chinesische Regierung nicht nur ihr Arsenal, sondern vergrößert es auch (vgl. Cordesman et al. 2019: 494; Daase et al. 2019: 31-32). Die Anzahl der Sprengköpfe hat sich damit im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal erhöht. Im Jahr 2013 umfasste das Arsenal laut Angaben des SIPRI 250 Sprengköpfe, im Jahr

2015 war es bereits auf 260 angestiegen, im Jahr 2017 wurde es auf 270 Sprengköpfen erhöht, bevor es schließlich im Jahr 2019 320 Sprengköpfe umfasste (vgl. SIPRI 2020a: 356; SIPRI 2018; Kristensen/Norris 2013: 79; Kristensen/Norris 2015). Das lässt darauf schließen, dass insbesondere in den letzten drei Jahren die Produktion an Sprengköpfen stark zugenommen hat, so dass das chinesische Arsenal erstmals größer ist als das französische Arsenal. Der chinesische Staat ist damit aktuell die drittgrößte Atommacht hinter den USA und Russland. Unter Einbezug der bereits erörterten Doktrin müssen sich demnach entweder die externen Parameter für die chinesische Strategie geändert haben oder die Action Policy stimmt nicht länger mit der Declaratory Policy überein und die Doktrin des minimum assured destruction wäre überholt. Die tatsächlichen Angaben zu den Nuklearwaffen unterliegen jedoch einer strengen Geheimhaltung seitens der chinesischen Regierung, weshalb Schätzungen notwendig sind, die aufgrund technischer Daten, nuklearem Spaltmaterial und US-Geheimdienst-Informationen getroffen werden. Die MIRV-Technologie ist von besonderer Bedeutung für die chinesische Regierung, da sie die Überwindungsmöglichkeiten von Raketenabwehrsystemen der USA sowie im geringeren Ausmaß Russlands und Indiens verbessert (vgl. Kile/Kristensen 2019a: 321). Die folgende Tabelle dient zur Übersicht über die chinesischen, nuklearen Streitkräfte, um sie auf die Veränderung hinsichtlich einer aktiven Nuklearwaffenpolitik zu untersuchen. Das chinesische Militär benutzt wie bereits angeführt eine eigene Einordnung ihrer Raketen bzgl. der Reichweite. Die Reichweiten weichen damit von den definierten Grenzen US-amerikanischer und europäischer Experten und Entscheidungsträger ab. Das Fundament dieser Tabelle beruht aufgrund ihrer Expertise auf den Daten des SIPRI und wird um Daten aus weiteren Quellen ergänzt.

Typ (Kennung)	Anzahl (Sprengköpfe)	Reichweite (km)	Treibstoff	CEP (m)	Navigation	Sprengkraft (kt)	Einsatzjahr	Besonderheiten
Ballistische Raketen								
DF-4 (CSS-3)	6	5500	Flüssig	1500	Inertial	1x3.300	1980	Semi-Mobil
DF-5A (CSS-4 Mod 1)	10	>12000	Flüssig, 2-stufig	500-800	Inertial	1x4.000-5.000 M	1981	Silo
DF-5B (CSS-4 Mod 2)	10	12000	Flüssig, 2-stufig	300-500	Inertial	5x200-300	2015	Silo, MIRV

DF-5C (CSS-4 Mod 3)					Inertial	10x		MIRV
DF-15 (CSS-6 Mod 1)		600	Fest, 1-stufig	300	Inertial	1x10-50*	1994	
DF-17	36	2500						Dual, Überschall, Gleitflugkörper
DF-21 (CSS-5 Mod 2/6)	40	2100	Fest, 2-stufig	700	Inertial	1x200-300	1996/2017	Mobil
DF-26 (CSS-18)	200	>4000	Fest	100	Inertial	1x200-300	2016	Dual, MaRV
DF-31 (CSS-10 Mod 1)	6	>7000	Fest	300	Inertial	1x200-300	2006	
DF-31 A/AG (CSS-10 Mod 2)	72	>11200	Fest, 3-stufig			1x200-300	2007/2018	Mobil
DF-41 (CSS-X-20)	18	>12000	Fest, 3-stufig	100-500	Inertial, GPS	3x200-300	2021	Mobil, MIRV
U-Boot-gestützte Raketen								
JL-2 (CSS-NX-14)	72	>7000	Fest, 3-stufig	150-300	Inertial, GPS	1x200-300	2016	
JL-3 (CSS-NX-)								
Marschflugkörper								
CJ-100*								Überschall, Staustrahltriebwerk
Flugzeuge								
H-6K (B-6)	20 (20)	3100				1xBombe	2009	
H-6N (B-6N)						1xALBM	2022	
H-20 (B-20)		8500					2025	Dual, Tarnkappentechnik

Tabelle 2 Chinesische nukleare Trägersysteme

Quelle: In Anlehnung an SIPRI 2022: 382, SIPRI 2021: 370-371 und SIPRI a 2020: 356-361; Missile Defense Advocacy Alliance 2016 a; Missile Defense Advocacy Alliance 2016 b; Missile Defense Advocacy Alliance 2016 c; Missile Defense Advocacy Alliance 2017 a; Missile Defense Advocacy Alliance 2017 b; Missile Defense Advocacy Alliance 2017 c; Missile Defense Advocacy Alliance 2017 d; Missile Defense Advocacy Alliance 2018 a; Missile Defense Advocacy Alliance 2018 b; Williams/Dahlgren 2019; Arms Control Association 2017

Das chinesische Militär verfügte im Jahr 2019 über eine nukleare Triade mit einer starken Gewichtung landbasierter Systeme, da 172 (53,75%) der insgesamt 320 nuklearen Sprengköpfe für landgestützte ballistische Raketen vorgesehen waren (vgl. Tabelle 2). Von den Trägersystemen sind zudem fünf ballistische Raketen, alle für U-Boote entwickelten Systeme, der Marschflugkörper sowie zwei Drittel der Flugzeuge seit dem Jahr 2015 ins Arsenal aufgenommen worden (vgl. ebd.). Zwar ist die Entwicklung der Systeme langfristig ausgelegt,

jedoch ermöglicht sie der chinesischen Regierung zeitgleich mit der Umstrukturierung des Militärs einen größeren Handlungsspielraum. Kristensen und Korda sprechen zudem von einem Trend, nach dem neue Trägersysteme zielgenauer sind und die ausgerüsteten Sprengköpfe über eine geringere Sprengkraft von höchstens 100 Kilotonnen verfügen (vgl. Kristensen/Korda 2019: 172). Da das chinesische Militär der Streukreisradius, kurz CEP (engl. Circular Error Probable), mit neuen Generationen an Trägersystemen reduzieren konnte und zusätzlich über Navigationssysteme wie Radar und GPS verfügt, scheint diese Aussage zutreffend (vgl. Tabelle 2), was für die Ausrichtung auf eine counterforce Strategie spricht. Es könnte daher aufgrund der erhöhten Präzision der gleiche Effekt erzielt werden, wie mit einer erhöhten Sprengkraft. Die geringere Sprengkraft reduziert zudem die Menge des benötigten Spaltmaterials. In der DF-5 Reihe, deren Modelle auf derselben Grundlage basieren, wurde bspw. bei den neueren Modellen die Genauigkeit erhöht und gleichzeitig die Sprengkraft reduziert (vgl. ebd.). Die DF-5 verfügt daher über die größte Reichweite der chinesischen Raketensysteme (vgl. CSIS Missile Defense Project 2021).

Des Weiteren lassen sich folgende Entwicklungen der landgestützten Systeme anhand der Militärparade zum 70. Jubiläum der Volksrepublik China beobachten: Zum einen wurden erstmalig Trägersysteme gezeigt, wodurch sie beurteilt werden können. Zum anderen dienen die gezeigten Systeme der chinesischen Regierung als Propaganda und Show of Force. Auf der Militärparade am 01. Oktober 2019 China waren die Trägersysteme CJ-100, DF-17, DF-26, DF-5B, DF-31AG, die SLBM JL-2 und DF-41, die offiziell als strategische Streitkräfte klassifiziert wurden, zu sehen (vgl. Williams/Dahlgren 2019). Mit der DF-17 verfügt das chinesische Militär über eine ballistische Hyperschallrakete, die laut Angaben der chinesischen Staatsmedien zur Überwindung US-amerikanischer Raketenabwehrsysteme entwickelt wurde (vgl. Williams/Dahlgren 2019). Neben der Überwindung von Raketenabwehrsystemen bieten Hyperschallraketen den Vorteil, schwerer abfangbar zu sein (vgl. Zhao 2018: 178). Laut der Hongkonger Zeitung South China Morning Post (2019) sowie der Angaben der Missile Defense Advocacy Alliance (2018) kann die DF-17 auch einen nuklearen Zweck erfüllen (vgl. Fifield 2019; Missile Defense Advocacy Alliance 2018a). Laut dem Experten für Nuklearwaffenpolitik der Carnegie-Tsinghua Center for Global Policy Tong

Zhao (2018) verschwimmen durch den Einsatz von Hyperschallraketen ob der Einsatzmöglichkeiten und Zerstörungskraft die Grenzen zwischen nuklearer und konventioneller Kriegsführung (vgl. S. 175). In Bezug auf die Technologie der DF-17 seien, so die Autoren eines Global Times Beitrages, äquivalente Modelle der USA und Russlands weniger weit entwickelt (vgl. Fifield 2019). Ob diese Behauptung stimmt, kann aufgrund mangelnder Daten nicht beantwortet werden. Die Aussage zeigt jedoch, dass die chinesischen Medien das chinesische Militär als überlegen darstellen wollen und zur Propaganda genutzt werden. Sie verdeutlicht zudem den Großmachtanspruch des chinesischen Staates. Es zeigt darüber hinaus, wer im chinesischen Konkurrenzdenken verhaftet ist bzw. gegen wen sich die Propaganda richtet. Weiterhin gehen chinesische Experten davon aus, dass durch die neuen Erfindungen aktuelle Raketenabwehrsysteme in naher Zukunft veraltet sein werden (vgl. Zhao 2018: 179). Die Hyperschallraketen werden zusätzlich, so Zhao, dazu beitragen, dass die Trennung zwischen Schlachtfeld und Versorgung bzw. Hinterland weiter aufgeweicht wird. Folglich erhalten bestimmte Erstschlagziele – Entscheidungsträger, Kommunikationszentren und -infrastruktur, Nuklearwaffen, Luft- und Raumfahrtzentren sowie ökonomische Zentren – eine neue Gewichtung (vgl. Zhao 2018: 181). Hieraus entsteht auch ein psychologischer Faktor für die Entscheidungsträger bzw. beteiligten Akteure (vgl. ebd.). Bei der DF-26 handelt es sich nach Aussagen Austin Longs (2020) um eine ballistische Langstreckenrakete, die für regionale Einsätze entwickelt wurde (vgl. ebd.). Zusätzlich ist die DF-26 aufgrund ihrer Manövrierfähigkeit dazu in der Lage bewegliche Ziele, wie bspw. Flugzeugträger anzuvisieren (vgl. ebd.). Laut Angaben des SIPRI (2021) ist die DF-26 vermehrt in Basen der PLARF vorzufinden und es sollen sich weitere Raketen in Produktion befinden (vgl. SIPRI 2021: 375). Aufgrund der vermuteten Rolle der DF-26 ist davon auszugehen, dass die chinesischen Entscheidungsträger ihre militärischen Optionen regional stärken wollen. Die Rakete kann sowohl konventionell als auch nuklear bestückt werden. Diese Tatsache kann zu einer Mehrdeutigkeit für die Identifikation bzw. zu einer Fehlinterpretation führen, vor allem, da die Rakete laut Long über eine Hot-Swapping-Befähigung verfügen soll (vgl. Long 2020; Logan 2020), die eine Änderung der nuklearen bzw. konventionellen Bewaffnung erleichtert. Die DF-31AG ist eine

Weiterentwicklung der DF-31A bzw. der DF-31. Die Modernisierung soll eine Verwendung mithilfe eines neuen Abschussfahrzeuges auch in schwierigem Terrain ermöglichen (vgl. Williams/Dahlgren 2019; Long 2020). Die gesteigerte Mobilität inklusive der erhöhten Diversität des gesamten Arsenalsteigern die Überlebensfähigkeit (vgl. Long 2020). Die chinesische Regierung ermöglicht sich damit zusammen mit der Counterforce Präferenz sowohl die militärische Option des Nuklearwaffeneinsatzes als auch eine Zweitschlagfähigkeit. Beide Optionen können als Indiz für eine aktive Nuklearwaffenpolitik gewertet werden. Bei der vorzeigten DF-41 wird vermutet, dass sie die DF-5A langfristig ersetzen soll (vgl. Arms Control Association 2017). Der Nachfolger verfügt über eine deutlich erhöhte Genauigkeit bei nahezu gleichbleibender Reichweite. Darüber hinaus verfügt die DF-41 im Gegensatz zur DF-5A über einen festen Treibstoff und ein GPS-Navigationssystem (vgl. Tabelle 2). Die ballistische Rakete soll zudem über eine MIRV-fähige Vorrichtung mit zehn Sprengköpfen verfügen, so der Senior Adviser des chinesischen Rüstungskontrollverbandes Xu Guangyu, (vgl. Fifield 2019). Die hohe Angabe an Sprengköpfen ist allerdings unwahrscheinlich, so dass die Aussage als Propaganda verstanden werden kann. Nichtsdestotrotz ermöglichen mehrere Sprengköpfe die Verwendung von Hilfsmitteln und Täuschkörpern (vgl. ebd.). Xu Guangyu sieht in einem Interview mit der englischsprachigen, staatsnahen Global Times die Interkontinentalrakete DF-41 auf einer Stufe mit einem US-amerikanischen oder russischen Äquivalent (vgl. ebd.). Die DF-41 ist im Vergleich zum Vorgängermodell eine Entwicklung in Richtung einer counterforce Strategie, da sie zielgenauer sowie MIRV-fähig ist und über eine geringere Sprengkraft verfügt. Ähnlich der DF-17 könnte damit wieder der Großmachtsanspruch Chinas verbunden sein. Zudem zeigt es die Orientierung der chinesischen Regierung an den USA, da eine MIRV-Befähigung zur Überwindung von Raketenabwehrsystemen genutzt werden könnte, die unter anderem durch die USA und in einem geringeren Ausmaß von Russland und Indien in Gebrauch sind (vgl. Lewis/Hippel 2018: 204; SIRPI a 2020: 358). Die CJ-100, auch DF-100, gilt als Nachfolger der CJ-10. Zu diesem Marschflugkörper lagen widersprüchliche Aussagen bezüglich ihrer nuklearen oder konventionellen Rolle vor, so dass auch die CJ-100 nicht sicher als nukleares Trägersystem behandelt werden kann

(vgl. Kristensen/Norris 2013: 80; SIPRI 2020 a: 357). Zusätzlich ist eine Übertragung dieser Rolle für den neuen Marschflugkörper ungewiss, da, abgesehen vom Vorzeigen der CJ-100 während der Militärparade, keine weiteren technischen Daten bekannt sind (vgl. Kristensen/Korda 2019: 172; Williams/Dahlgren 2019). Laut Angaben der South China Morning Post kann die CJ-100 durch den Bomber H-6N, der ebenso auf der Militärparade vorgestellt wurden, abgefeuert werden (vgl. Chan/Zhen 2019; Fifield 2019). Der Marschflugkörper wurde von der South China Morning Post als Hyperschallrakete vorgestellt und sei für große Ziele auf dem Ozean entwickelt worden. Sebastien Roblin (2019), Autor für die US-amerikanische Zeitschrift The National Interest, nennt als mögliches großes Ziel Flugzeugträger (vgl. Roblin 2019a). Bei elf US-Schiffen dieser Art sowie sechs weiteren Schiffen im Besitz von NATO-Staaten und lediglich zwei chinesischen Flugzeugträgern von insgesamt 22 Flugzeugträgern weltweit (Stand 2019) (vgl. McCarthy 2019) ist die CJ-100 eindeutig gegen die USA und ihre Verbündeten gerichtet. Die gezeigten Trägersysteme verdeutlichen daher die Ausrichtung des chinesischen Militärs mit den USA mithalten bzw. gegen das US-amerikanische Militär bestehen zu können. Die Raketenexperten des Center for Strategic & International Studies Ian Williams und Masao Dahlgren (2019) machen weiterhin darauf aufmerksam, dass auf der Militärparade die ballistische Rakete DF-5C nicht zu sehen war, obwohl der letzte Test erst im Jahr 2017 durchgeführt wurde (vgl. ebd.).

Darüber hinaus wurden sowohl H-20 Jagdflugzeuge als auch H-6N Bomber eingesetzt, die Militärparade zu begleiten (vgl. Fifield 2019). Bei beiden Flugzeugen handelt es sich um neue Modelle (vgl. Tabelle 2). Die H-20 Jagdflugzeuge sind laut dem Chief Designer des Flugzeuges Xing Wie auch für ein offensives Aufgabenspektrum vorgesehen (vgl. Fifield 2019). Sie verfügen über eine große Reichweite und sollen den US-amerikanischen B-2 Bombern ähneln (vgl. Kile/Kristensen 2019a: 324). Zusammen mit den Counterforce Optionen, die durch die modernisierten ballistischen Raketen erreicht werden, zeichnet das offensive Aufgabenspektrum der Flugzeuge das Bild eines chinesischen Staates, der auf das Militär als politisches Mittel zu setzen scheint. Die Flugzeuge sind jedoch - ebenso wie die seegestützten Trägersysteme - in geringerer Zahl als die ballistischen Raketen vorhanden.

Die chinesische Marine der Volksbefreiungsarmee verfügte zum Abschuss der SLBMs im Jahr 2019 über die Jin-Klasse (Type 094) und entwickelt die dritte Generation an SSBN (Type 096)¹⁷ (vgl. Narang 2018: 196; Kristensen/Korda 2019: 175). Die sechs SSBN der Jin-Klasse sind mit je zwölf JL-2 SLBM – einer Abwandlung der DF-31 - ausgerüstet, wovon vier im Dienst der chinesischen Marine stehen, und zwei weitere SSBN dieser Klasse sich in Produktion befinden (vgl. Kristensen/Korda 2019: 172; Kile/Kristensen 2019a: 323). Das Nachfolgermodell Type 096 soll die JL-3 SLBM erhalten, die über eine erhöhte Reichweite als ihr Vorgängermodell und MIRV-Fähigkeit verfügen könnte, da sie auf dem Modell der DF-41 basieren soll, die eine Reichweite von über 12.000 Kilometern besitzt (vgl. Kile/Kristensen 2019a: 323; SIPRI 2020 a: 360; Tabelle 2; CSIS Missile Defense Project 2021). Diese erhöhte Reichweite könnte laut der South China Morning Post dazu genutzt werden, das amerikanische Festland auch von der chinesischen Küste aus zu erreichen (vgl. Zhen 2020). Insgesamt werden die beiden Generationen der SSBN des Typs 094 und 096 aufgrund ihrer geschätzten Einsatzdauer von 40 Jahren parallel genutzt werden (vgl. Kristensen/Korda 2019: 175; Kile/Kristensen 2019a: 323). Die Vergrößerung der SSBN-Flotte und der Ausbau der Marine zur Hochseeflotte im Allgemeinen verstärkt den Eindruck Chinas als Großmacht.

Das chinesische Arsenal genügt laut Heginbotham et al. den Ansprüchen schmal und effektiv zu sein (vgl. Heginbotham et al. 2017: 15). In Anbetracht der Tatsache, dass sich das chinesische Arsenal jedoch stets vergrößert hat, ist die strategische Haltung bzgl. eines minimalen (schmalen) Arsenal fragwürdig. Die Politologen Narang sowie Joshi und O'Donnell gehen daher davon aus, dass die chinesische Regierung nicht mehr so minimalistisch ist, wie sie vorgibt zu sein (vgl. Narang 2018: 195; Joshi/O'Donnell 2019: 83). Es ist also eine Diskrepanz zwischen der unveränderten Declaratory Policy und dem Force Deployment entstanden. Im Zusammenhang mit den Modernisierungen, angepasst an die neuen technologischen Möglichkeiten, sollte für die chinesische Doktrin eher von einer assured retaliation Doktrin ausgegangen werden (vgl. Narang 2018: 195). Dafür

¹⁷ Bei der Entwicklung kann das chinesische Militär im Gegensatz zu Indien und Pakistan auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen, da das erste SSBN Chang Zeng 1 im Jahr 1971 auslief (vgl. Abbott et al. 2018: 140).

spricht ebenfalls, dass bei einer Minimum-Doktrin, die Nuklearwaffen ungenauer und kleiner sein könnten, da sie nur countervalue Zwecke erfüllen müssten (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 83). Die aktuellen Modernisierungen laufen konträr zu dieser These und legen eine counterforce Strategie nahe (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 84). Zumal Diskussionen innerhalb des Militärs eine Kriegführungsstrategie in Erwägung ziehen und die Strategie allgemein mehr Bedeutung erhält. Jedoch wurde sie nie offiziell bestätigt (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 84; Thomas-Noone 2016: 2). Joshi und O'Donnell gehen jedoch davon aus, dass sich mit dem derzeitigen Arsenal und den fortschreitenden Modernisierungen die Möglichkeit zu eben dieser Strategie besser realisieren lassen (vgl. ebd.). Dazu zählen die erhöhte Genauigkeit, die höhere Bereitschaft der Systeme, schnellere Antwortbefähigung sowie MIRV-Befähigung (vgl. Heginbotham et al. 2017: 136; Narang 2018: 191). Die inoffizielle Veränderung der Doktrin in Anbetracht des neuen Arsenal legt zum aktuellen Zeitpunkt keine aktive Nuklearwaffenpolitik nahe. Sofern die Veränderungen jedoch weiter voranschreiten, ist eine aktive Nuklearwaffenpolitik nicht mehr kategorisch auszuschließen. Die Modernisierung ermöglicht der chinesischen Regierung neue Policy-Optionen, die über einen einfachen Vergeltungsschlag hinausgehen (vgl. Logan 2020). Gleichzeitig stellte das US-Verteidigungsministerium in einem Bericht beschleunigte Modernisierungsbestreben fest (vgl. Zhao 2021). Dazu zählen neben den Verbesserungen vorhandener Systeme auch die Entwicklungen exotischer Trägersysteme (vgl. ebd.). Der Nuklearwaffenexperte Tong Zhao (2021) sieht darin zum einen die Sicherung der Zweitschlagfähigkeit in einem wachsenden Konkurrenzkampf mit den USA (vgl. ebd.). Zum anderen ermöglicht es insbesondere aufgrund von Art und Umfang der Modernisierung den chinesischen Entscheidungsträgern Optionen, um ein Eskalationsmanagement betreiben zu können (vgl. ebd.). Nuklearwaffen mit begrenzter Sprengkraft und Reichweite – wie die DF-21 und DF-26 – könnten eine symmetrische Antwort gegen die USA ohne weitere Eskalation, so Zhao, bieten (vgl. ebd.). Zhao gesteht diesen Waffentypen auch offensive Verwendungsmöglichkeiten zu, die angesichts der konventionellen Überlegenheit in der Region als unwahrscheinlich eingestuft werden können (vgl. ebd.). Diese Überlegenheit sowie Modernisierungen des nuklearen Arsenal sind daher insbesondere gegen die USA für den Fall einer Annexion Taiwans gerichtet, um eine Intervention zu

verhindern (vgl. ebd.). Die Modernisierungen gehen zudem mit einer „Launch on Warning“ Strategie einher, die durch eine bessere Überlebensfähigkeit des Arsenals bedingt wird, aber die Möglichkeit binnen wenigen Minuten zurückzuschlagen bietet (vgl. ebd.).

Bezeichnung	Typ	Anschaffungsjahr	Anzahl
Ka-28	ASW-Helikopter	---	17
Kilo Class	Jagd-U-Boot	1990er-2000er	12
KQ-200/Y-8	ASW-Flugzeug	2015	8
Type 035 (Ming Class)	Jagd-U-Boot	---	???
Type 037IS (Haiqing class)	Korvette	???	???
Type 039 (Song Class)	Jagd-U-Boot	---	13
Type 039A/41 (Yuan Class)	Jagd-U-Boot	---	17
Type 054A	Fregatte	2008-2019	30+
Type 055D	Zerstörer	2020	3
Type 056A	Korvette	2013	72
Type 091 (Han Class)	SSN	1970er-1990er	3
Type 093 (Shang Class)	SSN	---	6
Type 095 (Sui Class)	SSN	---	In Planung
Y-9	ASW-Flugzeug	---	8
Z-9	ASW-Helikopter	---	33
Z-18	ASW-Helikopter	---	2

Tabelle 3: Chinesische ASW-Maßnahmen

Quellen: Eigene Darstellung in Verbindung mit Flight International 2021, Nuclear Threat Initiative 2015, Congressional Research Service 2022, Naval Encyclopedia o. J., Sutton 2021, Haijun360.com o. J., Joe 2018, Chand 2013.

Das nukleare Arsenal wird durch Abwehrmaßnahmen ergänzt, die die eventuellen Gegenmaßnahmen verhindern würden. Eine aktive Nuklearwaffenpolitik könnte in diesem Zusammenhang ungehindert bzw. ohne Berücksichtigung der Gegenmaßnahmen angewendet werden. Im Idealfall ermöglichen diese demnach einen Erst- oder Zweitschlag, ohne die Konsequenzen tragen zu müssen. Für den chinesischen Staat sollen in diesem Zusammenhang Raketenabwehrsysteme, Antisatellitenwaffen sowie ASW untersucht werden. Aufgrund der

besonderen Herausforderung, die das neue Konfliktgebiet des Indischen Ozean mitbringt, werden im Folgenden die ASW-Maßnahmen dargestellt (vgl. Tabelle 3). Die chinesischen Raketenabwehrsysteme unterliegen ebenso wie andere Nuklearwaffen-bezogene Themen durch die chinesische Regierung einer hohen Geheimhaltungsstufe (vgl. Ferguson/MacDonald 2017: 25). Stattdessen verweist sie auf den defensiven Charakter der Systeme und dass es keinen Zielstaat für diese gibt (vgl. ebd.). Externe Beobachter sehen die von der chinesischen Regierung durchgeführten Tests eng mit Antisatellitenwaffen verbunden (vgl. ebd.). So war nicht interpretierbar, ob die SC-19 – eine Abfangrakete – gegen Raketen oder Satelliten eingesetzt werden solle (vgl. ebd.). Sowohl im Februar 2018 als auch im Februar 2021 testete das chinesische Militär die Technologie ballistische Raketen während des Flugs abzufangen (vgl. Boodoo 2021, Osborn 2021, Trevithick 2021). Das chinesische Verteidigungsministerium ließ in diesem Zusammenhang verkünden, dass „China conducted a successful test of its groundbased midcourse defense system. The missile interception test was defensive in nature and is not targeted at any country“ (Boodoo 2021). Bei dem Test wurde eine einzelne IRBM oder ICBM über dem eigenen Territorium abgeschossen (vgl. Osborn 2021, Trevithick 2021). Zudem lautete bereits im Jahr 2018 das offizielle Statement wortgleich (vgl. Trevithick 2018), so dass die Aussage als Notwendigkeit interpretiert werden könnte. Für eine chinesische Tageszeitung war dies für den fortgeschrittenen Stand der Forschung der Technologie (vgl. Osborn 2021). Der Test wurde demnach mit hoher Wahrscheinlichkeit für Propagandazwecke genutzt. Dies wird unterstützt durch die Tatsache, dass laut der US-amerikanischen Fachzeitschrift für internationale Beziehungen *The National Interest* (2021) das Abfangen einer einzelnen Rakete keine Aussage über den Entwicklungsstand der Systeme geben kann, da der Test keine Täuschkörper berücksichtigt, für die Sensortechnologie zur Erkennung dieser notwendig sind (vgl. ebd.). Zudem bietet die Midcourse Phase die beste und einfachste Möglichkeit ein Abfangmanöver durchzuführen, da eine Rakete während des Startes in feindlichem Territorium zu gut geschützt und in der finalen Phase zu schnell ist (vgl. ebd.). Die US-amerikanischen Experten gehen unabhängig von dem erfolgreichen Test, sofern er über die Propaganda hinaus geht, davon aus, dass ein erstes chinesisches System nicht vor dem Ende der 2020er Jahre einsatzbereit ist (vgl. Boodoo

2021). Es handelt sich dabei um eine Abfangrakete der Art „kinetic-kill“, welche durch einen physischen Zusammenstoß die abzufangende Rakete vom Kurs abbringen (vgl. Trevithick 2021). Es sind jedoch keine weiteren Details zu dem System bekannt (vgl. Osborn 2021). Laut Angaben des Nachrichtenportals The Drive (2021) können diese Abfangsysteme auch als Antisatellitenwaffen verwendet werden (vgl. Trevithick 2021). Entsprechend warf die US-amerikanische Regierung der chinesischen Regierung vor, die Tests als Tarnung für Antisatellitenwaffen zu nutzen (vgl. ebd.). Bereits einen Monat zuvor hat die chinesische Regierung das HQ-19 Abfangsystem in Betrieb gesetzt (vgl. Boodoo 2021). Das System soll Raketen mit einer Reichweite von 1.000 bis 3.000 Kilometern während des Fluges außerhalb der Atmosphäre abfangen (vgl. Boodoo 2021; Trevithick 2018). Die Nachrichtendienstgemeinschaft der USA führt das System als CSA-X-19 (vgl. Trevithick 2018). Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des russischen S-300 Systems (vgl. ebd.). Darüber hinaus ist das chinesische Militär im Besitz der russischen S-300 Surface-to-Air Missile sowie S-400 Surface-to-Air Missile, die ebenso ballistische Mittelstreckenraketen abfangen können (vgl. Boodoo 2021). Die größte Bedrohung, für die die Systeme angeschafft wurden, ist in Form der indischen Agni-II und Agni-III gegeben (vgl. Trevithick 2018). Als reine Antisatellitenwaffe verfügt das chinesische Militär über die Dong Neng Serie, von der zuletzt die Dong Neng-3 im Dezember 2016 getestet wurde (vgl. Defense World 2016). Die chinesische Marine verfügt zudem über verschiedene Mittel zur U-Jagd: Sie ist im Besitz von insgesamt 60 U-Booten, von denen drei zur Han-Klasse (Type 091) und zwei zur Shang-Klasse (Type-093) gehören und damit atomgetriebene Jagd-U-Boote (SSN) sind (vgl. Liedman 2017: 13). Allerdings sind die chinesischen, nuklearen U-Boote im Vergleich zu den US-amerikanischen und russischen U-Booten laut und anfällig für U-Jagd, kurz ASW (engl. Anti-Submarine Warfare), so der pensionierte US-amerikanische Offizier der Marine Sean R. Liedman (vgl. ebd.). Die Technologie kann als eine Schwachstelle der chinesischen Marine ausgelegt werden (vgl. Liedman 2017: 14-15). Die Situation wird im pazifischen Ozean durch den Umstand verschärft, dass die australische Regierung im Jahr 2021 von der US-amerikanischen und britischen Regierung die notwendigen Technologien zum Bau von atomgetriebenen U-Booten erworben haben (vgl. Senzel 2021). Mit der australischen Marine wäre demnach

mittel- bis langfristig ein weiterer Akteur mit U-Booten beteiligt, der mit hoher Wahrscheinlichkeit historisch, politisch und gemeinsamer Geheimdienstinformationen im Rahmen der Five-Eyes-Partnerschaft auf Seiten der USA einzuordnen wäre (vgl. ebd.). Der Bau dieser U-Boote ist also ein Zeichen an die chinesische Regierung (vgl. ebd.). Ebenso befindet sich die Entwicklung eigener ASW-Technologie für Schiffe und Flugzeuge im Aufbau, so dass in diesem Bereich die verwendeten Technologien der USA und Russlands überlegen sind (vgl. Liedman 2017: 15). In diesem Kontext entwickelt das chinesische Militär fortgeschrittene ASW-Systeme, die mithilfe von Anomalien der Mikrogravitation konventionelle U-Boote oder von Reaktoren abgegebene Neutrinos Atom-U-Boote erkennen können sollen (vgl. ebd.). Die chinesische Regierung ist sich demnach ihrer technologischen Defizite bewusst. Die Spezialisierung auf die Erkennung von nuklearen Antrieben grenzt zudem die potenziellen Ziele der ASW-Systeme ein. So besitzen beispielsweise sowohl die USA als auch Indien atombetriebene U-Boote, nicht jedoch die pakistanische Marine. Zusätzlich ist anzumerken, dass die SSBN durch ein staatseigenes Konglomerat – China Shipbuilding Industry Corporation – gebaut werden, das als ein weiterer strategischer Vorteil verstanden werden kann, zumal eine geringe Abhängigkeit von externen Zulieferern besteht (vgl. Abbott et al. 2018: 128/132). Einerseits arbeitet das Konglomerat mit der chinesischen Regierung zusammen und andererseits ermöglicht der Zusammenschluss einzelner Unternehmen eine erhöhte Effizienz, die China global zum größten Schiffshersteller macht (vgl. ebd.). Selbst etwaige Defizite in Bezug auf den technologischen Stand konnten durch Verträge und Joint Ventures aufgehoben werden (vgl. ebd.). Das Beispiel der ASW-Systeme zeigt, dass erkannte Defizite intensiv durch die chinesische Regierung gefördert werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Ozeane als entscheidender militärischer und wirtschaftlicher Faktor gelten, wird die chinesische Marine mit ihrer SSBN-Flotte so aufgerüstet, dieser Rolle gerecht zu werden. Dies bezieht sich sowohl auf die Show of Force als auch auf eine hypothetische Konfrontation mit der US-amerikanischen Marine. Neben den Sensorsystemen für Kriegsschiffe verfügen Fregatten und Zerstörer über ASW-Systeme in Form von vertikal abgefeuerten Raketen und Torpedos (vgl. Joe 2018). Die chinesische Marine verfügt über drei ASW-Helikoptertypen: Dazu zählen der vollständig in China produzierte Z-9 sowie der größere,

russische Ka-28 (vgl. ebd.). Diese beiden Systeme können aufgrund der geringen Größe und erschwerten Installation eigener chinesischer Sensorsysteme jedoch nur bedingt die Anforderungen erfüllen (vgl. ebd.). Darüber hinaus besitzt die Marine eine geringe Anzahl an Z-18F Helikoptern, die über moderne Bewaffnung, Sensoren sowie Reichweite verfügen und vollständig in China produziert werden (vgl. ebd.). Allerdings kann dieser Helikopter aufgrund der Größe im chinesischen Arsenal ausschließlich von Flugzeugträgern und ähnlichen Schiffen eingesetzt werden (vgl. ebd.). Die chinesische Marine arbeitet daher an der Z-20F Variante der Z-20, um kleinere Abmessungen mit den modernen Systemen zu verbinden (vgl. ebd.). Zusammenfassend verfügt die chinesische Marine zwar über ASW-Helikopter, jedoch sind die Möglichkeiten begrenzt und folglich anfällig für Fehler. Seit dem Jahr 2015 plant, baut und verwendet die chinesische Marine zudem mit der KQ-200 einen Seefernaufklärer, welcher mit Sensortechnologie ausgestattet werden soll, die dem Stand anderer äquivalenter Modelle entspricht (vgl. ebd.). Weitere Systeme umfassen das Sino-SOSUS, ein festes Unterwasser Hydrofonsystem mit geheimem Standort, sowie kleinere Schiffe mit einem „Surveillance Towed Array Sensor System“ (vgl. ebd.). Letztere finden jedoch insbesondere in Friedenszeiten Verwendung, um große Flächen Gewässers zu überwachen (vgl. ebd.). Aufgrund der Beschaffenheit der Marine, der ASW-Systeme sowie mangelnder Überseebasen geht the Diplomat (2018) davon aus, dass die „Blue Water“-ASW-Strategie sich auf den Schutz der eigenen Flotte beschränkt (vgl. ebd.). In regionalen Gewässern muss die chinesische Strategie stattdessen ausgefeilter sein, um den Anforderungen durch die japanischen, US-amerikanischen, südkoreanischen und vietnamesischen technisch-fortgeschrittenen U-Boote gerecht zu werden (vgl. ebd.). Die chinesische Marine vergrößert demnach entsprechend ihr ASW-Arsenal in einem hohen Tempo. So sind binnen 8 Jahren 72 Schiffe eines Zerstörers des Typs 056A gebaut worden (vgl. Tabelle 3).

Für die Bewertung der Nuklearwaffenpolitik ist zudem entscheidend, wo die chinesischen Nuklearwaffen stationiert sind. Zum einen macht die Bekanntheit der Stützpunkte das Arsenal anfällig für einen Erstschlag. Die Lagerung der

Nuklearwaffen unterliegt daher ebenso wie das Arsenal selbst der Geheimhaltung. Dennoch konnte das Atomic Archive mehrere Basen¹⁸ für Nuklearwaffen identifizieren (vgl. Atomic Archive o. J. a). Diese Basen beziehen sich jedoch auf Daten, die vor der Umstrukturierung des chinesischen Militärs und der Bildung der PLARF erhoben wurden. Darüber hinaus wurde mithilfe von Satellitenbildern mehrere Silos für Nuklearwaffen ausfindig gemacht (vgl. Broad/Sanger 2021). Zum anderen ergibt die Verteilung der Basen einen Überblick über das strategische Verständnis der chinesischen Regierung. In der Provinz Qinghai, Zentralasien, befinden sich die Basen Da Quaidam, Xiao Quaidam und Delingha (vgl. ebd.). Für alle drei Basen wird vermutet, dass sie als DF-4 Abschussbasen dienen (vgl. ebd.). Die Provinz Yunnan, Südostchina, beherbergte die Basen Chuxiong, Kunming und Jianshui, wo unter anderem die DF-21 lagern sollen, auch wenn diese mittlerweile über mobile Abschussvorrichtungen verfügen (vgl. Atomic Archive o. J. a; Tabelle 2). Darüber hinaus besaß die chinesische Regierung weitere Basen entlang der chinesischen Ostküste¹⁹ und dem Golf von Bohai: Von Norden nach Süden befinden sich die Basen Luoning, Sundion, Lianxiwang, Dalong und Tongdao analog zur Küstenlinie (vgl. Atomic Archive o. J. a). Hier befanden sich Abschussvorrichtungen für die DF-4, DF-5A und DF-21A (vgl. ebd.). In der Shaanxi Provinz befindet sich zudem das Taiyuan Satellite Launch Center, welches auch als eine der führenden chinesischen Testeinrichtungen für ballistische Raketen dient (vgl. Trevithick 2021). Am Golf von Bohai befinden sich die Basen Yidu, Dengshahe sowie im erweiterten Radius Xuanhua und Tonghua. Auch diese nutzten die DF-5A und die DF-21A (vgl. ebd.). Außerdem befindet sich die U-Boot-Basis Jianggezhuang am Gelben Meer nahe dem Zugang zum Golf von Bohai (vgl. ebd.). Zuletzt befindet sich die Militärbasis Datong nahe Lanzhou und diente vor allem als Stützpunkt für strategische Kampfflugzeuge (vgl. ebd.). Die neu erbauten Silos befinden sich hingegen an den Stützpunkten Yumen und Hami in der gebirgigen Region Xinjiang im Norden Chinas (vgl. Broad/Sanger 2021). Sie werden auf ca. 200 Silos geschätzt und dienen laut An-

¹⁸ Das Atomic Archive beruft sich auf Daten der FAS, CNPS und der Carnegie Endowment for International Peace (vgl. Atomic Archive o. J. a).

¹⁹ Diese Basen befinden sich keineswegs an der Küste, sondern stets landeinwärts (vgl. Atomic Archive o. J. a).

gaben der New York Times vier möglichen Zwecken: Erstens könnte die chinesische Regierung mithilfe der neu erbauten Silos auch auf militärischer Ebene einen full spectrum Ansatz verfolgen (vgl. ebd.). Dieser Ansatz stünde im Einklang mit der ökonomischen und technologischen Ebene. Zweitens könnte es eine Reaktion auf die veränderte geopolitische Lage seitens US-amerikanischer Raketenabwehr, indischer Aufrüstung und russischer Hyperschall-Trägersysteme sein (vgl. ebd.). Drittens könnten einige Silos als Ablenkung dienen, um die Vulnerabilität der eigenen stationären Trägersysteme zu verringern (vgl. ebd.). Zuletzt könnten die Silos erbaut worden sein, um sie in Verhandlungen über etwaige Abrüstungen als Druckmittel zu benutzen (vgl. ebd.). Im Kontext der veränderten Gesamtpolitik unter dem chinesischen Staatspräsident Xi Jinping sowie der aggressiven Haltung gegenüber Hongkong, Taiwan und mit Cyberwaffen (vgl. ebd.), scheint ein full spectrum Ansatz zumindest regional nahezuliegen. Insgesamt kann daher festgehalten werden, dass die Basen zwar im Land verteilt, jedoch abseits der indischen Grenze zu finden sind. Sie befinden sich zudem nahe den Großstädten an der Küste, was aus einer defensiven Überlegung heraus resultieren dürfte, da die Nuklearwaffen in Grenznähe zu einem Use-it or

Lose-it Dilemma führen könnte. Die neuen, mobilen Trägersystem ermöglichen jedoch auch in diesem Punkt eine erhöhte Variabilität.



Abbildung 1: Chinesische Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohner sowie Anlagen zur Produktion von Spaltmaterial und Testgelände

Quellen: Eigene Darstellung unter Verwendung von Atomic Archive o. J. a, Statista 2021, IPFM 2021c.

Laut Angaben des Physikers Hui Zhang (2017) und dem International Panel on Fissile Materials (IPFM) (2020) verfügte der chinesische Staat zum 31. August 2021 über 14 ± 3 t HEU und $2,9 \pm 0,6$ t waffenfähiges Plutonium (vgl. Zhang 2017: 2/3; IPFM 2021a; IPFM 2021c). Die zivile Menge an Plutonium beträgt 0,049 t, wobei für die Jahre 2017 bis 2019 der IAEA keine Angaben übermittelt wurden (vgl. IPFM 2021a; IPFM 2021c). Entsprechend könnte die Menge des zivilen Plutoniums abweichen. Obwohl die Menge an militärischem Spaltmaterial nicht ausreicht, um eine signifikante Anzahl neuer Sprengköpfe zu produzieren, die dem russischen oder US-amerikanischen Arsenal entsprechen, besitzt die chinesische Regierung ausreichend Spaltmaterial, um die Modernisierungsbestrebungen weiterverfolgen zu können (vgl. Heginbotham et al. 2017: 125; Arms Control Association 2017). Ein entscheidender Faktor hierfür ist die

Tatsache, dass die chinesische Regierung die militärische Produktion von Spaltmaterial für Waffen, wenn auch nicht offiziell bestätigt, eingestellt hat (vgl. Cordesman et al. 2019: 501; IPFM 2021c) und entsprechend nur eine begrenzte Menge an Spaltmaterial zur Verfügung hat. Je nach Autor wurde die Produktion des HEU zwischen den Jahren 1987 und 1989 und die Produktion des militärischen Plutoniums im Jahr 1986/1987, 1990 oder 1991 beendet (vgl. Arms Control Association 2017; Zhang 2017: 36; Cordesman et al. 2019: 501; IPFM 2021c). Die chinesische nukleare Infrastruktur besteht zum 31. Dezember 2020 aus vier Urananreicherungsanlagen, zwei Plutoniumproduktionsreaktoren und zwei Wiederaufbereitungsanlagen sowie vier Forschungsreaktoren (vgl. IPFM 210: 97; IPFM 2021b; IPFM 2021c; IPFM 2021d; IPFM 2021e, Abbildung 1). Die Anlagen konzentrieren sich geografisch auf das Zentrum des Landes (vgl. Abbildung 1). Bei den vier Urananreicherungsanlagen handelt es sich um die beiden ehemaligen militärisch genutzten Anlagen in Lanzhou (Plant 504) und Heping (Plant 814), die beide mit Gasdiffusion arbeiteten, sowie die beiden ausschließlich zivil genutzten Anlagen in Hanzhong (Plant 405) und Emeishan (Plant 814), die beide mit Zentrifugen arbeiten (vgl. Zhang 2017: 5/7; IPFM 2021c). Die beiden ehemals militärisch genutzten Urananreicherungsanlagen wurden im Jahr 2020 zivil bzw. im Falle der Anreicherungsanlage Heping (Plant 814) als „dual-use“ angegeben (vgl. IPFM 2021d). Die duale Nutzung bezieht sich auf die Herstellung von schwach angereichertem Uran für SSN und SSBN der chinesischen Marine (vgl. Zhang 2017: 5/13; IPFM 2021d). Im Jahr 2020 wurde die Urananreicherungsanlage in Lanzhou durch die IPFM mit 2600 t SWU pro Jahr bemessen (vgl. Zhang 2017: 5; IPFM 2021d). Für die Anlage in Heping wurden lediglich 230 t SWU pro Jahr angegeben (vgl. Zhang 2017: 5/13; IPFM 2021d). Lanzhou (Plant 504) existiert bereits seit 1964 und Heping (Plant 814) seit 1970 (vgl. Zhang 2017: 6). Die beiden weiteren Urananreicherungsanlagen werden und wurden laut IPFM ausschließlich zivil genutzt: Es handelt sich dabei um das Hanzhong CEP (Shaanxi, Plant 405) mit 2000 t SWU pro Jahr und das Emeishan CEP (Plant 814) mit 1050 t SWU pro Jahr (vgl. Zhang 2017: 5; IPFM 2021d). Für die Anlage in Hanzhong liegt ein Safeguard vor und für die Anlage in Lanzhou wurde ein Safeguard angeboten (vgl. IPFM 2021d; Squassoni/Göttsche 2021: 62). Die nicht-kontrollierten Urananreicherungsanlagen sind demnach jene, die den

kleinsten SWU pro Jahr aufweisen, was die chinesische Regierung davon abhält, ihre maximalen Kapazitäten zu nutzen.²⁰ Zur Herstellung des Plutoniums wurden der Jiuquan Atomic Energy Complex (Plant 404) und der Gyangyuan Pu Complex (Plant 821) genutzt (vgl. Zhang 2017: 5; Atomic Archive o. J. a). Nach Angaben des IPFM wurde im Jiuquan Atomic Energy Complex 1984 und im Gyangyuan Pu Complex 1989 die Produktion heruntergefahren (vgl. IPFM 2010: 97). Es existieren jedoch weiterhin die Wiederaufbereitungsanlagen des Jiuquan Atomic Energy Complex, die 50 t Heavy Metal (HM) pro Jahr erzeugt, sowie die Anlage in Jinta, die sich im Bau befindet (vgl. IPFM 2021b). Die Angabe in Tonnen HM bedeutet, dass die Anlage demnach diese Menge an abgebrannten Brennelementen mithilfe chemischer Verfahren in Abfallprodukte und wiederverwertbares Spaltmaterial trennen kann (vgl. World Nuclear Association 2020b). Das Verfahren dient historisch vor allem der Gewinnung von Plutonium, welches bis zu einem Prozent der Gesamtmenge ausmacht (vgl. ebd.). Je kürzer sich das Brennelement im Reaktor – wenige Monate - befunden hat, desto hochwertiger ist es für die Nuklearwaffenproduktion (vgl. ebd.). Mit Fertigstellung soll die Anlage in Jinta nach Maßgabe des IPFM 400 t HM pro Jahr erzeugen (vgl. IPFM 2021b). Bei der Wiederaufbereitungsanlage handelt es sich um ein Projekt im Gansu Nuclear Technology Industrial Park, das ab 2025 betriebsbereit sein soll (vgl. Zhang 2020). Zusätzlich erhält der Gansu Nuclear Technology Industrial Park mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Einrichtung für Mischoxid-Brennelemente (vgl. ebd.). Die Brennelemente könnten für die zivile Energiegewinnung oder für die Reaktoren atombetriebener U-Boote verwendet werden (vgl. World Nuclear Association 2017). Für den chinesischen Staat ist vor allem eine Verwendung für Fast Reactors vorgesehen (vgl. ebd.). Sowohl die Wiederaufbereitungsanlage Jiuquan als auch Jinta werden zivil genutzt (vgl. IPFM 2021b). Die Anlage Jiuquan bestand zunächst aus einem Reaktor (1966), der um eine Wiederaufarbeitungsanlage (1970) erweitert wurde (vgl. Zhang 2017: 6). Für die militärische Nutzung bestand außerdem bis zum Jahr 1987 der Guanyuan Complex und der Komplex dient seitdem der Beseitigung nuklearen Abfalls sowie der Stilllegung

²⁰ Dies gilt ausschließlich unter der Voraussetzung, dass die Safeguards der IAEA eine veränderte Nutzung der Anlagen schnell aufdecken können. Insbesondere Kernwaffenstaaten stellen hierbei jedoch aufgrund unvollständiger Informationen eine große Herausforderung dar (vgl. Squassoni/Göttsche 2021: 81).

nuklearer Anlagen (vgl. Zhang 2017: 26). Während der Produktionsphase des militärisch-genutzten Spaltmaterials begann die chinesische Regierung zusätzlich mit dem Bau an den Plant 816 und Plant 827, die aufgrund der Umstellung von militärischer auf zivile Nutzung nicht beendet wurden (vgl. Zhang 2017: 5/33). Zudem verfügt die chinesische Regierung über eine Forschungs- und Entwicklungsinstitution – die China Academy of Engineering Physics (CAEP), die in Mi-nyang das Nationallabor betreibt (vgl. Zhang 2017: 5; Cordesman et al. 2019: 514; Atomic Archive o. J. a). Bei der Akademie handelt es sich um das chinesische Forschungsinstitut, das für die Entwicklung von Nuklearwaffen sowie anderen militärischen Projekten, wie bspw. Energiewaffen, zuständig ist (vgl. The China Defence Universities Tracker 2021). Des Weiteren werden zusätzliche Forschungsreaktoren an der Shenzhen Universität in Guangdong sowie zwei am China Institute of Atomic Energy in Beijing benannt (vgl. Cordesman et al. 2019: 514; Zhang 2017: 5/15; Atomic Archive o. J. a; IPFM 2021i). Für Nuklearwaffen existiert zudem das Kernwaffentestgelände Base 21 Lop Nur (vgl. Zhang 2017: 5; Atomic Archive o. J. a). Das Testgelände sich im schwach besiedelten Nordwesten des Landes (vgl. Abbildung 1). Verantwortlich für die zivilen und militärischen Nuklearprogramme ist das staatseigene Unternehmen China National Nuclear Corporation, dem weitere hundert Einzelunternehmen unterstellt sind (vgl. Nuclear Threat Initiative 2011c). Weiterhin existiert im zivilen Bereich eine Zusammenarbeit mit dem französischen Unternehmen Orano, ehemals Areva. So bezog das chinesische Unternehmen natürliches Uran und Orano ist am Bau eines „used fuel processing and recycling plant“ in China beteiligt (vgl. IPFM 2018; Nuclear Threat Initiative 2011c). Für den zivilen Sektor bemüht sich die chinesische Regierung demnach unter anderem um Uranimporte. Diese sollten jedoch durch die Nuclear Suppliers Group entsprechend kontrolliert sein (vgl. Nuclear Threat Initiative 2020). Die chinesische Regierung verfügt demnach nur noch über eine Infrastruktur für die zivile Nutzung von Uran sowie schwach angereichertes Uran. Da auf eine weitere Produktion von HEU bzw. waffenfähigem Plutonium verzichtet wird, verhindert die begrenzte Menge an Spaltmaterial eine rapide und vehemente Vergrößerung des nuklearen Arsenal. Dennoch ist die Menge zur Forschung und Verbesserung des bestehenden Arsenal ausrei-

chend vorhanden. Laut Zhang und dem IPFM könnte für die chinesische Regierung eine Arsenalgröße von 575 (bei 4 kg Plutonium oder 25 kg HEU) Sprengköpfen die Obergrenze sein (vgl. IPFM 2013 zitiert nach Heginbotham et al. 2017: 127). Bei einer Berechnung von 15 kg statt 25 kg HEU pro Sprengkopf könnte sich die Anzahl maximal um 370 weitere Sprengköpfe erhöhen (vgl. Glaser/Göttische 2017: 26). Die Größe des Arsens kann folglich nicht die aktuellen Bestände der USA oder Russlands erreichen. Jedoch hebt sich das chinesische Arsenal – insbesondere, wenn die Spaltmaterialien vollständig ausgeschöpft werden – deutlich von den übrigen Nuklearwaffenstaaten in der Region ab, da sowohl die Bestände an HEU und Plutonium als auch die aktuelle Arsenalgröße Indiens (156 nukleare Sprengköpfe), Pakistans (165) und Nordkoreas (40-50)²¹ geringer ist (vgl. SIPRI 2021: 334). Lediglich die britische und die französische Regierung könnten überregional neben den USA und Russland mit einem aktuellen Arsenal von 225 respektive 290 nuklearen Sprengköpfen und ihrem Spaltmaterial²² bei vollständigem Ausschöpfen der Kapazitäten das chinesische Arsenal überholen (vgl. SIPRI 2021: 334).

Im Folgenden muss die nukleare Infrastruktur in den Kontext der Declaratory Policy sowie dem Force Deployment gesetzt werden: Nach Auffassung der Sicherheitsexpertin im Nuklearbereich Manpreet Sethi (2019) ist die Doktrin ambivalent zu werten, da mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Diskrepanz zwischen der Declaratory Policy und dem Force Deployment besteht. Es ist unklar, ob die chinesische Regierung noch eine Vergeltungsdoktrin, sondern schon eine Kriegführungsstrategie verfolgt (vgl. ebd.). Zusätzlich zeigt die fortlaufende Produktion von Spaltmaterial für U-Boote, dass China diesen Teil seiner Armee stärker forciert. So benötigen sowohl die SSBN-Klassen Xia (Type 092) und Jin (Type 094) als auch die SSN-Klassen Han (Type 091) und Shang (093) weiterhin 3-5% an-

²¹ Die nordkoreanische Regierung verfügte im Jahr 2020 über 0,7 t HEU und 0,04 t Plutonium (vgl. IPFM 2021j; IPFM 2021k). Die indischen Spaltmaterialien betrugen 5,2 t HEU und 8,8 t Plutonium, während die pakistanischen Spaltmaterialien mit 3,9 t HEU und 0,41 t Plutonium angegeben wurden (vgl. ebd.). Sowohl auf die indischen als auch auf die pakistanischen Bestände wird in späteren Kapiteln im Einzelnen eingegangen werden.

²² Für das Jahr 2020 bemisst die IPFM den Bestand an Spaltmaterial für Frankreich mit 30 t HEU sowie 80,7 t Plutonium und für das Vereinigte Königreich mit 22,6 t HEU sowie 119 t Plutonium (vgl. IPFM 2021j; IPFM 2021k).

gereichertes Uran (vgl. Moore et al. 2016: 67). Alle U-Boote werden mit Druckwasserreaktoren angetrieben, wobei die neueren Modelle Type 094 und Type 093 über je zwei Reaktoren und eine höhere Leistung von 150 MW im Gegensatz zu vorher 90 MW verfügen (vgl. ebd.). Darüber hinaus sind mit dem Type 095 und Type 096 weitere nuklearbetriebene U-Boote geplant (vgl. Moore et al. 2016: 67; Tabelle 3). Die chinesische Regierung verfolgt zudem den Plan, auch auf ziviler nuklearer Ebene eine Führungsrolle zu übernehmen: Folglich werden in China als erster Nation die Westinghouse's AP1000 Reaktormodelle der dritten Generation gebaut (vgl. Zheng 2019: 12). Insgesamt 12 Reaktoren befinden sich im Bau (vgl. ebd.). Die Bemühungen resultieren auch aus innenpolitischem Druck, da der Energieverbrauch und die Umweltverschmutzung der chinesischen Gesellschaft hoch ist (vgl. Zheng 2019: 13). Ihr Ziel ist es zudem, eine chinesische Selbstversorgung mit spaltbarem Material zu gewährleisten, so dass auch der Eigenabbau gefördert wird (vgl. Zheng 2019: 13-14). Die Uranimporte betrugen bspw. zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2014 115.000 t, wobei der jährliche Verbrauch auf ca. 9.000 t geschätzt wird (vgl. ebd.).

Insgesamt zeigt die Analyse des militärischen (als auch des zivilen) Sektors, dass die chinesische Regierung eine Änderung ihrer Nuklearwaffenpolitik durch ihr nukleares Arsenal und ihre Infrastruktur ermöglichen kann. Insbesondere der Minimum-Ansatz der chinesischen Nuklearwaffendoktrin ist mit großer Wahrscheinlichkeit überholt. Daher soll im Folgenden überprüft werden, inwieweit die getroffenen Handlungen und Aussagen sowie der kulturelle Hintergrund bereits von der erklärten Doktrin abweichen.

3.2.3. Chinas Action Policy im Kontext der kultur-historischen Erfahrungen

Im Folgenden sollen die Selbst- und Außenwahrnehmung des chinesischen Staates herausgestellt werden. Es ist dabei herauszustellen, inwieweit diese Bilder voneinander abweichen, um eine Aussage für die Action Policy des chinesischen Staates abzuleiten. Anhand der Action Policy kann zudem eine Aussage über einen eventuellen aktiven oder passiven Charakter der Nuklearwaffenpolitik getroffen werden.

3.2.3.1. Erfahrungen der Kolonialzeit

Die Doktrin und der Umgang mit Nuklearwaffen fußen auf den kulturellen Eigenheiten und Erfahrungen sowie der sicherheitspolitischen Lage des chinesischen Staates bzw. Volkes (vgl. Scobell 2018: 182). In diesem Zusammenhang beruft sich auch die Regierung immer wieder auf ihre Historie. Der Politologe Arpit Rajain²³ unterteilt das strategische Denken der chinesischen Bevölkerung daher auf verschiedene Ebenen: das Verständnis des aktuellen Selbstbildes, des historischen Selbstbildes und der nationalen Stärke (vgl. Rajain 2005: 101-103). Das chinesische Selbstbild ist von der starken Gewichtung der Landstreitkräfte und dem traditionellen Verständnis des Landes als Zentrum des Universums geprägt (vgl. Rajain 2005: 101). Eben dieses Verständnis spiegelt sich in der Gewichtung der landgestützten Trägersysteme für Nuklearwaffen wider. Hinzu kommt das historische vorkoloniale Verständnis des Staates als Beschützer des Volkes (vgl. Rajain 2005: 102). Die zum Schutz des Volkes notwendige nationale Stärke wird in eine materielle, spirituelle, koordinierte und ökologische Komponente unterteilt: Die materielle Ebene entspricht der Hard Power und bezieht Militär, Ökonomie, Wissenschaft, Ressourcen und Technik mit ein (vgl. Rajain 2005: 101). Die spirituelle Ebene bzw. die Soft Power entspricht der Politik, der Kultur, der Bildung und der Außenpolitik (vgl. ebd.). Historisch kann der chinesische Staat zudem aufgrund seiner präkolonialen Rolle in der Region als Großmacht verstanden werden. Gleichzeitig müssen jedoch die Erfahrungen der Kolonialzeit und des damit verbundenen Abstiegs verarbeitet werden, welche konträr zu den präkolonialen Erfahrungen einzuordnen sind (vgl. Scobell 2018: 182; Rajain 2005: 101). Der Politologe Xiaoyu Pu sieht durch die „humiliation at the hands of Western colonial powers“ (Pu 2018: 57) das Streben des chinesischen Staates nach Macht und Status begründet. Aktuell widersprechen die kolonialen Erfahrungen also der Selbstwahrnehmung, die sowohl aus dem Prestige, das durch den Besitz von Nuklearwaffen und dem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat als Attribute einer Großmacht entsteht, als auch der präkolonialen Historie geprägt ist (vgl. Rajain 2005: 103). So sprach auch Xi Jinping in seiner Antrittsrede zum Parteichef im Jahr 2012 von den schwierigen Erfahrungen der Moderne, während

²³ Arpit Rajains Sichtweise ist mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die Arbeit in Neu-Delhi geprägt und entsprechend zu bewerten. Sie stellt jedoch einen Gegenpol zu chinesischen Aussagen dar.

er gleichzeitig die Stärke der Nation im Falle der Einigkeit des Volkes betonte, so dass China wieder auferstehen könne (vgl. BBC 2012). Rajain sieht darin das Ziel Chinas begründet, bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts ökonomische, politische und militärische Parität zu den Weltmächten zu erhalten (vgl. ebd.).

3.2.3.2. Der Einfluss der Person Xi Jinpings auf die Politik Chinas

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die Person des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping näher zu betrachten. Laut der Angaben des Sinologen Kerry Brown (2021) stammt Xi Jinping aus einer Familie, die Teil der Führungselite der Regierung Mao Zedong war (vgl. ebd.). Dennoch wurde er während der Kulturrevolution „auf's Land verschickt“ (vgl. ebd.). Seine politische Karriere war durch seine Zeit als Privatsekretär eines ranghohen Militärführers sowie verschiedenen zivilen Positionen auf Dorf- bis Regierungsebene tätig, wobei er in der Küstenprovinz Fujian gegenüber Taiwan den Großteil der Karriere verbrachte (vgl. ebd.). Dort war Xi Jinping Gouverneur in den Jahren 1999 bis 2002, bevor danach Parteisekretär in der Provinz Zhejiang wurde (vgl. ebd.). Auch wenn die chinesische Gesellschaft allgemein eine wirtschaftliche und soziale Öffnung in diesen Jahren anstrebte und Xi Jinping mit der Aufgabe zur globalen Verflechtung Chinas während der Olympischen Spiele, für die er verantwortlich war, in Peking 2008 war, so ist laut Kerry Brown die Person Xi Jinpings autoritär und loyal zur Kommunistischen Partei einzuordnen (vgl. ebd.). Daher ist die Sicherstellung des Machtmonopols oberstes Ziel (vgl. ebd.). Brown bewertet zu dem die Innenpolitik Xis als Bemühung für größere Verlässlichkeit und klareren Zuständigkeiten zu sorgen, so dass bspw. gewerblicher und Eigentumsschutz gestärkt wurden (vgl. ebd.). Der Staatspräsident schuf daher die Narrative, dass der „Augenblick moderner Größe [...] zum Greifen nah“ sei, solange Einheit und Stabilität durch die Kommunistische Partei gewährleistet eingehalten werden (vgl. ebd.). Im Jahr 2018 änderte Xi Jinping die Verfassung, um auf unbeschränkte Zeit sein Amt behalten zu können (vgl. Brown 2021). Er selbst hat seiner Präsidentschaft im Folgenden den Namen „die neue Zeit“ der chinesischen Geschichte gegeben (vgl. ebd.). Die Außenpolitik sowie das Auftreten Chinas im internationalen Kontext ist seit Xi Jinpings Amtsantritt aktiver und selbstbewusster geworden (vgl. Sandschneider 2020). Der Politologe Eberhard Sandschneider

(2020) führt dies jedoch nicht auf die Person Xi Jinpings zurück, sondern interpretiert es als „die logische Fortsetzung der zurückhaltenderen Politik seiner Vorgänger“ (ebd.). Es ist daher sinnvoll, das strategische Denken des chinesischen Staates allgemein zu untersuchen.

3.2.3.3. Eigenwahrnehmung der strategischen Kultur

Das strategische Denken selbst ist kulturell durch die Lehren des Konfuzius und des Mengzi geprägt, die Gewalt im chinesischen Kontext als defensiv und minimalistisch auslegen (vgl. Rajain 2005: 106). Der Ansatz spiegelt sich in der Declaratory Policy mit der NFU wider. Dem gegenüber steht jedoch die offensive, regionale Außenpolitik, die die staatlichen Grenzen der direkten Nachbarn, wie das Beispiel in Kapitel 4 mit Bhutan zeigt, missachtet. Die Politologin Manjari Chatterjee Miller (2018) geht davon aus, dass die chinesische Konzeption des internationalen Systems die westfälische Ordnung in Frage stellt, da diese auf präkolonialen Annahmen beruht (vgl. S. 87). Dieser Umstand würde eine aktive Nuklearwaffenpolitik unterstützen. Auf Basis des strategischen Denkens soll das Arsenal daher auch schlank und effektiv sein, so David Logan (2020) in seinem Kommentar auf War on the Rocks (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang wird der Mythos der Großen Mauer als erste Ebene der strategischen Kultur bemüht, in dem unter anderem der chinesische Monismus begründet ist (vgl. Scobell 2018: 181). Das weitere Verständnis Chinas ist das eines pazifistischen, defensiv-orientierten und nicht-expansiven Staates (vgl. ebd.). Sandschneider beschreibt fünf zentrale Punkte, die für ein Verständnis der chinesischen Gesellschaft (aus westlicher Sicht) notwendig sind (vgl. Sandschneider 2020). Erstens ist sie pragmatisch und meritokratisch, nicht ideologisch geprägt, so dass das Ergebnis und nicht etwa Weg oder Begründung einer Aktion bedeutsam sind (vgl. ebd.). Zweitens wird die Gesellschaft weiterhin durch die Traumata des Kolonialismus, aber auch der Kulturrevolution beeinflusst (vgl. ebd.). Drittens legitimiert sich die Partei mit der unabdingbaren Aufrechterhaltung nationaler Souveränität, Stabilität, wirtschaftlichen Aufschwung sowie globalen Einflusses (vgl. ebd.). Viertens wird der machtpolitische Anspruch, der mit der Großmachtvorstellung im Jahr 2049 gipfelt, offen kommuniziert und die Belt and Road Initiative als Kerninstrument der geopolitischen Strategie ist (vgl. ebd.). Fünftens ist der Aufstieg Chinas nicht durch die westlichen Staaten aufzuhalten

(vgl. ebd.). Diese Interpretation stellt die chinesische Handlung machtorientierter und pragmatischer dar. Der indische Sicherheitsexperte Rajain vertieft diesen Ansatz, indem er das chinesische, strategische Denken mit Täuschung in Verbindung bringt und Krieg erst ein letztes Mittel wahrnimmt (vgl. Rajain 2005: 104/105). Auf der Website des chinesischen Verteidigungsministeriums wird zudem die Defense Policy genannt: Dabei wird insbesondere die Einheit Chinas proklamiert, so dass „oppose and contain ‚Taiwan independence‘“ sowie „crack down on proponents of separatist movements such as ‚Tibet independence‘ and the creation of ‚East Turkistan‘“ gesondert Erwähnung finden (vgl. Ministry of National Defense o. J.). Ebenso werden die Inseln des südchinesischen Meers sowie die Diaoyu Inseln des ostchinesischen Meers als unverzichtbarer Teil des Staates beschrieben (vgl. ebd.). Die hieraus entstandenen Konflikte mit den Nachbarstaaten sollen anhand historischer Fakten und internationalem Recht in Verhandlungen gelöst werden (vgl. ebd.). Dabei werden die historischen Fakten mit hoher Wahrscheinlichkeit so interpretiert, dass die Erfahrungen und Veränderungen des Kolonialismus ignoriert bzw. annulliert werden. Darüber hinaus wird jede Einmischung eines Drittstaates abgelehnt, da „China must be and will be reunited“ (vgl. ebd.). Dennoch sieht sich der chinesische Staat als friedlicher Staat, da er nicht nach Hegemonie, Expansion oder Einfluss strebt (vgl. ebd.). Im Vergleich dazu werden die übrigen Staaten aufgrund ihrer Kultur als kriegerisch und bedrohlich für den chinesischen Staat wahrgenommen (vgl. Scobell 2018: 181). Die Vorstellungen basieren dabei auf propagierten Stereotypen, die die Spannungen zwischen den beteiligten Staaten verschärfen (vgl. ebd.). Vor diesem Hintergrund ist der US-amerikanische Sicherheitsexperte David C. Gompert (2013) hinzuziehen, der davon ausgeht, dass die chinesische Regierung regional und global unterschiedliche Ansätze verfolgt, die allgemein mit einem Auftreten als Hard Power regional und einem Auftreten als Soft Power international zusammengefasst werden können (vgl. S. 100). Die Absicht hinter der regionalen Verhaltensweise vermutet Gompert in einem größeren Interesse an den Staaten aufgrund der Nähe zur eigenen Grenze oder in einem regionalen Dominanzbestreben (vgl. ebd.). Das regionale Dominanzstreben wäre mit dem defensiven Gedankengut vereinbar und könnte durch die Erfahrungen der Kolonialzeit erklärt werden. Die Dominanz wird dabei sowohl militärisch als auch ökonomisch auf die

Nachbarstaaten ausgeübt, wovon die Belt and Road Initiative ein wichtiger ökonomischer Teilaspekt ist. Übertragen auf Nuklearwaffen bedeutet dies, dass eine aktive Nuklearwaffenpolitik vorwiegend in einem regionalen Zusammenhang zu sehen wäre. In den sicherheitspolitischen Überlegungen des chinesischen Staates sind regional daher Indien und die USA, deren Streitkräfte eine hohe Präsenz in den angrenzenden Ozeanen aufweisen, als Atommächte für eben jene aktive Politik von Bedeutung.

3.2.3.4. Wolf Warrior Diplomacy

Der US-amerikanische Politologe Austin Long hat in seinem Kommentar für War on the Rocks (2020) zudem bemerkt, dass sich insgesamt die chinesische strategische Kultur nicht verändert hat (vgl. ebd.). Sie ist jedoch seit Mitte der 2010er Jahre aggressiver geworden (vgl. Ford/Gewirtz 2020). Aufgrund der Konflikte an der indischen Grenze, im südchinesischen Meer, in der Formosastraße nahe Taiwan sowie der Drohungen gegenüber Australien setzt die chinesische Regierung die Nachbarstaaten für geopolitische Ziele unter Druck (vgl. ebd.). Dazu zählt auch die Einführung einer medial wirksamen und als Wolf Warrior Diplomacy bezeichneten Außenpolitik: Die Bezeichnung bezieht sich auf den chinesischen und als nationalistisch sowie Rambo-artig bewerteten Actionfilm Wolf Warrior aus dem Jahr 2015, in dem sich der Protagonist mit Gewalt für die chinesischen Interessen sowohl im In- als auch im Ausland einsetzt (vgl. Westcott/Jiang 2020; Ford/Gewirtz 2020). Übertragen auf die chinesische Außenpolitik bedeutet dies, dass die Diplomaten von einer zurückhaltenden zu einer aggressiven Kommunikation via Social Media übergegangen sind, um jedwede Kritik gegen den chinesischen Staat oder die kommunistische Partei zu beantworten (vgl. ebd.). Diese Form der Außenpolitik ist innerhalb der kommunistischen Partei nicht unumstritten, da laut dem China-Experten des Lowy Institute Richard McGregor (2020) eine Debatte darüber geführt wird, wie aggressiv der chinesische Staat auftreten soll (vgl. McGregor zitiert nach Westcott/Jiang 2020). Allerdings sieht er die Wolf Warrior Diplomacy in einer Vormachtstellung (vgl. ebd.). Die aggressive Außenpolitik kann zudem als unterstützend für den von Staatspräsidenten Xi Jinping angesprochenen Wandel verstanden werden: Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Deng Xiaoping, der eine Politik der Zurückhaltung – taoquang yanghui - forcierte, möchte Xi, dass der chinesische Staat eine aktive

Rolle in der globalen internationalen Politik einnimmt (vgl. Daekwon 2017). In einem Interview mit dem Autor des Buches *China's Civilian Army: The Making of Wolf Warrior Diplomacy* Peter Martin (2021) erklärte dieser außerdem, dass die aggressivere Diplomatie-Form insofern zu Xi Jinpings Politik passt, dass auch der chinesische Staatschef vom politischen System Chinas überzeugt ist (vgl. Nawrotkiewicz 2021). Entsprechend sollte sich die Kommunistische Partei Chinas nicht für die Vorkommnisse im eigenen Staat entschuldigen müssen und die Diplomaten zu einem Backlash übergehen (vgl. ebd.). Die Social Media Plattform Twitter dient als Werkzeug, um bislang in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommenen Diplomaten eine Stimme zu geben und somit sowohl mit ausländischen Diplomaten in Kontakt zu treten als auch beim Außenministerium bzw. bei der chinesischen Regierung Aufmerksamkeit zu erlangen (vgl. ebd.). Ersteres zeige, dass die Wolf Warrior Diplomacy eine Taktik ist, mit der die chinesische Regierung den Vorteil der westlichen Staaten in den westlichen Medien auszugleichen versuchen (vgl. ebd.). Laut Peter Martin sind die chinesischen Diplomaten darüber frustriert, dass sie mit traditionellen Medien nicht die gewünschten Zielgruppen erreichen können (vgl. ebd.). Zweiteres ist deshalb relevant, da die Taktik, so Peter Martin, für die Diplomaten zu regelmäßigen und raschen Beförderungen zu führen scheint (vgl. ebd.). Dies gilt insbesondere, da sich Xi Jinping für die Taktik auszusprechen scheint und sich damit auch gegen die Kritik einer Rufschädigung des chinesischen Staates durch die Wolf Warrior Diplomacy stellt (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang ist es daher notwendig, sich die strategischen Ziele des chinesischen Staates anzuschauen. Die Ziele werden laut den offiziellen Angaben des chinesischen Verteidigungsministeriums zudem in drei Punkt unterteilt: Erstens sollen zum Jahr 2020 verbesserte Informationsstrukturen und Strategiekennntnisse im Militär vorliegen (vgl. Ministry of National Defense o. J.). Zweitens sollen bis zum Jahr 2035 die Maßnahmen zur Modernisierung des Militärs hinsichtlich der Militärtheorie, Organisationsstruktur, des Militärpersonals, der Waffen und Ausrüstung abgeschlossen sein (vgl. ebd.). Drittens sollen bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts die Streitkräfte einen Status von Weltrang erreichen (vgl. ebd.). Der letzte Punkt ist der zentrale Gegenstand des chinesischen Handelns, für den die Belt and Road Initiative als Werkzeug dienen soll.

3.2.3.5. Belt and Road Initiative und die Debt Trap Diplomacy

Die Belt and Road Initiative, auch neue Seidenstraße genannt, umfasst ein milliardenschweres Infrastrukturprojekt, das den chinesischen Staat mit Europa, Afrika, Ozeanien und Asien verbinden soll (vgl. Beri 2019, siehe Abbildung 2).

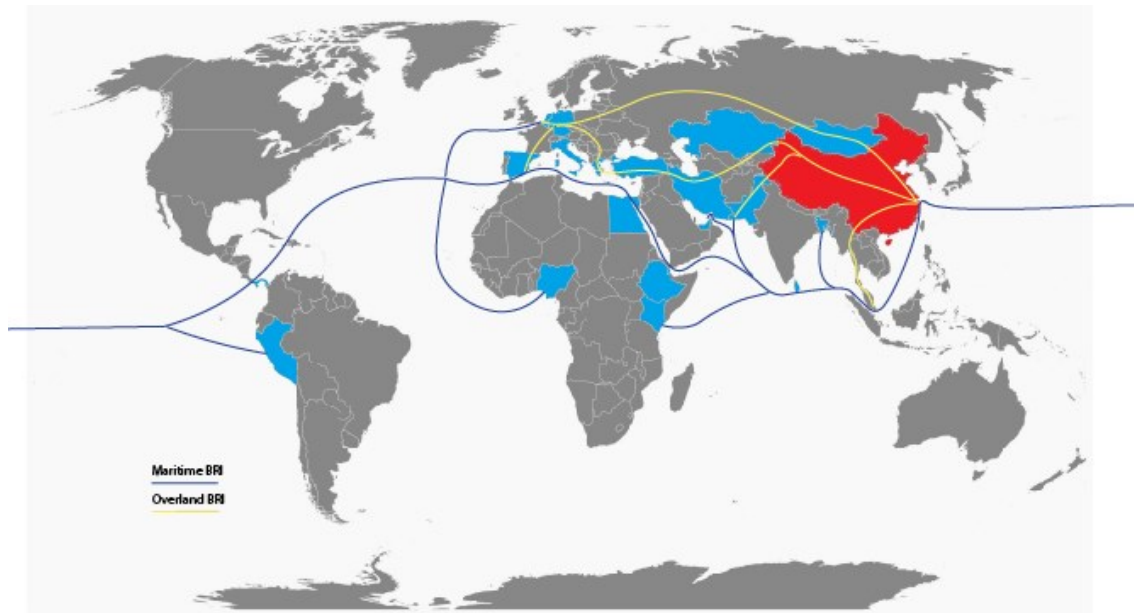


Abbildung 2: Teilnehmende Staaten an der Belt and Road Initiative

Quellen: Eigene Darstellung unter Verwendung von Belt and Road Research Platform 2021

Es ist ein Aspekt für den wachsenden, chinesischen Einfluss, der vor allem auf Handel, Investitionen und Entwicklungshilfe basiert (vgl. Dobbins et al. 2018: 2). Für das Projekt sollen verschiedene Infrastrukturbereiche, wie Bauwesen, Energie, Transport und Kommunikation, in asiatischen, europäischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten durch China unterstützt werden (vgl. ebd.). Darüber hinaus wird die Region des Indischen Ozeans sowie des Südpazifiks als maritime Seidenstraße gefördert (vgl. Brewster 2018: 8; Rashid 2018: 4). Hier steht vor allem der Schutz der Straße von Hormus und der Straße von Malakka vor nichtstaatlichen Akteuren für die chinesischen Handelswege im Vordergrund (vgl. Brewster 2018: 9). Die Region des Indischen Ozeans nimmt eine zentrale Rolle für See- und Kommunikationswege ein, da sie über die Straße von Hormus den Ozean mit dem persischen Golf, über die Straße von Malakka den Ozean mit dem südchinesischen Meer, über den Sundagraben den Ozean mit Australien und über die Insel Luzon den Ozean mit den Philippinen sowie Taiwan verbindet (vgl. Khan/Khan 2021: 85.). Unter diesem Gesichtspunkt ist näher auf

den Indischen Ozean einzugehen: Da kein Staat über den gesamten Bereich des Indischen Ozeans Kontrolle ausüben kann, werden Engpässe als Kontrollpunkte genutzt (vgl. Baruah 2021). Dazu zählen die bereits angeführten Engpässe der Straße von Malakka im Osten sowie die Straße von Hormus im Westen (vgl. ebd.). Weiterhin wird die Meeresstraße Bab al-Mandab, der das rote Meer mit dem Indischen Ozean verbindet, sowie die Straße von Mosambik, die zwischen Madagaskar und dem afrikanischen Kontinent verläuft (vgl. ebd.). Eine Marine, die diese Zugänge kontrolliert, kann entsprechend Überwachungs- und U-Jagd-Aufgaben wahrnehmen, ohne die gesamte Fläche kontrollieren zu müssen (vgl. ebd.). Insgesamt wird die indo-pazifische Region aufgrund ihrer See- und Handelswege folglich als global bedeutendste Meeresfläche eingestuft (vgl. ebd.). Der chinesischen Regierung ist es daher gelungen mit der Ausnahme Indiens, alle übrigen südasiatischen Staaten entweder zum Beitritt zu dem Projekt zu bewegen oder es zumindest zu befürworten (vgl. Mohsina/Kapur 2019). Das Projekt selbst wurde im September 2013 durch den Staatspräsidenten Xi Jinping bekannt gegeben (vgl. Beri 2019).

Jedoch wird die Belt and Road Initiative auch bei den südasiatischen Teilnehmerstaaten keinesfalls kritiklos angenommen: So wird die Initiative zwar als Hilfe für die anderen Staaten beworben, jedoch ist diese auf Basis von Intransparenz begleitet und folgt meist mit der Kontrolle der erbauten Infrastruktur durch die chinesischen Unternehmen (vgl. Brewster 2018: 9; Mohsina/Kapur 2019). Die Infrastruktur wird im Austausch gegen Schuldenreduzierungen langfristig gepachtet (vgl. Mohsina/Kapur 2019). Das Infrastrukturprojekt erfolgt demnach in chinesischem Interesse. Ein Beispiel ist der pakistanische Hafen Gwadar, für den ein Vertrag mit 40 Jahren Laufzeit vorliegt und wo durch private Investoren, wie die PSA International aus Singapur, Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit geäußert wurden (vgl. ebd.). Die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Projekte allgemein führte gleichzeitig bei politischen und akademischen Experten, so die Politologinnen Nazneen Mohsina und Roshni Kapur (2019), zu dem Eindruck, dass die Investitionen in die Häfen lediglich strategischen Interessen sowie der Machtprojektion Chinas dienen (vgl. ebd.). Aufgrund der hohen Zinsen der durch China gegebenen Hilfen geraten die betroffenen Staaten leicht in eine Schuldenfalle (vgl. ebd.). Der chinesische Staat hat zudem, Stand Ende des Jahres 2020, circa

170 Mrd. US-Dollar an Staaten weltweit verliehen, wobei die meisten dieser Staaten in der subsaharischen Region sowie Südasien sind (vgl. Wang 2022). Laut Angaben der AidData wird jedoch die Hälfte aller Darlehen nicht veröffentlicht oder in offiziellen Statistiken erfasst, da es über Unternehmen unter staatlicher Kontrolle oder vergleichbare Institutionen geleitet wird (vgl. ebd.). Entsprechend kann das genaue Volumen der chinesischen Staatsleihen nur geschätzt werden. Im Vergleich zu den Darlehen westlicher Staaten verlangt der chinesische Staat Zinsen in Höhe von circa 4 Prozent, was dem Vierfachen Deutschlands oder Frankreichs entspräche, und eine Rückzahlung innerhalb von zehn Jahren (vgl. ebd.). Die Frist beträgt bei anderen Staaten bis zu 28 Jahre (vgl. ebd.). Zusätzlich verlangt der chinesische Staat die Einrichtung eines Offshore-Kontos, dessen Guthaben im Falle einer ausgelassenen Zahlung als Ausgleich herangezogen werden kann (vgl. ebd.). Es entsteht dadurch der Eindruck einer Schuldenfallen-Diplomatie durch die chinesischen Entscheidungsträger – einer Diplomatie, die die Empfänger-Staaten mit Krediten strategisch in dem Wissen an sich bindet, dass eine Rückzahlung für eben jene Staaten nicht oder nur schwer möglich ist (vgl. Hameiri 2020). Auf diese Art und Weise kann sich der chinesische Staat strategisch wichtige Anlagen aneignen (vgl. ebd.). Die Politologen Lee Jones und Shahar Hameiri (2020) stellen in einem Bericht für das Chatham House die Schuldenfallen-Diplomatie jedoch in Frage und bezeichnen sie anhand des Beispiels des sri-lankischen Hafens Hambantotas als einen Mythos (vgl. Jones & Hameiri 2020 zitiert nach Hameiri 2020). Hameiri argumentiert, dass im Falle Sri Lankas das Hafenprojekt durch den damaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa initiiert worden ist und der sri-lankische Staat durch überhöhte Kreditaufnahmen an westlichen Kapitalmärkten in die Lage gekommen sei (vgl. ebd.). Weiterhin fand kein Schuldenerlass für die Überlassung des Hafens statt: Ein chinesisches Staatsunternehmen mietete den Hafen für 1,1 Mrd. Euro, so dass das Geld zur Tilgung der Staatsschulden genutzt werden konnte (vgl. ebd.). Der Hafen selbst wird außerdem durch die sri-lankische Marine genutzt (vgl. ebd.). Es ist jedoch für die Gegenargumentation anzumerken, dass es sich hierbei um einen Einzelfall handelt. Auch die Verwendung eines chinesischen Staatsunternehmens widerspricht nur mittelbar einem Einfluss durch Peking auf den sri-lankischen Hafen. Auch wenn diese, so Hameiri, ausschließlich aus ökonomischen Gründen

agieren (vgl. ebd.). Hameiri argumentiert weiter, dass die chinesischen Investitionen aufgrund von innenpolitischen Schulden und industrieller Überkapazitäten entstanden (vgl. ebd.). Entsprechend wird durch die Investitionen eine externe Nachfrage kreiert. Somit handele es sich bei der Belt and Road Initiative um ein rein ökonomisches, nicht aber um ein geopolitisches Projekt (vgl. ebd.). Die Ökonomen Roland Rajah, Alexandre Dayant und Jonathan Pryke des Lowy Institute (2019) beurteilen den Sachverhalt nuancierter: Zwar handelt der chinesische Staat, zumindest in der pazifischen Region, nicht primär im Sinne einer Schuldenfallen-Diplomatie, jedoch nimmt er die Verschuldung durch die Fortführung seiner wirtschaftlichen Strategie wissend in Kauf (vgl. ebd.). Dies liege vor allem an mangelhaften, institutionellen Mechanismen, die zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit notwendig sind (vgl. ebd.). Die chinesischen Entscheidungsträger müssten demnach eine Abänderung ihrer Investitionsstrategie vornehmen, um die Anschuldigungen nicht zu erfüllen (vgl. ebd.). Ob des großen Investitionsvolumens sehen die Autoren ein klares Risiko für die Schaffung einer Schuldenfalle (vgl. ebd.). Demnach ist die Vergabe der Hilfen und Investitionen für und durch die chinesische Regierung risikobehaftet. Die Belt and Road Initiative verdeutlicht den Auftritt Chinas als ökonomische Macht im regionalen Kontext. Sie steht damit dennoch im Einklang zum vorher formulierten strategischen Denken und unterstützt den Politikwechsel seit Xi Jinpings Amtsantritt. Unterstützend kann hier angeführt werden, dass trotz der Teilnahme der südostasiatischen Staaten am Projekt, die Bevölkerungen der südostasiatischen Staaten laut einer Umfrage den chinesischen Staat, u. a. wegen der historischen Erfahrungen mit anderen Großmächten, zu 73,3% als einen Beeinflusser wahrnehmen (vgl. Prince 2019; Mohsina/Kapur 2019). So ließ selbst der pakistanische Premierminister Imran Khan nach seinem Amtsantritt die Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit des China-Pakistan Economic Corridor prüfen (vgl. Mohsina/Kapur 2019). Eine Umfrage im Jahr 2017 kam zudem zu dem Ergebnis, dass der Einfluss aus China bei 18 von 36 Staaten beliebter als eine äquivalente Unterstützung aus den USA bewertet wurde (vgl. Dobbins et al. 2018: 3). Die Unzufriedenheit der Bevölkerungen äußert sich in Gewalt gegen chinesische Projekte in Bangladesch oder des Angriffs der pakistanischen Balochistan Liberation Army auf chinesi-

sche Ingenieure im Jahr 2018 (vgl. Mohsina/Kapur 2019). Ein Vergleich zum Kolonialismus der europäischen Staaten wird herangezogen, da die chinesische Regierung durch die Investitionen Einfluss auf Governance, Schulden, Umwelt, Arbeit und sozialen Standard im jeweiligen Staat nehmen kann (vgl. Bräutigam 2014: 399). Ähnlich wie die indische Regierung hat das Verhalten der chinesischen Regierung durch den Kolonialismus-Vergleich seine Nachbarstaaten verschreckt (vgl. Mohsina/Kapur 2019). Die chinesische Regierung betont jedoch in ihrem Defense White Paper 2019:

„China firmly believes that hegemony and expansion are doomed to failure, and security prosperity shall be shared. [...] Guided by Xi Jinping’s thinking in strengthening the military, China’s national defense in the new era stride forward along its own path to build a stronger military and endeavor to achieve the great goal of developing world-class forces in an all-round way. China’s armed forces have the determination, confidence and capability to prevail over all threats and challenges. They stand ready to provide strong strategic support for the realization of the Chinese Dream of national rejuvenation, and to make new and greater contributions to the building of a community with a shared future for mankind“ (Li 2019).

Die Selbstdarstellung der chinesischen Regierung scheint geprägt von dem Ziel des Großmachtstatus bis zum Jahr 2049, da dies den chinesischen Staat an den ihm zustehenden bzw. ehemaligen Platz zurückbringt. Des Weiteren wird der starke Bezug zur Person Xi Jinpings deutlich, da es seiner Führung obliegt. Die Regierung möchte damit der Entwicklung entgegenwirken, keine Wiederholung des Nord-Süd-Gefälles zu erzeugen, wie es bspw. bei der Entwicklungshilfe entstanden war (vgl. Bräutigam 2014: 399). Stattdessen würde die Zusammenarbeit für einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg beider Staaten ermöglicht (vgl. ebd.). Die chinesische Regierung unterstreicht die Zusammenarbeit, um von dem ökonomischen und militärischen Druck abzulenken. Zusammenfassend lassen sich die Maßnahmen, die im Rahmen der Belt and Road Initiative getroffen werden, allerdings so bewerten, dass sie neben dem ökonomischen Interesse Chinas, vorwiegend der Ausbreitung des chinesischen Einflusses dienen und folglich Chinas Großmachtanspruch in der Region verstärken. Militärisch bietet der Zugang zu Häfen im Südpazifik und Indischen Ozean der chinesischen Marine die Möglichkeit ihre Präsenz zu erhöhen und somit dem An-

spruch einer Hochseemarine gerecht zu werden. Die SSBN-Flotte besitzt darüber hinaus die Option, diese Zonen in ihre Patrouillen mit aufzunehmen und dennoch in geschützten Gewässern zu patrouillieren.

3.2.3.6. Bedeutung des Indischen Ozeans und der maritimen Seidenstraße

Die erhöhte Bedeutung des Indischen Ozeans ist auf eine geopolitische Verschiebung zurückzuführen: Der Ozean ist von besonderer Bedeutung, da die aufstrebenden Staaten China, Indien und Indonesien dort angesiedelt sind (vgl. Rashid 2018: 3). Über den Indischen Ozean und den anliegenden Engpässen verlaufen wichtige Seehandelsrouten, die durch Konflikte, Terrorismus und Piraterie gefährdet sind (vgl. Schneider 2018: 45). Diese Engpässe betreffen vor allem die Straße von Hormus und die Straße von Malakka (vgl. Brewster 2018: 9), wobei letztere den Indischen Ozean mit dem südchinesischen Meer verbindet. Die chinesische Regierung hat die Gebiete des pazifischen Ozeans und des Südchinesischen Meeres daher als Interessenssphären ausgelegt (vgl. Paul 2018: 10). In einer offiziellen Stellungnahme betonte der chinesische Staatspräsident Xi Jinping das verstärkte Interesse Chinas an der See allgemein sowie dessen strategischer Bedeutung, weshalb der chinesische Staat in diesem Bereich aktiver zu sein gedenke (vgl. Washington et al. 2017: 115). Der indische Ozean gehört zudem teilweise zur maritimen Seidenstraße, die Xi Jinping im Jahr 2013 als Teil der Belt and Road Initiative ankündigte (vgl. Rashid 2018: 4). Folglich wird die Präsenz der chinesischen Marine sowohl im südchinesischen Meer als auch im Indischen Ozean ausgebaut (vgl. Paul 2018: 3). Im Weißbuch aus dem Jahre 2019 erklärte die chinesische Regierung, dass die Marine transformiert werde (vgl. Flocken/ Küstner 2021: 26:35 – 27:30). Durch die Transformation erhielt die chinesische Marine unter anderem die Aufgabe auch die Interessen jenseits der eigenen Küstengewässer zu schützen und vergrößerten somit die Bedeutung des Indischen Ozeans (vgl. ebd.). Im südchinesischen Meer ist das chinesische Militär dazu übergegangen, maritime Aufgaben durch eine modernisierte Polizei und Küstenwache ausführen zu lassen (vgl. Erickson et al. 2019: 11). Durch diese Vorgehensweise können die Nachbarstaaten unter Druck gesetzt werden,

ohne auf militärische Mittel zurückgreifen zu müssen (vgl. Grossman 2018; Erickson et al. 2019: 11).

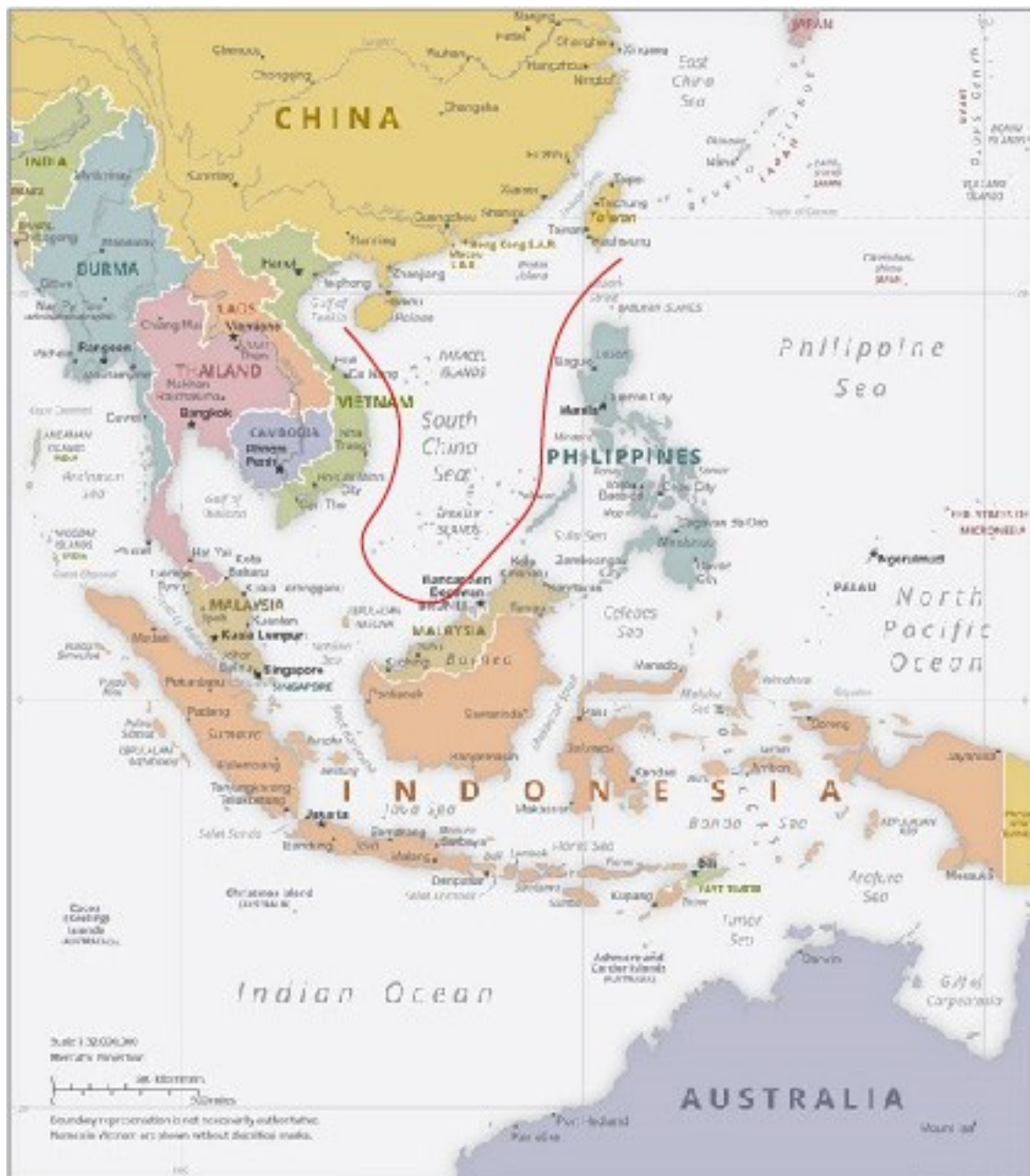


Abbildung 3: Chinesische Nine Dash Line

Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung von CIA Factbook o.J.

Auf diese Art und Weise schuf die chinesische Regierung im Südchinesischen Meer eine Zone, die als Nine Dash Line verstanden wird (siehe Abbildung 3). Das Gebiet verläuft durch das Territorium der Philippinen, Malaysia, Brunei sowie Vietnam und verstößt gegen internationales Seerecht (vgl. Dominguez 2015). Zum einen bietet dies der chinesischen Regierung die Möglichkeit auch

ohne Militär seinen Einfluss geltend zu machen. Diese Möglichkeit steht den Nachbarstaaten normalerweise nicht zur Verfügung. Zum anderen ermöglicht es der chinesischen Marine andere Aufgaben zu übernehmen, die dem Spektrum der Marinestreitkräfte mehr entsprechen (vgl. Erickson et al. 2019: 11). Aufgrund der Subventionierung durch den chinesischen Staat besitzen alle maritimen Einsatzkräfte jeweils die größte Anzahl an Schiffen weltweit (vgl. ebd.). Die Einsatzkräfte verfügen jedoch nicht über die größte Tonnage, da die reine Anzahl der Schiffseinheiten gezählt wurde (vgl. Kirchberger 2019: 5:48-6:05). Die Quantität ermöglicht der chinesischen Marine demnach regional in einem Maß präsent zu sein, das anderen Staaten nicht zur Verfügung steht. Auch kann die chinesische Marine auf diese Art und Weise ein spezielleres Aufgabenspektrum wahrnehmen. Das Südchinesische Meer gilt darüber hinaus als die strategische Basis für die chinesische Marine: Neben der Ausbeutung der maritimen Ressourcen der Region ermöglicht die Aufschüttung künstlicher Inseln in dem Meer dem chinesischen Militär einen strategischen Vorteil, solange sich die Auseinandersetzung unterhalb eines militärischen Konfliktes befinden (vgl. Kirchberger/O’Keeffe 2019: 8/ 10). Mindestens drei dieser künstlichen Inseln wurden vollständige militarisiert, die mit Anti-Schiffs- und Anti-Flugzeugraketen sowie Störsender und Kampfflugzeugen ausgerüstet sind (vgl. Shapero 2022). Im Falle eines militärischen Konfliktes seien diese Inseln jedoch aufgrund einer fehlenden Luftabwehr nahezu ohne weiteren Wert (vgl. Kirchberger/O’Keeffe 2019: 10). Nichtsdestotrotz soll die chinesische Regierung für das Südchinesische Meer eine Bastion-Strategie verfolgen. Dies bedeutet, dass die Zweitschlagfähigkeit in eigenen Gewässern geführt und gesichert sein soll, wodurch die Gefahren von Gegenangriffen sowie die technischen Schwierigkeiten für abgelegene Regionen entfallen (vgl. Kirchberger/O’Keeffe 2019: 12-13). Das Südchinesische Meer würde folglich für die U-Boot-Flotte der chinesische Marine ein geschlossenes Operationsgebiet darstellen (vgl. Kirchberger/ O’Keeffe 2019: 12). Darüber hinaus befindet sich in Hainan, einer Provinz bestehend aus verschiedenen Inseln im Südchinesischen Meer, die Weltraumstruktur Kosmodrom Wenchang der chinesischen Regierung (vgl. Kirchberger/O’Keeffe 2019: 14). Die Politolog_innen Sarah Kirchberger und Patrick O’Keeffe (2019) gehen davon aus, dass das Kosmodrom eine

strategische Bedeutung hat (vgl. S. 15). Die Nähe zum Äquator erhöht die Nutzlast für Raumfahrtssysteme, bspw. Satelliten, um bis zu 15% und die umliegenden Gewässer können als Abwurfstelle genutzt werden (vgl. ebd.). Zudem können die Systeme via Schiff zur Insel gebracht werden (vgl. ebd.). Der chinesische Hoheitsanspruch erstreckt sich demnach auch auf die Sicherstellung der eigenen Kommunikations- und Weltrauminfrastruktur. Die erhöhte Präsenz infolge der chinesischen Strategieänderung erhöht die Intensität der Konflikte im Südchinesischen Meer und birgt somit eine Eskalationsgefahr (vgl. Schneider 2018: 45). Das Risiko der Eskalationsgefahr variiert in Abhängigkeit zum Kontrahenten, da diese ihre Entscheidungen aufgrund von Bedrohungswahrnehmungen, Interaktionen, der Innenpolitik, eigenen Interessen und historischen Erfahrungen treffen (vgl. Schneider 2018: 51). In dem Kontext wird die chinesische Präsenz ob ihrer militärischen Überlegenheit bei den Nachbarstaaten als Bedrohung wahrgenommen (vgl. ebd.). Die Akteur-Abhängigkeit zeigt sich beispielhaft in der Interaktion mit den Philippinen und Malaysia, wo nur bei Ersterem der Konflikt eskaliert ist (vgl. Schneider 2018: 46). Das erweiterte Aufgabengebiet der Marine könnte auch chinesische SSBN-Patrouillen im Indischen Ozean miteinschließen oder die chinesischen SSN mit der Aufgabe betrauen, die indische SSBN-Flotte zu beobachten (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 a: 7). Im Winter der Jahre 2014 bis 2015 wurden Shang SSN U-Boote zu einer leicht sichtbaren Übung in den Indischen Ozean entsandt. Im Dezember des Jahres 2013 bis Februar des Jahres 2014 führte bereits ein chinesisches SSN eine Einzelfahrt bis zum persischen Golf durch (vgl. Liedman 2017: 14; Mian et al. 2019: 186). Darüber hinaus haben vier Jin-Klasse (Type 094) U-Boote Patrouillen unternommen (vgl. ebd.). Die chinesische Marine hat demnach ihre Präsenz erhöht und ignoriert die Interessen der anliegenden Staaten. Die Belt and Road Initiative dient in diesem Zusammenhang mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr einer militärischen und politischen als einer ökonomischen Komponente.

Zusammenfassend ist die chinesische Selbstwahrnehmung geprägt von dem Bild eines defensiven Staates, der seinen ursprünglichen und gerechten Platz wiedererhalten soll. Dabei wird jedoch außenpolitisch stets betont, dass die Handlungen nicht auf eine Expansion abzielen. Dem gegenüber steht der außenpolitische sowie militärische Druck, der durch die Belt and Road Initiative sowie

die Präsenz im Südchinesischen Meer entsteht. Entsprechend gilt für eine Bewertung der Action Policy als Indiz, dass die Declaratory Policy mit den ausgeführten Handlungen abweicht. Dies bezieht sich bislang zwar ausschließlich auf eine politische oder militärisch konventionelle Ebene, jedoch ist damit eine Abänderung der Nuklearwaffenpolitik nicht mehr grundsätzlich auszuschließen. Im Folgenden wird jedoch zu untersuchen sein, wie sich der chinesische Staat in Bezug auf die anderen Nuklearwaffenstaaten im südasiatischen Raum verhält und diese Staaten wahrnimmt.

3.2.3.7. Historische und außenpolitische Beziehung zu Indien

Aus chinesischer Sicht ist die Beziehung zu Indien ambivalent zu bewerten. Einerseits werden der chinesische und indische Staat durch ihren Status als Nuklearmacht sowie ihre Bevölkerungsgröße, den daraus resultierenden Absatzmärkten und den wirtschaftlichen Beziehungen geeint (vgl. Radunski 2014). Der indische Staat ist ein wichtiger Handelspartner für die chinesische Wirtschaft (vgl. Pajon/Saint-Mézard 2018: 34; Paul 2018: 3). Folglich wird die chinesische Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit auf explizite politische und militärische Handlungen verzichten, die zu einer eigenen, wirtschaftlichen Schwächung führen würden. Zudem stimmen auf internationaler Ebene die Meinungen zu Finanzreformen, Klimawandel und Handelsregelungen grundsätzlich überein (vgl. Paul 2018: 3). Andererseits stehen sich die Selbstwahrnehmungen der beiden Staaten gegenüber: Während der chinesische Staat autoritär organisiert ist, stellt die indische Regierung sich liberal und als „größte Demokratie der Welt“ dar (vgl. Radunski 2014). Des Weiteren verfügen die beiden Staaten über eine über 4.000 Kilometer lange gemeinsame Grenze (vgl. Blank 2017), deren exakter Verlauf zwischen den beiden Staaten entlang des Himalaya-Gebirges weiterhin ungeklärt bleibt (vgl. Shankar 2018: 27; Babb 2005: 99). Im Detail bedeutet dies, dass aufgrund von territorialen Ansprüchen an verschiedenen Bereichen eine Rivalität zwischen den beiden Staaten besteht: Im Jahr 1914 trafen bereits Vertreter der Republik China, Tibets und Britisch-Indien zusammen, um die Grenze festzulegen und den Status Tibets zu klären (vgl. Goldman 2020). Da Tibet durch den Vertrag Autonomie erhalten hätte, wurde dieser von den chinesischen Entscheidungsträgern abgelehnt, so dass nur die Vertreter Tibets und Britisch-Indiens unterzeichneten (vgl. ebd.). Es entstand die nach dem britischen Kolonialbeamten

Henry McMahon benannte McMahon-Linie (vgl. ebd.). Die indischen Entscheidungsträger gehen noch heute von dieser Grenze aus und übernehmen eine äquivalente zu den britischen Kolonisten, so dass Teile des tibetanischen Landes nicht als chinesisch anerkannt werden (vgl. Shankar 2018: 31; Goldman 2020).

Jahr	Ereignis
1947	Unabhängigkeit Indiens
1949	Gründung der Volksrepublik China
1962	Erster sino-indischer Krieg
1964	China wird Nuklearmacht
1967	Zweiter sino-indischer Krieg
1974	Erfolgreicher Nukleartest Indiens
1987	Sino-indischer Grenzkonflikt mit Deeskalation
1998	Indien wird Nuklearmacht

Tabelle 4: Sino-indische Konflikte bis 2010

Quelle: Eigene Darstellung

Es folgten die Gründungen der heutigen Staaten durch die kommunistische Revolution in China, die mit dem Ausrufen der Volksrepublik am 01.10.1949 durch Mao Zedong erfolgreich war, und durch die Unabhängigkeitsbewegung in Indien, die sich im Jahr 1947 durch den Independence of India Act als Republik von Großbritannien lösten (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2014, Rothermund 2014; Tabelle 4). Infolgedessen kam es zu Spannungen an der Grenze, da die chinesischen Entscheidungsträger diese und Tibets Anerkennung aufgrund mangelnder Unabhängigkeit nicht anerkannten (vgl. Goldman 2020). Hinzu kam die ideologische Spannung zwischen dem im weitesten Sinne Westen unterstützten und sozialistischen Indien und dem Kommunismus in China (vgl. Radunski 2014, Goldman 2020). Im Jahr 1962 kam es daher zum Krieg zwischen den beiden Staaten, nachdem die chinesischen Streitkräfte die McMahon-Linie überquert hatten (vgl. Goldman 2020). Der Krieg dauerte insgesamt einen Monat und forderte 1000 indische und weniger als 800 chinesische Opfer (vgl. ebd.). Durch den Waffenstillstand wurde die Grenze einschließlich der eroberten Gebiete als neue Line of Control etabliert (vgl. Goldman 2020; Abbildung 4).



Abbildung 4: Umkämpfte Zonen zwischen China, Pakistan und Indien

Quelle: Eigene Darstellung

Im September bis Oktober des Jahres 1967 folgte der zweite Krieg zwischen den beiden Staaten: Indische Streitkräfte befestigten die ursprüngliche Grenze, wodurch es zu kleineren Auseinandersetzungen kam (vgl. Goldman 2020; Abbildung 4; Tabelle 4). Der Konflikt eskalierte durch den chinesischen Einsatz von Artillerie (vgl. ebd.). Insgesamt fordert der Konflikt 150 indische sowie 340 chinesische Opfer und die Grenze wurde in den Regionen Nathu La und Cho La in Richtung China verschoben (vgl. ebd.). Eine neue potenzielle Auseinandersetzung folgte im Jahr 1987, als bei einer Übung des indischen Militärs die chinesischen Entscheidungsträger überraschen und diese selbst Truppen mobilisierten (vgl. ebd.). Beide Staatsführungen realisierten jedoch die Gefahr eines Krieges und de-eskalierten die Situation (vgl. ebd.). Der Politologe Frank O'Donnell (2018) hält für die (Selbst-)Wahrnehmung der chinesischen Regierung fest, dass sie Indien als außenpolitisch aggressiv und China als defensiv bewerten (vgl. O'Donnell 2018: 12). Neben dieser Aggressivität werden die indischen Streitkräfte dennoch als ineffektiv bewertet. Auf der Website der Volksbefreiungsarmee werden die Modernisierungsmaßnahmen und Reformen der indischen Streitkräfte aufgrund drei wesentlicher Punkte als unzureichend beschrieben (vgl.

Xu/Li 2021). Erstens sind die Beziehungen zwischen zivilen und militärischen Offiziellen unorganisiert (vgl. ebd.). Die indische Reform der Streitkräfte löste das Problem, dass das indische Militär nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen war und beugen somit der Gefahr vor, dass die Armee interveniert (vgl. ebd.). Allerdings müssen jetzt beide Seiten berücksichtigt und ausgearbeitet werden (vgl. ebd.). Im Vergleich nutzt das chinesische System bis auf den Staatspräsidenten, wie bereits angeführt, ausschließlich militärische Offizielle. Auch gibt die Bewertung Aufschluss darüber, inwieweit die indische Demokratie als stabil wahrgenommen wird. Zweitens gibt es zwischen den einzelnen Teilstreitkräften des indischen Militärs mangelhafte Kommunikation bzw. eine mangelhafte Kommandostruktur, da die einzelnen Bereiche um Ressourcen und Positionen konkurrieren (vgl. ebd.). Eine operative Zusammenführung der Teilstreitkräfte hätte daher keinen Rückhalt bei den anderen (vgl. ebd.). Drittens ist die Abhängigkeit von Importen für das indische Militär ein Problem, da die unterschiedlichen komplexen Waffensysteme integriert werden müssen (vgl. ebd.). Diese Abhängigkeit kann jedoch bislang nicht abgeändert werden, da die dazu notwendigen Reformen zu langsam umgesetzt werden (vgl. ebd.). Neben dem Grenzkonflikt existieren weitere Ereignisse, die zur Entfremdung der beiden Staaten führten: Das indische Bündnis mit der Sowjetunion, dem Exil des Dalai Lama sowie das chinesische Bündnis mit Pakistan prägten die Beziehungen (vgl. Radunski 2014). Die indische Regierung beherbergt weiterhin mit dem Dalai-Lama den geistigen Führer der Tibetaner (vgl. Blank 2017), was für die chinesische Regierung einen weiteren Störfaktor darstellt, da es den unangefochtenen Herrschaftsanspruch Chinas über Tibet in Frage stellen könnte. Die Region Tibet besitzt demnach eine Bedeutung über das Territorium hinaus (vgl. Shankar 2018: 31). So wurde die Immigration von Han-Chinesen in die Region zur gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderung staatlich gefördert (vgl. Babb 2005: 99). Zweitens wird die pakistanische Region um Gilgit Baltistan im Norden des Staates als von den Politologen Abdul Basit und Antara Desai (2012) durch China kontrolliert vermutet (vgl. S. 9). Folglich entsteht für China ein weiterer Kontaktpunkt zur indischen Grenze. Diese Zone fällt zudem in das Infrastrukturprojekt der Belt and Road Initiative Chinas (vgl. Pu 2018: 55). An diesen Grenzgebieten – entlang der Line of Control – kommt es immer wieder zu militärischen Scharmützeln zwischen

dem indischen und dem chinesischen Militär (vgl. Blank 2017). Die indischen Entscheidungsträger bemängeln zudem, dass die chinesische Regierung das indische Territorium in Kaschmir und die damit verbundenen Bedenken ignorieren (vgl. Pu 2018: 55). Gegen den direkten, indischen Rivalen wird zudem der Kaschmir-Konflikt als eine Hemmung genutzt, wie der pakistanische Politologe Muhammed Feyyaz (2019) vermutet, da der pakistanische Staat stellvertretend die begrenzten Ressourcen des indischen Staates aufbraucht (vgl. S. 70).

„Unsere Beziehungen zu Indien sind eines der wichtigsten Anliegen“, verkündete Chinas Präsident Xi Jinping kurz nach seinem Amtsantritt im März 2013“ (Radunski 2014). Durch die Aussage stellt der chinesische Staatspräsident bereits zu Beginn seiner Amtsperiode die Bedeutung des indischen Nachbarn fest und dieser wird als wichtiger Partner oder Verbündeter dargestellt. Allerdings rückten einen Monat später chinesische Streitkräfte in indisches Territorium vor und errichteten dort Militärlager (vgl. Radunski 2014, Goldman 2020). Im Jahr 2017 folgte die nächste Auseinandersetzung im Doklam Plateau, auf die in Kapitel 4 näher eingegangen wird (vgl. Goldman 2020). Diese Konflikte bleiben jedoch auf einem niedrigschwelligen Niveau, das entweder durch die nukleare Abschreckung oder durch die bereits angeführten wirtschaftlichen Verflechtungen (oder beidem) aufrechterhalten wird. In dieser Region wird das chinesische Bestreben zudem durch die Umstrukturierung der Volksbefreiungsarmee unterstützt, da diese laut O'Donnell es dem regionalen Oberkommando ermöglicht, proaktiv militärische Aktionen anstelle einer abwartenden Verteidigungshaltung auszuführen (vgl. O'Donnell 2018: 12). Die Umstrukturierung der Volksbefreiungsarmee verhindert ob der Zusammenlegung und Zentralisierung einzelner Bereiche die interne Fehlkommunikation zwischen den verschiedenen militärischen Einheiten (vgl. ebd.). Am 27. Januar 2022 verkündete ein Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, dass weder China noch Indien die Unterstützung eines Drittstaates benötigten (vgl. Li 2022). In diesem Zusammenhang stellte er zudem heraus, dass die chinesische Regierung niemals Zwang ausüben oder diesem nachgeben würde (vgl. ebd.). Die Grenzsituation werde durch Verhandlungen und Beratungen gelöst, so dass die Ergebnisse eines Treffens vom 12. Januar 2022 in weiteren, folgenden Treffen fortgeführt werden würden (vgl. ebd.). Die

Region des Indischen Ozeans ist jedoch als neue Konfliktzone entstanden, dessen Ausmaß sich weiter vergrößern wird (vgl. Brewster 2018: 6). In diesem Zusammenhang entsteht durch die Belt and Road Initiative im Allgemeinen sowie den China-Pakistan Economic Corridor im Besonderen für die indische Regierung zudem der Eindruck einer Einkreisung (vgl. Feyyaz 2019: 70; Abbildung 5).



Abbildung 5: String of Pearls / Einkreisung des indischen Subkontinents

Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung von Marantidou 2014, Ghosh 2017

Die Allianz mit Pakistan und die Wirtschaftsprojekte des chinesischen Staates zwingen das indische Militär demnach zu einer Aufteilung ihres Fokus. In diesem Zusammenhang kann der durch China gepachtete und finanziell unterstützte Hafen im pakistanischen Gwadar beispielhaft angeführt werden, da er für die chinesische Marine neben direkter Militärpräsenz nahe dem indischen Festland mehrere Vorteile bietet: Der Hafen bietet eine zusätzliche Anbindung und Nähe zur Straße von Hormus, den indischen Gewässern und zum persischen Golf sowie zum Mittelmeer (vgl. Rashid 2018: 9). Die geografische Einkreisung ermöglicht zum einen, dass Engpässe des Indischen Ozeans, wie bspw. die Straße von Malakka, vermieden werden können und somit kein strategischer

Nachteil entsteht. Andererseits eröffnet es offensiv mehr Möglichkeit, den direkten Rivalen Indien im Indischen Ozean zu umgehen oder gar zu isolieren. Diese Möglichkeiten stehen dem chinesischen Staat auch zur Verfügung, da sie über einen technologischen und wirtschaftlichen Vorteil verfügen. Dies gilt insbesondere für die Patrouillen der SSBN, da hier die chinesische Marine über eine größere Erfahrung verfügt. Es ist fraglich, ob die Faktoren weiterhin das niedrigschwellige Niveau gewährleisten können, falls die Territorialansprüche beider Staaten durch ihren Anspruch bzgl. des Indischen Ozeans erweitert werden. Auf institutioneller Ebene möchte die chinesische Regierung darüber hinaus weiterhin ihre Rolle als einziger asiatischer Staat mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat behalten, da mit der Gewährung für Indien die Anerkennung als Großmacht verbunden wäre (vgl. Liu 2018: 242). So werden die Reformwünsche des Sicherheitsrates seitens Chinas lediglich als Lippenbekenntnis wahrgenommen (vgl. ebd.). Zusätzlich wird der indische Staat durch die chinesische Regierung nicht als ein legitimer Nuklearwaffenstaat anerkannt (vgl. Liu 2018: 244). Durch die politischen Alleinstellungsmerkmale auf internationaler Ebene könnte China seine Territorialansprüche zu legitimieren versuchen. Die Verhinderung eines ständigen UN-Sicherheitsratssitzes für Indien im Speziellen besitzt zudem auch eine Bedeutung für den verlagerten Fokus auf den Indischen Ozean. Im internationalen Kontext wurde eine gemeinsame Übung der Quad-Staaten USA, Japan, Indien und Australien im Jahr 2021 auf der Website der Volksbefreiungsarmee bewertet: Der indische Staat obliegt dem Glauben, dass er notwendigerweise auf Seiten der USA sein müsse, um gegen den chinesischen Staat vorgehen und geopolitische Vorteile erhalten könnten (vgl. Lin 2021). Durch das Verhältnis treten indische Entscheidungsträger arrogant auf (vgl. ebd.). Diese Arroganz ist zum einen in der Grenzthematik ersichtlich, da indische Medien Probleme an der zwischenstaatlichen Grenze erschaffen, um, so die Interpretation des Autors, die USA von der strategischen Bedeutung Indiens zu überzeugen, wird hart gegen den chinesischen Staat vorgegangen (vgl. ebd.). Trotz berechtigter Kritik an den demokratischen Werten, auch aus den USA, wird der indische Staat als Partner benötigt, womit den US-amerikanischen Entscheidungsträgern eine Doppelmoral unterstellt werden kann (vgl. ebd.). Die indischen Entscheidungsträger sind folglich unberechenbar, weshalb Premierminister Modi verkündete, dass Indien die

Mutter aller Demokratien sei (vgl. ebd.). Der Autor zieht daher das Fazit, dass die indische Regierung die durch China ermöglichte Zeit zur Reflektion, um die zwischenstaatlichen Beziehungen zu stabilisieren, nicht genutzt hat (vgl. ebd.). Stattdessen seien die indischen Entscheidungsträger einer Illusion durch ihre Verbindung zu den USA erlegen, so dass sich Indien schlussendlich nur selbst schädige (vgl. ebd.). Zuletzt wird dem indischen Staat durch die chinesischen Entscheidungsträger Propaganda vorgeworfen: Wie bereits angeführt verlief die Deeskalation an der chinesisch-indischen Grenze auf diplomatischer Ebene erfolgreich (vgl. Lamb 2021). Jedoch werden die Medien in Indien sowie dem Westen kritisiert, einseitige Propaganda mit dem chinesischen Staat als Aggressor und dem indischen Staat als Opfer betrieben zu haben (vgl. ebd.). Zu dieser Propaganda zählt auch die konstante Verletzung der Line of Control durch chinesische Truppen (vgl. ebd.). Sie wird jedoch nicht durch die chinesischen Medien erwidert (vgl. ebd.). Dies wird unterstützt durch die Aussage des ehemaligen indischen Generals V. K. Singh: „[L]et me assure you, if China has transgressed 10 times, we must have done it at least 50 times“ (ebd.). Folglich wird er als „brave man for breaking ranks“ beschrieben (vgl. ebd.). Die indische Regierung – in Person des Kongressvorsitzenden Rahul Gandhi – forderte hingegen die Entlassung des Generals, da die Aussagen China unterstützten (vgl. ebd.). Der Chinaexperte und Autor Keith Lamb (2021) sieht jedoch die Aussage für die Wahrheitsfindung als essenziell an, da sich Indien nur so vom westlichen Einfluss und einer parteiischen Presse beschützen kann (vgl. ebd.).

Die im allgemeinen formulierten Grundlagen des strategischen Denkens lassen sich zusammenfassend auf die Beziehung zum indischen Staat übertragen. So wird die eigene Rhetorik dazu genutzt, die defensiven und diplomatischen Absichten auszudrücken. Jedoch werden die geopolitischen Interessen des indischen Staates, wie bspw. durch die Einkreisung im Falle des Economic Corridors, nicht berücksichtigt. Demnach weichen Declaratory und Action Policy auch gegenüber einem Nuklearwaffenstaat und direktem Nachbarstaat voneinander ab.

3.2.3.8. Außenpolitische Beziehung zu den USA

Auf der Website der Volksbefreiungsarmee wird die Deeskalation an der chinesisch-indischen Grenze als diplomatischer Erfolg gewertet (vgl. Korybko 2021). Die Differenzen zwischen den beiden Staaten wurden jedoch nicht geklärt, aber die Situation konnte ohne Militär geregelt werden (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang wird auch der Einfluss der USA genannt. Der Wechsel der US-Präsidentschaft von Trump zu Biden wird positiv aufgenommen (vgl. ebd.). Dem ehemaligen US-Präsidenten wird ein Spaltungsversuch der asiatischen Staaten vorgeworfen (vgl. ebd.). Daher wird die US-Rhetorik als feindselig aufgefasst: So wird die „freedom of navigation operations“ im Südchinesischen Meer als Täuschung ausgelegt (vgl. ebd.). Auch wird der US-Regierung vorgeworfen, dass sie nur jene internationalen Regelungen anerkennt, die in ihrem Interesse liegen (vgl. ebd.). Sie nutzen demnach dieselbe Rhetorik wie gegen die indischen Medien. Zusätzlich werden die Modernisierungsmaßnahmen und Präsenz im indo-pazifischen Raum kritisch bewertet. Die Umsetzung der durch Trump initiierten Modernisierungen des nuklearen Arsenal durch seinen Nachfolger Joe Biden steht für Huang Jiyuan für die englischsprachige Website der Volksbefreiungsarmee (2021) in Verbindung mit der erhöhten maritimen Präsenz der US-amerikanischen Streitkräfte (vgl. ebd.). Gleichzeitig versuchen die US-amerikanischen Entscheidungsträger die chinesischen nuklearen Möglichkeiten durch Rüstungskontrolle einzuschränken (vgl. ebd.). Huang folgert daraus, dass das Verhalten wirkt, als würde eine militärische Auseinandersetzung geplant werden (vgl. ebd.). Die Absichten der USA sind aufgrund des Versuchs zur nuklearen Überlegenheit mindestens fragwürdig (vgl. ebd.). Für die chinesische Regierung dürfte der US-amerikanische Einfluss in der Region den forcierten Großmachtanspruch beeinträchtigen, da die USA eine erhebliche Präsenz im Indo-Pazifik vorweisen kann und diese noch ausbaut (vgl. Nagasawa/ Miyasaka 2020). Dazu zählen die Stützpunkte auf Guam, Hawaii sowie in Japan, Alaska und Australien (vgl. ebd.). Zusätzlich befanden sich im Jahr 2019 weitere 13.000 Soldaten in Afghanistan, das eine direkte Grenze zu China besitzt (vgl. George 2019). Militärisch sind die USA damit nicht nur global, sondern auch regional eine Herausforderung für die chinesischen Sicherheitsbedenken und den Großmachtanspruch. Darüber hinaus besitzen die USA in der Region mit Australien, Thailand und den Philippinen

sowie Taiwan²⁴ und Singapur im erweiterten Kreis alliierte Staaten (vgl. Evan 2013). Ein weiterer Artikel auf der Website der Volksbefreiungsarmee interpretiert die Anwesenheit der US-amerikanischen Marine grundsätzlich als Show of Force (vgl. Jia 2022). Der Einsatz einer Strike Carrier Group – einem Verband mehrerer Schiffe inkl. eines Flugzeugträgers – sowie eines SSBNs nahe des Südchinesischen Meeres wird jedoch als mehr ausgelegt: Insbesondere das Auftauchen und damit die Bekanntgabe des Standortes des SSBNs ist als Zeichen der strategischen Abschreckung zu verstehen (vgl. ebd.). Darüber hinaus zeige es die beschleunigte Fokusverschiebung auf den indo-pazifischen Raum (vgl. ebd.). Vor allem da nach dem Afghanistanabzug die US-amerikanischen Truppen im Westpazifik verstärkt wurden (vgl. ebd.). Weiterhin ließe, so die Angaben auf der Website, sich „America’s nuclear strike plan“ als Teilplan für einen Angriff auf Ostasien erkennen (vgl. ebd.). Es wird davon ausgegangen, dass die USA weitere Streitkräfte im süd- und ostchinesischen Meer stationieren wird (vgl. ebd.). Der Direktor des Center for Arms Control Studies für das China Institute of Contemporary International Relations Guo Xiaobing interpretiert das militärische Aufgebot jedoch als „mere paper tigers“, die ausschließlich als Bluff anzusehen sind (vgl. ebd.). Aufgrund der Zerstörungskraft der Nuklearwaffen besitzen eben diese keinen praktischen Nutzen, so Guo weiter (vgl. ebd.). Die US-amerikanische Regierung handelt damit entgegen einem beidseitigen Respekt und entgegen einem Stabilitätsinteresse für die Region (vgl. ebd.). Stattdessen führe die Präsenz zu einer höheren Gewichtung militärischer Faktoren, einem Unterwasser-Wettrüsten sowie einer erhöhten nuklearen Unfallgefahr (vgl. ebd.).

In diesem Zusammenhang spricht der Präsident des Carnegie-Tsinghua Management Board Yan Xuetong (2017) vom chinesischen Staat als aufstrebende Macht, die bereits über die zweitgrößte Ökonomie verfügte (vgl. ebd.). Der augenscheinliche Widerspruch der aufstrebenden Macht als zweitgrößte Ökonomie verdeutlicht die Haltung des chinesischen Experten: Ebenso wie der Staatspräsident Xi sieht er den chinesischen Staat mit dem Ziel, eine Weltmacht zu sein. Zumal die ökonomische Ebene nicht automatisch eine Bedeutsamkeit auf

²⁴ Die Wiedervereinigung mit dem taiwanesischen Staat stellt für die chinesische Regierung eine der akutesten Herausforderungen dar (vgl. Babb 2005: 103).

politischer und militärischer Ebene miteinbezieht. Yan geht davon aus, dass obwohl die chinesische Regierung einen Politikwechsel zwischen 2012 und 2014 hin zu einer zielorientierten Politik vollzogen hat, müsse die chinesische Regierung sich weiterhin auf ihre regionale Rolle fokussieren, da der chinesische Staat noch nicht über die gleichen Mittel verfüge, wie die USA (vgl. ebd.). Jedoch könne durch den Fokus auf die Region der eigene Einfluss und Status gefördert werden, um in einen Wettkampf gegen die USA besser aufgestellt zu sein (vgl. ebd.). Der Fokus auf sekundäre Regionen sei der Fehler der USA gewesen, da die USA selbst keinen Nutzen aus diesen Regionen erreicht hätten (vgl. ebd.). Der amerikanische Staat verfüge demnach nicht nur über den gewünschten geopolitischen Status, sondern ist aufgrund der eigenen Ideologie des chinesischen Staates als fehlerhaft bewertet und dient als Negativbeispiel. In diesem Zusammenhang wird der Wettstreit zwischen den USA und China mit Thukydides gestellt, der einen Krieg zwischen dem Hegemonen und einem aufstrebenden Staat für naturgegeben hielt (vgl. Kant 2020; Mohammed 2018; Sitaraman 2020: 283). Die Theorie wird insbesondere für die USA und China durch den US-amerikanischen Politologen Graham T. Allison wieder aufgegriffen (vgl. Sitaraman 2020: 283). Der Krieg wird dabei als einfachere und kostengünstigere Option zu einer etwaigen, diplomatischen Alternative verstanden (vgl. Kant 2020). Aus ökonomischer Sicht trifft die beschriebene Situation aufgrund des Handelskrieges zwischen den beiden Nationen bereits zu (vgl. ebd.). Hinzu kommen die Streitpunkte Taiwan, Tibet, Südchinesisches Meer, Menschenrechte und Hong Kong, in denen die chinesische und US-amerikanische Regierung unterschiedlicher Auffassung sind (vgl. Mohammed 2018; Kant 2020). Die USA sind für die chinesische Regierung und demnach regional eine militärische und global eine ökonomische Herausforderung (vgl. Dobbins et al. 2018: 10). Zwar gehen die RAND-Experten_innen James Dobbins et al. (2018) nicht davon aus, dass einer der beiden Staaten eine Nuklearwaffe einsetzen würde, jedoch besteht durch die lokalen Konflikte auf ökonomischer, Cyber²⁵- und Weltraumebene²⁶ eine erhöhte Eskalationsgefahr

²⁵ Auf der Cyberebene sind neue Risiken und Schwachstellen für die Nuklearwaffen und die damit zusammenhängende Infrastruktur entstanden, die sich sowohl auf die Kommunikation, die Analyse als auch die Trägersysteme selbst beziehen (vgl. Unal/Lewis 2018: 5).

²⁶ Die chinesische Regierung arbeitet dementsprechend an militärischen Weltraumabwehrmaßnahmen mit verschiedenen Reichweiten, wobei keine der Maßnahmen bislang offiziell bestätigt werden konnten (vgl. Weeden/Samson 2021: 7-8).

(vgl. ebd.). Der mit dem Wechsel verbundene Krieg erinnert an die Power transition theory des Politologen Abram Fimo Kenneth Organski: Seiner Theorie nach haben Nuklearwaffen keine Auswirkung in der internationalen Ordnung. Lediglich ein Status Quo Verlust in Relation zu den Staaten, die gewillt sind, das Vakuum mit Gewalt einzunehmen, kann zu einem großen Krieg führen (vgl. Organski zitiert nach Houweling/Siccama 1988: 87). Übertragen auf die chinesisch-amerikanisch Rivalität ist zunächst der Status Quo-Verlust der USA notwendig, um das notwendige Vakuum zu erzeugen. Für die Nuklearwaffen bedeutet es zudem, dass eine passive Nuklearwaffenpolitik für die internationale Ordnung wirkungslos wäre. Sie können jedoch immer noch als militärisches Mittel einer aktiven Nuklearwaffenpolitik verwendet werden. Weiterhin wird offensichtlich, welchen Status die chinesischen Entscheidungsträger den USA beimessen und dass die strategische Planung an den USA gemessen und ausgerichtet wird.

3.2.3.9. Historische und außenpolitische Beziehung zu Pakistan

Ein wichtiger Stützpunkt für die chinesische Initiative stellt der pakistanische Staat dar, so dass in diesem Zusammenhang das China-Pakistan Economic Corridor Projekt geschaffen wurde. Als Teil der Belt and Road Initiative wurde der China-Pakistan Economic Corridor im Jahr 2017 geschaffen und das Projekt soll bis zum Jahr 2030 nach der Abwicklung der drei Phasen abgeschlossen sein (vgl. Rashid 2018: 6-7). Die Planung sah drei Phasen vor, so dass das Projekt bis zum Jahr 2030 abgeschlossen ist (vgl. Rashid 2018: 6-7). Wirtschaftlich unterstützt die chinesische Regierung Pakistan mit 46 Milliarden US-Dollar durch das China-Pakistan Economic Corridor Projekt, mit dem die Infrastruktur in Gilgit, Baltistan und Kaschmir ausgebaut werden soll (vgl. Pu 2018: 55). Dabei sollte bis zum Jahr 2020 ökonomisches Wachstum und bis zum Jahr 2025 die grundlegende Konstruktion erreicht werden (vgl. Rashid 2018: 6-7). Die Beziehung zwischen China und Pakistan beruht vorwiegend auf einer militärischen Komponente, da die Staaten über keine gemeinsame Kultur, Historie oder Ökonomie verfügen (vgl. Blank 2015). Ursprünglich wurde die zwischenstaatliche Beziehung zu Pakistan dazu genutzt, dem chinesischen Militär Zugang zu US-amerikanischer Militärtechnologie zu ermöglichen (vgl. ebd.). Dieser Umstand dürfte weniger relevant geworden sein und für die geostrategische Bedeutung Pakistans gegenüber Indien ersetzt worden sein (vgl. ebd.). Die Beziehung ist jedoch

keineswegs unbelastet. Neben den mangelnden Gemeinsamkeiten wird der chinesischen Regierung eine Aversion mit Allianzen attestiert (vgl. Blank 2015). Zusätzlich wird die Tehrik-e-Taliban Pakistan – motiviert durch den Islamismus und die Behandlung der Uiguren in China - als Belastung für die zwischenstaatlichen Beziehungen gesehen, da durch die Belt and Road Initiative der chinesische Einfluss in Pakistan wächst (vgl. Basit et al. 2019: 56). So wird die Terrororganisation offiziell als Bedrohung für den chinesischen Staat bezeichnet, da diese damit drohte, die Landverbindung zwischen Pakistan und China zu zerstören (vgl. Basit et al. 2019: 57). Zusammenfassend lässt sich die geostrategische Bedeutung des Bündnisses für China und Pakistan festhalten. Chinas Bündnis wirkt zudem, wie ein Stellvertreterkonflikt mithilfe Pakistans gegen Indien, so dass die chinesische Regierung einzige Großmacht in Asien bleiben kann. Der pensionierte, indische Major General Dwivedi (2019) bezeichnet die Investitionen in den pakistanischen Staat für China daher als kostengünstige Alternative, um Indien zu blockieren (vgl. Dwivedi 2019). Auch wenn die Aussage durch subjektive Prägungen verfärbt sein dürfte, hat die Unterstützung Pakistans realpolitische Folgen für Indien.

3.2.4. Bewertung der aktiven Nuklearwaffenpolitik in China

Hinsichtlich einer aktiven Nuklearwaffenpolitik lässt sich für die chinesische Regierung festhalten, dass sie auf der theoretischen Grundlage des weishe eine aktive Nuklearwaffenpolitik verfolgen. Die Strategie sollte dabei auf Zwang anstatt auf dem tatsächlichen Einsatz einer Nuklearwaffe liegen. Es sprechen mehrere Indizien dafür, dass zudem eine Abweichung zwischen Declaratory und Action policy vorliegt. Während die Nukleardoktrin, inklusive der NFU policy, unverändert als minimum assured destruction titulierte und offiziell bestätigt wird, also die Declaratory policy im direkten Bezug zu Nuklearwaffen unverändert bleibt, ist der Einfluss seit Xi Jinpings Amtsantritt und die Veränderungen des außenpolitischen Auftretens seit 2012 auch bei den Nuklearwaffen ersichtlich: Die wichtigste Änderung erfolgte durch den Strukturwandel der chinesischen Armee und der damit verbundenen Schaffung der PLARF als eigene Teilstreitkraft. Die Nuklearwaffen erhielten somit einen neuen Stellenwert und waren nicht länger der Teilstreitkraft der Armee untergeordnet. Gleichzeitig bewirkte die Umstrukturierung eine Machtkonzentration bei Xi Jinping selbst.

Im regionalen Radius übt die chinesische Regierung im süd-, südost- und ostasiatischem Raum eine dominante Außenpolitik aus. Zum einen verfügt die Volksrepublik China als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mithilfe des Infrastrukturprogrammes Belt and Road Initiative über Einfluss auf die teilnehmenden Staaten und sichert sich auf diese Weise Zugang zu geostrategischen Stützpunkten jenseits des eigenen Staatsterritoriums. Dazu zählt auch, dass das Südchinesische Meer und im weiteren Sinn der indische Ozean durch die chinesische Marine beansprucht und als Hoheitsgebiet angesehen werden. Verbunden mit einem force deployment, das vermehrt auf überlebensfähige und counterforce-Systeme setzt und zusätzlich vergrößert wurde, so dass es zum drittgrößten Arsenal der Welt avancierte, vermitteln die chinesischen Entscheidungsträger und die chinesische Armee eine aggressive bzw. mindestens offensive Haltung gegenüber der eigenen Region und tritt hegemonial auf, auch wenn dies in offiziellen Quellen immer abgelehnt wird. Im Kontext des Zieles bis 2049 Großmacht zu sein, wirkt dieses Verhalten, wie die Vorbereitung auf etwaige Konflikte, in dem Wissen, dass die ostasiatische Region einen wirtschaftlichen und politischen Bedeutungszuwachs erhalten wird. Eine aktive Nuklearwaffenpolitik ist mit der Ausrichtung gegen die USA und der Kriegführungsstrategiemöglichkeit ob der counterforce-Systeme nicht auszuschließen. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass ein Nuklearwaffeneinsatz leichtfertig oder bei einer niedrigen Eskalationsstufe geschehen würde. Stattdessen scheinen die Maßnahmen darauf vorzubereiten, auch bei höheren Eskalationsstufen paritätisch zu den USA sein zu können. Zusammenfassend lässt sich demnach – auch aufgrund des eigenen kulturellen Verständnisses der Abschreckung - auf regionaler und bedingt auch auf internationaler Ebene eine aktive Nuklearwaffenpolitik festhalten.

3.3. Indien

In der Bundesrepublik Indien wurde im Jahre 1974 der erste (friedliche), erfolgreiche Nukleartest unter dem Namen „Operation Smiling Buddha“²⁷ vollzogen und seit 1998 ist Indien nach fünf weiteren Tests offiziell Atommacht (vgl.

²⁷ Der Test fand auf dem Testgelände des Armeestützpunktes Pokhran nahe der pakistanischen Grenze statt (vgl. Pokraka 2019). Die anschließenden Tests im Jahr 1998 waren ebenfalls nahe der pakistanischen Grenze (vgl. ebd.).

Blix et al. 2006: 37; Fettweis 2019: 18; Pokraka 2019). Aufgrund des kurzen Zeitraumes, seit dem Indien im Vergleich zu den USA, Russland oder China über Nuklearwaffen verfügt, besitzt der indische Staat weder über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat noch ist er Mitglied des Atomwaffensperrvertrages (vgl. Blix et al. 2006: 60). Er verfügt damit nicht über ein vergleichbares politisches Kapital sowie Prestige, wie es bspw. der chinesische Staat durch seinen ständigen Sitz erhält. Entsprechend wird der Besitz von Nuklearwaffen mit hoher Wahrscheinlichkeit anders bewertet. Die indische Regierung sieht sich als ein verantwortungsbewusster Nuklearwaffenstaat, weshalb sowohl eine formale Mitgliedschaft in der Nuclear Suppliers Group als auch ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat angestrebt wird, die der indischen Regierung Legitimation versprechen (vgl. Kimball 2018: 83; Liu 2018: 242/244). Ähnlich dem chinesischen Staat soll auch für Indien die Nuklearwaffenpolitik im allgemeinen geopolitischen Kontext beurteilt werden: Der indische Staat verfügt im Allgemeinen im Jahr 2019 über ca. 1,39 Milliarden Menschen und war damit der zweitbevölkerungsreichste Staat der Welt (vgl. Statista 2020). Im Vergleich erreichte die Wirtschaft jedoch nur ein Bruttoinlandsprodukt von 2.875 Billionen US-Dollar, womit sich der Staat auf Rang 5 im internationalen Vergleich befand (vgl. The World Bank o. J. b; The World Bank o. J. c). Es ist jedoch ein stetiger Anstieg seit 2012 mit 1.828 Billionen US-Dollar zu verzeichnen (vgl. The World Bank o. J. c). Gleichzeitig betrugen die Militärausgaben im Jahr 2019 71,1 Milliarden US-Dollar, womit der indische Staat auf dem internationalen Rang 3 ist (vgl. SIPRI 2020b: 2). Sie betrugen damit 2,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und hatten sich seit 2010 um 37% erhöht (vgl. ebd.). Auf dem Global Militarisation Index belegt der indische Staat mit einem Wert von 191 den 65. Platz für das Jahr 2020 (vgl. Bonn International Centre for Conflict Studies 2020). Ökonomisches Wachstum ist das innenpolitische Ziel der indischen Regierung und Mittel für die internationalen Bestreben Indiens (vgl. Shankar 2018: 45). Die starke Steigerung der Militärausgaben innerhalb des letzten Jahrzehnts gibt einen ersten Hinweis auf die Fokussierung der indischen Regierung auf den Ausbau des Militärs. Für die Nuklearwaffenpolitik bedeutet die Fokussierung, dass die Bundesrepublik ihr Arsenal vergrößert und modernisiert. Es ist daher zu untersuchen, ob dies mit einer aktiven Haltung gegenüber Nuklearwaffen einhergeht. Daher soll zunächst die nukleare Doktrin betrachtet werden.

3.3.1. Indiens nukleare Doktrin und Kommandostruktur

Die indische Regierung hat als einziger Nuklearwaffenstaat neben China eine NFU policy und eine non-use policy gegenüber Nicht-Nuklearwaffenstaaten (vgl. Chandra 2014b: 3; Gogna 2017). Eine Ausnahme für die Policy besteht seit dem Jahr 2003 in biologischen oder chemischen Angriffen, die als Vergeltung auch Nuklearwaffen beinhalten können (vgl. Kristensen/Korda 2018: 361). Grundsätzlich sind zudem Spannungen innerhalb der indischen Elite bezüglich der NFU Policy zu vernehmen, da diese nicht mehr unumstritten ist (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017b: 11). Laut dem ehemaligen Stellvertreter des nationalen Sicherheitsberaters der indischen Regierung Satish Chandra (2014) unter Einbezug des Presse-Statements des Cabinet Committee on Security vom 4. Januar 2003 verfolgt die Regierung eine credible minimum deterrence Doktrin (vgl. S. 2; Sethi 2019). Folglich soll das Arsenal ausreichend und überlebensfähig sein sowie über ein robustes Command and Control (C2), ein Frühwarnsystem und eine effektive Informationsbeschaffung verfügen (vgl. Sethi 2019). Die Doktrin wurde laut der pakistanischen Politologin Sadia Tasleem auf Drängen der USA im Jahr 2003 von der indischen Regierung übernommen (vgl. Tasleem 2018: 69). Zusammenfassend verfügt die indische Regierung ihrer Declaratory Policy nach über ein notwendiges, aber minimales Arsenal, um nach einem Erstschlag einen Vergeltungsschlag ausführen zu können. Innerhalb wissenschaftlicher Expertenkreise herrscht jedoch Uneinigkeit darüber, ob die Doktrin durch die indische Regierung noch eingehalten wird: Amy Woolf geht davon aus, dass die indische Regierung ihre Nukleardoktrin zumindest sich verändert und die Verwendung einer Nuklearwaffe im Konfliktfall nicht auszuschließen ist (vgl. Woolf 2022: 32). Die indische Regierung würde demnach mindestens Anpassungen vornehmen, die aus technologischen und geopolitischen Veränderungen resultieren. Es könnte sich dabei jedoch immer noch, um eine credible minimum deterrence Doktrin handeln. Vipin Narang hingegen spricht in diesem Zusammenhang von dem Versuch seitens der indischen Regierung, eine assured retaliation Doktrin gegenüber China aufrechtzuerhalten (vgl. Narang 2017 zitiert nach Kristensen/Korda 2018: 361). Im Zusammenhang mit dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt erklärt der Indienexperte Ameya Pratap Singh für die Observer Research Foundation (2020), dass der bisherige indische Ansatz der Abschreckung durch

Verweigerung gegen einen Ansatz durch Bestrafung ausgetauscht werden solle (vgl. ebd.). Dies zeigt zunächst, dass sich das indische Denken über Abschreckung im Gegensatz zum chinesischen Denken an den westlichen Theorien orientiert. Auch wenn die bisherige Strategie erfolgreich war, kann diese aufgrund der chinesischen Überlegenheit langfristig nicht mehr durchgeführt werden (vgl. ebd.). Eine Abschreckung durch Bestrafung würde bspw. durch das Schaffen neuer Fronten, die Kosten für den chinesischen Staat erhöhen würden (vgl. ebd.). Der indische Staat hat laut Singh bereits Vorbereitungen für diese Strategie getroffen (vgl. ebd.). Auffallend ist, dass die Abschreckung durch Bestrafung mit einer offensiven Militärstrategie gleichgesetzt wird. Dabei sind, so Singh, die militärischen Erfolge der Strategie gering und bergen Eskalationsgefahr (vgl. ebd.). Auch würde im Falle einer präventiven Eingriffsmöglichkeit die Abschreckung durch Verweigerung gegen das chinesische Militär weiterhin erfolgreich sein (vgl. ebd.). Beide Experten fordern jedoch eine aggressivere Haltung gegenüber dem chinesischen Staat. Neben der Modernisierung würde der aggressivere Ansatz auch eine deutliche Erweiterung des Arsenalts erfordern. Durch die Anforderung an das indische Arsenal, gegen eine chinesische Aggression glaubwürdig zu sein, ist es indischen Entscheidungsträgern gleichzeitig möglich, gegenüber Pakistan dominant aufzutreten oder mit einem Erstschat anzugreifen (vgl. ebd.). Die pakistanische Politologin Tasleem erkennt in diesen Veränderungen und den Modernisierungsprozessen daher einen Trend zu einer nuklearen Kriegsführungsstrategie gegenüber dem pakistanischen Staat (vgl. Tasleem 2019). Die Dynamik verdeutlicht außerdem die Abhängigkeiten der Staaten voneinander sowie die Rüstungsspirale, die daraus resultiert. Unterstützt werden diese Erkenntnisse durch den rapiden Ausbau der Counterforce-Optionen gegen Pakistan und China im Arsenal, die einen Enthauptungserstschat, so Tasleem, ermöglichen sollen (vgl. Tasleem 2019; Barman 2019). Der Wechsel von einer Countervalue-Strategie zu einer Counterforce-Strategie weist auf einen Wechsel im strategischen Denken hin, der nicht in der Technologie begründet ist (vgl. Barman 2019). Die Idee ist bereits während des 00er Jahrzehnts in Indien zu beobachten: Zum Vergleich wird die konventionelle Cold Start Doktrin herangezogen. Die Kriegsführungsstrategie war speziell gegen Pakistan entwickelt worden und wurde durch den indischen General Bipin Rawat bestätigt (vgl. Chaudhry 2018: 12; Panda

2017a). Die Existenz der Strategie wird, so bspw. durch die Südasienexpertin Sanjana Gogna in einem offiziellen Kommentar für das indische Manohar Parrikar Institute for defence studies and analyses (2017), bestritten (vgl. Chaudry 2018: 12; Jacob 2018: 209; Panda 2017). Ziel der Cold Start Doktrin sollte ein rascher, konventioneller Angriff durch die indische Armee gegen Pakistan unterhalb der durch die pakistanische Regierung festgelegte Schwelle für einen Nukleareinsatz (vgl. Panda 2017a). Bei Erfolg könnte mithilfe der Cold Start Doktrin ein Teil der pakistanischen Provinz Panjab besetzt werden (vgl. Rej 2018: 2). In den eventuellen Nachkriegsverhandlungen könnte die Provinz als strategisches Druckmittel genutzt werden (vgl. ebd.). Die Androhung der pakistanischen Regierung im Falle eines indischen Angriffes auf den Einsatz einer Nuklearwaffe mit geringer Sprengkraft zurückzugreifen, wurde von der indischen Regierung in Kauf genommen (vgl. Panda 2017a). Als Antwort würde das indische Militär mit einem massivem Entwaffnungsangriff vergelten, selbst wenn der pakistanische Nuklearwaffeneinsatz rein symbolisch einzuordnen wäre (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 11). Die indische Regierung hat in ihrer Planung sich demnach nicht durch die militärische Verwendung eines Nuklearwaffeneinsatzes abschrecken lassen, da sie dies entweder als nicht wahrscheinlich eingeschätzt hatte oder durch die eigene Androhung eines Vergeltungsschlages als suizidal bewertet hatte. Im ersteren Fall wäre die pakistanische Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. In zweiterem Fall würde die indische Regierung die Nuklearwaffen aktiv als Druckmittel einsetzen, um die eigenen Interessen durchzusetzen und sich vor einem nuklearen Erstschlag zu schützen. Da sich Planung und Umsetzung eines Konfliktes mit hoher Wahrscheinlichkeit unterscheiden, ist davon auszugehen, dass die Cold Start Doktrin nicht erfolgreich gewesen wäre, sondern stattdessen zu einer unkontrollierbaren Eskalation geführt hätte (vgl. Schofield 2013: 90). Zum einen zeigt dies, wie die indischen Entscheidungsträger über die Möglichkeit eines begrenzten konventionellen Konfliktes nachdenken (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 11). Zum anderen kann eine nukleare Kriegführungsstrategie dadurch zwar nicht bestätigt werden, jedoch lässt die konventionelle Strategie Rückschlüsse auf das strategische Denken gegenüber einem direkten Nachbarn und Nuklearwaffenstaat zu, da auch den militärischen Entscheidungsträgern be-

wusst sein musste, dass die vermutete pakistanische Schwelle für einen Nuklearwaffeneinsatz einer Fehlinterpretation unterliegen könnte. Zusätzlich bieten die Nuklearwaffen mindestens den vermeintlichen Schutz an, eine begrenzte Kriegsführungsstrategie kontrollierbar zu halten und eine Eskalation zu vermeiden (vgl. Jacob 2018: 209). Der indische, pensionierte Brigadier Gurmeet Kanwal (2016) sieht darin jedoch keine Kriegsführungsstrategie für das indische Militär begründet, da die Nuklearwaffen lediglich als politische Waffen zu verstehen seien (vgl. ebd.). Im Kontext des Abstreitens der Cold Start Doktrin könnte daher auch eine Veränderung der nuklearen Doktrin abgestritten werden. Dagegen ist jedoch anzuführen, dass die indischen Entscheidungsträger durch die inländische Wirtschaft zurückgehalten werden, so dass lediglich Systeme unterstützt werden können, die einen strategischen Nutzen erfüllen (vgl. Barman 2019). Die Modernisierung und Erweiterung resultierten aus unterschiedlichen Denkrichtungen, inwieweit das Arsenal das Kriterium des Minimums erfüllt (vgl. Kanwal 2016). Entsprechend der Denkrichtung liegt das notwendige Arsenal für das Minimum im zweistelligen Bereich oder bei bis zu 400 Sprengköpfen (vgl. ebd.).

Im Falle eines Nuklearwaffeneinsatzes verfügt die indische Regierung über eine C2-Struktur, die sich in eine zivile und eine militärische Abteilung gliedert: Für zivile Aufgaben ist die National Command Authority, die aus einem Politischen Rat und einem Exekutiven Rat (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 32). Dem Politischen Rat obliegt unter dem Vorsitz des Premierministers – Stand 2019: Narendra Modi - die alleinige Entscheidungskompetenz für den Einsatz einer Nuklearwaffe (vgl. ebd.). Der Exekutive Rat, dem der nationale Sicherheitsberater vorsitzt, beschäftigt sich hingegen mit der Umsetzung dieser Entscheidung und tritt zusätzlich beratend auf (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 32; Pandit 2003). Beide Teile der National Command Authority sind zivil geführt und besetzt. Dem gegenüber steht der Strategic Forces Command, der seit 2003 die militärischen Aufgaben bzgl. der Nuklearwaffen übernimmt (vgl. ebd.). Das Militär verfügt über keine Entscheidungsgewalt, weshalb fragwürdig ist, inwiefern die National Command Authority im Ernstfall über die notwendige militärische Entscheidungskompetenz und vor allem den notwendigen Entscheidungswillen verfügt. Das Militär ist in diesem Kontext lediglich dazu gedacht, die Befehle ausführen, da der Exekutive Rat zivil besetzt ist. Die Ineffektivität wird anschaulich als die indische Regierung

das Auslaufen der eigenen SSBN befahl und erst danach erfuhr, dass eben jenes nicht einsatzbereit war (vgl. Gott et al. 2019: 20). Sowohl auf der Ebene der C2-Struktur zwischen den zivilen und militärischen Behörden als auch auf der physischen Ebene des Transportes und Infrastruktur für die Nuklearwaffen bestehen daher besondere Herausforderungen auf organisatorischer und koordinativer Ebene für die indische Regierung und das Militär (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017b: 13). Es wird deutlich, dass die Kommandostruktur trotz eindeutig militärischer Aufgabe ausschließlich zivil geführt wird.

Eine aktive Nuklearwaffenpolitik ist für die indische Regierung anhand der nuklearen Doktrin nicht erkennbar. Auf konventioneller Seite wurden jedoch bereits Überlegungen für eine Kriegführungsstrategie getroffen. Weiterhin bleibt an dieser Stelle die Frage offen, ob die Veränderung der Doktrin als Reaktion auf eine neue sicherheitspolitische Ausgangssituation geschehen ist, da damit nicht notwendigerweise eine aktive Haltung im Umgang mit Nuklearwaffen resultieren würde. Dies gilt vor allem deshalb, weil deutlich ist, dass verschiedene Denkrichtungen die indische Nuklearpolitik beeinflussen könnten. In einem nächsten Schritt wird zunächst das nukleare Arsenal sowie die nukleare Infrastruktur betrachtet, um sie mit der festgestellten Declaratory Policy zu vergleichen.

3.3.2. Indiens nukleares Arsenal und Infrastruktur

Zum 31. Dezember 2020 besitzt die indische Regierung 156 nukleare Sprengköpfe, wobei das Arsenal mit hoher Wahrscheinlichkeit weiterhin vergrößert und modernisiert wird (vgl. SIPRI 2021: 378). Damit wird die Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts fortgesetzt, da seit 2013 die Anzahl an Nuklearwaffen stetig erhöht wurde: Während 2013 das Arsenal auf 90 bis 110 Nuklearwaffen geschätzt wurde, erhöhte sich diese Anzahl 2015 auf 106 bzw. 118 und im Jahr 2017 auf 120 bis 130 Sprengköpfe (vgl. Kile/Kristensen 2013: 311; Kristensen/Norris 2015: 79; Kristensen/Norris 2017: 206). Es ist demnach eine langsame, aber stetige Vergrößerung von zehn Sprengköpfen alle zwei Jahre zu verzeichnen. Im besten Falle würde dies bedeuten, dass der durch Kanwal angeführte Interpretationsspielraum für das Minimum einer credible minimum deterrence Doktrin so ausgelegt wurde, dass die indische Regierung über mehr Sprengköpfe verfügen müsse, um eben jenes zu erreichen. Im schlechtesten

Falle hat die indische Regierung ihre Action Policy verändert und es liegt eine Diskrepanz zur Declaratory Policy vor. Alle Modelle des Arsenal funktionieren auf der Grundlage einer einstufigen Plutonium-Implosionsbombe, da das indische Arsenal weder über geboostete noch über thermonukleare Modelle verfügen soll (vgl. SIPRI 2020a: 363; Kampani/Gopalaswamy 2017: 11). Insgesamt verbessert und erweitert das indische Militär sein Arsenal, die Menge an Spaltmaterial sowie die nukleare Infrastruktur (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 11). Im Detail und zur Einschätzung, ob mit dem indischen Arsenal eine aktive Nuklearwaffenpolitik verfolgt werden kann, wird im Folgenden eine Übersicht mithilfe der von SIPRI erhobenen Daten gegeben und um weitere Daten anderer Quellen ergänzt. Die Daten basieren dabei auf Schätzungen und Interpretationen der weniger Fakten, da die Nuklearwaffenpolitik Indiens der Geheimhaltung unterliegt.

Typ (Kennung)	Anzahl (Sprengköpfe)	Reichweite (km)	Treibstoff	CEP (m)	Navigation	Sprengkraft (kt)	Einsatzjahr	Besonderheiten
Ballistische Raketen								
Agni-I	16 (16)	>700	Fest/Flüssig, 1-stufig	25	Inertial, Radar correlation	1x10-40	2007	Mobil
Agni-II	16 (16)	>2000	Fest, 2-stufig	40	Inertial, GPS, Dual-frequency radar correlation	1x10-40	2011	Mobil
Agni-III	8 (8)	>3200	Fest, 2-stufig	40	Imaging infrared oder active radar terminal correlation seeker	1x10-40	2018*	Mobil
Agni-IV	0	>3500	Fest, 2-stufig	>100	Ring laser gyro-based inertial	1x10-40	2021*	
Agni-V	0	>5000	Fest, 3-stufig			1x10-40	2025*	MIRV*, Mobil

Agni-VI*		6000						MIRV*
Prithvi-II	24 (24)	250	Flüssig	50	Inertial	1x12	2003	Mobil
Marschflugkörper								
Nirbhay*	--		Fest/ Flüssig, 2-stufig		INS/GPS active- radar termi- nal seeker	1x12*		Unterschall
(U-)Boot-gestützte Raketen								
Dhanush	2	400	Flüssig, 1-stufig	25 - 50	Inertial, GPS	1x12	2013	
K-4	--	3500	Fest, 2- stufig			1x10-40		
K-5*		5000						
K-6*		>5000						
K-15	12	700	Fest, 2- stufig			1x12	2018	
Flugzeuge mit nuklearer Rolle								
Mirage 2000H	32 (32)	1850				1xBombe	1985	
Jaguar IS	16 (16)	1600				1xBombe	1981	
Su-30MKI*	--							
Rafale*	36						2021	

Tabelle 5 Indische nukleare Trägersysteme

Quellen: In Anlehnung an SIPRI 2022: 392, SIPRI 2021: 380-381 und SIPRI 2020 a: 364-367; McLaughlin 2020; Kanwal 2016; Nuclear Threat Initiative 2014; Missile Defense Project 2018 a; Missile Defense Project 2018 b; Missile Defense Project 2018 c; Missile Defense Project 2018 d; Missile Defense Project 2018 e; Missile Defense Project 2018 f; Missile Defense Project 2019 a.

Es ist ersichtlich, dass die indische Regierung eine Gewichtung der landgestützten Systeme vorgezogen hat, da 70 (46,7%) aller indischen Nuklearwaffen auf diesen Trägersystemen basieren (vgl. Tabelle 5). Im Gegensatz dazu verfügen die Luftwaffe über 48 (32%), die Marine über 16 (10,6%) der indischen Nuklearwaffen und die restlichen 10,7% befinden sich in Produktion (vgl. Tabelle 5; SIPRI 2020 a: 364). Zentraler Bestandteil der landgestützten Systeme ist die Ballistische-Raketen-Reihe „Agni“, deren Reichweite durch die fortlaufende Modernisierung vergrößert wird (vgl. Tabelle 5; CSIS Missile Defense Project 2022a).

Durch die erhöhte Reichweite der neueren Modelle soll sichergestellt werden, dass das indische Arsenal dazu in der Lage ist, wichtige, chinesische Ziele zu erreichen (vgl. Jacob 2019). Ebenso wie die chinesische Regierung an den USA orientiert, fokussiert sich die indische Regierung auf China. Neben der Erhöhung der Reichweite wird die Agni-V für ein mobiles System mit einem Startcontainer entwickelt, das dessen Bereitschaft erhöht, da der Sprengkopf und das

Trägersystem nicht mehr getrennt gelagert werden müssen (vgl. SIPRI 2020 a: 366; Kanwal 2016). Dies könnte als Anzeichen für eine aktive Kriegführungsstrategie gesehen werden. Für die in Entwicklung befindende Variante Agni-VI gilt zudem, dass sie durch eine offizielle Pressemitteilung der indischen Regierung für mediale Zwecke genutzt wurde, da sie eine Reichweite von 8.000 bis 10.000 km besitzen soll (vgl. Kristensen/Korda 2018: 364). Ob diese Aussage zutreffend ist, kann aufgrund des Entwicklungsstadiums der ballistischen Rakete nicht abschließend geklärt werden (vgl. ebd.). Folglich diene die Pressemitteilung mit hoher Wahrscheinlichkeit als Signal an die pakistanische und insbesondere chinesische Regierung. Die beiden neuen Modelle der Agni-Reihe sollen zudem über eine MIRV-Fähigkeit verfügen (vgl. Tabelle 5), wodurch Raketenabwehrmaßnahmen überwunden werden könnten. Laut dem US-amerikanischen Politologen Narang ist im indischen Kontext die MIRV-Technologie nicht notwendigerweise als offensiv oder Erstschlagwaffe zu interpretieren, da sie zunächst die Vergeltungsbefähigung sichern soll (vgl. Narang 2018: 191). Zudem ist die Produktion dieser Technologie günstiger als die Produktion einer weiteren Rakete (vgl. ebd.). Im Gesamtkontext wäre die Technologie daher die ökonomisch passende Maßnahme für die indische Regierung, die Zweitschlagfähigkeit zu sichern. Laut Angaben des SIPRI besteht jedoch Uneinigkeit innerhalb der militärischen, indischen Experten, ob entweder die Agni-V oder die Agni-VI die Technologie erhalten soll (vgl. SIPRI 2020 a: 366). Im Arsenal ist ausschließlich die Prithvi-II eine ballistische Kurzstreckenrakete mit geringer Sprengkraft (vgl. Tabelle 5). Die Kurzstreckenrakete wird als Mittel für eine militärischen Auseinandersetzung mit Pakistan verstanden bzw. ausgelegt (vgl. Gormley 2008: 34). Die landgestützten Systeme zeigen zudem, in welcher sicherheitspolitischen Lage sich die indische Regierung befindet, da sich das Arsenal gegen China und Pakistan aufzuteilen ist. Weiterhin zeigt es die Gewichtung gegen China, da mehrere Modelle, eine größere Anzahl und weitere Raketen in der Entwicklung sind.

Die indische Regierung forciert zusätzlich den Ausbau ihrer SSBN-Flotte, für die seit dem Jahr 1998 ein offizielles Programm existiert (vgl. Abbott et al. 2018: 141). Zum 31. Dezember 2019 verfügte die indische Marine über SSBN der Arihant-Reihe – die INS Arihant und die INS Arighat – wobei eines der SSBN noch in Produktion ist (vgl. SIPRI 2020 a: 367). Insgesamt sollen 3 bis 6 SSBN

des Typs erstellt werden. Eine kleinere Anzahl ist aufgrund der hohen Kosten von 13,5 Milliarden US-Dollar (1 Billion indische Rupien) wahrscheinlicher (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 11; Kristensen/Korda 2018: 365; Mian et al. 2019: 186). Die INS Arihant wurde im Jahr 2009 vom Stapel gelassen, der Reaktor war im Jahr 2013 kritisch und im Jahr 2016 wurde das U-Boot in Dienst gestellt (vgl. Mian et al. 2019: 185; Abbott et al. 2018: 141). Die nächsten SSBN sollen 2020 und 2022 in den operativen Dienst gehen, womit drei SSBN offiziell bestätigt sind, und die neuen Modelle erhalten Verbesserungen für den Reaktor und die Abschussvorrichtungen (vgl. Mian et al. 2019: 186; Abbott et al. 2018: 141). Ein neues, noch unbekanntes Modell ist laut Kile und Kristensen (2019) in Planung, um die SSBN mit einer größeren Anzahl an nuklearen SLBM ausstatten zu können (vgl. SIPRI 2020 a: 367). Es handelt sich daher um das ehrgeizigste Projekt der indischen Regierung (vgl. Kampani/Gopalaswamy 2017 b: 11). Die Planung und Umsetzung der eigenen U-Boot-Flotte ist für die indische Regierung mit ökonomischem Aufwand und Prestige verbunden. Als Beweggrund für diese Entwicklung ist der wachsende Einfluss der chinesischen Marine im Indischen Ozean zu nennen (vgl. Abbott et al. 2018: 140). Für diesen Schritt ist zudem der Aufbau einer staatseigenen Rüstungsindustrie für U-Boote vorteilhaft, da die indische Regierung bisher auf ausländische Zulieferer, mit einer bestimmten Interessenpolitik, angewiesen waren (vgl. Abbott et al. 2018: 131-132). Der Aufbau der U-Boot-Flotte erzeugt demnach auch wirtschaftliches Wachstum, was neben dem Prestige für innenpolitisches Kapital förderlich ist. Langfristig soll zudem die K-15 durch die moderne und weitere reichende K-4 ersetzt werden (vgl. SIPRI 2020 a: 367; Tabelle 5). Es besteht jedoch ein Problem mit der Länge der Rakete und dem Rumpf des U-Bootes, da für die Konstruktion lediglich 40 cm Platz zwischen Rakete und Abschussvorrichtung vorhanden sind (vgl. Khan/Khan 2021: 105). Die K-4 würde jedoch aufgrund ihrer Reichweite den Einsatz aus dem Golf von Bengalen heraus und außerhalb der Reichweite der chinesischen Marine ermöglichen (vgl. Khan/Khan 2021: 105-106). Darüber hinaus besitzen die SSBN laut der Politologin Ghazala Yasmin Jalil (2019) konventionelle Marschflugkörper des Typs Brahmos und nukleare Marschflugkörper des Typs Dhanush (vgl. S. 4). Letztere soll zudem auf den Patrouillenschiffe der Sukanya-Klasse Verwendung finden (vgl. SIPRI 2021: 380), so dass aufgrund der Gesamtzahl der bestätigten

Trägersysteme diese Annahme fragwürdig ist. Als Antrieb nutzt die INS Arihant einen 83-MW Druckwasserreaktor, die technologisch auf dem Stand der ersten oder zweiten Sowjetreaktoren sein sollen und über einen kurzen Nachfüllzyklus verfügt (vgl. Khan/Khan 2021: 105). Zur Kommunikation werden Längstwellen-Systeme entwickelt, deren Verwendung jedoch durch Narang aufgrund der unzureichenden Zuverlässigkeit der Technologie angezweifelt wird (vgl. Narang 2018: 193). Insgesamt gehen außenstehende Experten, so beispielhaft die Politologen Kampani und Gopalaswamy (2017), davon aus, dass es sich bei den U-Booten ausschließlich um eine symbolische Streitkraft handelt (vgl. b: 11). Dies wird unterstützt durch die Aussage der Politologen Zulfqar Khan und Zafar Khan (2021), dass die indischen U-Boote anfällig für die chinesischen U-Boot-Bekämpfungsmaßnahmen sind (vgl. Khan/Khan 2021: 104). Die indischen U-Boote hätten entsprechend nur einen geringen militärischen Nutzen gegenüber der chinesischen Marine. Da das indische Arsenal verändert wird, muss auch die Doktrin im Detail überarbeitet werden. Insbesondere die Anschaffung einer SSBN-Flotte und die erhöhte Bereitschaft für eine noch in Entwicklung befindliche, ballistische Rakete Agni-VI sprechen für eine solche Überarbeitung der Action Policy. Diese Veränderungen sowie das diverse Arsenal inklusive der MIRV-Entwicklungen geben Indizien dafür, dass die indische Regierung eine aktive Haltung bzgl. Nuklearwaffen verfolgt. Gleichzeitig wird durch die größeren Reichweiten der landgestützten Systeme und die Stärkung des maritimen Zweiges die Zweitschlagfähigkeit gestärkt. Allerdings bedeutet dies im Falle des indischen Militärs lediglich, dass das Arsenal ein breitgefächertes Aufgabenspektrum wahrgenommen werden kann, da alle Szenarien abgebildet werden können. Da sich jedoch auch ein Teil der Nuklearwaffen noch in Produktion befindet und die Modernisierungsbestreben weiterhin durchgeführt werden, ist es in einem nächsten Schritt notwendig, das Spaltmaterial sowie die indische nukleare Infrastruktur zu betrachten. Diese zeigt inwieweit die aktuellen ausstehenden Modernisierungen sind und inwieweit das Bestreben allgemein weiter fortgeführt werden können.

Das indische Arsenal wird ähnlich dem chinesischen Arsenal durch Raketenabwehr- und ASW-Maßnahmen unterstützt, um eine eventuelle Erst- oder Zweitschlagfähigkeit sicherzustellen und gegen möglichst niedrige Kosten auszuführen. Die ASW-Maßnahmen werden aufgrund des neu hinzugekommenen

Konfliktfeldes des Indischen Ozeans gesondert aufgeführt, um ihre Verfügbarkeit darzustellen (vgl. Tabelle 6).

Bezeichnung	Typ	Anschaffungsjahr	Anzahl
Abhay Class	ASW-Korvette	---	3
ASW SWC	ASW-Korvette	---	In Planung
Boeing P-8I Neptune	ASW-Flugzeug	2013	11 (plus 1 in Planung)
HAL Dornier 228	ASW-Flugzeug	2016	24-26 (plus 12 in Planung)
HAL Dhruv	ASW-Helikopter	2021	1 (plus 15 in Planung)
Kamov Ka-28	ASW-Helikopter	---	14
Kamov Ka-31	ASW-Helikopter	---	14
Kalvari Class	Jagd-U-Boot	2017	4 (plus 2 in Planung)
Kamorta Class	ASW-Korvette	2014	4
Sea King SH-3	ASW-Helikopter	---	25
Shishumar Class	Jagd-U-Boot	Ende 1980er	4
Sindhughosh Class	Jagd-U-Boot	1984-2000	8

Tabelle 6: Indische ASW-Maßnahmen

Quellen: Indian Navy o. J., Subrahmanyam 2014, Mundhra 2021, Gady 2016, Shukla 2017, Vavasseur 2021, Chandra 2014a, Dominguez/Bedi 2021, Flight International 2021: 20, Kaushik 2021

Das indische DRDO entwickelt eine zweistufige Raketenabwehr, die sich eine Ebene innerhalb und außerhalb der Erdatmosphäre aufteilt (vgl. Ferguson/MacDonald 2017: 26). Ziel ist es, dass das Abwehrsystem innerhalb der Atmosphäre als Absicherung der anderen Instanz dient (vgl. Army Technology 2021). Die ersten Tests für ein Raketenabwehrsystem erfolgten in den Jahren 2006, 2007 sowie 2009, welche stets durch das DRDO als erfolgreich bewertet wurde (vgl. Ferguson/MacDonald 2017: 26). Das Prithvi Air Defense Missile System wird für die Exosphäre, die sich bis zu einer Höhe von 150 Kilometern erstreckt, und die Advanced Air Defense Missile wird für Abfangmanöver in der Endosphäre, die bis zu einer Höhe von 80 Kilometern ist, genutzt (vgl. Ferguson/MacDonald 2017: 26; Army Technology 2021). Die Systeme erreichen jedoch nur eine Höhe von 50 bis 80 Kilometern und 15 bis 30 Kilometern (vgl. Army Technology 2021). Die Advanced Air Defense Missile nutzt laut Angaben des DRDO einen explosiven Sprengkopf für die Abfangmanöver und verfügt seit dem

Jahr 2012 über die Befähigung mehrere Raketen abzufangen (vgl. Ferguson/MacDonald 2017: 26). Es erfolgte bis zum Jahr 2017 kein Einsatz der Systeme, da stattdessen weitere Tests beider Systeme durchgeführt wurden (vgl. ebd.). Im Jahr 2010 ließ der indische Integrated Defense Staff verlauten: „[...] an urgent need to enlarge the scope of the R&D program“ (ebd.). Es mangelte zu diesem Zeitpunkt an Technologien, wie einer fortgeschrittenen Weltraumüberwachung sowie Sensortechnologie zur Unterscheidung der abzufangenden Raketen (vgl. ebd.). Erst im Jahr 2020 wurde das gesamte Abwehrsystem für Delhi genehmigt und soll zusammen mit dem russischen S-400 Triumph der Verteidigung des Luftraumes dienen (vgl. Army Technology 2021; Philip 2020). Als maritime Antwort auf die wahrgenommene chinesische Bedrohung plant die indische Marine zudem mit der INS Dhruv, einem Schiff zum Aufspüren von Nuklearraketen (vgl. Sagar 2021). Des Weiteren ist ein ASW Shallow Water Craft in Planung, welches neben dem Aufspüren von U-Booten, eindringende Flugzeuge bekämpfen und Seeminen legen soll (vgl. Mundhra 2021). Aufgrund des Designs soll dieses Schiff nahe der eigenen Küste eingesetzt werden (vgl. ebd.). Zwei verschiedene Werften wurden mit je acht Schiffen dieses Typs im Jahr 2019 beauftragt (vgl. ebd.). Im August 2021 begann die Kiellegung für das erste Schiff des Projektes (vgl. ebd.). Die Bewaffnung des Schiffes umfasst Torpedos, Raketen sowie automatisierte Geschütze zur U-Jagd (vgl. ebd.). Zusammenfassend befinden sich demnach sowohl die Raketenabwehrsysteme als auch die Schiffe zur Nuklearwaffenabwehr in Entwicklung. Die bisherigen Systeme in diesem Bereich sind technologisch überholt und der indische Staat folglich durch andere Staaten, die auf ein höheren Technologiestand sind, angreifbar (vgl. Tabelle 6). Eine Ausnahme dazu bilden die Helikopter und Flugzeuge zur ASW: So konnte das P-8I Aufklärungsflugzeug der indischen Marine an der Übungsoperation Sea

Dragon-22, in der ASW trainiert wird, zusammen mit den Quad-Staaten, Kanada und Südkorea teilnehmen (vgl. Peri 2022).



Abbildung 6: Indische Städte mit mehr als 4 Millionen Einwohnern und Anlagen der nuklearen Infrastruktur

Quellen: Eigene Darstellung in Verbindung mit World Population Review 2022a, IPFM 2021g, SIPRI 2020a.

Für die Modernisierungsbestreben verfügt die indische Regierung zum Stand des 31. Dezembers 2019 über $5,2 \pm 1,6$ t HEU, $0,6 \pm 0,15$ t waffenfähiges Plutonium und $8,2 \pm 3,5$ t ziviles Plutonium - darunter 0,4 t, die aus dem zivilen Prozess entnommen wurden (vgl. IPFM 2021a; IPFM 2021g). Ein pakistanischer Thinktank schätzt laut der Economic Times (2018) die Gesamtzahl der aufgrund der Bestände an nuklearem Spaltmaterial produzierbaren Nuklearwaffen auf eine Anzahl zwischen 356 und 492 Sprengköpfe (vgl. ebd.). Da es sich um einen pakistanischen Thinktank handelt, ist fragwürdig, inwieweit diese Zahl zu politischen Zwecken in dieser Höhe kommuniziert wird. Für das waffenfähige Plutonium allein gehen die Nuklearwaffenexperten Kristensen und Norris (2017) davon aus, dass es für 150 bis 200 Nuklearsprengköpfe ausreicht (vgl. S. 205). Entsprechend könnte eine deutlich höhere Anzahl an Sprengköpfe gebaut werden. Aufgrund der einstufigen Implosionsdesigns der indischen Nuklearwaffen sowie die Tatsache, dass das indische HEU nur bis zu 30% U-235 angereichert wurde, ist

das HEU für eine Aufrüstung auszuschließen. Die Produktion von HEU allgemein dient voraussichtlich der Treibstoffgewinnung für nuklearbetriebene U-Boote (vgl. IPFM 2021g; SIPRI 2020a: 363). Für weitere militärische Zwecke ist die Produktion von HEU daher auszuschließen (vgl. IPFM 2010: 117). Im Gegensatz dazu ließen sich aus dem waffenfähigen Plutonium bei 4 kg pro Sprengkopf 150 weitere Sprengköpfe bauen (vgl. IPFM 2013: 94; Glaser/Göttsche 2017: 26). Zusätzlich wird auch das zivile Plutonium als strategische Reserve verstanden, so der pakistanische Politologe Mansoor Ahmed (2019), da Plutonium im Gegensatz zu Uran für die Entwicklung indischer Nuklearwaffen bedeutender war²⁸ (vgl. IPFM 2010: 117; IPFM 2021a). Die Gesamtmenge würde dann im Krisenfall von 0,6 t auf 8,8 t Plutonium erhöht werden. Das indische Plutonium mit Reaktorqualität wird jedoch durch die IAEA überwacht und entsprechend als safeguarded behandelt (vgl. IPFM 2021g; Bajoria/Pan 2010). Die Verwendung dieses Plutonium ist demnach mit erhöhter Aufmerksamkeit verbunden und ob der schlechteren Wirksamkeit aufwendiger. Bei einer potenziellen Verwendung von 5 kg ziviles Plutonium pro Sprengkopf könnten jedoch 1640 weitere Sprengköpfe geschaffen werden (vgl. Glaser/Göttsche 2017: 26). Es ist jedoch fraglich, ob die indische Regierung bereit wäre, das damit verbundene Risiko der internationalen Aufmerksamkeit einzugehen. Insofern sollte zunächst lediglich die gesicherte Menge des militärischen Plutoniums berücksichtigt werden. Die nukleare Infrastruktur wird durch die indische Regierung erweitert: Insgesamt verfügte sie zum 31. Dezember 2019 über eine militärisch genutzte Urananreicherungsanlage und über vier Wiederaufbereitungsanlagen (vgl. IPFM 2021b; IPFM 2021d). Die Ratehalli Urananreicherungsanlage nahe Mysore befindet sich unter der Kontrolle des Department of Atomic Energy und erzeugt 15 bis 30 t SWU pro Jahr (vgl. Nuclear Threat Initiative 2003; IPFM 2021d). Mithilfe einer Gaszentrifuge wird Uran auf 30-45% zu HEU angereichert, um es den bereits angesprochenen U-Boot-Antrieben zuzuführen (vgl. Nuclear Threat Initiative 2003; Lewis 2005; SIPRI 2020a: 363). Zusätzlich sollen in den dazugehörigen Anlagen die Reaktoren für die SSBN-Flotte hergestellt werden (vgl. GlobalSecurity.org o. J.). Die Wiederaufbereitungsanlagen sind Trombay, Tarapur-I, Tarapur-II und Kalpakkam, die alle in

²⁸ Dies war der Tatsache geschuldet, dass die Herstellung von HEU historisch mit der Infrastruktur zu kostenintensiv und durch den Mangel an Uran zu schwierig war (vgl. IPFM 2010, S. 117).

Betrieb und ohne Safeguard sind (vgl. IPFM 2021b). Während die Wiederaufbereitungsanlage Trombay ausschließlich militärischen Zwecken dient, werden die drei anderen Anlagen laut IPFM als Dual-use geführt (vgl. ebd.). Die Trombay Wiederaufbereitungsanlage schafft 50 t HM pro Jahr (vgl. IPFM 2021b). Zusätzlich befindet sich das Bhabha Atomic Research Centre in Trombay, welches für die Entwicklung von Reaktoren, Wiederaufbereitungsanlagen, aber auch Kernwaffen zuständig ist und als das primäre Forschungsinstitut Indiens für Nuklearforschung gilt (vgl. Atomic Archive o. J. b). So befindet sich der größte indische Forschungsreaktor Dhruva, ein 100-megawatt-thermal Schwerwasserreaktor²⁹, ebenfalls in Trombay (vgl. SIPRI 2020a: 363). Ein weiterer Reaktor dieser Art ist in Visakhapatnam in Planung (vgl. ebd.). Die übrigen Anlagen – Tarapur-I, Tarapur-II und Kalpakkam – erreichen 100 t HM pro Jahr (vgl. IPFM 2021b). Die Kalpakkam Wiederaufbereitungsanlage gehört zum Indira Gandhi Centre for Atomic Research complex (vgl. SIPRI 2020 a: 363). Der Komplex verfügt zudem über einen unsafeguarded 500 MW(e) Schnellneutronenbrutreaktor Prototyp (vgl. ebd.). Die Anlagen konzentrieren sich im Gegensatz zu den chinesischen Anlagen um die bevölkerungsreichsten Städte in Indien (vgl. Abbildung 6). Darüber hinaus plant die indische Regierung den Bau von sechs Schnellneutronenbrutreaktoren bis zum Jahr 2039 (vgl. ebd.). Für ihre SSBN und SSN nutzt das indische Militär zwei verschiedene Reaktoren: Die SSBN Arihant und SSN Shukra-B nutzen jeweils einen Reaktor, die mit 40% angereichertem Uran betrieben werden (vgl. Moore et al. 2016: 67). Die SSBN Arihant Variante erzeugt eine Leistung von 82,5 MW thermisch und die SSN Shukra-B hat eine Leistung von 190 MW thermisch mithilfe eines russischen VM-5 Reaktors (vgl. ebd.).

Die Entwicklungen machen deutlich, dass die indische Regierung bestrebt ist, die eigene Infrastruktur auszubauen und somit unabhängig zu sein. Die indischen Produktionsanlagen zeigen weiterhin, dass die indische Regierung daran interessiert ist, ihr Spaltmaterialdepot aufzustocken. Dies gilt sowohl für die Uranvorräte für die SSBN-Flotte als auch für die Plutoniumvorräte für die Nuklearwaffen selbst. Der fortschreitende Ausbau und die Modernisierungen zeigen,

²⁹ Mithilfe des Reaktors können, so David Albright und Mark Hibbs für das Bulletin of the Atomic Scientists, 20 bis 25 Kilogramm waffenfähiges Plutonium erzeugt werden, die im Anschluss in der Anlage in Trombay getrennt werden (vgl. Albright/Hibbs 1992: 28).

dass die indische Regierung ihr Arsenal verändern kann und will. Für eine etwaige aktive Nuklearwaffenpolitik bedeutet dies, dass die Indizien, die sich durch die Betrachtungen des Arsenal ergeben haben, weiter durch die Regierung umsetzen lassen und die bisherigen Schwachstellen, bspw. durch die SSBN-Flotte, ausgleichen lassen. Im Folgenden sollen die kulturellen und historischen Erfahrungen für eine bessere Kontextualisierungen der indischen Doktrin untersucht werden.

3.3.3. Kultur-historische Erfahrungen und Außenpolitik Indiens

Die kulturellen und historischen Erfahrungen werden in eine Selbst- und Fremdwahrnehmung unterteilt, um eventuelle Unterschiede herauszustellen. Darüber hinaus werden die zwischenstaatlichen Beziehungen zu den anderen südasiatischen Nuklearwaffenstaaten miteinbezogen, damit die eigene Wahrnehmung im Konflikt mit den Staaten deutlich wird.

3.3.3.1. Indische Selbstwahrnehmung unter kultur-religiösen Erfahrung und der Führung Modis

Da es sich bei der Bundesrepublik Indien um einen jungen Nuklearwaffenstaat handelt, ist ein Blick auf die kulturell-historische Grundlagen für die Entscheidung zur Anschaffung und für die Handhabung von Nuklearwaffen sinnvoll. Ebenso wie China kann Indien sowohl auf eine ruhmreiche Vergangenheit als regionale Großmacht als auch auf koloniale Erfahrungen durch den europäischen Westen zurückblicken (vgl. Scobell 2018: 182). Hieraus entstand ein historisches Trauma und eine nationale Erniedrigung durch die Kolonialmächte, die als Antrieb für einen Macht- und Statusanspruch seitens der derzeitigen indischen Regierung genutzt werden (vgl. Pu 2018: 57). Jedoch sieht die Politologin Miller eine grundlegende Unterscheidung in der Verarbeitung dieser Ereignisse: Indiens Konzeptionen in den internationalen Systemen basieren auf den postkolonialen Annahmen, weshalb im Gegensatz zum chinesischen Ansatz die westfälische Ordnung nicht in Frage gestellt wird (vgl. Miller 2018: S. 87). Hieraus ergibt sich eine konträre kulturell-strategische Narrative zum chinesischen, präkolonialen Ansatz (vgl. Scobell 2018: 182). Für die indische Narrative sind zwei Grundannahmen im Fokus, die die gesamte strategische Kultur prägen: Zum einen sieht Rajain einen grundsätzlichen Mangel an eben dieser Kultur, so

dass das Militär als passiv oder im besten Falle reaktiv beschrieben werden kann (vgl. Rajain 2005: 199). Diese Form der strategischen Kultur wäre sowohl durch die hierarchischen Sozialstrukturen der Gesellschaft als auch durch die Geschichte, Geografie, Kultur, Glaubenssysteme und Traditionen zu erklären, die aus der Zeit der britischen Raj Ära stammen (vgl. Rajain 2005: 199; Khan/Khan 2021: 120). So beschrieb der indische Premierminister Narendra Modi in einer Rede vor der UN-Generalversammlung im Jahr 2021 seinen Staat als „the mother of democracy“ und fügt hinzu, dass „[d]iversity is identity of our strong democracy“ (vgl. UN News 2021). Entsprechend warb Modi mit Indien als idealem, fortschrittlichem Standort für wissenschaftliche und technologische Projekte, wie etwa die Produktion des COVID-19 Impfstoffes (vgl. ebd.). Dem entgegen stehen die Aussagen des indischen Premierministers Modi, der in einer Rede im Jahr 2016 bekannt gab, dass die indische Regierung zukünftig gegenüber Pakistan nicht länger den Ansatz der strategischen Zurückhaltung verfolgen werde und dass für einen ausgeschlagenen Zahn der gesamte Kiefer ausgeschlagen werde³⁰ (vgl. Vickery Jr. 2016). Stattdessen sollten eine pakistanische Aggression, bspw. durch den staatlich unterstützten Terrorismus, mit chirurgischen Luftschlägen in der Line of Control vergolten werden – ein Ansatz der als Guns vs. Butter beschrieben wurde (vgl. Vickery Jr. 2016; Chadha 2018: 1). Diese Form der Gegenaggression steht in einem Widerspruch zur unterstellten passiven strategischen Kultur. Zusätzlich soll auf formelle Gespräche verzichtet werden, bis die terroristischen Handlungen unterbunden werden, so dass die indische Regierung mehr Druckmittel erhält (vgl. Chadha 2018: 1). Außerdem soll durch die Luftschläge, die auch präventiv ausgeführt werden, verhindert werden, dass die pakistanische Armee Terrorismus als Waffe bzw. „Kanonenfutter“ benutzt, so Chadha (vgl. Chadha 2018: 4). Die strategische Kultur wäre in diesem Fall auch nicht mehr als reaktiv zu bezeichnen. Sowohl das Unterlassen von formellen Gesprächen als auch die etwaigen präventiven Luftschläge besitzen ein Eskalationspotential. Dementsprechend wäre die indische Außenpolitik als aktiv und aggressiv gegenüber Pakistan auszulegen. Die Aussagen des indischen Premierministers können folglich für die pakistanische Regierung als Drohung und innenpolitisch als Politik des „starken Mannes“ interpretiert werden. Als entscheidender

³⁰ Dies würde die Annahme einer passiven Politik bis zu diesem Zeitpunkt bestätigen.

Auslöser des Politikwechsels gilt die Tötung von 18 indischen Soldaten in Kaschmir, so dass der Premierminister sich innenpolitisch gezwungen sah, die Strategie zu verändern (vgl. Vickery Jr. 2016). Die Reaktionen darauf variierten zwischen innovativ und zu schwach und die pakistanische Regierung stellte die Luftschläge selbst in Frage, wodurch eine eventuelle Eskalation verhindert werden sollte (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang ist die Hindutva-Ideologie anzuführen, die die indische Gesellschaft auch in Form ihres Premierministers prägt: Die indische Hindutva Ideologie – das politische „Hindutum“ – ist eine politische Tradition, die durch Narendra Modi als Premierminister und Vertreter der Ideologie vermehrt Einfluss erhält (vgl. Gottschlich 2018). Der Ursprung der Ideologie liegt im Zeitraum der britischen Kolonialherrschaft, in der durch Kritik angetrieben hinduistische Reformationen angestrebt wurden (vgl. ebd.). Zusätzlich existierten bereits zu diesem Zeitpunkt Strömungen, die die als glorreich empfundene Vergangenheit eines indischen Staates wiederaufleben lassen wollten oder sich radikalisiert gegen die britische Herrschaft auflehnten (vgl. ebd.). Ab dem Jahr 1915 formierte sich die Bewegung in der „Akhil Bharatiya Hindu Mahasabha“ auch politisch (vgl. ebd.). Als Grundwerk für die Ideologie gilt das im Jahr 1923 durch das in Haft geschriebene Buch des Vordenkers Vinayak Damodar Savarkar „Hindutva: Who is a Hindu?“ geschaffen, in dem die Nation geografisch, ethnisch und religiös definiert wird (vgl. ebd.). Hieraus entstand ein Anspruch auf das Territorium zwischen Indus, Himalaya und Indischen Ozean (vgl. ebd.). Dieses Gebiet wird als Punyabhami – heiliges Land - für die Hindus bezeichnet (vgl. Schulz 2021). Der Indus fließt allerdings größtenteils durch Pakistan. Politisch entstand die Regierungspartei Bharatiya Janata Party (Hindi Indische Volkspartei) als indirekter Nachfolger aus der Bewegung im Jahr 1980 (vgl. ebd.). Diese nutzt, so der Politologe Pierre Gottschlich (2018), die Angst vor Islamisierung als politisches Mittel, um demokratische Wahlen zu gewinnen (vgl. ebd.). Die daraus entstandene Narrative geht von einer Unvermeidlichkeit bzgl. eines Hindu-Muslim-Konfliktes aus (vgl. ebd.). Im Jahr 2014 wurde Narendra Modi auf Grundlage dieser Ideologie und seiner Wirtschaftsreformen Premierminister, wobei die Ideologie nicht primär wahlentscheidend war, da die Bharatiya Janata Party vorwiegend

als Anti-Establishment-Partei gewählt wurde (vgl. ebd.).³¹ Gottschlich geht jedoch nicht davon aus, dass trotz der Ideologie die indische Regierungspartei keine Umsetzung und damit Abänderung der indischen Verfassung durchführen wollen würde (vgl. ebd.). Stattdessen haben nicht-politische hindu-nationalistische Akteure diesen Prozess auf gesellschaftlich-kultureller Ebene übernommen, da die Wahl als Legitimation für gewaltsame Aktionen verstanden wird (vgl. ebd.). Eine Reaktion seitens der indischen Regierung blieb jedoch aus oder ausschließlich zögerlich (vgl. ebd.). Die Akteure sind laut Gottschlich jedoch weiterhin in der Minderheit, die weder von den Minderheiten noch den meisten Hindus akzeptiert werden (vgl. ebd.). Allerdings hat im Jahr 2021 Premierminister Modi die Narrative der radikalen Akteure unterstützt, in dem er in der Stadt Ayodhya für den Bau eines Tempels der hinduistischen Gottheit Rama den Grundstein gelegt hat (vgl. Schulz 2021). Der Standort des Tempels befindet sich am Platz einer Moschee, die für den Bau bereits in den 1990er Jahren abgerissen wurde (vgl. Gottschlich 2018). Diese Moschee war Kritikpunkt der radikalen Akteure, da vor der Moschee bereits ein Tempel für diese Gottheit gestanden haben soll, der durch Muslime zerstört wurde (vgl. ebd.). Diese Tat passte entsprechend in die islamfeindliche Narrative. Modi erklärte zur Grundsteinlegung: „The wait of centuries is coming to an end“ (Gettleman/Kumar 2021). Die politische Kommentatorin Arati Jerath ergänzte, dass Modi und seine Partei eine hinduistische Nation aus dem säkularen Staat erschaffen wollen (vgl. ebd.). Der Bau des Tempels wird demnach nicht uneingeschränkt positiv bewertet. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass das indische Militär bzw. die indische Regierung eine Tendenz zur Verbindung von religiösen Begriffen und Nuklearwaffen zeigen: So wurde bereits der erste Test 1974 der indischen Pokhran-1 Atombombe als lächelnder Buddha bezeichnet, da der Test auf den historischen Geburtstag Buddhas fiel (vgl. Foley 2020). Darüber hinaus wird die prominenteste ballistische Raketenreihe „Agni“ genannt, was dem hinduistischen Feuergott entspricht (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2018). Die indische Nuklearwaffenpolitik ist laut Tasleem zudem aufgrund der anderen historischen und kulturellen Erfahrungen romantisch verklärt, so dass Stabilität und Gewissheit bzgl. der Abschreckung keinen hohen

³¹ Unterstützt wurde die Partei durch Modis Image eines Asketen aus niederer Kaste, der trotz vorheriger politischer Ämter als Außenseiter wahrgenommen wurde (vgl. Gottschlich 2018).

Stellenwert besitzen (vgl. Tasleem 2018: 71). Dies widerspricht der Vorstellung in den westlichen Nuklearwaffenstaaten und verdeutlicht die andere kulturelle Prägung. An dessen Stelle tritt Ungewissheit als Wert, durch die die indische Nuklearwaffenpolitik geprägt ist (vgl. ebd.). Nichtsdestotrotz wird die indische Nuklearwaffenpolitik in Verbindung mit einer pazifistischen und ghandischen Tradition gesetzt (vgl. Kanwal 2016). Dennoch erklärte der indische Verteidigungsminister Rajnath Singh im Jahr 2019: „India remains firstly committed to the doctrine of no-first use, but what happens in the future depends on the circumstances“ (Bedi 2019). Entsprechend hält der indische Staat offiziell zwar an der NFU fest, jedoch ist diese nicht unumstößlich. In diesem Zusammenhang erwähnte der General Bipin Rawat, dass ein konventioneller Krieg unterhalb der nuklearen Schwelle möglich sei, sofern sich die indische Regierung nicht durch die pakistanische First-Use-Policy zurückhalten ließe (vgl. Motwani 2018). Die Aussage wurde wiederum mit einer pakistanischen Drohung und Bekräftigung der eigenen Entschlossenheit beantwortet (vgl. ebd.). Die Veränderung ist zwar unabhängig von der Nuklearwaffenpolitik zu beurteilen, jedoch ist sie ein Indiz auf eine veränderte, allgemeine strategische Einstellung. Die strategische Kultur lässt sich weiterhin an den Institutionen beurteilen, in denen Indien Mitglied ist: Auf asiatischer Ebene ist der indische Staat Mitglied der South Asian Association for Regional Cooperation und der Association of Southeast Asian Nations (vgl. South Asian Association for Regional Cooperation 2020; Association of Southeast Asian Nations o. J.). Im erweiterten Radius ist Indien Mitglied der Indian Ocean Rim Association, die auch Staaten Afrikas, der arabischen Halbinsel und Ozeaniens miteinschließt (vgl. Indian Ocean Rim Association o. J.). Die Mitgliedschaft ist zwar aufgrund der geografischen Lage Indiens logisch, jedoch zeigt es ebenso Indiz für die Bedeutung, die die indische Regierung der Region um den Indischen Ozean beimisst. Erst danach ist Indien auf internationaler Ebene Mitglied der G20 und der BRICS-Staaten (vgl. Bundesregierung 2020; Bundeszentrale für politische Bildung o. J.). Der indischen Regierung ist es durch die Mitgliedschaft in den einzelnen Institutionen möglich, im diplomatischen Austausch mit den anderen Mitgliedsstaaten zu stehen. Die Region des Indischen Ozeans erhält dabei die größte Bedeutung. Zusätzlich ist der indische Staat neben Australien, Japan und den USA Teil des Quadrilateral Security Dialogue, der

als Signal gegen die regionalen, chinesischen Bestrebungen im November 2017 durch die USA ausgerufen wurde (vgl. Grossman 2019). Jedoch folgt dies nicht dem Interesse der indischen Regierung, da diese die Sichtbarkeit des Dialogs geringhalten möchte (vgl. ebd.).

3.3.3.2. Bedeutung des Indischen Ozeans für das indische Sicherheitsverständnis

Ähnlich dem chinesischen Verständnis für das Südchinesische Meer besitzt der Indische Ozean eine besondere Bedeutung für die indische Regierung und das Militär. So wurde eine offene, sichere und wohlhabende Region um die indo-pazifischen Ozeane als ein Ziel des indischen Premierministers Modi verkündet (vgl. Bose 2019). Die geografische Lage des indischen Staates ist essenziell für die Kontrolle des Indischen Ozeans, da der Staat über ca. 3.219 km Ostküste und über ca. 2.253 km Westküste verfügt (vgl. Khan/Khan 2021: 120). Die Bedeutung resultiert aus einer militärischen und politischen Komponente: Zum einen ist der indische Ozean als strategisch defensive Peripherie für Indien zu verstehen, da es einen ersten Verteidigungsring gegen extraregionale Streitkräfte, die als illegitim empfunden werden, für den Subkontinent darstellt (vgl. Brewster 2018: 10-11). Dies beruht vorwiegend auf den Kolonialerfahrungen und ist damit kongruent zu der bereits angeführten und unterstellten kultur-historischen Denkweise seitens der indischen Regierung. Auf diese Art und Weise soll der indische Staat als einziger Sicherheitsgarant und Großmacht der Region auftreten (vgl. Brewster 2018: 11; Rashid 2018: 9; Paul 2018: 10). Es ist jedoch unklar, was die indische Regierung zur Region zählt (vgl. ebd.). Zum anderen wird der Ozean durch indische Strategieexperten wie K. Subrahmanyam als Schicksal oder Indiens Ozean verstanden (vgl. Brewster 2018: 10). Hieraus entsteht eine Analogie zur US-amerikanischen Monroe-Doktrin (vgl. Brewster 2018: 11). Folglich strebt auch der indische Staat nach einer Hochseemarine, da sie als Notwendigkeit für die eigene Peripherie verstanden wird, in der die chinesische Marine als Herausforderer auftritt (vgl. Khan/Khan 2021: 120-121). Für die Operationen im Indischen Ozean und um gegenüber der chinesischen Marine besser aufgestellt zu sein, erhält die indische Marine laut Angaben O'Donnells Unterstützung durch die US-amerikanischen Geheimdienste (vgl. O'Donnell 2018: 14).

Diese teilen ihre Informationen bezüglich der chinesischen U-Boote mit dem indischen Militär (vgl. ebd.). Die US-amerikanische Regierung hat demnach ein Interesse daran, die indische Monroe-Analogie in der Region zu gewährleisten. Aufgrund der neuen Bedeutungshoheit des Indischen Ozeans verbunden mit dem Einsatz von SSBN kommen in der Region Nuklearwaffen in direkten Kontakt. Die Physiker Mian et al. (2019) erkennen darin eine erhöhte Unfall- und Fehlerquelle. Konkret bedeutet dies, dass verdeckte U-Boot-Operationen, routinemäßige Überwachungsaktivitäten, Abschreckung für taktisch-militärische Zwecke sowie Games of Chicken durch SSBN verschiedener Nationen die Gefahr vergrößern (vgl. S. 193). Zudem erhöht es die Wahrscheinlichkeit, dass konventionale Konflikte zu nuklearen Konflikten eskalieren (vgl. Mian et al. 2019: 195). In der Dekade der 2010er kam es bei chinesischen und indischen SSN sowie SSBN zu insgesamt drei Unfällen ohne jeweiligen Kontakt mit einer anderen Nation (vgl. Mian et al. 2019: 202). Jedoch ist das Einsatzgebiet der indischen SSBN, welches das chinesische Festland umfasst, aufgrund der Reichweite ihrer ballistischen Raketen sehr knapp bemessen, vor allem da die U-Boote ob ihrer lauten Geräusche schutzlos außerhalb der eigenen Gewässer sind (vgl. Abbott et al. 2018: 141-142). Die Modernisierung der indischen U-Boot-Flotte erzeugt Druck auf die beiden anderen Atommächte in der südasiatischen Region, da dadurch ihre wahrgenommene Sicherheit beeinflusst wird (vgl. Abbott et al. 2018: 137). Die Experten Abbott et al. für internationale Politik (2018) vermuten, dass daraus ein mehrjähriger Sicherheitswettkampf resultiert (vgl. ebd.). Im Vergleich zu China sehen die Experten die indische Marine weit im Rückstand, während Pakistan eine eigene Variante bauen muss, die ob ihres technologischen Rückstandes gegenüber den indischen U-Booten ein Sicherheitsrisiko darstellen würde (vgl. Abbott et al. 2018: 143). Alternativ könnte das pakistanische Militär den Ausbau der Landsysteme inklusive der Erstschlagmöglichkeit forcieren, was zu einer Eskalation führen würde (vgl. ebd.).

Es ist deutlich, dass die indische Regierung zwar eine Rivalität zu China wahrnimmt. Sie kann sich jedoch keinen offenen Disput mit eben jener Regierung erlauben. Gleichzeitig existieren weitere Probleme in der zwischenstaatlichen

Beziehung der USA und Indiens: So sind weder Visa, Online-Handel, Datenverarbeitung, die Außenpolitik gegenüber dem Iran und Afghanistan seitens Indien³² sowie der Außenpolitik gegenüber Pakistan seitens der USA³³, die Rüstungspolitik gegenüber Russland noch die Behandlung des Indo-Pazifiks zur beiderseitigen Zufriedenheit geklärt (vgl. Mishra 2019; Blank 2017). Die indische Regierung muss entsprechend zwischen den Beziehungen zu den USA und China bzw. Russland abwägen (vgl. Mishra 2019). Zusätzlich existiert kein zur Belt and Road Initiative äquivalentes Projekt, weshalb der indische Einfluss in der Region geringer einzuschätzen ist (vgl. Blank 2017). Stattdessen setzt die indische Regierung im internationalen Kontext auf Entwicklungspartnerschaften, die auf einer Süd-Süd-Solidarität und diplomatischen Handelsallianzen beruhen und keinen traditionellen westlichen Werten unterliegen (vgl. Mawdsley 2014: 408). Die indische Regierung beruft sich demnach auf etwaige ähnliche Ausgangssituationen oder eine ähnliche politische Lage.

3.3.3.3. Historische und außenpolitische Beziehung zu China

Für die indische Regierung ist der chinesische Staat die größte Bedrohung für die eigene Sicherheit in der Region. Keiner der beiden Staaten ist komfortabel mit dem Aufstieg des jeweils anderen (vgl. Scobell 2018: 181). Dies gilt sowohl ökonomisch als auch militärisch: Auf wirtschaftlicher Ebene entstand durch die Öffnung des chinesischen Marktes in den 1970er Jahren, der in Indien erst in den 1990er Jahren vollzogen wurde, ein kompetitiver Vorteil (vgl. Radunski 2014). Die indische Regierung ist nicht dazu in der Lage, die Infrastruktur zu verbessern, um sich der chinesischen Wirtschaft anzunähern (vgl. ebd.). Der Asia-Africa Growth Corridor sowie die India-Japan Investment Promotion Partnership seitens Japans und Indiens, die unter anderem gegen die chinesische Belt and Road Initiative entwickelt und umgesetzt wurde, galten als die ökonomische Antwort auf China (vgl. Paul 2018: 4; Pajon/Saint-Mézard 2018: 11; Taniguchi 2020). Die Notwendigkeit resultiert zum einen aus der Tatsache, dass die indische Regierung sich als aufstrebende Großmacht gegen China behaupten will und zum anderen ist Indien nicht Teil der Belt and Road Initiative bzw. lehnte die Initiative

³² Dies schließt insbesondere das Hafenprojekt in Tschahbahar im Iran mit ein (vgl. Blank 2017).

³³ Das US-amerikanische Militär benötigt die pakistanische Unterstützung die eigenen Truppen in Afghanistan (vgl. Blank 2017).

offen ab (Vgl. Wyne 2018). Als Teil dieser ökonomischen Gegenmaßnahmen wird der iranische Hafen in Tschahbahar ausgebaut werden. Ähnlich des durch China ausgebauten, pakistanischen Hafens Gwadar wird der pakistanische Staat auf diese Weise eingekreist und isoliert wird (vgl. Paul 2018: 4). Die indisch-japanischen Beziehungen stellen damit den Gegenpol zur chinesischen Politik in der Region dar (vgl. Pajon/Saint-Mézard 2018: 12). Insbesondere unter dem derzeitigen Premierminister Narendra Modi sowie seinem damaligen, japanischen Äquivalent Shinzo Abe werden die ökonomischen Vorteile für die eigene Region betont (vgl. Pajon/Saint-Mézard 2018: 11). Jedoch können beide Staaten ihr Potential nicht ausschöpfen, da für sie China wichtigster Handelspartner ist (vgl. Pajon/Saint-Mézard 2018: 34). Zusätzlich hat die japanische Regierung seine Haltung gegenüber der Belt and Road Initiative aufgeweicht (vgl. Pajon/Saint-Mézard 2018: 35). Ohne weitere Reform gilt der Asia-Africa Growth Corridor, der bislang keine Erfolge vorweisen kann, daher als gescheitert (vgl. Taniguchi 2020). Folglich sind die ökonomischen Beziehungen zwischen Indien und Japan ambivalent zu beurteilen.

Durch die ökonomischen Abhängigkeiten mangelt es beiden Staaten an Möglichkeiten international anders aufzutreten. Zwar unternimmt die indische Regierung Schritte, um einen Gegenpol zur chinesischen Außenpolitik in der Region darzustellen, jedoch bleibt durch die Handelsbeziehungen eine Abhängigkeit bestehen. Die Staaten sind zudem dazu übergegangen, den Bangladesh-China-India-Myanmar Economic Corridor zu kreieren, wodurch die ökonomischen Beziehungen vertieft werden (vgl. Wyne 2018). Für die ökonomischen Gegenmaßnahmen der indisch-japanischen Beziehung ist dies dementsprechend mit hoher Wahrscheinlichkeit als weiterer Rückschlag zu bewerten. Darüber hinaus verfügen die Staaten China und Indien Mitgliedschaften bei der Asian Infrastructure Investment Bank und der BRICS New Development Bank (vgl. Paul 2018: 5). Neben den ökonomischen Verflechtungen existieren darüber hinaus politische bzw. diplomatische Verflechtung in internationalen Organisationen: Sowohl der chinesische als auch der indische Staat besitzen eine Mitgliedschaft bei den G-20, den BRICS, der ASEAN und der Shanghai Cooperation Organization (vgl. ebd.). Es stehen somit diplomatische Kanäle zur Verfügung, die von beiden Staaten genutzt werden können (vgl. Paul 2018: 5). Im Gegensatz zur Beziehung zu

Pakistan hat der indische Staat demnach mehr Möglichkeiten für einen etwaigen, außenpolitischen Austausch. Andererseits erlauben diese Verflechtungen keine aggressive Außenpolitik, da stets die eigenen Interessen Schaden nehmen würden.

Militärisch steht die indische Regierung vor der Problematik, dass durch die Modernisierungen und neuen Technologien das Himalaya Gebirge nicht länger die natürliche Grenze für die beiden Staaten darstellt (vgl. Scobell 2018: 182). Bereits im Jahr 1962 wurde dem damaligen indischen Premierminister Jawaharlal Nehru in Bezug auf den Krieg desselben Jahres Naivität gegenüber China vorgeworfen, wodurch die indischen Streitkräfte schlechter ausgerüstet und vorbereitet waren (vgl. Radunski 2014). Letztendlich ist der Krieg Grundlage für das Misstrauen Indiens gegenüber China (vgl. ebd.). Die Grenzsituation blieb bis zum Jahr 2021 ungeklärt: Im direkten Vergleich befinden sich an der Grenze im Himalaya Gebirge die 76. Und 77. Heeresgruppe der chinesischen Armee mit je 45.000 bis 60.000 Mann (vgl. O'Donnell 2018: 13). Die indische Armee besitzt 221.000 Soldaten an der Grenze, obwohl die chinesische Armee aufgrund ihrer Logistik und Infrastruktur einen besseren Nachschub gewährleisten kann (vgl. ebd.). Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit an der direkten Grenze ist das indische Militär sowohl konventionell als auch nuklear dem chinesischen Militär unterlegen.

Im jährlichen Bericht des indischen Verteidigungsministeriums werden die Beziehungen zu China dennoch positiver beschrieben, da sich sowohl die Entwicklungspartnerschaft als auch die Stabilität an der Grenze verbessert habe (vgl. Ministry of Defence 2019: 4-5). Ebenso gab es einen Austausch auf Verteidigungs- und Militärebene (vgl. Ministry of Defence 2019: 5). Die Grenzsituation sei für beide Staaten der entscheidende Punkt für die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen (vgl. ebd.). Diese werden im Vergleich zu Pakistan positiv beschrieben. Es wird deutlich, dass die Beziehungen ob der wirtschaftlichen Verbindungen sowie der anderen militärischen Konstellation ambivalenter bewertet werden. Mithilfe der Modernisierungen versucht die indische Regierung die Defizite auszugleichen. Jedoch sind die Bemühungen bislang nicht ausreichend. Zusätzlich werden nahe der chinesischen Grenze befestigte Anlagen für Luft-

stützpunkte und Advanced Landing Grounds, also Landeplätze mit einer minimalen Infrastruktur zum An- und Abtransport sowie zur Versorgung der Streitkräfte, erbaut (vgl. O'Donnell 2018: 16). Die Landeplätze sind notwendiger Bestandteil für eine rasche Mobilisierung der indischen Streitkräfte (vgl. Gurung 2019). Dies ist der Region selbst geschuldet, da bspw. der Advanced Landing Grounds in Vijayanagar über keine Straßenanbindung verfügt (vgl. ebd.). Indische Regierungssprecher ließen verkünden, dass mindestens acht Advanced Landing Grounds in der Region Arunachal Pradesh für Transportflugzeuge renoviert wurden (vgl. ebd.). Für den Luftstützpunkt in Vijayanagar ist diese Instandsetzung seit 2016 erfolgt (vgl. ebd.). Die Instandsetzung ist damit zeitgleich zu dem verkündeten neuen Außenpolitikstil gegenüber Pakistan erfolgt. Die aktive Grenzpolitik wird auch gegenüber China verfolgt, wenn auch in einem defensiveren Ausmaß, da sich die indischen Entscheidungsträger über die Herausforderungen der Region bewusst zu sein scheinen. Dies ist für die im folgenden Kapitel angeführte Auseinandersetzung zwischen Indien und China von entscheidender Bedeutung. Außerdem ist die gesicherte Versorgung sowie der Ausbau der Präsenz der indischen Streitkräfte an der Line of Control zu China eine Veränderung zur ehemaligen, indischen Strategie bis Mitte der 2000er (vgl. O'Donnell 2018: 5). Die ehemalige Strategie beruhte auf der Annahme, dass eine schlechte Infrastruktur und das damit verbundene erschwerte Voranschreiten eines etwaigen Invasors zum Vorteil für das indische Militär genügen würde (vgl. ebd.). Zudem besitzen die indischen Streitkräfte der 56. und 71. Gebirgseinheit nahe der chinesischen Grenze ca. 35.000 Soldaten, die sowohl Artillerie als auch T-90 Panzer zur Verfügung haben (vgl. O'Donnell 2018: 6). Beide Kriegsgeräte werden laut O'Donnell für Angriffe genutzt (vgl. ebd.). Bis 2021 soll zudem die 17. Gebirgseinheit mit weiteren 35.000 Soldaten folgen (vgl. ebd.). Neben der eigenen nuklearen Triade erprobt die indische Regierung Antisatellitenwaffen: Die Mission Shakti wurde am 27. März 2019 ausgeführt, in der die indische Regierung einen eigenen Satelliten in niedriger Erdumlaufbahn zerstören ließ (vgl. Jalil 2019: 1). Der Test verlief erfolgreich und wurde durch den indischen Premierminister medial genutzt, um Indien als Weltraumsupermacht darzustellen (vgl. ebd.). Indien ist damit neben China, Russland und den USA erst der vierte Staat, der offiziell über diese Waffenart verfügen würde (vgl. ebd.). Das Waffensystem könnte gegen Spionage-

oder Kommunikationssatelliten genutzt werden und stellt damit auch für das chinesische Militär eine Bedrohung dar. Es ermöglicht infolgedessen eine offensive Verwendung. Aufgrund der ökonomischen Verflechtungen und der militärischen Unterlegenheit besteht für die indische Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Anreiz für einen Konflikt, da dies starke innen- sowie außenpolitische Folgen für den indischen Staat hätte (vgl. Shankar 2018: 45). Die indische Politologin Manpreet Sethi (2019) erkennt aufgrund der chinesischen Politik dennoch einen Handlungszwang für die indische Regierung, da der Einsatz dualer Marschflugkörper, der MIRV-Technologie, der Jin-Klasse U-Boote, der Hyperschallraketen sowie der Weltraumtechnologie zur Aufklärung und Überwachung die chinesische Policy innerhalb der letzten Dekade verändert hat (vgl. ebd.). Für die indische Regierung entsteht damit ein Handlungszwang, der sich aus dem Dilemma der militärischen Unterlegenheit und ökonomischen Abhängigkeit ergibt. Der indische Politikwechsel hin zu einer aggressiven Außenpolitik ist dementsprechend eine Option, um dem Dilemma entgegenzuwirken. Die indische, aggressivere Außenpolitik ist zudem laut O'Donnell darauf zurückzuführen, dass die chinesische Regierung die geostrategische Rivalität zwischen beiden Staaten nicht anerkennt (vgl. O'Donnell 2018: 5). Dieser Selbstwahrnehmung folgend bedarf es einer offensiveren Ausrichtung, um als Rivale wahrgenommen zu werden (vgl. O'Donnell 2018: 10). Dies gilt insbesondere, da eine Gleichberechtigung ohne diese Anerkennung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich ist. Der Politologe Srinivasa Sitarman (2020) überträgt daher die von Graham T. Allison angestellten Überlegungen anstatt auf den US-amerikanisch-chinesischen Konflikt auf den chinesisch-indischen Konflikt (vgl. S. 283). Mithilfe der Analyse der militärischen Konflikte zwischen den beiden Staaten³⁴ sowie der steigenden Anzahl an Grenzzwischenfällen³⁵ stellt er die These auf, dass es zwischen den beiden Staaten mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten 15 Jahren einen Grand Bargain geben wird (vgl. Sitarman 2020: 299). Die chinesischen und indischen Entscheidungsträger würden sich folglich zu beidseitigem Vorteil einigen müssen. Für den Fall,

³⁴ Die beobachteten Konflikte umfassen sowohl die Konflikte vor der indischen Nuklearwaffe – 1962, 1967, 1975, 1987 – als auch die militärischen Konflikte danach – 2013, 2017, 2020 (vgl. Sitarman 2020: 284). Es ist jedoch anzumerken, dass es seit dem 1987 keinen Sieger in den Konflikten mehr gab (vgl. ebd.).

³⁵ Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von dem Jahr 2015 mit 428 Zwischenfällen bis zum Jahr 2019 mit 663 Zwischenfällen (vgl. Sitarman 2020: 292).

dass der Kompromiss nicht eintreten sollte, geht der Politologe von einem Krieg aus, da die Erhaltung des Status Quo am unwahrscheinlichsten sei (vgl. ebd.). Trotz der beidseitigen Aufrüstung an der Line of Control ist die Planung eines bewaffneten Konfliktes nicht belegbar. Beide Regierungen beziehen jedoch eben jenen Konflikt in einem gewissen Umfang seit dem Jahr 2016 verstärkt in ihre strategischen Überlegungen mit ein.

3.3.3.4. Historische Entwicklungen mit Pakistan

Auch wenn die chinesische Regierung und das chinesische Militär die akuteste Herausforderung aufgrund der eigenen militärischen Unterlegenheit für die indische Regierung darstellen, ist der pakistanische Staat eine weitere direkte Bedrohung in Südasien. Die zwischenstaatliche Beziehung ist geprägt von militärischen Konflikten, Grenzstreitigkeiten und dem jeweiligen rapiden Ausbau des nuklearen Arsenal (vgl. Toon et al. 2019: 1).

Jahr	Ereignis
1947-1949	Erster pakistanisch-indischer Krieg
1949	Staatsgründung Indien und Pakistan
1965-1969	Zweiter pakistanisch-indischer Krieg
1971	Pakistanisch-indischer Konflikt
1974	Erfolgreicher Nukleartest Indiens
1989	Radikalisierung in Kaschmir
1998	Offizielle Nuklearmacht Indiens und Pakistans
1999	Kargil-Konflikt
2001	Terroranschlag in Indien
2007	Terroranschlag in Indien
2008	Terroranschlag in Indien

Tabelle 7: Pakistanisch-indische Konflikte bis 2010

Quelle: Eigene Darstellung

Zwischen den beiden Staaten Indien und Pakistan besteht seit ihrer Staatsgründung im Konflikt: Bereits im Oktober 1947 bis Januar 1949 kam es zum ersten Kaschmirkrieg (vgl. Pokraka 2019; Tabelle 7). Im August des Jahres 1947 wurde die britische Herrschaft auf dem indischen Subkontinent beendet, so dass die Staaten Indien und Pakistan basierend auf religiösen Mehrheiten gegründet wurden (vgl. Pokraka 2019). Zu Beginn war Pakistan in einen Ost- und

einen Westteil aufgespalten (vgl. ebd.). Die Regionen Jammu und Kaschmir werden seitdem von beiden Staaten beansprucht (vgl. ebd.). Der erste Krieg begann



Abbildung 7: Umkämpfte Gebiete des Kaschmir-Konfliktes
Quelle: Lesniewski o. J.

durch die pakistanisch unterstützte Invasion der Region und der darauffolgenden Zuwendung der regionalen Entscheidungsträger an den indischen Staat, wodurch dieser die Kontrolle über die Verteidigung, Kommunikation und Außenpolitik in der Region erhielt (vgl. ebd.). Mit dem Waffenstillstand am 01. Januar 1949 wurde die immer noch gültige Line of Control in der Region geschaffen (vgl. Pokraka 2019, Abbildung 7). Im Gesamtkontext des Kaschmirkonfliktes zählt ebenso ein Teil des Gebietes zu chinesischem Territorium (vgl. Abbildung 7).

Der zweite Kaschmirkrieg folgte im August 1965 bis Januar 1966, nachdem mehrere, aufeinander folgende Gefechte an der Grenze eskalierten (vgl. Pokraka 2019). Die Eskalation wurde durch die Grenzüberschreitung mit dem Ziel einen Aufstand zu initiieren erzeugt (vgl. ebd.). Ein weiterer Konflikt ereignete sich im Dezember 1971: Zwischen dem Ost- und Westteil Pakistans gab es einen Bürgerkrieg, da der Ostteil Unabhängigkeit forderte (vgl. ebd.). Entsprechend flo-

hen Ostpakistani vor dem Krieg in das zwischen den beiden Teilen liegende Indien (vgl. ebd.). Die indische Armee marschierte daraufhin am 03. Dezember 1971 sowohl in Ost- als auch Westpakistan ein (vgl. Tinker/The Editors of Encyclopaedia Britannica o. J.). Am 16. Dezember ergaben sich die pakistanischen Streitkräfte und in Folge wurde der ehemalige Ostteil als unabhängiger Staat Bangladesch gegründet (vgl. ebd.). Seit dem Jahr 1989 wurden vermehrt verschiedene, radikal islamistische Gruppierungen im indisch-kontrollierten Teil Kaschmirs bekämpft, denen eine Verbindung zu Pakistan mindestens unterstellt werden kann (vgl. Pokraka 2019). Als Auslöser gelten manipulierte Wahlen in der Kaschmirregion im Jahr 1987 (vgl. ebd.). Im Jahr 1998 wurden sowohl in Indien als auch in Pakistan Nukleartests in Reaktion zueinander durchgeführt, bevor im Jahr 1999 der Kargil-Krieg geführt wurde, auf den in einem späteren Kapitel genauer eingegangen werden soll (vgl. ebd.). Seitdem ist die bilaterale Beziehung geprägt von Terroranschlägen: Die größten Anschläge erfolgten in den Jahren 2001, 2007 und 2008 (vgl. ebd.). Im Jahr 2019 folgten erstmalig Gegenangriffe seitens der indischen Streitkräfte nach einem Terrorangriff und im selben Jahr wurde den Einwohnern der indisch-kontrollierten Kaschmirregion ihre Sonderrechte für eine Verfassung, eine eigene Flagge und Gesetzgebung entzogen (vgl. ebd.).

Im jährlichen Bericht des indischen Verteidigungsministeriums der Jahre 2018-19 wird unter anderem das Sicherheitsumfeld bewertet: Oberstes Ziel für die indische Regierung gilt „neighbourhood first“, in der eine enge und freundliche Beziehung zu allen Nachbarstaaten unterhalten werden soll (vgl. Ministry of Defence 2019: 2). Folglich sind alle Maßnahmen des Ministeriums dem Ziel unterstellt (vgl. ebd.). Zu Pakistan wird jedoch erwähnt, dass die politische und ökonomische Situation des Staates eine Herausforderung ist, da die pakistanische Armee weiterhin die Außen- und Verteidigungspolitik kontrolliere (vgl. Ministry of Defence 2019: 4). Die pakistanische Regierung erweitert zudem ihre militärischen Möglichkeiten, insbesondere ihr nukleares Arsenal und Raketen (vgl. ebd.). Ebenso nimmt der religiöse Extremismus zu (vgl. ebd.). Im Bericht folgt daraus der Vorwurf, dass das Militär nichts gegen den Terrorismus unternimmt, sondern stattdessen die Gruppen durch den pakistanischen Staat unterstützt werden (vgl. ebd.). Die indische Regierung fordert daher, dass die pakistanische

Regierung die Unterstützung einstellt (vgl. ebd.). Gleichzeitig wird sie „robust and decisive steps to ensure its national security“ (ebd.). Die anfangs formulierten Ziele werden demnach gegenüber Pakistan ignoriert, da der Staat als aggressiv wahrgenommen wird. Auch wird deutlich, dass die indische Regierung eine härtere Haltung gegenüber Pakistan einhalten will. Als neue Problematik ist zudem der China-Pakistan Economic Corridor und der damit verbundene Ausbau der pakistanischen Infrastruktur zu nennen. Aus indischer Sicht, so die Interpretation des pensionierten pakistanischen Vizeadmirals Farooq Rashid (2018), handelt es sich bei dem Projekt, um ein chinesisches Werkzeug gegen den indischen Staat, das dem chinesischen Staat den Zugang zum Indischen Ozean ermöglicht und die festgelegten Grenzen Kaschmirs verletzt (vgl. Rashid 2018: 12). Die Interpretation und die daraus resultierenden indischen Handlungen des BRI-Forum Boykotts sowie des Misstrauens sind beispielhaft für das Verständnis der beiden Staaten zueinander (vgl. ebd.). Die Haltung gegenüber dem pakistanischen Staat ist im Gegensatz dazu auf einem anderen Niveau. Die aggressive Außenpolitik der indischen Regierung resultiert auf einer Grundannahme, dass, so ein ehemaliger, indischer Armeegeneral laut dem Südasienspezialisten Nishank Motwani (2018), die pakistanische Regierung in der Verantwortung ist, einen etwaigen konventionellen Konflikt nicht eskalieren zu lassen (vgl. ebd.). Durch das Wegschieben der eigenen Verantwortung ermöglicht sich für die indische Regierung ein größerer Handlungsspielraum. Dies gilt selbst dann, wenn das indische Militär die durch die pakistanische Regierung festgesetzten, strategischen Grenzen für einen Nuklearangriff mit geringer Sprengkraft überschreitet, da sie mit einem massiven Vergeltungsschlag seitens des indischen Militärs rechnen müssten (vgl. ebd.). In diesem Kontext wird die pakistanische Haltung durch den indischen Armeegeneral als ein Bluff ausgelegt (vgl. ebd.). Dennoch ist ein bewaffneter Konflikt für die indische Regierung kostspieliger als für die Pakistanische (vgl. Vickery Jr. 2016).

Auf ökonomischer Ebene unternimmt die indische Regierung Versuche Handelsbeziehungen aufzubauen und vergab den Most Favoured Nation Status im Jahr 1996 an den pakistanischen Staat, womit ihnen ein gleichberechtigter Zugang zum indischen Markt ermöglicht wurde (vgl. Behuria 2018; Suneja 2019). Dieser Status wurde zuletzt im Jahr 2019 nach den Pulwama-Attacken wieder

entzogen (vgl. Suneja 2019). Auf ökonomischer Ebene hat sich folglich der Politikwechsel weiter fortgesetzt, da die Handelsbeziehungen in indirekter Abhängigkeit dazu verändert wurden. Dies gilt vor allem, da es bereits vorher zwischenstaatliche Konflikte gegeben hat, bei denen der Status Quo dennoch weiter aufrecht gehalten wurde. In diesem Zusammenhang unterstellt die indische Regierung der pakistanischen Regierung ein Ausnutzen der zwischenstaatlichen Beziehungen für den Kaschmirkonflikt (vgl. ebd.). Laut Sanjana Gogna für das indische Institute for defence studies & analyses (2017) nutzt die pakistanische Regierung ihre nukleare Kriegführungsstrategie, wie durch die ballistische Rakete Nasr belegt, für einen Schutzschild ihrer Terroraktivitäten (vgl. ebd.). Diese Wahrnehmung seitens der indischen Regierung ist jedoch nicht neu: So sprach der indische Premierminister Modi darüber, dass, da innerhalb der letzten drei Jahrzehnte von pakistanischer Seite der zwischenstaatliche Konflikt vorwiegend durch grenzüberschreitenden Terrorismus geführt wurde, der einzige Export Pakistans der Terrorismus sei (vgl. Vickery Jr. 2016; Chadha 2018: 1). In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung erwähnte Modi namentlich weder Pakistan noch China. Allerdings sprach er von Staaten mit rückwärtsgewandtem Denken, die Terrorismus als politisches Mittel benutzen (vgl. UN News 2021). Mit hoher Wahrscheinlichkeit zählt Modi zu diesen Staaten auch Pakistan. Diese Staaten würden, so der indische Premierminister, durch den Terrorismus sich selbst auch Bedrohungen schaffen (vgl. ebd.). Folglich müsse die internationale Gemeinschaft darauf achten, dass Afghanistan nicht für die Verbreitung des Terrorismus und damit für eigene Interessen missbraucht werde (vgl. ebd.). In der indischen Rhetorik wird demnach regelmäßig auf den Terrorismusexport durch die pakistanische Regierung zurückgegriffen.

3.3.3.5. Verständnis der pakistanischen Nuklearwaffen als Brinkmanship und Schutzschirm für Terrorismus

Der pakistanische Staat gilt als zentraler Standort für transnationalen Terrorismus in der Region und darüber hinaus, da sich die Anschläge in London 2005, in Mumbai 2008 und in San Bernardino 2015 dorthin zurückverfolgen lassen können (vgl. Chellaney 2019). Den nuklearen Schutzschirm verbunden mit dem Terrorismus versteht die Autorin Gogna als nukleares Blackmail und der indische Sicherheitsexperte A. Vinod Kumar (2019) als Brinkmanship (vgl. Gogna

2017; Kumar 2019). Für den indischen Politikwechsel gegenüber Pakistan hätte dies zur Folge, dass die indische Regierung im Falle des Brinkmanship-Modells nicht länger nachgeben würde. Das Nachgeben entspräche einer bereits angeführten passiven bzw. reaktiven strategischen Kultur. In diesem Kontext können die Reaktionen seitens der indischen Regierung zu den Anschlägen von Kargil im Jahr 1999, auf das Parlament im Jahr 2001, dem indisch-pakistanischen Standoff im Jahr 2002 und in Mumbai im Jahr 2008 sinnbildlich für den zu ersetzenden Politikstil verstanden werden. Gleichzeitig sind sie, so Kumar, beispielhaft für ein pakistanisches Brinkmanship (vgl. Kumar 2019). Der Terrorismus aus Pakistan ist als dezentrales Netzwerk in Zellen organisiert, so dass es kurzfristig wandelbar ist (vgl. Basit et al. 2019: 52). Die indische Gesellschaft sieht sich im Kontext des Terrorismus zwei ideologischen Richtungen gegenüber: Zum einen existieren die jihadistischen Terrororganisationen des islamischen Staates, der Al-Qaeda und der Jamaat ul Mujahideen India in Kaschmir und in einem geringeren Maß dem restlichen, indischen Festland (vgl. Basit et al. 2019: 45). Zum anderen erfahren hinduistische Extremisten einen größeren Zulauf (vgl. ebd.). Folglich ändert sich die Politik der indischen Regierung hin zu chirurgischen Luftangriffen gegen pakistanische Aggressionen, um ein Mittel gegen die nichtstaatlichen Akteure zu besitzen (vgl. ebd.). Die indischen Gegenmaßnahmen weisen zudem zwei verschiedene Standards für die beiden Gruppen auf. Für die muslimischen Extremisten wurden im Vergleich härtere Maßnahmen getroffen (vgl. Basit et al. 2019: 50). Diese Maßnahmen führten zu Widerstand in der Bevölkerung und damit zu einer Zunahme an Verstößen an der Line of Control in Kaschmir, die sich mit 1432 Fällen im Jahr 2018 zum Vorjahr nahezu verdoppelten (vgl. Basit et al. 2019: 46). Im Vergleich waren es im Jahr 2015 152 Zwischenfälle, im Jahr 2016 228 Zwischenfälle und im Jahr 2017 860 Zwischenfälle (vgl. Sharma 2018). Zudem erfahren die Terrororganisationen einen starken Zulauf durch Jugendliche in Kaschmir, die von der aktuellen Politik frustriert sind (vgl. ebd.). Indische Experten vertrauen zudem nicht auf den tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen seitens Pakistan, da dies die Zerstörung des eigenen Territoriums für die Abschreckung Indiens zur Folge hätte (vgl. Tasleem 2018: 78). Allerdings ist laut Tasleem die ballistische Rakete Abadeel eine neue Herausforderung für In-

dien, da sie counterforce Strategien notwendig mache, da sie die indische Regierung vor ein Use or Lose Dilemma stellt (vgl. Tasleem 2019). Zusätzlich behindert die Defence Research and Development Organisation aus Eigeninteresse eine bessere Politik (vgl. ebd.). Zuletzt die angesprochene Einkreisung durch den chinesischen Staat mithilfe der Belt and Road Initiative und dem CPEC in Pakistan angesprochen werden: Durch den Ausbau des Hafens in Gwadar, der somit eine geostrategische Bedeutung aufgrund der Nähe zu den indischen Gewässern und der Straße von Hormus erhält, kann die chinesische Marine den indischen Subkontinent und insbesondere die Straße von Malakka umgehen (vgl. Rashid 2018: 9). Die indische Regierung verfolgt daher in Zusammenarbeit mit dem japanischen Staat ein ähnliches Projekt des Asia-Africa Growth Corridor. Als Teil dieses Projekts wird der iranische Hafen in Tschahbahar ausgebaut, die das pakistanische Festland umgehen bzw. isolieren soll (vgl. Paul 2018: 4). Auf wirtschaftlicher und geostrategischer Ebene versucht die indische Regierung mit großer Wahrscheinlichkeit die chinesischen Bemühungen auszugleichen. Der Fokus scheint vorwiegend auf einer Sicherung und Anerkennung der erweiterten Region des Indischen Ozeans zusammenzuhängen. Dies kollidiert zwangsweise mit den chinesischen Bestrebungen, so dass eine größere Militärpräsenz inklusive einer aktiven Nuklearwaffenpolitik seitens der indischen Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit Sicherheit gewährleisten kann.

Zusammenfassend lässt die Entwicklung seit 2016 vermuten, dass die indische Regierung eine aktive Grenzpolitik verfolgt. Die Abkehr der traditionellen, reaktiven Strategie im Zusammenhang mit einer romantisierten Auffassung der Nuklearwaffen stellen auch für die damit verbundene Doktrin in Frage. In diesem Kontext liegt die Vermutung nahe, dass auch die Nuklearwaffenpolitik nicht unverändert bleibt. Die Action Policy würde entsprechend von der Declaratory Policy abweichen.

3.3.4. Aktive Nuklearwaffenpolitik Indiens

Für eine aktive Nuklearwaffenpolitik der indischen Regierung sprechen verschiedene Indizien: Wenn auch nicht offiziell bestätigt, hat die indische Regierung ihre Nukleardoktrin der credible minimum deterrence mit hoher Wahrschein-

lichkeit verändert. Da dies jedoch nicht offiziell bestätigt wurde, wurde die Declaratory Policy noch nicht angepasst. Für diese Veränderung spricht, welche Formen der Modernisierung die politischen Entscheidungsträger für das indische Arsenal veranlasst haben. Eine Vergrößerung allein könnte zwar mithilfe der chinesischen und pakistanischen Modernisierungen und Arsenalvergrößerungen erklärt werden, jedoch würde dies nicht notwendigerweise eine nukleare Triade oder die Verbesserung der Reichweite landgestützter Trägersysteme erfordern. Allerdings ist anzumerken, dass diese Modernisierungen dazu genutzt werden können, die Zweitschlagfähigkeit sicherzustellen und die veränderte Nuklearwaffenpolitik hat im besten Falle einen defensiven Charakter. Eine Ausnahme dazu stellen die Antisatellitenwaffen dar, die gemeinsam mit einer aggressiven konventionellen Militärstrategie seit der Änderung 2016 via chirurgische Luftangriffe oder einer Cold Start Doktrin dem indischen Militär eine offensive Möglichkeit, zumindest gegen den pakistanischen Staat, bieten. Hierfür sind die Nuklearwaffen als Schutzschirm gegen eine pakistanische Gegenmaßnahme zu verstehen, so dass die eigene konventionelle Überlegenheit ausgenutzt werden kann. Allerdings wird die indische Nuklearwaffenpolitik weiterhin begrenzt durch ihre Kommandostruktur mit mangelnder militärischer Expertise, da insbesondere die SSBN bislang noch nicht darin berücksichtigt worden sind. Die Nuklearwaffenpolitik ist gegen Pakistan demnach in einer aktiven Rolle, da sie über die Abschreckung hinaus als Mittel für eskalationsarme, konventionelle Militärangriffe im Sinne des Stabilitäts-Instabilitäts-Paradoxons genutzt wird. Im Zusammenhang mit der pakistanischen Regierung ist deshalb von einer aktiven Rolle auszugehen, da der indischen Regierung die Verwendung des eigenen nuklearen Arsenals im vollen Bewusstsein um das Paradoxon nahegelegt werden kann. Die Methode bietet sich zudem als adäquate Gegenmaßnahme zu den wahrgenommenen pakistanischen Bedrohungen an. Dies wird insofern verstärkt, als dass die pakistanischen Drohungen als Bluff ausgelegt werden. In einem erweiterten Kontext ist die Modernisierung Teil des indischen Bestrebens eine regionale Großmacht zu werden. In diesem Zusammenhang sind die Bewerbung für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, für die Mitgliedschaft in der Nuclear Suppliers Group sowie die ökonomischen Maßnahmen gegen den chinesischen Einfluss in der Region sowohl Prestige bezogen auf den angestrebten Status als auch einziges

Mittel ob der militärischen Unterlegenheit gegen China. Die Nuklearwaffenpolitik ist in diesem Fall eine Rückversicherung der indischen Regierung.

Zusammenfassend kann für den indischen Staat daher im Allgemeinen von einer passiven Nuklearwaffenpolitik ausgegangen werden. Die militärischen Maßnahmen insgesamt gegen das chinesische Militär zielten bislang ausschließlich darauf ab, den Status Quo zu erhalten. Lediglich gegenüber dem pakistanischen Staat verwendet die indische Regierung eine aktivere Rolle der Nuklearwaffen, auch wenn bislang ausschließlich konventionelle Maßnahmen direkt gegen Pakistan eingesetzt werden.

3.4. Pakistan

Die islamische Republik Pakistan entwickelte laut Fettweis und Blix et al. seit den 1980ern Nuklearwaffen und nach sechs Nuklearwaffentests im Jahr 1998, die als Reaktion zu den indischen Nuklearwaffentests ausgeführt wurden, wurde sie offiziell Atommacht (vgl. Fettweis 2019: 18; Blix et al. 2006: 37). Für die Entwicklung der Nuklearwaffen war die pakistanische Regierung Teil des Abdul Qadeer Khan Netzwerkes, welches auch Verbindungen zu Libyen, Iran und Nordkorea besaß (vgl. Harnisch 2005: 25). Der Nuklearphysiker versorgte die pakistanische Regierung mit dem notwendigen Material und Knowhow für die Urananreicherung und den Bau von Nuklearwaffen (vgl. Paul 2012: 224). Überdies bestand mit Nordkorea eine Kooperation für die Raketentechnologie (vgl. ebd.). Laut Angaben der pakistanischen Regierung begann die Entwicklung der Nuklearwaffen als Reaktion auf den Grenzkonflikt mit Indien in Kaschmir und den indischen Nuklearwaffentests im Jahr 1998, da diese erst durch das aggressive Verhalten die Notwendigkeit für die Nuklearwaffen sahen (vgl. Desai/Basit 2012: 7). Die Republik gehört damit neben Israel und Indien der zweiten Proliferationswelle der Nuklearwaffenstaaten an. Pakistan verfügt folglich nicht über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und hat die Mitgliedschaft zum Atomwaffensperrvertrag abgelehnt (vgl. Blix et al. 2006: 60). Im pakistanischen Staat lebten im Jahr 2019 ca. 220 Millionen Menschen. Es handelt sich damit um den 5. bevölkerungsreichsten Staat der Erde. Die Bevölkerung ist zu 96,4% muslimisch geprägt, was sowohl auf die Wirtschaft, die über Scharia Praktiken verfügt, als auch mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Nuklearwaffenpolitik Auswirkungen hat

(vgl. Burki/Ziring 2020; Dwivedi 2019; Jacob 2016: 20). So ist der Atombomben-testtag als Nationalfeiertag Youm-e-Takbir festgelegt (vgl. AFP 2013). Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2019 ca. 278 Milliarden US-Dollar und war erstmalig seit 2009 wieder gefallen (vgl. The World Bank o. J. a). Der pakistanische Staat steht wirtschaftlich gemäß seinem Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich auf Rang 43 (vgl. The World Bank o. J. b) und ist im Vergleich zu benachbarten Nuklearwaffenstaaten China und Indien niedriger. Handel und Dienstleistungen stellen den größten Anteil des pakistanischen Bruttoinlandsprodukts dar und haben damit die Landwirtschaft abgelöst (vgl. Burki/Ziring 2020). Die Militärausgaben betrugen im Jahr 2019 10,3 Milliarden US-Dollar (vgl. SIPRI 2020 b: 2). Sie entsprachen damit 3,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und sind im Vergleich zu 2010 um 70 Prozent gestiegen (vgl. ebd.). Entsprechend sind auch die nuklearen Streitkräfte stärker finanziert worden. Beim Global Militarisation Index des Bonn International Centre for Conflict Studies belegt der pakistanische Staat den 23. Platz mit einem Wert von 270 (vgl. Bonn International Centre for Conflict Studies 2020). Wohlstand ist dennoch weiterhin nur über das Militär und über den Geheimdienst Inter-Services Intelligence zu erreichen, dem politisch eine dominante Rolle zugeschrieben wird (vgl. Vickery Jr. 2016; Kronstadt 2005: 230). Dies ist insofern problematisch, da sich deren Existenz an der Bedrohungslage aus Indien orientiert bzw. sich die pakistanische Armee laut dem ehemaligen indischen Luftwaffengeneral Rakesh Sharma (2018) durch einen pathologischen Hass gegen Indien auszeichnet (vgl. Vickery Jr. 2016; Kronstadt 2005: 230; Sharma 2018). Dennoch ist der Staat seiner Grundidee nach demokratisch: Der Südasienexperte David Taylor bewertet das pakistanische Militär als notwendiges Übel, dessen Rolle für die Gesellschaft noch nicht beendet ist (vgl. S. 311). Die urbane Mittelschicht unterstützt die Demokratie offen und seit dem Jahr 2008 existiert eine zivile Regierung, die im Jahr 2013 erstmalig eine volle Legislaturperiode abschloss (vgl. ebd.). Seit dem Jahr 2018 wird der Staat durch den Premierminister Imran Khan und seiner Partei Tehreek-e-Insaf regiert (vgl. Burki/Ziring 2020; The Editors of Encyclopaedia Britannica 2019b).

Aufgrund der erhöhten Militärausgaben und der Bedeutung der Nuklearwaffen im Allgemeinen werden im Folgenden in einzelnen Schritten die nukleare

Doktrin, das Arsenal und die kultur-historische Prägung Pakistans daraufhin untersucht, ob die pakistanische Regierung eine aktive Nuklearwaffenpolitik verfolgt.

3.4.1. Doktrin & Kommandostruktur Pakistans

Der pakistanische Staat verfügt über keine offizielle Doktrin (vgl. Kumar 2019). Stattdessen wurden durch politische und militärische Entscheidungsträger Aussagen über die Einsatzbedingungen der pakistanischen Nuklearwaffen getroffen: Zunächst wurde die Nuklearpolitik als *credible minimum deterrence* beschrieben. Im Jahr 2015 wurde diese in offiziellen Aussagen um eine *full spectrum deterrence* erweitert (vgl. Kristensen et al. 2018: 349; Jaffery 2018). Andere Experten gehen davon aus, dass die alte Nuklearwaffenpolitik von der pakistanischen Regierung durch die *full spectrum deterrence* nicht erweitert, sondern ersetzt wurde (vgl. Kumar 2019; Sethi 2019). Dabei handelt es sich um eine Nuklearwaffenpolitik, die speziell gegen die konventionelle, indische Überlegenheit entworfen wurde und in der eine Erstschlagmöglichkeit eine zentrale Notwendigkeit darstellt (vgl. Tasleem 2016; Jaffery 2018; Kahn 2019). Dies bedeutet, dass die pakistanische Regierung sich das Recht vorbehält, auf taktischer, operativer und strategischer Ebene unterhalb einer (angenommenen) Eskalationsschwelle auf eine Bedrohung durch das indische Militär mit einer Nuklearwaffe zu antworten (vgl. Shaheen 2019). Die pakistanische Abschreckung erstreckt sich dabei nicht nur auf die eine nukleare, sondern auch auf eine konventionale Abschreckung (vgl. Sethi 2019). Laut Tasleem ist eine Abänderung der Nuklearwaffenpolitik wahrscheinlicher als eine Erweiterung (vgl. Tasleem 2018: 67), da die pakistanische Regierung beabsichtigt, auf eine neue sicherheitspolitische Situation seitens Indiens reagieren zu können. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass die pakistanische Nuklearwaffenpolitik ähnlich der indischen Doktrin Anfang der 2000er durch die USA aufgezwungen wurde, um das pakistanische Arsenal so gering wie möglich zu halten (vgl. Tasleem 2018: 69). Gleichzeitig sprach sich die damalige, pakistanische Regierung unilateral für ein Testmoratorium von Nuklearwaffen sowie die Tatsache, dass die Sprengköpfe getrennt, nicht einsatzbereit und ohne Alarmbereitschaft gelagert werden (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu damals ist eine *existential deterrence* Doktrin nicht mehr ausreichend für die ge-

opolitische Lage Pakistans (vgl. ebd.). Um eine full spectrum deterrence umzusetzen, ist es notwendig, dass das pakistanische Arsenal ausreichend divers aufgestellt ist und auch Nuklearwaffen mit geringer Sprengkraft beinhaltet (vgl. Tasleem 2018: 67). Insgesamt lässt sich für die pakistanische Nuklearwaffenpolitik festhalten, dass trotz der Aussagen politischer Entscheidungsträger die Doktrin viel Interpretationsspielraum zulässt. Insbesondere der Begriff des full spectrum deterrence wird je nach Adressaten als flexible response oder als Kriegführungsstrategie, die auf einer asymmetrischen Eskalation basiert, ausgelegt (vgl. Shaheen 2019; Tasleem 2018: 67). Durch den Interpretationsspielraum der pakistanischen Nuklearwaffenpolitik entstehen verschiedene Probleme: Erstens sehen die Politologen Tasleem und Dalton die Nuklearwaffenpolitik ausschließlich konzeptionell, nicht aber operativ umgesetzt (vgl. ebd.). Die Folge daraus wäre, dass die pakistanische Regierung unglaublich ob ihrer Differenz zwischen Aussage und Handlungsvermögen werden würde. Zweitens besteht aufgrund der operativen Umsetzung Zweifel an der Verfügbarkeit von Spaltmaterial und einer robusten Kommandostruktur (vgl. Tasleem 2016). Drittens wird die Nuklearwaffenpolitik durch Experten wie Rej mit einer Kriegführungsstrategie gleichgesetzt (vgl. Rej 2018: 2). Unabhängig von der Tatsache, ob die Wahrnehmung der Experten zutreffend ist, entsteht durch die full spectrum deterrence entweder die Außendarstellung eines aggressiven Staates oder die Aussage wird ob des nuklearen Tabus unglaublich. Möglich wäre auch eine Mischung aus den genannten Extremen in Abhängigkeit des Staates, der die pakistanische Strategie bewertet. Da die Anschaffung der Nuklearwaffen eng mit einer Verteidigungspolitik gegen eine indische Aggression verbunden ist, ist ersteres wahrscheinlich. Es bleibt jedoch zu überprüfen, ob Pakistan zusätzlich über die notwendige Glaubwürdigkeit verfügt.

Die pakistanische Kommandostruktur besteht laut Angaben des US-amerikanischen Thinktanks Nautilus Institute for security and sustainability im Jahr 2019 aus der Nuclear Command Authority und der Strategic Plans Division innerhalb des Joint Service Headquarters (vgl. Khan, F. H. 2019). Die Nuclear Command Authority steht unter dem Vorsitz des Premierministers und besteht aus zwei verschiedenen Ausschüssen – dem Employment Control Committee mit dem Außenminister als stellvertretenden Vorsitz für die Nuclear Command

Authority und dem Development Control Committee mit dem Vorsitzenden des Joint Chiefs of Staff Committee in äquivalenter Position (vgl. ebd.). Dem Employment Control Committee fällt die Aufgabe zu, die sicherheitspolitische Gesamtsituation für Pakistan zu bewerten und ggfs. Anpassungen vorzunehmen. Zusätzlich übernimmt der Ausschuss die Verantwortung für den Einsatz von Nuklearwaffen im Krisenfall (vgl. ebd.). Das Development Control Committee ist mit der Umsetzung der entworfenen Politiken betraut. Dies schließt laut Angaben des Nautilus Institute die Vorbereitung von militärischen Strategien und die Aufsicht über das Arsenal mit ein (vgl. ebd.). Weiterhin ist die Nuclear Command Authority der Strategic Plans Division unterstellt und erfüllt sowohl eine beratende als auch eine Arsenal-planende Funktion (vgl. ebd.). Das pakistanische Militär und Regierung verfügen demnach über eine ähnlich simple Kommandostruktur wie Indien. Allerdings ist eine stärkere Gewichtung des Militärs festzustellen.

Zusammenfassend spricht das full spectrum deterrence für eine aktive Nuklearwaffenpolitik. Im Folgenden soll das pakistanische Arsenal dahingehend untersucht werden, ob diese aktive Politik auch umgesetzt werden könnte.

3.4.2. Pakistans Arsenal & nukleare Infrastruktur

Das pakistanische Arsenal besteht laut Angaben des SIPRI zum 31. Dezember 2020 aus 165 Nuklearsprengköpfen (vgl. SIPRI 2021: 385). Das pakistanische Militär verfügt über eine nukleare Triade mit einer starken Gewichtung der landgestützten Systeme (vgl. SIPRI 2020 a: 372). Der Modernisierungsprozess ist in Pakistan mit einer Erweiterung des Arsenal verbunden: Im Vergleich zum Jahr 2019 bestand das Arsenal 2013 aus 100 bis 120 Sprengköpfen, im Jahr 2015 aus 130 und im Jahr 2017 aus 140 Sprengköpfen (vgl. Schell/Kristensen 2013: 317; Kristensen/Norris 2015: 61; Kile/Kristensen 2017: 7). Demnach ist das Arsenal alle zwei Jahre um ca. 10 Sprengköpfe vergrößert worden. Die pakistanische Regierung hat als Ziel vorgegeben, dass ihr Arsenal bis 2025 zum drittgrößten Arsenal werden wird. Kristensen et al. (2018) schätzen die Arsenalgröße zu diesem Zeitpunkt jedoch auf 220 bis 250 Sprengköpfe (vgl. S. 348), womit das Arsenal kleiner wäre als das des US-amerikanischen, russischen, chinesischen und französischen Staates und somit das fünftgrößte Arsenal darstellen würde. Gleichzeitig ständen dem pakistanischen Militär weiterhin mehr Nuklearwaffen

zur Verfügung als dem indischen Militär. Im Folgenden wird eine Übersicht der pakistanischen Trägersysteme nach SIPRI zum 31. Dezember 2019, ergänzt um weitere Recherchen, gegeben:

Typ (Ken- nung)	Anzahl (Spreng- köpfe)	Reichweite (km)	Treibstoff	CEP (m)	Navigation	Spreng- kraft (kt)	Einsatzjahr	Besonder- heiten
Ballistische Raketen								
Ababeel		2200	Fest, 3-stu- fig					MIRV/ MRV*
Abdali (Hatf-2)	10 (10)	200	Fest	150	Iner- tial	1x5-12	2015	Mobil
Ghauri (Hatf-5)	24 (24)	1250	Flüssig	2500*		1x10-40	2003	Mobil
Ghaznavi (Hatf-3)	16 (16)	300	Fest	50 - 250	Iner- tial, Termi- nal	1x5-12	2004	Mobil
Nasr (Hatf-9)	24 (24)	70	Fest			1x5-12	2013	Mobil
Shaheen-I (Hatf-4)	16 (16)	750	Fest	200	Iner- tial	1x5-12	2003	Mobil
Shaheen-IA (Hatf-4)		900				1x5-12		
Shaheen-II (Hatf-6)	16 (16)	2000	Fest, 2-stu- fig*	350		1x10-40	2014	Mobil
Shaheen-III		2750	Fest, 2-stu- fig			1x10-40	2022*	MIRV*, Mo- bil
Marschflugkörper								
Babur GLCM (Hatf-7)	12 (12)	350				1x5-12	2014	Turbinen- strahltrieb, Unterschall
Babur-2 GLCM		700				1x5-12		
Ra'ad (Hatf-8)* ALCM		350						Turbinen- strahltrieb- werk, Unter- schall
Ra'ad-II*		600						
U-Boot-gestützte Raketen								
Babur-3 SLCM		450				1x5-12	2025	
Flugzeuge mit nuklearer Rolle								
F-16 A/B		1600				1xBombe	1998	
Mirage III/V	36	2100				1xBombe	1998	

Tabelle 8 Pakistanische nukleare Trägersysteme

Quellen: In Anlehnung an SIPRI 2021: 386-387 und SIPRI 2020 a: 372; Missile Defense Project 2018 g; Missile Defense 2018 h; Missile Defense Project 2018 i; Missile Defense Project 2018 j; Missile Defense Project 2018 k; Missile Defense Project 2018 l; Missile Defense Project 2018 m; Missile Defense Project 2019 b; Missile Defense Project 2019 c; Missile Defense Project 2020.

Die größte Gruppe der landgestützten Systeme besitzt die Gemeinsamkeit, dass diese mobil genutzt werden (vgl. Tabelle 8). Folglich sind sie schwerer zu entdecken und besitzen eine höhere Überlebensfähigkeit. Zusätzlich sind bei den landgestützten Trägersysteme zwei Trends zu beobachten: Zum einen be-

steht das pakistanische Arsenal ausschließlich aus Kurz- und Mittelstreckenraketen. Die Shaheen-Reihe sowie ihre Abwandlung Ababeel werden durch jede Weiterentwicklung mit einer größeren Reichweite ausgestattet (vgl. Tabelle 8; CSIS Missile Defense Project 2022b). Die Shaheen-I und Shaheen-II orientieren sich laut Gogna an den Modellen der chinesischen M-Serie³⁶ (vgl. Gogna 2017). Im Gegensatz dazu sind die übrigen Systeme Kurzstreckenraketen mit wenigen 100 Kilometern Reichweite. Die ballistische Kurzstreckenrakete Nasr besitzt sogar lediglich 70 Kilometer Reichweite (vgl. ebd.). Die Rakete wird als Inbegriff der full spectrum deterrence verstanden, da ihr eine Counterforce-Rolle zugeschrieben wird (vgl. Sethi 2019; Shaheen 2019). Die Counterforce-Rolle ist zudem ein Anzeichen für eine Kriegführungsstrategie mit Nuklearwaffen. Die Trägersysteme sind zugleich hinsichtlich ihrer Reichweite divers genug, unterschiedliche Aufgaben einer Kriegführungsstrategie auszuführen, ohne Gefahr zu laufen, dass die technologischen Potentiale unzureichend ausgeschöpft werden. Im Rahmen der Doktrin und aufgrund der konventionellen Unterlegenheit gegenüber Indien wäre die pakistanische Regierung jedoch gezwungen, die Nuklearwaffe mit geringer Sprengkraft zu nutzen (vgl. Shaheen 2019; Toon et al. 2019: 2). Der folgende Einsatz würde zu einer Eskalation des Konfliktes beitragen und wird bspw. durch Nazir als Beweis für eine aktive Nuklearwaffenpolitik im Verteidigungsfall gehalten (vgl. ebd.). Der Journalist A. Vinod Kumar in einem Kommentar für das Manohar Parrikar Institute for Defense and Analyses sowie der General Khalid Kidwai, Mitglied der National Command Authority, ergänzen, dass die Nasr eine militärische Antwort auf bzw. Schlüsseltechnologie gegen die indische Cold Start Doktrin als offensive Strategie gegen Pakistan sei und entsprechend zur Verteidigung im eigenen Territorium eingesetzt werden würde (vgl. Kumar 2019; Motwani 2018; Kristensen et al. 2018: 350). Gleichzeitig betonte der ehemalige Verteidigungsminister Khawaja M. Asif, dass dies ein Zeichen für die international anerkannte Überlegenheit der „taktischen“ Nuklearwaffen Pakistans sei und den Einsatzwillen der pakistanischen Regierung stärke (vgl. Kristensen et al. 2018: 350). Die Politologin Tasleem bewertet die Abadeel und die Shaheen-III gleich-

³⁶ Die für den Export geeigneten chinesischen, ballistischen Raketen werden als M-x bezeichnet und gehören zur Dongfeng-Klasse.

wertig mit der Nasr bzgl. ihrer counterforce und countervalue Eigenschaften anstelle einer reinen countervalue Eigenschaft (vgl. Tasleem 2018: 77). Hinsichtlich der luftgestützten Trägersysteme bleibt zu erwähnen, dass die F-16 Kampfflugzeuge laut Angaben des SIPRI keine nukleare Rolle mehr übernehmen, diese aber übernommen haben könnten (vgl. SIPRI 2021: 386). Diese Flugzeuge, ebenso wie die aktuellen Mirage III/V, werden wahrscheinlich einem Kampfflugzeug des Modells JF-17 abgelöst werden (vgl. ebd.).

Als wichtigste Neuerung gilt die Babur-3 Submarine-launched Cruise Missile, da diese dem pakistanischen Militär erstmals ein seegestütztes Trägersystem ermöglicht (vgl. Tabelle 8). Der Besitz der Babur-3 ist einer der Auslöser für die unterschiedliche Bewertung der pakistanischen Nuklearwaffenpolitik durch Experten anderer Nuklearwaffenstaaten. Der Marschflugkörper wurde bereits im Januar 2017 getestet und soll auf U-Booten stationiert werden (vgl. Rej 2018: 1). Er ist damit der Nachfolger und die maritime Variante der Ground-launched Cruise Missile Babur (vgl. Kile/Kristensen 2019b: 334). Dazu dienen Diesel-U-Boote, wovon drei der französischen Agosta 90B-Klasse und zwei der Agosta-70-Klasse angehören (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 60). Die pakistanische Marine ist für diese Modernisierung auf ausländische Zulieferer angewiesen und in Abhängigkeit einer Interessenspolitik der Zuliefererstaaten, da sie nicht über eine nationale Rüstungsindustrie in diesem Bereich verfügen (vgl. Abbott et al. 2018: 131-132). Die Vergrößerung und die Modernisierung der pakistanischen Marine stellt außerdem die Kommandostruktur vor Herausforderungen, da für eine Zweitschlagfähigkeit die U-Boote autonom agieren können müssen (vgl. Rej 2018: 5). Dies ist unter der jetzigen Kommandostruktur nicht gewährleistet. Zusätzlich sollen ab 2022 acht chinesische Typ 039B/ S20 Yuan-Klasse U-Boote, die seinen Vorgänger aus den 1960ern zu Ehren Hangor-Klasse getauft werden, soll, für einen Preis von 4 bis 5 Milliarden US-Dollar³⁷ angeschafft werden (vgl. Rej 2018: 1; SIPRI 2020 a: 374; Khan, B. 2019; Meng/Chan 2015). Auch diesen U-Booten könnte eine nukleare Rolle zugeteilt werden (vgl. SIPRI 2020a: 374). Die chinesische Exportvariante S-20 verfügt über ein modulares Grundsystem und der dieselmotorige Stirling-Antrieb wurde für das pakistanische Militär mit

³⁷ Im Kauf waren wahrscheinlich auch vier Fregatten der Klasse Type 054A/P enthalten (vgl. Khan, B. 2019).

einer außenluftunabhängigen Antriebsanlage aufgerüstet (vgl. Khan, B. 2019; Meng/Chan 2015). Im Vergleich zu einem nuklearen Antrieb besitzt die außenluftunabhängige Antriebsanlage Vor- und Nachteile, die von Sebastien Roblin (2019) für die Fachzeitschrift *The National Interest* für die Bereiche Tarnkappentechnik, Ausdauer, Geschwindigkeit und Kosten herausgearbeitet hat. Aufgrund der Tatsache, dass eine Batterie mithilfe einer außenluftunabhängigen Antriebsanlage mehrere Tage fahren kann, ist ein diese Technik nutzendes U-Boot potenziell – in Abhängigkeit vom Technologiestand - geräuschloser als ein SSBN³⁸ (vgl. Roblin 2019b). Darüber hinaus verlängert die Antriebsanlage die Tauchphase auf mehrere Wochen. Im Vergleich zu einem SSBN mit einer Tauchphase von drei bis vier Monaten ist die Erhöhung zwar vernachlässigbar, allerdings ist der Abstand dadurch verkürzt worden (vgl. ebd.). Dies gilt auch für die Geschwindigkeit, da die konventionellen U-Boote nicht die Maximalgeschwindigkeit von 30 oder mehr Knoten eines SSBN erreichen oder gar auf Dauer halten können (vgl. ebd.). Allerdings reduzieren sich die Wartungskosten im Vergleich zu einem SSBN um ein Vielfaches³⁹. Insbesondere das chinesische Stirling-System ist eine kostengünstige Variante der Antriebsanlage, da es keine Brennstoffzellen, sondern Diesel als Treibstoff nutzt (vgl. Episkopos 2020). Nach Aussage des chinesischen Forschers Li Jie von der PLAN Militärakademie erzeugt die außenluftunabhängige Antriebsanlage einen militärischen Vorteil (vgl. Li Jie zitiert nach Meng/Chan 2015). Abbott et al. vermuten hingegen, dass die U-Boote aufgrund der mangelnden Ressourcen, unzureichender chinesischer Hilfe und der Dominanz der pakistanischen Armee im Vergleich zur Marine einen rein symbolischen Charakter besitzen werden (vgl. Abbott et al. 2018: 142). Die Anschaffung der U-Boote deutet darauf hin, dass der Bau eigener SSBN für das pakistanische Militär in naher Zukunft auszuschließen ist. Die Bestrebungen für eine eigene SSBN wurden zuvor durch verschiedene pakistanische Admiräle angedeutet (vgl. Naqvi 2012; Mian et al. 2019: 188). So hatte der damalige pakistanische Admiral Shahid Karimullah im Jahr 2005 verkündet, dass bis zum Jahr 2015 die pakistanischen

³⁸ Ein SSBN erzeugt weiterhin Geräusche aufgrund der Notwendigkeit von Kühlmitteln (vgl. Roblin 2019b).

³⁹ In dem von Roblin gewählten Beispiel von US-amerikanischen U-Booten betragen die Kosten für ein konventionelles U-Boot 200 bis 600 Millionen US-Dollar anstatt 2 bis 2,6 Milliarden US-Dollar (vgl. Roblin 2019b).

und indischen SSBN auf dem gleichen Niveau sein würden (vgl. Mian et al. 2019: 188). Jenseits eines Prestige-Anspruches, der mit dem Besitz eines SSBN einhergeht, scheint die Lösung durch die U-Boote mit außenluftunabhängigen Antriebsanlagen für Pakistan sinnvoller, da der Schutz der eigenen Küste und die damit verbundenen militärischen Aufgaben durch die Diesel-U-Boote gleichwertig, aber preisgünstiger gelöst werden können als mit der Anschaffung von SSBN. Die Hangor-Klasse würde daher die Zweit- bzw. Drittschlagfähigkeit Pakistans ermöglichen. Zusätzlich, so argumentieren Joshi und O'Donnell, behebt die Anschaffung der Diesel-U-Boote eine militärische Schwachstelle Pakistans, die aufgrund einer indischen Seeblockade entstehen würde, da der pakistanische Staat dadurch nicht tragbare wirtschaftliche Einbußen ertragen müsste (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 60). Ebenso eröffnet dies jedoch auch die Möglichkeit einer offensiven Militärstrategie, da die U-Boote im Vergleich zu den indischen SSBN überlebensfähiger sind. Auch wenn die pakistanische Marine der indischen Marine konventionell unterlegen bleibt (vgl. ebd.). Insgesamt lässt sich für das pakistanische Arsenal festhalten, dass es durch seine Überlebensfähigkeit und diverse Aufstellung eine aktive Nuklearwaffenpolitik ermöglichen könnte. Im Folgenden soll zudem die nukleare Infrastruktur Pakistans beurteilt werden, ob der pakistanische Staat die Befähigung hat, ihr Arsenal so zu erweitern wie gewünscht.

Das pakistanische Arsenal wird durch potenzielle Abwehrmaßnahmen in ihrer Abschreckung unterstützt. Es sind jedoch keine Angaben für den Besitz oder Erwerb von Raketenabwehrsystemen gegen ballistische Raketen bekannt. Stattdessen kann lediglich auf das ASW gegen SSBN zurückgegriffen werden. Wie bereits bei Indien und China sollen die ASW-Maßnahmen gesondert aufgeführt werden, um ihre Verfügbarkeit für den Indischen Ozean darzustellen (vgl. Tabelle 9).

Bezeichnung	Typ	Anschaffungsjahr	Anzahl
Agosta-70	U-Boot	1979	2
Agosta-90B	U-Boot	1999	3
Breguet 1150 Atlantic	ASW-Flugzeug	1976	---
Embraer Lineage 1000	ASW-Flugzeug	2020	1

F-27 Fokker	ASW-Flugzeug	1982	---
Harbin Z-9(E)C	ASW-Helikopter	2009	---
Lockheed P-3C	ASW-Flugzeug	Ende 1990er	4
SA-319 Alouette	ASW-Helikopter	1977	---
Westland Sea King MK-45/45A	ASW-Helikopter	1974	6

Tabelle 9: Pakistanische ASW-Maßnahmen sowie Jagd-U-Boote

Quellen: Eigene Darstellung in Verbindung mit Pakistan Navy o. J., Naval Technology 2001, GlobalSecurity.org 2011a, GlobalSecurity.org 2011b, The News International 2012, Defense-aerospace.com o. J., Mackey 2011, Helis.com o. J.

Die pakistanische Marine verfügt laut eigenen Angaben über fünf Geschwader mit ASW-Aufgaben (vgl. Pakistan Navy o. J., Tabelle 9). Das 111. Geschwader besteht aus sechs Westland Sea-King Mk-45/45A Helikoptern, die im Jahr 1974 erworben wurden, jedoch hinsichtlich ihrer Sensorsysteme modernisiert wurden (vgl. ebd.). Ebenso sind die sieben SA-319 Alouette Helikopter für das 333. Geschwader, die für begrenzte ASW von Schiffen aus vorgesehen sind, aus den Jahren 1977, 1982 sowie 2008, so dass die alten Modelle lediglich überarbeitet wurden (vgl. ebd.). Die Flugzeuge des 27. Und 29. Geschwaders, die F-27 Fokker und die Breguet 1150 Atlantic, sind ebenfalls in den 1970er bzw. 1980er Jahren erstmalig in Dienst gestellt worden (vgl. ebd.). Zusammenfassend sind die Abwehrmaßnahmen der pakistanischen Streitkräfte zu überholt, um für die indischen Streitkräfte eine Bedrohung sein zu können. Eine Ausnahme hierfür sind die angeschafften Diesel-U-Boote zur U-Jagd, um die eigenen Gewässer zu verteidigen. Insgesamt könnte zudem das nukleare Arsenal zusammen mit den

Abwehrmaßnahmen so interpretiert werden, dass sich die pakistanischen Entscheidungsträger auf die eigene Zweitschlagfähigkeit statt der Abwehr eines Erstschlages konzentrieren.



Abbildung 8: Pakistanische Städte mit mehr als 1,5 Millionen Einwohner, Islamabad, Gwadar sowie die nukleare Infrastruktur

Quellen: Eigene Darstellung in Verbindung mit World Population Review 2022b, IPFM 2021d, IPFM 2021h

Die pakistanische Infrastruktur zur Herstellung nuklearen Spaltmaterials befindet sich weiterhin in der Entwicklung und im Aufbau. Zum 31. Dezember 2020 verfügt die pakistanische Regierung laut Angaben des IPFM über $3,9 \pm 0,4$ t HEU und 0,41 t militärisches Plutonium (vgl. IPFM 2021h). Es ist davon auszugehen, dass die pakistanische Regierung ihre Bestände an Spaltmaterial weiterhin vergrößert, wobei sie durch die natürlichen Uranvorkommen im eigenen Land begrenzt sind (vgl. Kile/Kristensen 2019b: 332-333). Die derzeitigen pakistanischen Uranvorkommen werden mit einer in-situ Technologie geborgen (vgl. IPFM 2010: 127). Im Durchschnitt ist laut IPFM das geborgene Uran von minderer Qualität als das Uran vergleichbarer, kommerzieller Minen (vgl. ebd.). Aufgrund dieses Aufwands hat die pakistanische Regierung im Jahr 2014 mit der Shanawa

Uranmine ein kostspieliges Projekt in Höhe von 40 Millionen US-Dollar zur Förderung fertiggestellt (vgl. IPFM 2010: 127; IPFM 2016). Laut Schätzungen des IPFM aus dem Jahr 2010 stieg die jährliche Förderung damit auf 60 t Natururan pro Jahr (vgl. IPFM 2010: 127). Es liegen jedoch keine weiteren Informationen für die Shanawa Uranmine vor und auch die Prognose kann nicht vollends bestätigt werden (vgl. IPFM 2016). Aufgrund der geringen Menge an Spaltmaterial könnte die pakistanische Regierung bei 15 kg HEU und 4 kg militärischen Plutonium insgesamt 362 Sprengköpfe produzieren lassen. Die vorhandene Menge an Spaltmaterial und die daraus produzierten Sprengköpfe sind damit deutlich geringer als die vergleichbaren Arsenale Indiens und Chinas bei vollständiger Ausschöpfung ihres aktuellen Bestandes. Für den Aufwand des zivilen Sektors kann die pakistanische Regierung jedoch auf chinesische Unterstützung und Importe von angereichertem Uran (3%) zurückgreifen (vgl. World Nuclear Association 2021b; IMPF 2010: 127/128). Entsprechend kann das geförderte Natururan einem militärischen Verwendungszweck dienen, da dies nicht denselben Kontrollen wie das importierte Uran unterliegt und die zivilen Bedarfe mithilfe eben jener Importe bereits unterstützt werden. Zur Produktion sind laut Angaben des IPFM zwei militärisch genutzte Anlagen zur Urananreicherung bekannt.: Die Kahuta Research Laboratories erzeugen 15 bis 45 t SWU pro Jahr und für das Gadwal Uranium Enrichment Plant nahe Rawalpindi liegen keine genauen Angaben vor (vgl. IPFM 2021d; IPFM 2021h). Als Wiederaufbereitungsanlage steht der pakistanischen Regierung bislang das Pakistan Institute of Nuclear Science & Technology (PINSTECH) in Nilore, Islamabad mit einer Leistung von 20 bis 40 t HM pro Jahr zur Verfügung (vgl. IPFM 2021b; Nuclear Threat Initiative b o. J.). Eine weitere Anlage befindet sich bei dem Chashma Kernkraftwerk in Bau, die 50 bis 100 t HM pro Jahr erreichen soll (vgl. IPFM 2021b; IPFM 2010: 132). Insgesamt wurde der Produktionsfokus auf Plutonium verlagert, so Joshi und O'Donnell (vgl. Joshi/O'Donnell 2019: 57). So wurde erst 2013 bzw. 2015 der Khushab Nuklearkomplex ausgebaut und verfügt mit Khushab-III und Khushab-IV über zwei weitere Schwerwasserreaktoren, deren Produktion wahrscheinlich für die entwickelten Kurzstreckenraketen vorgesehen ist (vgl. ebd.). Die beiden älteren Modelle Khushab-I und Khushab-II können 40 bis 50 MW t Energie erzeugen (vgl. IPFM 2010: 131). Bei Khushab-I handelt es sich um einen Schwerwasserreaktor mit

einer Leichtwasserkühlung, während Khushab-II auch über eine Schwerwasserkühlung verfügen soll (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu den Leichtwasserreaktoren ermöglichen Schwerwasserreaktoren die Verwendung von Natururan, wodurch eine Anreicherung nicht länger notwendig ist (vgl. Framatome 2018). Folglich ist die Produktion durch die Kraftwerke auch dann gedeckt, wenn die Urananreicherungsanlagen ausschließlich militärisch produzieren und die Importe ausfallen würden. Die pakistanische Regierung kann demnach autarker handeln. Zuletzt besitzt die pakistanische Regierung zwei Atomwaffentestgelände mit Ras Koh (auch Chagai-1) und Wazir Khan Khosa (auch Chagai-2) (vgl. Nuclear Threat Initiative 2011 a; Nuclear Threat Initiative 2011b). Die gesamte nukleare Infrastruktur konzentriert sich um die erweiterte Region der Hauptstadt sowie die beiden größere Städte im Landesinneren (vgl. Abbildung 8).

Da Pakistan seine nukleare Infrastruktur weiterhin aufbaut, können die Modernisierungsbestrebungen bislang weiter ausgeführt werden. Allerdings ist die pakistanische Regierung sowohl durch Technologie ihres Arsenal als auch durch die eigenen Uranvorkommen eingeschränkt. Aufgrund des vorhandenen Arsenal kann in der derzeitigen Situation gegenüber Indien bzw. auch aufgrund eines Mangels an Alternativen eine aktive Nuklearwaffenpolitik nahegelegt werden. Das pakistanische Militär ist jedoch sowohl konventionell als auch nuklear dem indischen Militär unterlegen. Deshalb ist davon auszugehen, dass diese aktive Nuklearwaffenpolitik allenfalls zur Verteidigung zu interpretieren ist.

3.4.3. Bewertung der Action Policy des pakistanischen Staates

Im Folgenden sollen in diesem Zusammenhang die strategische Kultur sowie die kultur-historischen Erfahrungen daraufhin untersucht werden, ob die pakistanische Regierung eine aktive Nuklearwaffenpolitik verfolgen würde. Wie bereits bei der chinesischen und indischen Untersuchung werden die Selbst- und Fremdwahrnehmung miteinander verglichen, um die Unterschiede herauszustellen.

3.4.3.1. Pakistanische Selbstwahrnehmung unter Einbezug kultur-historischer Erfahrungen

Die pakistanische Regierung wird als ein explosiver Mix aus Politik und Religion beschrieben, bei dem die Armee die Außen- und Sicherheitspolitik, inkl. der Nuklearwaffen und Terrorismus, bestimmt (vgl. Dwivedi 2019). Die Vermischung der beiden Bereiche beruht auf zwei verschiedenen Bewegungen innerhalb des Landes: So sieht der Südasienexperte des Manohar Parrikar Institute for Defense Studies and Analyses K. Alan Kronstadt (2005) eine Identitätsfrage für einen stabilen und demokratischen Nationalstaat Pakistans zwischen Nationalisten und Islamisten (vgl. S. 240-241). Beide Formen wären zwar muslimisch geprägt, jedoch sehe nur letztere eine Abkehr zu westlichen, liberalen Werten in Verbindung mit der Anwendung des islamischen Rechts auf allen Ebenen vor (vgl. Kronstadt 2005: 241). Die strategische Kultur Pakistans ist geprägt von der Abhängigkeit zu nichtstaatlichen Akteuren unter einem nuklearen Schutzschirm (vgl. Fair 2016: 15). Laut der US-amerikanischen Politologin C. Christine Fair (2016) beruht die Verhaltensweise sowie die gesamte strategische Kultur Pakistans auf dem als ungerecht empfundenen Teilungsprozess des Jahres 1947 (vgl. S. 5). Daraus resultieren vier Grundannahmen, so dass erstens sich die Pakistani ihren Staat als unvollständig empfinden (vgl. ebd.). So erklärte der pakistanische Armeegeneral Qamar Javed Bajwar, dass sein Staat jede Form von Unterstützung an die Kaschmiris geben würde (vgl. Bedi 2019). Zweitens gilt die Grenze zu Afghanistan als eine Instabilitätsquelle. Aufgrund der indischen Präsenz in Afghanistan wird, so die Autorin, ein Zwei-Fronten-Krieg durch den indischen Staat unterstellt (vgl. Fair 2016: 7). Drittens existiert die Überzeugung, dass die indische Gesellschaft den Staat Pakistan entweder beherrschen oder zerstören will,

da die indischen Entscheidungsträger über einen fundamentalen Hass gegenüber Muslimen bzw. dem muslimischen Staat verfügen (vgl. ebd.). Zuletzt wird das indische Hegemonialmachtbestreben als existentielle Gefahr wahrgenommen, der es sich zu widersetzen gilt (vgl. Fair 2016: 8). In diesem Kontext sieht zum einen die pakistanische Armee sich als Verteidiger der Einheit und des Nationalinteresses des Staates berufen und zum anderen wird der Islam als einheitsstiftender Faktor für die unterschiedlichen ethnischen Gruppen angeführt (vgl. Fair 2016: 9; Chadha 2018: 3; Taylor 2014: 311). Die daraus resultierende Narrative wird auf die gesamte Bevölkerung angewandt, so dass jeder Pakistani in die Pflicht genommen wird, einen heiligen Krieg zu führen (vgl. Fair 2016: 10). Die Armee kontrolliert nach Auffassung Sharmas die Nation als Ganzes (vgl. Sharma 2018). Demnach hat die pakistanische Armee ein eigenes Interesse an der Aufrechterhaltung der Spannungen und des Kaschmir-Konfliktes (vgl. Paul 2012: 218; Chadha 2018: 3; Tasleem 2019). Die Darstellung als essenzielle Interventionsmacht zur Sicherung des Überlebens des Staates benötigt gegen die indische Überlegenheit auch die Nuklearwaffen (vgl. Chadha 2018: 3; Taylor 2014: 311). In einem Jahrbuch, welches im Namen des pakistanischen Verteidigungsministeriums veröffentlicht wird, für die Jahre 2019-2020 wird im Vorwort das Selbstverständnis der Rolle der Armee deutlich:

„Insulating the country from external as well as internal shocks is its proud and prized duty. Fluid LOC, an attempt at a surgical strike or proxies trying to destabilize the country from within, Armed Forces have blunted all such designs successfully“ (Government of Pakistan Ministry of Defence Defence Division Rawalpindi 2020: iii).

Die Armee hat demnach den Zusammenbruch des Staates erfolgreich verhindert und sieht seine Aufgaben sowohl innerhalb als auch außerhalb der Staatsgrenzen. Der Ausdruck „proud and prized duty“ vermittelt zudem Pathos und Selbstverständlichkeit, die mit der Ausführung der Taten einhergeht. Aus dem Einfluss resultiert, dass pensionierte Offiziere administrative Positionen in der Regierung erhalten, ehemalige Armeeangehörige in ländlichen Regionen gutes Land zugewiesen bekommen und zuletzt erhalten Soldaten eine finanzielle Absicherung durch die Fauji Foundation (vgl. Taylor 2014: 311). Seit den 2000er Jahren ist die Armee zusätzlich mit der Aufgabe betraut, militante, islamistische

Gruppen zu bekämpfen (vgl. ebd.). Allerdings ist die Aufgabe aufgrund von Sympathisanten innerhalb der pakistanischen Armee und den daraus resultierenden Separationsbewegungen gefährlich (vgl. Taylor 2014: 311-312). Die Sympathisanten erhöhen zudem die Gefahr eines nicht-autorisierten Nuklearwaffeneinsatzes, die bislang aufgrund der Spaltungsgefahr durch die militärischen Entscheidungsträger in Kauf genommen worden zu sein scheint. Zusätzlich handelt es sich bei dem Konflikt für die pakistanische Gesellschaft, um einen defensiven Konflikt, da sie ihr eigenes Territorium vor einem vermeintlichen Aggressor verteidigen wollen, der sowohl ideologisch als auch theologisch ihr Feind ist (vgl. Fair 2016: 15). Aufgrund des Feindbildes und existentiellen Bedrohungscharakters scheint eine aktive Nuklearwaffenpolitik folgerichtig für die pakistanischen Entscheidungsträger. Es ist jedoch fraglich, inwieweit sich diese Politik auf die Verteidigung des eigenen Landes und den damit verbundenen Kosten auswirken würde und ob die pakistanischen Entscheidungsträger eine offensivere Variante favorisieren könnten. Bislang ist die Nuklearwaffenpolitik demnach als defensiv auszulegen. Dies gilt insbesondere, da Imran Khan betonte, dass niemand in einem Krieg mit Nuklearwaffen gewinnen würde (vgl. Bedi 2019). Die bereits angesprochene Antisatellitenwaffe wird durch die pakistanische Nuklearwaffenexpertin Ghazala Yasmin Jalil (2019) als gegen Pakistan und Militarisierung des Weltraumes gewertet (vgl. Jalil 2019: 1). Auch wenn der Kontext nahelegt, dass dies auch aufgrund der sicherheitspolitischen Lage mit China und Prestige von der indischen Regierung durchgeführt wurde, zeigt die Interpretation, wie existenziell die Bedrohung für Pakistan zu sein scheint.

Als neue strategische Komponente ist für das pakistanische Militär der indische Ozean insofern hinzugekommen, als dass sie über Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen auf U-Booten verfügen. Die Politologen Abbott et al. sehen in ihrem Bericht für das Center for Strategic and International Studies (2018) die Anschaffung der U-Boote als eine notwendige Maßnahme aufgrund des durch die indischen SSBN erzeugten Handlungsdruckes an (vgl. S. 143). Die Autoren folgerten, dass die pakistanischen Entscheidungsträger aufgrund des strategischen Nachteils die landbasierten Trägersysteme einsatzbereit lagern lassen und Pläne für einen Erstschatz gegen die indischen SSBN erstellen könnten (vgl.

ebd.). Für die U-Bootflotte müssten die Nuklearwaffen entsprechend einsatzbereit gelagert werden, wodurch zusätzlich auch die Kommandostruktur erschwert werden würde, was Unfälle oder unautorisierte Einsätze zur Folge hätte (vgl. Jalil 2019: 4). Bereits 2016 wurden daher durch die pakistanische Regierung Pläne eingeleitet, die die Sicherheit der eigenen Hoheitsgewässer gewährleisten soll (vgl. Khan 2017). Neben den U-Booten erhält die pakistanische Marine daher A2/AD Waffensysteme, wie beispielsweise die Azmat FAC Schiffsreihe mit ihren Antischiffswaffen (vgl. ebd.). Die Modernisierung und der Ausbau der Marine erweitert demnach die Einsatzmöglichkeiten in den eigenen Gewässern und zum Schutz der eigenen Küste. Es ist jedoch gleichzeitig wieder eine Reaktion auf die indischen Rüstungsbestrebungen. Als ein weiterer Sicherheitsfaktor nennt die indische Politologin Reshmi Kazi (2014) als Indizien die außenpolitischen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien: Die saudische Regierung besitzen militärisch-strategische Verbindungen zu Pakistan, die auch eine Unterstützung der Nuklearwaffen 1998 miteinschlossen (vgl. S. 3). Kazi erwägt, dass eine nukleare Garantie für Saudi-Arabien seitens der pakistanischen Regierung aus mehreren Gründen attraktiv sein könnte (vgl. Kazi 2014: 9). Zum einen verhindert es die Proliferation. Zum anderen erhöht die Stationierung die Zweitschlagfähigkeit des pakistanischen Militärs gegenüber einem indischen Erstschlag. Zuletzt sind die Nuklearwaffen vor einem Zugriff durch Terroristen und politischen Unruhen geschützt (vgl. ebd.).

3.4.3.2. Historische und politische Beziehungen zu Indien

Wie bereits festgestellt, richten und bemessen sich die außenpolitischen Bestrebungen des pakistanischen Staates vorwiegend im Verhältnis zu Indien. In der UN-Generalversammlung im Jahr 2021 sprach Imran Khan unter anderem die angespannte politische Lage mit Indien an: Er kritisierte den indischen Staat für die schlimmste Form von Islamfeindlichkeit weltweit (vgl. Khan 2021: 4). Er sieht Islamfeindlichkeit seit dem 11. September als wachsendes, globales Problem, welches seinerseits Terrorismus durch Islamgegner und Rechtsextreme befürwortet (vgl. ebd.). Bei der indischen Regierung sieht er jedoch aufgrund der „hate-filled ‚Hindutva‘ ideology“ und dem „fascist RSS-BJP regime“ keine Verbesserung der Situation für die in Indien lebenden Muslime (vgl. ebd.). Der pakistanische Premierminister nutzt die internationale Plattform, um konkrete Vorwürfe

gegen die indische Regierung zu konkretisieren. Er spricht von Gesetzen, die zur Säuberung verwendet werden, Kampagnen zur Zerstörung von Moscheen sowie der Auslöschung der muslimischen Geschichte und Erbes in Indien (vgl. ebd.). Khan nutzt eine harsche und eindeutige Rhetorik gegenüber Indien. In seiner Wahrnehmung tritt der indische Staat als Aggressor auf, da die Islamfeindlichkeit auf den islamischen Staat Pakistan bezogen und übertragen werden kann. Zusätzlich kritisiert Khan die von der indischen Regierung neu getroffenen Maßnahmen namens „final solution“ für die Region Jammu und Kaschmir (vgl. ebd.). Mit diesen sollen in der Region die kaschmirische Führung eingesperrt, Medien und Internet kontrolliert, Demonstrationen gewalttätig niedergeschlagen, 13.000 junge Kaschmiri entführt und gefoltert, unschuldige Kaschmiris in gefälschten Gefechten getötet und kollektive Strafen in Form von der Zerstörung von Dörfern und Stadtteilen stattgefunden haben (vgl. Khan 2021: 4-5). Durch die Maßnahmen soll die Bevölkerung von einer muslimischen Mehrheit in eine Minderheit verändert werden (vgl. Khan 2021: 5). Diese Taten wurden durch den pakistanischen Staat aufgedeckt und in einem Dossier veröffentlicht (vgl. ebd.). Imran Khan hat in diesem Zusammenhang geäußert, dass er eine Vermittlung für den Grenzkonflikt Kaschmirs durch die Vertreter der USA akzeptieren würde (vgl. The Economic Times 2021). Im Gegensatz dazu haben indische Entscheidungsträger das Einbeziehen einer dritten Partei wiederholt abgelehnt (vgl. ebd.). Neben der Schaffung eines negativen Narrativen über Indien nutzt Khan die Möglichkeit auch die internationale Gemeinschaft anzuklagen, da die Verbrechen ignoriert werden und ein doppelter Standard angelegt werden würde (vgl. ebd.). Für die Region Jammu und Kaschmir werde zudem die UN-Resolution für eine freie Volksentscheidung missachtet (vgl. ebd.). Khan beschreibt demnach die muslimische Bevölkerung und im weiteren Sinne den Staat Pakistan in einer passiven Opferrolle. Sein Vortrag steht in der Tradition der Selbstdarstellung – insbesondere in der Beziehung zu Indien, welches als Aggressor wahrgenommen wird. Gleichzeitig betont Khan, dass der pakistanische Staat sich Frieden mit Indien (sowie allen anderen Nachbarstaaten) wünsche (vgl. Khan 2021: 6). Zu Nuklearwaffen äußerte Khan wenige Monate zuvor, dass das eigene nukleare Arsenal ausschließlich der Abschreckung und Verteidigung diene (vgl. The Economic Times 2021).

„As far as I know, it's not an offensive thing. [...] The moment there is a settlement in Kashmir, the neighbours would live as civilised people. We will not need to have nuclear deterrents“ (ebd.).

Jedoch mindern die konventionellen und nuklearen Aufrüstungen Indiens die gegenseitige Abschreckung (vgl. Khan 2021: 6). Zusammengefasst wäre nach der Aussage des Premierministers der pakistanische Staat zur Abrüstung unter den Bedingungen bereit. Allerdings sind diese objektiv schwer umzusetzen, da für den Kaschmirkonflikt mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Lösung in naher Zukunft Lösung vorliegen wird und eine indische Abrüstung durch die chinesischen Nuklearwaffen unwahrscheinlich ist.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen der beiden Staaten wird an der Reaktion auf die Rede deutlich: Die indische First Secretary Sneha Dubey antwortete auf die Rede des pakistanischen Premierministers mit Gegenvorwürfen: „This ist he country which is an arsonist disguising itself as a firefighter“ (AFP/WebDesk 2021). Sie bezog sich auf die pakistanische Unterstützung von Terroristen, um Indien zu schädigen (vgl. ebd.). Des Weiteren stellte sie heraus, dass im indischen Staat als pluralistische Demokratie auch Menschen mit Minderheitshintergrund in hohe Ämter erhalten können und dass die Region Jammu und Kaschmir integraler Bestandteil des indischen Staates war, ist und sein wird (vgl. ebd.). Auch wenn die erste Aussage als Tokenism interpretiert werden könnte, erzeugte die zweite Aussage eine Reaktion der pakistanischen Repräsentantin Saima Saleem: „[N]either a so-called integral part of India nor is it India's internal matter“ (ebd.). Stattdessen sei der indische Staat weiterhin Besitzer eines international anerkannten umstrittenen Gebietes (vgl. ebd.). Das indische Verhalten wird als Obsession mit Pakistan verstanden, die sich auf die regierende Elite und Governance ausstreckt (vgl. ebd.). Die indischen Entscheidungsträger greifen auf Methoden der Ablenkung, Täuschung und Desinformation gegen Pakistan sowie verschiedenen Formen des Staatsterrorismus gegen die Muslime in Indien und Jammu und Kaschmir zurück (vgl. ebd.). Der pakistanische Staat wird demnach zu Unrecht als Aggressor dargestellt, da der indische Staat die Methoden auch nutzt, um von sich selbst abzulenken (vgl. ebd.). Sowohl Human Rights Watch als auch Amnesty International haben, so Saima Sa-

leem, die Menschenrechtsverletzungen bemängelt (vgl. ebd.). Gegen die Vorwürfe reagiert die indische Regierung jedoch mit einer Hexenjagd gegen die Kritiker (vgl. ebd.).

Die zwischenstaatlichen Beziehungen ähneln damit dem Ansatzes Carl Schmitts vom absoluten Feind: Laut seinen Aussagen werden Nuklearwaffen als reine Vernichtungsmittel deklariert, womit sie als absolut zu behandeln seien (vgl. Schmitt 2017: 94-95). Der Einsatz der Waffen erfordert einen absoluten Feind, gegen den jedes Mittel einzusetzen ist (vgl. ebd.). Der Feind muss absolut sein, da der Einsatz nicht gerechtfertigt wäre und in Folge die eigene Haltung als verbrecherisch und unmenschlich einzuordnen wäre (vgl. ebd.). Für den pakistanischen Staat und auch für den indischen Staat können die Aussagen so interpretiert werden, dass sie den jeweils anderen als absoluten Feind ansehen. Entsprechend sind die getroffenen Maßnahmen, wie bspw. die Unterstützung des Terrorismus, gerechtfertigt, da sie einer höheren Sache – nämlich der Vernichtung eines absoluten Feindes – dienen. Dennoch ist die Nuklearwaffenpolitik für die indischen Entscheidungsträger als passiv zu bewerten, da die konventionellen Mittel gegenüber Pakistan ausreichen.

3.4.3.3. Historische und politische Beziehungen zu China

Für die pakistanische Regierung ist, so die Worte des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif, die Beziehung zum chinesischen Staat eine Allwetter-Freundschaft, was den hohen Stellenwert erkennen lässt, den der chinesische Staat besitzt (vgl. Blank 2015; Dwivedi 2019). Mangels kultureller, historischer oder religiöser Gemeinsamkeiten basiert das Bündnis auch für die pakistanische Regierung auf einer militärischen Komponente: Für die pakistanische Regierung besteht der Vorteil zunächst aus der Akquise sensibler Technologien. Dazu zählen sowohl Nuklearwaffen als auch ballistische Raketen, deren Anschaffung mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die chinesische Regierung unterstützt wurde (vgl. Blank 2015; Gogna 2017). Im vergangenen Jahrzehnt ist das Handelsgeschäft für die neuen U-Boote zu nennen, der Kauf als der größte Rüstungsexport seitens China verstanden wird (vgl. Rana 2015). Dies zeigt die Bedeutung der zwischenstaatlichen Beziehung im Rüstungssegment und wird auf diese Art und

Weise durch die pakistanischen Medien dargestellt (vgl. ebd.). Zumal ein Nachfolgeddeal geschaffen wurde, der auch einen Technologietransfer beinhaltet (vgl. ebd.). Der pakistanische Rüstungsmarkt ist zudem für die chinesische Industrie ein sicherer Markt, da die Verteidigungsbeziehungen bereits vorhanden und erprobt sind (vgl. Meng/Chan 2015). So bezogen das pakistanische Militär und die staatlichen Sicherheitskräfte in den Jahren 2010 bis 2014 die Hälfte ihrer Waffenimporte aus China (vgl. ebd.). Als Teil des China-Pakistan Economic Corridor wird Pakistan zudem durch Investitionen in Höhe von 62 Milliarden US-Dollar allein für den Tiefseehafen in Gwadar unterstützt (vgl. Rashid 2018: 6). Dazu zählen auch weitere Subprojekte, wie Schienen- und Straßennetze, Industrieparks, Dämme und Energiestationen, die durch die chinesische Regierung in Pakistan gefördert werden (vgl. ebd.). Der Tiefseehafen steht durch die Infrastrukturprojekte in direkter Verbindung zur chinesischen Region Xinjiang und ermöglicht es dem chinesischen Staat die Straße von Malakka zu umgehen (vgl. Meng/Chan 2015). Darüber hinaus hat der Staat Saudi-Arabien eine Einladung als dritter Staat zum Projekt erhalten, was mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Investitionsschub führen sollte (vgl. Khan/Khan 2021: 87). Dem Beitritt stehen jedoch Probleme mit dem Iran entgegen, da der Staat zum einen mit Saudi-Arabien schlechte Beziehungen besitzt, jedoch für China ein wichtiger Energielieferant ist (vgl. ebd.). Das Projekt des China-Pakistan Economic Corridor veranlasste die chinesische Regierung außerdem dazu, gegen pakistanische Terroristen vorzugehen und den pakistanischen Staat in diesen Belangen zu unterstützen. Auf diese Art und Weise soll die Immigration von Terroristen über die Region Xinjiang verhindert werden (vgl. Meng/Chan 2015). Neben Indien wird China vermehrt als Ziel für Terror und separatistische Bewegungen ausgewählt (vgl. Basit et al. 2019: 57). So wurde gedroht, die Karakorum Autobahn zu zerstören, die eine direkte Verbindung zwischen China und Pakistan ist (vgl. ebd.). Die Tehrik-i-Taliban Pakistan wurde von der chinesischen Regierung als Terrororganisation deklariert (vgl. ebd.).

Zusammenfassend ist China sowohl ökonomisch als auch geostrategisch bzw. militärisch essenzieller Partner für Pakistan. Zusätzlich bedeutet die indische Grenze zu China für das pakistanische Militär eine Entlastung, da das indische Militär an zwei Fronten kämpfen müsste. Der ökonomische und politische

Einfluss des chinesischen Staates in Pakistan führt zudem dazu, dass jedwede Kritik, die bspw. durch die Misshandlung der uighurischen Bevölkerung in China, von der pakistanischen Regierung ignoriert wird (vgl. AFP 2020; Mahbubani 2020; Huffman 2021). Stattdessen werden zum einen uighurische Flüchtlinge auch auf pakistanischem Hoheitsgebiet verfolgt (vgl. Huffman 2021). Zum anderen wird der China-Pakistan Economic Corridor als ökonomischer Gewinn verstanden (vgl. ebd.). Angesprochen auf das Thema verschob der pakistanische Premierminister Imran Khan den Fokus auf die indische Präsenz in Kaschmir und dass er keinerlei Kenntnisse über die Situation der Uiguren in China habe (vgl. AFP 2020, Mahbubani 2020). Widerstand gegen den chinesischen Einfluss erfolgt durch Terrororganisationen und nationalistischen Bewegungen des Landes (vgl. Huffman 2021). Die Beziehungen zwischen China und Pakistan sind demnach für die pakistanische Regierung mit hohen innenpolitischen Kosten verbunden, da sie Unruhen fördern, die sie bisher nicht unter Kontrolle bekommen können.

3.4.4. Aktive Nuklearwaffenpolitik Pakistans

Bei der durch die pakistanische Regierung ausgegebene Nukleardoktrin der full spectrum deterrence handelt es sich um eine aktive Nuklearwaffenpolitik, da sie offen auch einen Erstschlag kommuniziert. Der Wechsel zu der Doktrin vollzog sich in Reaktion auf die konventionelle Unterlegenheit gegenüber den indischen Streitkräften. Aufgrund der Unterlegenheit ist auch davon auszugehen, dass die aktive Nuklearwaffenpolitik mit hoher Wahrscheinlichkeit als defensiv anzusehen ist. Der indische Staat ist fest als Feindbild in der pakistanischen Gesellschaft verankert und erzeugt die Existenzangst aufgrund der immerwährenden Bedrohung in der direkten Nachbarschaft. Insofern existiert für die pakistanische Nuklearwaffenpolitik keine Diskrepanz zwischen der Declaratory Policy und der Action Policy, da ein Erstschlag aufgrund der konventionalen sowie nuklearen Unterlegenheit keinen Vorteil bieten würde. Für eine defensive Ausrichtung sprechen die beiden Modernisierungen, dass erstens die Nasr-Rakete über eine sehr geringe Reichweite verfügt, auch wenn diese gleichzeitig nicht nahe der indischen Grenze gelagert werden kann. Dies würde zu der Problematik führen, dass die Nuklearwaffe wahrscheinlicher eingesetzt werden müsste, um sie nicht

zu verlieren. Zweitens sind die neu angeschafften U-Boote nicht für Hochseemissionen geeignet, so dass eine Patrouille der eigenen Hoheitsgewässer wahrscheinlicher ist. Wie bereits angeführt, ist seitens der indischen, politischen Entscheidungsträger kein nuklearer Erstschlag zu erwarten, so dass die U-Boote als Drittschlagwaffe dienen könnten.

Im weiteren Kontext steht für Pakistan zudem fest, dass sie sich in einer Abhängigkeit zu China befinden, die nicht im gleichen Umfang auf sie angewiesen sind. Folglich nimmt der pakistanische Staat eine Stellvertreterrolle gegen Indien ein, um einen eventuellen indischen, hegemonialen Anspruch in der südasiatischen Region für China zu unterbinden oder zumindest einzudämmen. Diese Abhängigkeit dürfte weiterhin dazu führen, dass das pakistanische Militär nicht die dazu notwendigen Kapazitäten besitzt, eine Nuklearwaffenpolitik auszuüben, die offensive militärische Aktionen ermöglicht. Stattdessen wird auch nichtstaatliche Akteure unter dem Schutzschirm der Nuklearwaffen zurückgegriffen, so wie das indische Militär eine äquivalente Rolle bezüglich ihrer konventionellen Streitkräfte verfolgt.

4. Sample Cases

Auf Grundlage der bisherigen Ausführungen lässt sich für den chinesischen und den pakistanischen Staat eine aktive Nuklearwaffenpolitik feststellen. Während die pakistanischen Entscheidungsträger die aktive Politik offen kommuniziert haben und ihnen eine defensive Absicht attestiert werden kann, halten sowohl die chinesischen als auch die indischen Entscheidungsträger an den vormals offen kommunizierten, offiziellen Nukleardoktrinen der strategischen Abschreckung fest. Die aktive Nuklearwaffenpolitik des chinesischen und indischen Staates erfolgt zeitgleich mit der Umsetzung der langfristigen Modernisierungen. Diese Politikveränderung verlief, wie bereits festgestellt, im besonderen Maße in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre. Es gilt zu bewerten, ob und inwieweit sich die politischen und militärischen Konflikte zwischen den Staaten durch eine aktive Nuklearwaffenpolitik verändert haben. Hierzu soll durch eine Auswahl an Sample Cases beurteilt werden, welche Mechanismen direkt oder indirekt, bewusst oder unbewusst zur Deeskalation geführt haben und ob sie durch eine aktive Nuklearwaffenpolitik verändert wurden. Es werden dabei die Fälle sowohl innerhalb als auch außerhalb des oben genannten Zeitraumes einbezogen, die die größte mediale Aufmerksamkeit erhalten haben und somit am zugänglichsten sind und dadurch den größtmöglichen Einblick in die politische Entscheidungsfindung geben. Die ausgewählten Konflikte innerhalb während der Politikveränderung sind daher der Pulwama-Konflikt zwischen Indien und Pakistan im Jahr 2019 und der Doklam-Konflikt zwischen Indien und China im Jahr 2017. Für die Konflikte vor der Politikveränderung wurden der pakistanisch-indische Konflikt im Jahr 2008 sowie der Kargil-Konflikt im Jahr 1999 ausgewählt, da zu diesen Zeitpunkten alle Staaten über Nuklearwaffen verfügt haben und dennoch vor dem Untersuchungszeitraum sind. Es wurden keine bewaffneten Konflikte zwischen China und Indien ausgewählt, da es zwischen den beiden Staaten diese nicht gegeben hat, seitdem der indische Staat offiziell als Nuklearwaffenstaat anerkannt wurde. Stattdessen blieb das Niveau der bewaffneten Konflikte maximal bei Scharmützeln, so dass die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Staaten im Jahr 2013 und im Jahr 2017 – und damit im Untersuchungszeitraum – vorliegen (vgl. Goldman 2020). Entsprechend ist die Entwicklung seit dem Jahr 2013

besonders kritisch zu bewerten, da das Eskalationsniveau zugenommen zu haben scheint. Die Zunahme an bewaffneten Konflikten zwischen diesen beiden Staaten steht damit im Gegensatz zu den Jahren zuvor und stimmt mit der oben angeführten veränderten Außenpolitik Chinas sowie härteren Konfliktpolitik Indiens überein. Dieser Grund soll im Doklam-Konflikt überprüft werden.

Alle Konflikte sollen zunächst in ihrem historischen, chronologischen Kontext bezüglich ihrer Eskalationsstufen beurteilt werden. In einem zweiten Schritt sollen die Aussagen der politischen Entscheidungsträger der beteiligten Staaten, die für den Konflikt eskalierend gewirkt haben, und eine Beurteilung der Wahrnehmung der Regierungen und Experten mit einbezogen werden. Im Abschluss kann festgestellt werden, welche Maßnahmen während des Konfliktes zur Eskalation und welche Maßnahmen zur Deeskalation geführt haben.

4.1. Kargil-Konflikt

Der Kargil-Konflikt ereignete sich vom 03. Mai bzw. 08. Mai bis 26. Juli 1999 (vgl. Singh 2019; Goyal 2021). Während der Kargil-Krise versuchten pakistanische Streitkräfte einen Teil der indischen Kaschmirregion zu besetzen (vgl. ebd.). Aufgrund des Eskalationspotentials, welches sich sowohl auf eine Ausweitung der Konfliktgebiete als auch auf einen Einsatz von Nuklearwaffen bezog, erhielt die Krise ein besonderes Maß an internationaler Aufmerksamkeit (vgl. Malik 2019: 64). Unterstützt wird dies auch durch die Tatsache, dass es sich beim Kargil-Konflikt laut der Definition des Uppsala Conflict Data Program um einen Krieg handelt, da binnen eines Kalenderjahres mehr als 1.000 Tode dem Konflikt zwischen den beiden Staaten zugeschrieben werden konnten (vgl. Department of Peace and Conflict Research o. J.). Folglich soll daher zunächst ein historischer Abriss der Ereignisse gegeben werden, bevor die Aussagen der politischen Entscheidungsträger hinsichtlich ihres Eskalations- sowie Deeskalationspotenzials bewertet werden.

4.1.1. Historische Abhandlung des Kargil Konfliktes

Der Verlauf des Kargil-Konfliktes lässt sich in drei Phasen unterteilen: Die erste Phase umfasst die Eroberung strategisch wichtiger geographischer Punkte im indischen Teil Kaschmirs durch die pakistanischen Streitkräfte (vgl. Goyal

2021). Das Eindringen in indisches Territorium wurde seitens der pakistanischen Führung als Operation Badr bezeichnet (vgl. Singh 2019). Der Name Badr könnte eine direkte Anlehnung zur Schlacht von Badr sein, die in der islamischen Geschichte einen entscheidenden Wendepunkt und militärischen Sieg für den Propheten Mohammed beschreibt (vgl. The Editors of Encyclopaedia Britannica 2020b). In der zweiten Phase konnten Versorgungslinien durch die indischen Streitkräfte besetzt werden, bevor in der dritten Phase die pakistanischen Streitkräfte und Rebellen hinter die Line of Control zurückgedrängt werden konnten (vgl. Goyal 2021). Der Kargil-Konflikt begann Anfang Mai des Jahres 1999 nachdem sowohl pakistanisch Streitkräfte als auch kaschmirische Rebellen in dem indisch-kontrollierten Teil Kaschmirs eindringen und entdeckt wurden (vgl. ebd.). Laut der Newshour Press (2019) wurde dies durch einen indischen Hirten bemerkt, der die indische Armee darüber in Kenntnis setzte (vgl. Singh 2019). Die eigenen Patrouillen der Armee bestätigten die Aussage nochmals (vgl. ebd.). Nachfolgend wird auch das Eindringen in weitere indisch-kontrollierte Regionen Kargils festgestellt (vgl. ebd.). Außerdem begann die pakistanische Armee mit der Bombardierung eines Munitionslagers in Kargil (vgl. ebd.). Die indischen Entscheidungsträger reagierten mit der Mobilisierung eigener Truppen innerhalb und außerhalb Kargils (vgl. ebd.). Zudem flog die indische Luftwaffe am 26. Mai ihren ersten Angriff gegen die pakistanischen Streitkräfte, was als Operation Safed Sagar (Hindi „Weiße See“) benannt wurde (vgl. ebd.). Laut Angaben der Newshour Press sah die Operation vor, dass der pakistanische Luftraum durch die indischen Streitkräfte nicht verletzt werden dürfe (vgl. ebd.). Die militärischen Maßnahmen der indischen Landstreitkräfte, bekannt als Operation Vijay (Sanskrit „Sieg“), wurden wie folgend zusammengefasst: Aufgrund der geografisch schwierigen Situation wurden die Landstreitkräfte auf das Regiments- und Batalionsniveau aufgeteilt, so dass 30.000 von insgesamt 200.000 mobilisierten Truppen direkt an der Operation beteiligt waren (vgl. ebd.). Dem gegenüber wurde die Stärke der pakistanisch-unterstützten Streitkräfte durch das indische Militär auf bis zu 5.000 Mann geschätzt (vgl. Singh 2019; Goyal 2021). Analog traf sich auf politischer Ebene das indische Cabinet Committee on Security in regelmäßigen Abständen (vgl. Singh 2019). Es folgten sowohl indische als auch pakistanische

Angriffe in der Region sowie Veröffentlichungen für eine pakistanische Beteiligung an der Invasion seitens der indischen Regierung (vgl. ebd.). Die Maßnahmen der indischen Marine wurden als Operation Talwar (Hindi „Schwert“) bezeichnet (vgl. Goyal 2021). Ab dem 20. Mai befand sich diese im dauerhaften Einsatz, um die eigenen Gewässer zu überwachen und einen allumfassenden Krieg zu verhindern (vgl. ebd.). Des Weiteren wurde Maßnahmen getroffen, um eine Seeblockade für die pakistanischen Häfen zu errichten (vgl. ebd.). Eine Blockade gegen die arabischen Seerouten Pakistans wurde errichtet, so dass das pakistanische Militär keinen Zugang zu neuem Treibstoff mehr erhielt (vgl. ebd.). Zum 15. Juni 1999 schaltete sich der damalige US-Präsident Bill Clinton in den Konflikt ein, indem er den damaligen pakistanischen Präsident Nawaz Sharif darum bat, die Truppen aus Kargil zurückzuziehen (vgl. Singh 2019). Erst am 05. Juli 1999 verkündete der pakistanische Präsident Sharif im Anschluss an sein persönliches Treffen mit US-Präsident Clinton den Rückzug der pakistanischen Streitkräfte (vgl. ebd.). Entsprechend begannen diese zum 11. Juli 1999 ihren Rückzug und der damalige indische Premierminister Atal Bihari Vajpayee bezeichnete die Operation Vijay am 14. Juli 1999 als Erfolg (vgl. ebd.). Schlussendlich endete der Kargil-Konflikt am 26. Juli 1999 mit dem vollständigen Abzug der pakistanischen Streitkräfte, so dass der Status quo ante wiederhergestellt wurde (vgl. ebd.).

4.1.2. Bewertung der politischen Aussagen

Die pakistanischen und indischen Entscheidungsträger begleiteten den Kargil-Konflikt offensichtlich aus unterschiedlichen Positionen. Für die indische Gesellschaft ist die Operation Vijay auch deshalb von Bedeutung, als dass jährlich am 26. Juli mit dem Vijay Diwas – einem offiziellen Gedenktag – den Opfern Tribut gezollt wird (vgl. Singh 2021). Entsprechend kann der Konflikt weiterhin politisch genutzt werden. Auf der pakistanischen Informationsplattform History Pak wird ein pakistanisches Narrativ des Kargil-Konfliktes deutlich: Insgesamt wird dieser als defensive Strategie bzw. als Defensiv-Offensiv-Ansatz ausgelegt, die bzw. der in einem permanenten Konflikt endete (vgl. History Pak o. J.). Als Anlass wird die dauerhafte Missachtung geschlossener Verträge durch Indien in Siachen, im Nallumtal sowie Kargil angeführt (vgl. ebd.). Des Weiteren wird der Kargil-Konflikt als klarer militärischer Sieg für Pakistan, aber als diplomatische

und politische Niederlage bewertet, da die indischen Diplomaten den Konflikt ausgenutzt haben, um von den USA Unterstützung zu erhalten (vgl. ebd.). Der politische Druck aus den USA war der Anlass für den Rückzug der pakistanischen Truppen (vgl. ebd.). Dies ist verbunden mit dem Vorwurf, dass die USA – unter anderem wegen der eigenen Vorbehalte gegenüber dem pakistanischen Nuklearwaffenprogramm – keine neutrale Rolle als Vermittler eingenommen, sondern Pakistan als Schuldigen dargestellt hat (vgl. ebd.). Als Beweis für die Voreingenommenheit verwendet die pakistanische Presse/Regierung die Formulierung des „Rückzugs Pakistans aus Kaschmir“ (vgl. ebd.). Allerdings werden auch Kommunikationsprobleme zwischen der pakistanischen Armee und der Regierung Pakistans eingeräumt (vgl. ebd.). Als Fazit wurde den Politikern eine Regierungsunfähigkeit während des Krieges attestiert, weshalb die Regierung im selben Jahr durch das Militär abgesetzt wurde (vgl. ebd.). Dies unterstützt die Behauptung des starken Einflusses der Armee auf die Politik in Pakistan. Im Jahr 2020 veröffentlichte die Tageszeitung DNA India eine Rede des ehemaligen Präsidenten Nawaz Sharif mit Kommentaren zum Kargil Konflikt: „People who were responsible for the deaths of hundreds of your soldiers in Kargil.. it was a call by few generals.. we were thrown into war.“ (Sibal 2020). Im Folgenden benennt er den ehemaligen pakistanischen Präsidenten, Armeegeneral und seinen direkten Nachfolger Pervez Musharraf sowie dessen Kohorte als verantwortliche Initiatoren, die außerdem am 12. Oktober 1999 den Coup gegen ihn durchgeführt hatten (vgl. ebd.). Aufgrund dieses Coups könnte dem ehemaligen pakistanischen Präsidenten eine persönliche Antipathie gegen seinen Nachfolger unterstellt werden. Entsprechend wäre seine Aussage als fragwürdig zu bewerten. Jedoch können sie unter Einbezug der Aussagen gegen den Armeegeneral Qamar Javed Bajwa und den General des Geheimdienstes ISI Faiz Hameed unabhängig vom Coup dennoch relevant sein (vgl. ebd.). Seine Aussage bestätigt zudem den Einfluss der pakistanischen Armee als maßgebender Entscheidungsträger auf die Regierung. Entsprechend war zu diesem Zeitpunkt die Kontrolle der Nuklearwaffen durch die gewählte Regierung mindestens fragwürdig und die Einhaltung der demokratischen Staatsform durch die nachfolgende Ausrufung des Ausnahmezustandes während des Militärputsches sowohl davor als auch danach lediglich

symbolisch. So ergaben sich für die Staaten laut Tellis et al. für die RAND Corporation (2001) folgende Schlussfolgerungen: Für die pakistanische Regierung waren Konflikte mit geringer Intensität als probates Mittel gegenüber Indien bestätigt (vgl. S. ix), da sie einen allumfassenden Krieg nicht riskieren konnten. Gleichzeitig hatten sie die internationale Aufmerksamkeit für offizielle Militäraktionen unterschätzt (vgl. ebd.). Weiterhin wurde offensichtlich, dass den pakistanischen Entscheidungsträgern das Bewusstsein über das Eskalationspotential ihrer militärischen Operation fehlte (vgl. Tellis et al. 2001: x). Diese war also mit hohen politischen Kosten verbunden (vgl. ebd.). Für die indische Regierung wurde die Wahrnehmung eines aggressiven Nachbarstaates Pakistan bestätigt (vgl. ebd.). Entsprechend wurden die diplomatischen Bemühungen seitens Indien überdacht (vgl. ebd.). Ebenso wurde durch die zufällige Entdeckung der Invasion deutlich, dass die Geheimdienstinfrastruktur Mängel aufwies (vgl. ebd.). Zuletzt bedeutete die internationale Aufmerksamkeit für Indien vorteilhaft zu sein (vgl. ebd.). Für beide Staaten ist demnach festzuhalten, dass ihre militärische Infrastruktur sowie die politischen Entscheidungsträger auf den Krieg nicht vollumfänglich vorbereitet waren.

Der Kargil-Konflikt dient außerdem als erster Untersuchungsgegenstand für die nukleare Abschreckung. Im Rückblick wird deutlich: Vor der Anschaffung der Nuklearwaffen wurden drei Kriege zwischen den beiden Staaten geführt (vgl. Wood Forsyth Jr. 2017: 119). Seit diesem Zeitpunkt wurde nur ein Krieg geführt, der allerdings bereits ein Jahr nach der Anschaffung geschah (vgl. Wood Forsyth Jr. 2017: 119-120). In der Konsequenz bedeutet das, dass zum einen durch die Anschaffung der bewaffnete Konflikt nicht verhindert werden konnte. Zum anderen stärkt der Zeitpunkt des Kargil-Krieges die Abschreckungstheorie in der Hinsicht, dass die Mechanismen noch nicht fest verankert waren. Der Politologe James Wood Forsyth Jr. für die Strategic Studies Quartely (2017) beschreibt das Ausmaß des Krieges als von geringem Umfang und ohne Eskalation (vgl. S. 120). Damit würde der Konflikt als ein Fall für das Stabilitäts-Instabilitäts-Paradox sein, ohne jedoch den Stellvertreteraspekt miteinzubeziehen. Folglich wurde der Konflikt hinsichtlich der Nuklearwaffen durch externe Beobachter entweder als erfolgreiche Abschreckung oder als pures Glück verstanden (vgl. ebd.). Wood Forsyth

Jr. bewertet die tatsächliche Situation dazwischen, da beide Seiten sowohl Willen als auch Möglichkeit zu anderen militärischen Optionen hatten (vgl. ebd.).

Die Ausmaße der indischen Sicherheitsdefizite beschreibt der ehemalige Brigadegeneral und Kommandant der Kargil Brigade 1999 Surinder Singh beim indischen Nachrichtensender the Wire (2021) (vgl. ebd.). Gleichzeitig unterstellt er der indischen Regierung eine Verschleierung der Fakten und Defizite (vgl. ebd.). Die Division in der Stadt Leh in Kargil verfügte über keine Befehle und keine eindeutige Kommunikationsstruktur für den Fall eines Angriffes (vgl. ebd.). Die letzten Befehle waren, so Singh, ein mit Bleistift-geschriebener Entwurf von einer GSO-1 Operation aus dem Jahre 1991 (vgl. ebd.). Gleichzeitig waren die Strike Corps einsatzunfähig, da sowohl die Panzer inaktiv („mothballed“) als auch deren Besatzung zur Infanterie oder zur Polizei im Kaschmirtal abgestellt worden waren und die Munition für lediglich zwei Tage reichte (vgl. ebd.). Die Mobilisierung dieser Truppen dauerte ein bis zwei Monate (vgl. ebd.). Für die taktischen Fehlentscheidungen sowie Defizite wurde jedoch laut Singh kein einziger Offizier zur Verantwortung gezogen (vgl. ebd.). Stattdessen wurden eben jene Defizite „unter den Teppich gekehrt“, da etwaige Enthüllungen zum damaligen Zeitpunkt ernste Auswirkungen auf die nationale Sicherheit Indiens gehabt haben könnten (vgl. ebd.). Zuletzt sollte eine geostrategische Ursache für den Kargil-Konflikt erwähnt werden: Seit dem Jahr 1984 kontrolliert Indien den Siachengletscher, der sowohl für Indien als auch für China und Pakistan von strategischer Bedeutung ist (vgl. Singh 2021). Um eine entsprechende Aneignung und Kontrolle in Kargil zu verhindern, besetzte die indische Armee mit eigens dafür gegründeten Divisionen strategische Schwachstellen in der Region, die aufgrund der dünnen Besiedlung entstanden waren (vgl. ebd.). Diesen Umstand versuchte die pakistanische Armee im Kargil-Konflikt aufzulösen: Durch das Zusammenziehen der indischen Truppen zu einem Punkt, um dem Eindringen von durch Pakistan unterstützten Terroristen an dieser Stelle entgegenzuwirken, waren folglich im übrigen Kargil Lücken entstanden (vgl. ebd.). Infolgedessen wurden diese Lücken durch neue Divisionen verteidigt, die nicht mit der Gegend vertraut waren (vgl. ebd.).

Zusammenfassend bestätigt der Kargil-Konflikt die Wahrnehmungen beider Staaten voneinander. Die Deeskalation ist wohl allein der internationalen Auf-

merksamkeit und dem damit verbundenen Einschreiten der USA und der Diskrepanz zwischen militärischer und politischer Führung Pakistans zuzuschreiben, wobei letztere sich sowohl international als auch innenpolitisch ungerecht behandelt gefühlt hatte.

4.2. Mumbai Attentate

Beim Terrorattentat in Mumbai am 26. November 2008 griffen zehn Attentäter verschiedene Ziele an und töteten 166 Menschen (vgl. Malik 2019: 66-67). Laut der indischen Regierung konnte eine Verbindung zur pakistanisch-islamistischen Terrororganisation Lashkar-e-Taiba nachgewiesen werden, weshalb diese politische Schritte gegen Pakistan einleitete (vgl. Malik 2019: 67). Die Anschläge wurden fast zehn Jahre nach dem Kargil-Konflikt verübt und der Modus Operandi, so die Interpretation der indischen Regierung, hatte sich von einer offiziellen Militäraktion hin zu staatlich finanziertem Terrorismus verändert. Demnach hatten die pakistanischen Entscheidungsträger die oben angeführten Konsequenzen und Lehren aus dem Kargil-Konflikt umgesetzt. Beide Ereignisse sorgten für internationale Aufmerksamkeit.

4.2.1. Historischer Ablauf der Anschläge

Die Terroranschläge in Mumbai ereigneten sich vom 26. bis 29. November 2008 (vgl. D'Souza 2021). Während der Anschläge griffen zehn der radikalen Lashkar-e-Taiba nahestehenden Terroristen mit automatischen Waffen und Granaten bewaffnet verschiedene Ziele in der Stadt an (vgl. ebd.). Dazu zählen der Bahnhof Chhatrapati Shivaji, ein bekanntes Café, zwei Krankenhäuser sowie ein Theater (vgl. ebd.). Darüber hinaus wurden an drei Punkten – einem jüdischen Kontaktzentrum sowie zwei Luxushotels – Geiseln genommen (vgl. ebd.). Schlussendlich wurden dabei/ insgesamt 174 Menschen getötet und 300 weitere verletzt (vgl. ebd.). Lediglich ein Terrorist konnte verhaftet werden. Die Übrigen wurden in den Auseinandersetzungen mit der Polizei (?) getötet (vgl. ebd.). Zum selben Zeitpunkt mobilisierte die pakistanische Armee ihre Truppen zur pakistanisch-indischen Grenze (vgl. Menon 2016). Die Attentate selbst wurden politisch durch die indische und pakistanische Regierung kommentiert: Die indische Regierung unterstellte bei den Anschlägen die Beteiligung Pakistans heraus: Auch wenn zunächst eine fiktive Terrororganisation namens Mujahideen Hyderabad

Deccan sowie die al-Qaeda als Verantwortliche vermutet wurden, so erklärte der verhaftete Terrorist, dass alle Attentäter in den Lagern der pakistanischen Lashkar-e-Taiba eine Guerillakampfausbildung erhalten hatten und Kontakt zu einer weiteren Terrororganisation, der Jamaat-ud-Dawa, hatten (vgl. D'Souza 2021). Zu einem späteren Zeitpunkt unterstützte der verhaftete Unterstützer der Terroristen David C. Headley durch sein Geständnis diese Aussagen (vgl. ebd.). David C. Headley, ein US-Amerikaner pakistanischer Abstammung, soll zudem laut eigenen Angaben sieben Aufklärungsmissionen im Auftrag des ISI und der Lashkar-e-Taiba nach Mumbai unternommen haben (vgl. Menon 2016). Er bestätigte zudem die Unterstützung der Anschläge durch den ISI (vgl. ebd.). Der verhaftete Terrorist zog zu einem späteren Zeitpunkt sein Geständnis zurück (vgl. D'Souza 2021). Dieser wurde im Mai 2010 zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung erfolgte zwei Jahre später (vgl. ebd.). Bereits zu Beginn der Untersuchungen benannten die indischen Verantwortlichen 37 weitere Verdächtige, darunter zwei pakistanische Offiziere (vgl. Menon 2016). Die beiden Unterstützer Sayed Zabiuddin Ansari (oder Syed Zabiuddin) sowie David C. Headley wurden im Jahr 2012 und 2011 verurteilt (vgl. D'Souza 2021). Die indische Regierung forderte die pakistanische Regierung auf, bei der Aufklärung der Taten zu helfen. Generalleutnants und Director Generals des Geheimdienstes Ahmed Shuja Pasha sagten zunächst zu, wollten später jedoch lediglich einen Stellvertreter schicken (vgl. ebd.). Aufgrund der Verbindungen nach Pakistan forderte die indische Regierung Hilfe bei der Aufklärung (vgl. ebd.). Zunächst sollte der pakistanische Generalleutnant und Director Generals des Geheimdienstes Ahmed Shuja Pasha die indischen Ordnungskräfte unterstützen (vgl. ebd.). Dieser sagte jedoch ab und wollte stattdessen lediglich einen Stellvertreter schicken (vgl. ebd.). Seitens der indischen Regierung wurde dies als Desinteresse an der Aufklärung aufgefasst, weshalb es zwischen den Regierungen zu politischen Spannungen kam (vgl. ebd.). Indiens Entscheidungsträger nutzten die durch die Anschläge entstandene internationale Aufmerksamkeit, um die Jamaat-ud-Dawa, die als Frontorganisation der Lashkar-e-Taiba verstanden wurde, international als Terrororganisation zu ächten (vgl. ebd.). Zum selben Zeitpunkt verhaftete die pakistanische Polizei Zakiur-Rehman Lakhvi, einen Anführer der Terrororganisation und maßgeblichen

Drahtzieher der Anschläge (vgl. ebd.). Die pakistanische Regierung lehnte allerdings die Ächtung der Jamaat-ud-Dawa mit der Begründung ab, dass die Organisation in der Region und für die eigene Bevölkerung wohltätig arbeite (vgl. ebd.).

4.2.2. Bewertung der Anschläge für die pakistanisch-indischen Beziehungen

Da die Anschläge in Mumbai ganze drei Tagen andauerten, sind die Informationen in ihrer Gesamtheit erst nach den Ereignissen zugänglich geworden: Auf der pakistanischen Seite äußerte sich der damalige Premierminister Syed Yousuf Raza Gilani Anfang des Jahres 2010 in einem Interview mit CNN-IBN zu den Terrorangriffen (vgl. The Hindu 2010). Gilani erklärte, dass sein Treffen mit dem indischen Premierminister kurz vor den Angriffen erfolgreich verlief und dass beide Staaten unter dem Terrorismus litten (vgl. ebd.).

„We both are responsible nations.. we can only move forward.. we cannot afford war.. The people are very poor and we have to watch their interests as well. And the only way forward is talks.“ (ebd.).

Er erschuf ein Narrativ, welches zum einen deeskalierend wirken sollte und zum anderen die beiden Staaten zu Opfern des Terrorismus machte. Im Falle eines weiteren Terroranschlages in Indien verwehrte er sich zudem des Vorwurfs, dass die pakistanische Regierung mit den Terroristen gleichzusetzen wäre (vgl. ebd.). Auch auf die Frage ob einer Überforderung seitens der pakistanischen Regierung gegen den Terrorismus im eigenen Territorium vorzugehen, antwortete er ausweichend (vgl. ebd.). Stattdessen, so Gilani, sollten beide Staaten ihre internen Informationen zur Bekämpfung des Terrorismus teilen (vgl. ebd.). Des Weiteren äußerte er seine Bedenken gegenüber der Tatsache, dass die indische Regierung bereits kurz nach den Anschlägen eine Verbindung nach Pakistan feststellte, obwohl keinerlei Zeit für eine notwendige Untersuchung, die diese Schlussfolgerung zuließe, geblieben wäre (vgl. ebd.).

Auf indischer Seite berichteten der Nachrichtensender NDTV sowie die indische Ausgabe der Economic Times über eine Verbindung zwischen Yousuf Raza Gilani und David C. Headley: Der verhaftete Unterstützer der Terroristen sagte aus, dass Gilani ihn für Beileidsbekundungen über den Tod seines Vaters

wenige Wochen nach den Anschlägen besuchte und dass sein Halbbruder im Büro des Premierministers als Referent für Öffentlichkeitsarbeit arbeitete (vgl. Mehta/Malik 2016, The Economic Times 2016). Letzterer sollte zu Headleys Kontakt zur Lashkar-e-Taiba nichts gewusst haben (vgl. Mehta/Malik 2016). Inwieweit diese Angaben stimmen, ist nicht überprüfbar, da es sich nur um die Aussage des verhafteten Unterstützers handelt und nicht bestätigt wurde. Es zeigt jedoch mindestens das Narrativ, dass durch die indischen Medien nach den Anschlägen geschaffen wurde. Von der indischen Gesellschaft wurden die Angriffe als der 11. September Indiens dargestellt, auch wenn sowohl die Todeszahlen als auch der finanzielle Schaden von geringerem Ausmaß waren (vgl. D'Souza 2021). Es erzeugte jedoch eine ähnliche nationale und überregionale Aufmerksamkeit gegen Terrorismus (vgl. ebd.). Es waren nicht alle indischen Entscheidungsträger mit der Art und Weise, wie mit den Angriffen umgegangen wurde einverstanden. Anhand eines Insiderberichtes des ehemaligen Staatssekretärs Shivshankar Menon (2016) des ehemaligen indischen Außenministers wird ersichtlich, dass dieser eine sichtbare Vergeltung gegen die Terrororganisation und ihren vermeintlichen Sponsor – dem pakistanischen Geheimdienst ISI - forderte, um die eigenen Defizite im Umgang mit den Terroranschlägen zu überspielen und da es emotional befriedigend gewesen wäre (vgl. ebd.). Der Aussage zur „emotionalen Befriedigung“ kommt eine besondere Bedeutung zu, da Shivshankar Menon diese Aussage sowohl dem Premierminister als auch dem Außenminister gegenüber äußerte (vgl. ebd.) und ist ein weiteres Indiz für die historisch aufgeladene Situation zwischen den beiden Staaten und könnte als irrationales Handeln interpretiert werden. Für Menon hatte Pakistan eine Linie überschritten und er vermutete Unterstützung im Treffen durch den ehemaligen indischen Außenminister Mukherjee (vgl. ebd.). Erst im Nachhinein revidierte der Staatssekretär seine Meinung und unterstützte eine nicht-militärische Lösung (vgl. ebd.). Für jene Lösung sprachen nach indischer Auffassung mehrere Gründe: Erstens sah sich der indische Staat international benachteiligt, da der Konflikt nur als eine weitere Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten verstanden worden wäre und die internationale Gemeinschaft somit eine gleichmäßige Lösung gefordert hätte (vgl. ebd.). Dies hätte, so der Staatssekretär, die Aktionen Pakistans unterstützt, da diese nicht bestraft, sondern eventuelle durch eine

exakt gleichmäßige Aufteilung gar belohnt worden wären (vgl. ebd.). Zweitens hätte ein militärischer Gegenschlag sowohl die Bevölkerung Pakistans vereint als auch die Position der Armee innerhalb des befeindeten Staates gestärkt (vgl. ebd.). Stattdessen war die schwache, zivile politische Führung für Indiens Regierung relevanter, da somit die innenpolitischen Probleme Pakistans den Staat selbst behinderten (vgl. ebd.). Drittens hätte ein begrenzter Angriff auf die Lager der Terrororganisationen keine relevante Infrastruktur zerstört, da diese zumeist nur aus einfachen Blechhütten bestehen (vgl. ebd.). Ebenso hätte ein solcher Angriff, so vermutet der Staatssekretär, mit hoher Wahrscheinlichkeit zivile Opfer gefordert oder zumindest eine entsprechende Meldung seitens der pakistanischen Entscheidungsträger nach sich gezogen (vgl. ebd.). Zuletzt wären die damit verbundenen Kosten zu Zeiten einer ökonomischen Krise für Indien eine zu große Belastung gewesen (vgl. ebd.). Menon sieht jedoch gleichzeitig eine öffentliche, militärische Antwort gegen zukünftige pakistanisch unterstützte Terroraktionen als unausweichlich an, da ein wiederholter Anschlag inakzeptabel sei und Pakistan den Terrorismus weiterhin als probates Mittel nutzen könne (vgl. ebd.). Der damalige, indische Außenminister Pranab Mukherjee selbst veröffentlichte in seiner Autobiografie seine Wahrnehmung der Terrorangriffe: So kam der erste Anruf aus dem Ausland nach den Taten von der damaligen US-amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice (vgl. DNA India 2020, Singh 2017). Ihr gegenüber äußerte Mukherjee, dass „[t]he situation is grave [...] there is a limit to one's patience“ (DNA India 2020). Neben der offensichtlichen Bestürzung über die Attentate sah der indische Außenminister eben jene Taten demnach direkt in einem größeren Kontext und im Zusammenhang mit Pakistan. Er bestand deshalb darauf, dass die USA politischen Druck Pakistan ausüben, um den grenzüberschreitenden Terrorismus zu beenden (vgl. ebd.). Folglich kritisierte Mukherjee die US-amerikanischen Waffenexporte nach Pakistan, da diese vom pakistanischen Militär nicht im Kampf gegen den Terrorismus, sondern durch Terroristen gegen Indien eingesetzt werden würden (vgl. ebd.). Weiterhin erklärte Mukherjee, dass der ehemalige pakistanische Außenminister Shah Mehmood Qureshi, der zum Zeitpunkt der Anschläge in Indien zu Besuch war, bereits während einer Pressekonferenz gebeten wurde, das Land zu verlassen (vgl. Singh 2017). In

diesem Zusammenhang kann den indischen Entscheidungsträgern ein irrationales/impulsiv emotionales Handeln unterstellt werden, da die Präsenz des Außenministers bspw. auch für einen Dialog hätte genutzt werden können. Mukherjee erklärte Qureshi jedoch, dass sein Aufenthalt zu dem Zeitpunkt keinen weiteren Zweck erfüllen würde (vgl. ebd.). Der damalige indische Premierminister Manmohan Singh sprach im Kontext der Anschläge zudem von einer „warlike situation“ (vgl. ebd.). Die indischen Entscheidungsträger beschreiben in ihren Aussagen die Schwere der Anschläge und setzen diese in einen direkten historischen Kontext mit Pakistan. Dennoch entschieden sie sich für einen deeskalierende Umgang mit den Anschlägen. Da während der Anschläge die politische Führung Indiens durch die militärische Führung beraten wurde (vgl. Menon 2016), scheint auch die Absprache zwischen diesen beiden Instanzen angesichts der Terroranschläge produktiv gewesen zu sein.

Für die indischen Entscheidungsträger wurde zudem eine Sicherheitslücke gegenüber Terrorismus offensichtlich (vgl. D’Souza 2021). Mehrere indische und US-amerikanische Berichte, die vorab Hinweise auf die geplanten Taten enthielten, wurden von den Behörden ignoriert (vgl. ebd.). Des Weiteren waren die Koordination und Kommunikation zwischen den einzelnen Behörden mangelhaft, so dass die direkten Gegenmaßnahmen gegen die Terroristen abgeschwächt wurden (vgl. ebd.). Infolgedessen wurden verschiedene neue Mechanismen und Behörden, u. a. die National Investigation Agency, in Indien eingeführt (vgl. ebd.).

Werden nun abschließend die Reaktionen der Entscheidungsträger beider Staaten während bzw. im Nachgang der Konflikte miteinander verglichen, lassen sich Muster erkennen. Die indischen Entscheidungsträger erschienen während der Terroranschläge ebenso unorganisiert wie beim Krieg 1999, so dass die neue Taktik seitens Pakistan im weitesten Sinne erfolgreich war, da sie erneut eine mangelhafte Organisation seitens der indischen Streitkräfte ausnutzen konnten. Die pakistanischen Entscheidungsträger erschaffen ein Narrativ, indem sie sich von der indischen Regierung und auf internationaler Ebene, vor allem durch die USA als zu Unrecht beschuldigt darstellen. Es wird daher im Anschluss zu untersuchen sein, inwieweit Pakistan versucht, das Narrativ zu ihrem Vorteil zu prägen bzw. verzerren. Die Deeskalation erfolgte diesmal durch die Entscheidung Indiens nicht militärisch gegen Pakistan vorzugehen.

4.3. Pulwama: Indien vs. Pakistan

Am 14. Februar 2019 ereignete sich aufgrund des Pulwama-Konfliktes zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir der einzige zwischenstaatliche Konflikt des gesamten Jahres⁴⁰, der damit eine besondere Eskalationsgefahr darstellte (vgl. Bethke et al. 2019: 51), da während des Konfliktes beide Staaten mehrere Eskalationsrisiken eingingen. Darunter fallen unter anderem der Einsatz der indischen Mirage 2000 Kampfflugzeuge in pakistanisches Territorium, der Einsatz von nuklearbetriebenen U-Booten durch die indische Regierung sowie die Zusammenkunft der pakistanischen Nuclear Command Authority (vgl. Shaheen 2019). Darüber hinaus ist das Fazit, das die pakistanische Regierung aus ihrem Umgang mit Nuklearwaffen in dem Konflikt zieht, ebenso gefährlich und bietet zukünftiges Eskalationspotential. Sie geht davon aus, dass die Abschreckung und die offene Kommunikation eines nuklearen Erstschlages funktioniert haben und die indische Regierung ihre militärischen Maßnahmen aufgrund dessen einstellte (vgl. Shaheen 2019). Im Folgenden wird zunächst ein historischer Überblick über die Ereignisse des Pulwama Zwischenfalls gegeben.

4.3.1. Historie der Handlungen

Am 14. Februar 2019 lenkte ein pakistanischer Selbstmordattentäter ein mit Sprengstoff versehenes Fahrzeug in einen Konvoi aus 16 Fahrzeugen der indischen Sicherheitskräfte Central Reserve Police Force auf der Bundesautobahn nahe Lethpora in der Region Pulwama, die ein Teil des indischen Bundesstaates Jammu und Kaschmir ist, und tötete 41 Menschen (vgl. Siyech 2019: 6; Pandya 2019: 65; Chellaney 2019; Feyyaz 2019: 69; Field 2019). Der den Konflikt auslösende Anschlag wird einer neo-religiösen islamistischen Gruppe zugeschrieben, da die Jaish-e-Mohammed, eine pakistanische, islamistische Terrororganisation, nachfolgend via Social Media Anspruch auf den Anschlag erhob (vgl. ebd.). Seit dem Jahr 2017 haben sich in Pakistan neue neo-religiöse Gruppierungen aufgrund einer extremistischen Welle gegründet (vgl. Basit et al. 2019: 51). Diese Entwicklung ist in Pakistan keinesfalls neu, da der Zulauf zu extremis-

⁴⁰ Die anderen Konflikte waren folglich innerstaatlich oder Konflikte eines Staates mit einem oder mehreren nichtstaatlichen Akteuren (vgl. Bethke et al. 2019: 51).

tischen Organisationen wellenförmig beschrieben werden kann und somit in regelmäßigen Abständen zu neuen Rekrutierungen führt. Als eine dieser Gruppen ist die Tehrik-i-Labbaik Pakistan gleichzeitig als politische Partei aufgetreten, die die fünftmeisten Stimmen bei der Parlamentswahl auf nationaler Ebene erhielt (vgl. Basit et al. 2019: 51). Bereits vor dem Pulwama-Terroranschlag wurde eine Zunahme an Tötungen und Entführungen durch islamistische Terrororganisationen von Polizisten verzeichnet (vgl. Basit et al. 2019: 46).

Der pakistanische Politologe Muhammed Feyyaz (2019) untersuchte in seinem Beitrag für das Journal *Perspectives on Terrorism* sechs verschiedene, hypothetische Beweggründe für den Anschlag und kam zu dem Fazit, dass der Anschlag hätte verhindert werden können, falls die betroffenen Staaten und insbesondere Indien im Umgang mit der muslimischen Minderheit vorsichtiger und besonnener reagiert hätten (vgl. S. 73). Stattdessen vermutet er, vorzugsweise in Indien, die Abwesenheit kritischen Denkens und eine feindliche Gesinnung (vgl. ebd.). Zumal das neuere Verhalten einer aktiven Nuklearwaffenpolitik der Staaten die Vermutung nahelege, dass sie auf der strategischen Ebene der Nuklearwaffen zu eskalieren bereit wären (vgl. ebd.). Zum einen verdeutlicht das Fazit von Feyyaz, dass die veränderte Strategie des indischen Staates als aggressiv wahrgenommen wird. Zum anderen kritisiert er das Verhalten der indischen Regierung weitaus mehr als das der Pakistanischen, wodurch die kulturell bedingten Vorurteile seitens des Autors deutlich werden.

Aufgrund des Terroranschlags hatte sich demnach die Eskalationsstufe innerhalb des bereits angespannten Verhältnisses der beiden Staaten erhöht. Der Anschlag wurde von den indischen Sicherheitskräften als „Na bhuto, na bhavishyati“ (Etwas, das noch nie passiert ist und wahrscheinlich nicht wieder passieren wird) bezeichnet (vgl. Pandya 2019: 65). Die Aussage eröffnet einen Interpretationsspielraum, da sie zum einen durch das Herausstellen der Einmaligkeit des Anschlages eine Wiederholung in Abrede stellt und zum anderen durch eben diesen Umstand innenpolitisch einen deeskalierenden Faktor dar. So wird durch die Unmöglichkeit der Wiederholung, die entweder aus einer proaktiven indischen Sicherheitspolitik oder aus der Interpretation des Ereignisses als zufällig, die Gefahr gebannt. Dennoch werden als direkte Folge des Anschlages

die zwischenstaatlichen Beziehungen als angespannter beschrieben, da die indische Luftwaffe chirurgische Luftschläge ausführte und die pakistanische Luftwaffe diese vergalt (vgl. Siyech 2019: 6; Khan/Khan 2021: 251). Diese Anspannung wird aufgrund der kommunizierten, niedrigen Eskalationsschwelle weiter verstärkt. Als Reaktion auf die Pulwama-Attacke wurde durch das indische Militär und die indischen Entscheidungsträger beschlossen, dass sowohl das Mehrzweckkampfflugzeug Mirage 2000 eingesetzt werden sollte als auch das Auslaufen der INS Arihant befohlen wurde (vgl. Shaheen 2019). Die chirurgischen Luftangriffe mit der Mirage 2000 erfolgten zehn Tage später - am 26. Februar - gegen ein Trainingslager der islamistischen Jaish-e-Mohammed in der pakistanischen Region Balakot jenseits der Line of Control (vgl. Siyech 2019: 8; India Today 2020). Laut Angaben der indischen Luftwaffe bzw. der indischen Regierung wurden mithilfe der Luftschläge sowohl das Lager zerstört als auch 250 bis 300 Terroristen getötet, was durch die pakistanische Regierung jedoch bestritten wurde (vgl. Siyech 2019: 8; Field 2019). Die offizielle Anzahl der Opfer blieb ungeklärt (vgl. ebd.). Bei den indischen Luftangriffen handelte es sich seit 48 Jahren um die erste Bombardierung zwischen den beiden Nuklearwaffenstaaten (vgl. Chellaney 2019). Diese Luftangriffe führten zu einer weiteren Eskalation des Konfliktes (vgl. Khan/Khan 2021: 253). Dabei wurde die neue Stufe der Eskalation sowohl durch die indische als auch durch die pakistanische Regierung angenommen. Die indische Regierung ist in diesem Fall jedoch der Initiator der Eskalation, da sie erstens das Schlachtfeld in eine weitere Region vergrößerte und zweitens einen nichtstaatlichen Konflikt zu einem zwischenstaatlichen Konflikt erhob. Die nichtstaatlichen Akteure wurden durch die militärischen Akteure ersetzt, selbst wenn die nichtstaatlichen Akteure durch den pakistanischen Staat unterstützt werden sollten. Im Kontext der vorab bestehenden zwischenstaatlichen Spannungen und den vorhergegangenen Entwicklungen kann der Angriff des indischen Militärs als eine Fortsetzung der subkonventionellen Kriegsführung auf einer neuen Eskalationsstufe angesehen werden (vgl. Feyyaz 2019: 69). Die indische Nachrichtenagentur India Today (2020) ordnete die Luftschläge als präemptive Maßnahme gegen die Jaish-e-Mohammed ein (vgl. ebd.). Unter der Voraussetzung, dass die Terrororganisation als nichtstaatlicher Akteur behandelt wird,

unterstützt dies die Rolle Indiens als Initiator. Die pakistanische Regierung reagierte unmittelbar und entsandte ihrerseits die Luftwaffe zur Vergeltung. Im Detail berichtete die India Today in diesem Zusammenhang vom Start einer Bombardierungsmission durch zweimal zwölf pakistanische Kampfflugzeuge, die durch den Einsatz der indischen Luftwaffe aufgehalten wurden (vgl. India Today 2020). Zeitgleich ließ die pakistanische Regierung ihre Nuclear Command Authority zusammentreten (vgl. Shaheen 2019). Im anschließenden Luftkampf wurde der indische Pilot Abhinandan Varthaman abgeschossen und durch das pakistanische Militär gefangen genommen. Des Weiteren wurde auch ein pakistanisches Kampfflugzeug abgeschossen (vgl. Chellaney 2019; Field 2019; Siyech 2019: 8). Der Abschuss der Kampfflugzeuge bot für den Konflikt weiteres Eskalationspotential. Die indische Regierung drohte den pakistanischen Entscheidungsträgern für den Fall, dass ihr Pilot verletzt oder weiterhin gefangen gehalten werden würde (vgl. Siyech 2019: 9). Zur anschließenden, erfolgreichen Freilassung des indischen Piloten sei es der India Today zufolge durch den politischen Druck auf die pakistanische Regierung gekommen (vgl. India Today 2020). Durch den Einsatz der eigenen Luftwaffe hat sich die pakistanische Regierung zunächst der indischen Eskalationsstufe angepasst. Das Zusammentreten der Nuclear Command Authority bezeugt jedoch zumindest die Bereitschaft, weitere Eskalationsstufen eingehen zu wollen. Dies ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Tatsache geschuldet, dass für die pakistanischen Entscheidungsträger keine weitere konventionelle Eskalationsstufe möglich war und auf diese Art und Weise die eigene Glaubwürdigkeit bezüglich der Nutzung der Nuklearwaffen gesichert werden konnte.

Zeitgleich wurde das präemptive Eindringen indischer U-Boote in pakistanische Hoheitsgewässer, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den pakistanischen Hafen von Gwadar als Ziel hatten, durch die pakistanische Marine verhindert, so dass auf dieser Ebene eine größere und folgenschwerere Eskalation vermieden werden konnte (vgl. Khan/Khan 2021: 252; Hashim 2019). Der Einsatz der U-Boote erweitert erneut die Region des Schlachtfelds – ebenso wie die zeitgleich erfolgenden Luftschläge - und bezieht weitere militärische Mittel mit ein. Das Ziel Gwadar ist dabei sowohl für Pakistan als auch für China wie bereits angeführt

von besonderer Bedeutung. Zusammenfassend löste der Anschlag einen bewaffneten Konflikt aus, der beinahe das Ausmaß eines konventionellen Krieges erreicht hätte (vgl. Pandya 2019: 65). Gleichzeitig befürchteten die Experten und Entscheidungsträger eine weitere Eskalation auf die nukleare Kriegführungsebene (vgl. ebd.). Zusätzlich zu den eskalatorischen Handlungen wurden durch die politischen Entscheidungsträger eskalatorische Aussagen getroffen.

4.3.2. Historie der politischen Aussagen

Die Luftschläge wurden daher im jährlichen Bericht des indischen Verteidigungsministeriums als „a successful pre-emptive non-military anti-terror aerial strike“ bezeichnet (vgl. Ministry of Defence 2019: 4).

Der Konflikt wurde medial von beiden Konfliktparteien aufbereitet. Als Teil dieser medialen Aufbereitung bezogen politische Entscheidungsträger öffentlich und medienwirksam Stellung zu den Entwicklungen des Konfliktes: Für die Aussagen der indischen Regierung und Experten zum Konflikt werden die Hindustan Times (2019), der Indian Express (2019) und die India Today (2020) herangezogen. Die Hindustan Times berichtete über die Rede des Premierministers Modi zum Konflikt: Dieser stellte zum einen den pakistanischen Staat als aggressiven Schuldigen dar und zum anderen lobte er die indischen Sicherheitskräfte (vgl. ebd.). Der Premierminister verdeutlichte, dass sich die pakistanische Regierung nicht der Illusion hingeben dürfe, Indien destabilisieren zu können (vgl. ebd.). Weiterhin sei der pakistanische Staat global isoliert und ökonomisch „verzweifelt“ (vgl. ebd.). Die „heimtückischen“ und „ruchlosen“ Absichten seitens Pakistan sind einzig zur Demoralisierung der indischen Bevölkerung geschaffen worden, was den illusionären Zustand der pakistanischen Regierung nur verstärkt (vgl. ebd.). Modi merkte an, dass die indischen Sicherheitskräfte Märtyrer sind, die für Suraksha – die Sicherheit der Nation – und Sammriddhi – den Wohlstand der Nation – gestorben sind (vgl. ebd.). „I know there is deep anger, your blood boils looking at what has happened. [...] the feelings of a strong response which is quite natural.“ (Narendra Modi zitiert nach Hindustan Times 2019). Folglich vertraut Modi darauf, dass die Bevölkerung, durch patriotischen Eifer motiviert, für die Informationsgewinnung zur Terrorismusbekämpfung zur Verfügung steht (vgl. Hindustan Times 2019). Zuletzt ist anzumerken, dass der indische Premierminister nach

eigener Aussage den Sicherheitskräften „freie Hand“ lässt und Vertrauen in Mut bzw. Tapferkeit der indischen Sicherheitskräfte besitzt (vgl. ebd.). Die Aussagen des indischen Premierministers bekräftigen die neu-geschaffene Außenpolitik gegenüber Pakistan rhetorisch, in dem er den Staat und die Bevölkerung als Gesamtheit herabwürdigt. Er unterscheidet dabei nicht zwischen den Terroristen, dem Militär, den politischen Entscheidungsträgern und der restlichen Zivilbevölkerung. Zusätzlich verdeutlicht es auch die Wahrnehmung der Gefahr durch den pakistanischen Staat, da sich Modi mit hoher Wahrscheinlichkeit der militärischen, indischen Überlegenheit – aber keiner Dominanz sowie der zusätzlichen Bedrohung durch den chinesischen Staat - bewusst ist. Die aggressivere Außenpolitik Indiens ist untrennbar mit dem indischen Premierminister Modi verbunden, da die Änderung der Nuklearwaffenpolitik sowie Außenpolitik gegenüber Pakistan mit seiner Amtszeit einhergeht. Der pakistanische Politologe Najimdeen Bakare und der Ökonom Muhammad Zubair Iqbal (2020) sehen in diesem Kontext einen Widerspruch, da sich Modis Überzeugungen als Hinduist – kulturell als auch nationalistisch – sowie das Programm seiner Partei der BJP der säkulären Verfassung widersprechen (vgl. S. 188/ 190).

Im Gegensatz dazu bewerten die Nachrichtenportale India Today und Indian Express die Aussagen des pakistanischen Premierministers Khan: Dieser bot zu Beginn des Konfliktes über eine aufgezeichnete Nachricht bzw. einer Radioansprache die vollständige Unterstützung seines Staates bei den Untersuchungen zu den Hintergründen des Anschlages an, da der pakistanische Staat nicht von Angriffen auf Indien profitiere und Stabilität suche (vgl. Indian Express 2019; India Today 2020). Folglich sei es im Interesse der pakistanischen Bevölkerung, dass von ihrem Territorium ausgehend keine Anschläge verübt werden würden (vgl. Indian Express 2019). So werden die pakistanischen Sicherheitskräfte bei einer gesicherten Datenlage – also bei nachgewiesener Schuld - gegen die Verursacher des Anschlages vorgehen, da sie gegen das Staatsinteresse gehandelt haben (vgl. ebd.). Khan bezeichnet sie in diesem Zusammenhang als Feinde des Staates (vgl. ebd.). Er macht deutlich, dass der pakistanische Staat aufgrund der objektiven Informationen über den Terroranschlag, nicht aber aufgrund des politischen Drucks seitens Indien gegen die Terroristen vorgehen werde (vgl. ebd.). So berichtete der pakistanische Innenminister Azam Suleman

Khan am 05. März 2019, dass 44 Menschen verschiedener bewaffneter Gruppen verhaftet wurden (vgl. Hashim 2019). Darunter waren der Bruder und der Sohn des Jaish-e-Muhammed Anführers (vgl. ebd.). Beide wurden von der indischen Seite als Verdächtige für den Anschlag angeführt (vgl. ebd.). Jedoch bemängelt der Innenminister gleichzeitig die fehlenden Beweise der indischen Sicherheitskräfte, so dass eigene Untersuchungen zum Anschlag angestrebt werden (vgl. ebd.). Der pakistanische Premierminister Khan betont dennoch, dass die Konflikte in Kaschmir, aber auch in Afghanistan nur durch Gespräche gelöst werden können (vgl. ebd.). Nur der Start eines Krieges sei kontrollierbar und alle weiteren Ereignisse lägen bei Gott, so führt Khan weiter aus (vgl. ebd.). Die Aussage über die Gespräche steht dabei entweder im Gegensatz zum Einberufen der *Nuclear Command Authority* oder mindestens die Annahme des schlechtmöglichsten Falles. Das Nachrichtenportal India Today weicht von dieser positiven Betrachtung des pakistanischen Premierministers ab: So wird seitens der pakistanischen Regierung eine Diskreditierung der indischen Behörden vorgenommen, da die chirurgischen Luftangriffe vorgenommen wurden, um auf die in zwei Monaten folgenden Wahlen des Lok Sabha – der ersten Kammer des indischen Parlaments – Einfluss zu nehmen (vgl. India Today 2020). Die Autoren der India Today stellen zudem Widersprüche in den pakistanischen Aussagen unterschiedlicher Entscheidungsträger fest. Imran Khan betonte bei einem US Thinktank im Juli 2019, dass es sich um eine einheimische Angelegenheit gehandelt habe, während sein Bundesminister Fawad Chaudhry vor der Nationalversammlung demgegenüber sagte, dass der Pulwama Konflikt ein großer Erfolg für Pakistan gewesen sei: „humne hindustan ko ghus ke maara hai (we have hit India entering their home)“ (ebd.). Die Freilassung des Piloten sei ausschließlich aus Angst vor einem weiteren indischen Angriff geschehen (vgl. India Today 2020). Nichtsdestotrotz wurden bearbeitete Aufnahmen des indischen Piloten im pakistanischen Fernsehen veröffentlicht, in denen dieser die Professionalität und gute Behandlung durch die pakistanische Armee betonte, da sie ihn vor der pakistanischen Bevölkerung beschützte (vgl. BBC 2019a). Dies steht im Kontrast zu einem am 27. Februar 2019 veröffentlichten und seitens der pakistanischen Regierung wieder gelöschten Video, welches den Piloten verletzt und mit verbundenen Augen zeigte (vgl. BBC 2019c).

Auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger Pakistans und Indiens wird die Reaktion der indischen Bevölkerung, Pakistan als Ursprung der terroristischen Handlungen zu beschuldigen, laut der pakistanischen Politologen Najimdeen Bakare und Muhammad Zubair Iqbal (2020) als unreflektiert und einer Tradition folgend ausgelegt. Denn die Untersuchung des Anschlages zum Zeitpunkt der Anschuldigungen Indiens hatten erst begonnen (vgl. S. 186). Die Selbstdarstellung des indischen Premierministers Modi wird durch die Politologen Zulfqar Khan und Zafar Khan (2021) als ehrgeizig und rechtsextrem gedeutet (vgl. S. 251). Gleichzeitig wird die Anschuldigung – auch aus einer Gewohnheit heraus – als falsch abgelehnt (vgl. ebd.). Die Gegen- bzw. Vergeltungsmaßnahmen der indischen Regierung gingen über die militärischen Aktionen hinaus und lassen sich, so Bakare und Iqbal, in vier wesentliche Punkte unterteilen: Erstens entzog die indische Regierung dem pakistanischen Staat den bereits angeführten Status als Most Favoured Nation. Zweitens wurden Importzölle von 200 Prozent auf pakistanische Waren erhoben. Drittens wurden die Flussläufe von Indien nach Pakistan gestaut. Viertens wurde innenpolitisch gegen die muslimische Bevölkerung vorgegangen (vgl. Bakare/ Iqbal 2020: 186).

Auf der Seite der pakistanischen Entscheidungsträger war zu beobachten, dass erst nach den beidseitigen Luftangriffen der damalige pakistanische Premierminister Imran Khan auftrat und um einen Dialog bat (vgl. Field 2019). In seinem Statement erinnerte er an die Nuklearwaffen beider Staaten und die Tatsache, dass Kriege durch Fehlkalkulation begonnen werden (vgl. ebd.). Grundsätzlich könnte in dieser Position eine deeskalierende Haltung unterstellt werden, allerdings dürfte sich der pakistanische Premierminister der konventionellen Unterlegenheit der Armee seines Staates bewusst gewesen sein. Insofern resultiert die Deeskalation aus einem existenziellen Selbstschutz heraus. Zumal die indische Regierung die Eskalationsstufen weiter erhöht hat: Bereits im Jahr 2016 erklärte der damalige, indische Verteidigungsminister Manohar Parrikar, dass die indische Regierung sich nicht durch eine NFU Policy in ihren Einsatzmöglichkeiten einschränken lassen solle (vgl. Kristensen/Korda 2018: 361). In diesem Kontext kann die neue Strategie gegenüber dem, so Premierminister Modi, pakistanischen Terrorismusexport nach Indien das Eskalationsverhalten mit hoher

Wahrscheinlichkeit so eingeordnet werden, als dass eine Eskalation in unterschiedlichem Ausmaß nicht mehr grundsätzlich abgelehnt wird. Die Verfügbarkeit jener aggressiven Strategie ist jedoch nur so lange gewährleistet, solange der Einsatz einer Nuklearwaffe seitens Pakistan (oder Indiens) nicht in die militärischen Entscheidungen mit eingezogen wird. Zusätzlich ist für weitere politische Überlegungen in der südasiatischen Region das pakistanische Fazit des Konfliktes zu betrachten: Die pakistanischen Entscheidungsträger, so Salma Shaheen (2019), resümierten, dass die nukleare Abschreckung zwischen Indien und Pakistan funktionierte (vgl. ebd.). Dies bedeutet für die pakistanische Regierung, dass durch die offene Kommunikation ihres eventuellen Nuklearwaffeneinsatzes eine weitere Eskalation verhindert werden konnte (vgl. ebd.). Gleichzeitig, so bewertet die pakistanische wissenschaftliche Mitarbeiterin des Institute of Strategic Studies Islamabad Ghazala Yasmin Jalil (2019) im Kontext der Pulwama Angriffe, sind der Antisatellitenwaffentest und der damit verbundene Auftritt des indischen Premierministers Narendra Modi als explizite Aktion gegen Pakistan zu beurteilen (vgl. Jalil 2019: 1). Der Test erfolgte wenige Wochen nach den indischen Luftangriffen im Grenzgebiet und zwei Wochen vor den indischen Wahlen, wodurch auch eine innenpolitische Strategie damit verfolgt wurde (vgl. ebd.). Es verdeutlicht jedoch auch, wie die pakistanischen Entscheidungsträger und Experten durch ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung einer positiven Nuklearwaffenpolitik, die als existenzieller Sicherheitsgarant verstanden werden, und eines aggressiven Indiens beeinflusst sind.

4.3.3. Fazit für die Vermeidung von Eskalation

Im Folgenden sollen die Handlungen und Aussagen, die zur Eskalation und Deeskalation führen, in einen Gesamtkontext gestellt werden. Für die Deeskalation lassen sich laut des Indienexperten der UN Abhinav Pandya (2019) drei entscheidende, unerwartete Ereignisse festhalten: Dabei handelt es sich um den Abschuss des pakistanischen Kampfflugzeuges F-16, die bedingungslose Freilassung des indischen Piloten sowie die Rede des pakistanischen Premierministers Imran Khan, die betont friedensfördernd und emotional war (vgl. S. 65). Darüber hinaus liegt die Vermutung nahe, dass sich die pakistanische Regierung der militärisch konventionellen Unterlegenheit gegenüber Indien bewusst ist und gleichzeitig laut dem ehemaligen, pakistanischen Präsidenten Parvez Musharraf

realisiert hatte, dass der Einsatz einer Nuklearwaffe stets die eigene Vernichtung zur Folge hätte (vgl. Pandya 2019: 66). Diese Überlegungen dürften der defensiven Auslegung der eigenen Nuklearstrategie, die auf das eigene Territorium zielt, und des zu erwartenden Vergeltungsangriffes seitens Indiens geschuldet sein. Dem pakistanischen Staat ist es zudem nicht möglich ob der eigenen Ökonomie über einen längeren Zeitraum einen Krieg zu finanzieren (vgl. ebd.). Zuletzt haben die Verbündeten Pakistans Saudi-Arabien und China während des Konfliktes keine offene Unterstützung angeboten (vgl. ebd.). Diese beiden Faktoren zwingen die pakistanische Regierung im Zusammenhang mit einer mangelhaften, nuklearen Option deeskalierend zu wirken. Tasleem und Dalton sind daher der Auffassung, dass der pakistanische Staat die NATO-Doktrin zu Zeiten des Kalten Krieges imitiert (vgl. Tasleem und Dalton zitiert nach Shaheen 2019). Es mangelt jedoch an den Kapazitäten, die Strategie einer aktiven Nuklearwaffenpolitik nicht nur konzeptionell, sondern auch operativ umzusetzen (vgl. ebd.). Der Umstand führt zu Glaubwürdigkeitsproblemen, wie sie innerhalb indischer Expertenkreise bereits erkannt wurden. Entsprechend waren während des Pulwama-Konfliktes die indischen Entscheidungsträger bereit, den Konflikt durch die chirurgischen Luftschläge sowie den politischen Druck eskalieren zu lassen. Es mangelt den pakistanischen Entscheidungsträgern nach Ansicht der Autoren zudem an eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem Eskalationspotential (vgl. ebd.). Dies steigert die Eskalationsgefahr im Hinblick auf die Nutzung von Nuklearwaffen, da die aktuellen Modernisierungsentwicklungen, wie bspw. die ballistische Rakete Nasr, einen Nutzungszwang aufgrund der Schlachtfeldnähe (und der begrenzten Reichweite) erzeugen (vgl. ebd.). Die Nuklearwaffe müsste daher entweder eingesetzt werden oder sie würde verloren gehen. Es ist daher fragwürdig, inwiefern die Maßnahmen auch langfristig als deeskalierende Option durch die pakistanische Regierung gewählt werden können. Die getroffenen Maßnahmen würden schließlich Nachgeben der pakistanischen Regierung und langfristigen Ignorieren pakistanischer Interessen führen.

Auf der anderen Seite verfolgt die indische Regierung eine aggressive Außenpolitik. Diese Politik ist allerdings eine notwendige Maßnahme, so resümierte der Terrorismusexperte Mohammed Sinan Siyech (2019), um gegen den durch Pakistan finanzierten Terrorismus vorzugehen. Eine internationale Isolation des

pakistanischen Staates ist aufgrund der Bedeutung des Staates für China und Afghanistan nicht möglich gewesen (vgl. S. 9). Zusätzlich ist die bisherige Strategie der Terrorismusbekämpfung, die sich bspw. gegen die Finanzierung des Terrorismus richtete, als ineffektiv bewertet worden (vgl. ebd.). Pandya merkt an, dass die Ausbreitung islamistischer Organisationen nicht nur das Versagen der indischen Politik verdeutlicht und die Bevölkerung von der Regierung entfremdet, sondern dass die indische Regierung für die Kaschmir-Region keine Planung vorweisen kann. Vielmehr handelt es sich bei den umgesetzten Policies um Experimente (vgl. S. 65). Die neue und aggressive Strategie der Vergeltungsangriffe kann als Abschreckung durch Bestrafung verstanden werden, vor allem da die Luftschläge unterhalb der Eskalationsschwelle liegen, die einen konventionellen Krieg auslösen würden (vgl. Siyech 2019: 9). Die Strategie der chirurgischen Luftangriffe wurde durch den indischen Premierminister Modi seit dem Uri-Zwischenfall im Jahr 2016, bei dem auch die Jaish-e-Mohammed beteiligt war, verfolgt, da dieser eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Terroristen veranlasst hatte (vgl. Pandya 2019: 66). Infolgedessen wurden auf terroristische Anschläge massive Vergeltungsschläge angekündigt, die von begrenzten Raketenangriffen auf Lager der Terrororganisationen bis hin zu einem großen Krieg reichen sollen (vgl. ebd.). Siyech beurteilt daher die Ereignisse der Pulwama-Attacke im Kontext der Eskalation und der Gründe für Terroranschläge: So lässt sich die Motivation für alle Terroranschläge unter den Aspekten Rache, Ruhm und Reaktion einordnen (vgl. Siyech 2019: 6). Die Rache war aufgrund eigens erfahrener Erniedrigungen durch die indischen Sicherheitskräfte sowie Tötung des Sohnes eines Jaish-e-Mohammed Anführers in einem Feuergefecht bereits im Jahre 2018 begründet (vgl. Siyech 2019: 7). Der Ruhm wurde innerhalb bestimmter sozialer Schichten und dem erhaltenen Märtyrer- bzw. Heldenstatus sowie der internationalen Aufmerksamkeit für den Terroranschlag in Pulwama allgemein erreicht (vgl. ebd.). Die Reaktion war durch die indischen Luftschläge, der Verhaftung von Anführern bis hin zur Verschiebung der lokalen Wahl spürbar (vgl. Siyech 2019: 7-8). Die chirurgischen Luftangriffe bedeuten weiterhin, dass die indische Regierung einen nuklearen Bluff in der pakistanischen Doktrin erkennt (vgl. Pandya 2019: 66). Selbst wenn es sich entgegen der Meinung des Experten nicht um einen Bluff handeln sollte, wird die nukleare Einsatzschwelle als höher eingeschätzt, als

dass sie durch konventionelle Luftangriffe überschritten werden könnte. Die Luftangriffe betrafen zudem die Region Balakot, die nicht eine besetzte Zone, sondern Territorium Pakistans ist und von der indischen Seite in der Kargil Krise im Jahr 1999 noch vermieden worden war (vgl. Pandya 2019: 66; BBC 2019b). Dies zeugt von der Missachtung der pakistanischen Hoheitsgebiete und belegt gleichzeitig die mangelhaften Luftabwehrkapazitäten des pakistanischen Militärs (vgl. BBC 2019b). Zeitgleich nutzten die indischen Nachrichtensender ihren Einfluss, um eine Kriegshysterie zu schüren, so Pandya (vgl. ebd.). Langfristig verhindert diese Indoktrination eine Rückkehr zur indischen Politik der Zurückhaltung, auch bei einem Regierungswechsel weg von der hindu-nationalistischen Regierung Modis, ohne erheblich an politischem Kapital einzubüßen (vgl. ebd.). Seitens der indischen Regierung sind daher keine proaktiven deeskalierenden Maßnahmen festzustellen. Es ist daher langfristig unwahrscheinlich, dass die deeskalierenden Maßnahmen seitens der pakistanischen Regierung erfolgreich sind, da sie einen militärischen Konflikt vermeiden müssen und dies somit im Verlust des Status Quo resultieren könnte. Dies ist jedoch ungeachtet des chinesischen Einflusses in der Region. So wäre ein erfolgreicher Angriff der indischen Marine gegen den pakistanischen Hafen in Gwadar auch gegen die chinesischen Interessen gewesen. Im Folgenden soll daher die chinesisch-indischen Beziehung näher betrachtet werden.

4.4. Doklam und folgende Konflikte: China vs. Indien

Wie bereits erwähnt ist die Beziehung zwischen den Staaten Indien und China sowohl aufgrund der Grenzsituation als auch aufgrund des konkurrierenden Großmachtstrebens angespannt. Die Modernisierungen und der damit verbundene Wandel der *action policy* deuten auch auf eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Beziehungen hin. Beispielhaft für den nachbarstaatlichen Konflikt und ihren Umgang miteinander soll der Doklam-Konflikt im Jahre 2017 angeführt werden. Die Konfliktsituation im Himalaya führte zu einem Patt zwischen den beteiligten Truppen beider Staaten, wodurch das Gefecht von einer taktischen auf eine strategische Ebene gehoben wurde (vgl. Scobell 2018: 182). Das Ereignis im Jahr 2017 war nicht das erste Mal, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee in bhutanisches Hoheitsgebiet vorgedrungen ist (vgl. Rossow et al.

2020: 5). Die Pattsituation im Jahr 2017 war jedoch die längste militärische Konfrontation zwischen den beiden Staaten (vgl. ebd.). Es ist zudem der Zeitpunkt, an dem sowohl China bereits seine strukturelle Änderung des Militärs als auch beide Staaten bereits eine aktive Nuklearwaffenpolitik forciert haben. Folglich sollen die Ereignisse innerhalb des Konfliktes hinsichtlich ihres Eskalationsgeschehens bewertet werden. Danach werden die getroffenen, politischen Aussagen im Kontext des Konfliktgeschehens analysiert werden.

4.4.1. Historie der Handlungen

Der Doklam-Konflikt begann am 16. Juni 2017 mit der Straßenkonstruktion durch die chinesische Volksbefreiungsarmee im umstrittenen Gebiet zwischen den Staaten China und Bhutan nahe der indischen Grenze (vgl. Rossow et al. 2020: 5; Panda 2017: 1). Der Konflikt ereignete sich nahe dem Engpass des Siliguri Korridor, der aufgrund der Größe auch als Chicken's Neck bezeichnet wird (vgl. Paul 2018: 3, 7). Die neue Straße hätte die Grenze und damit den Status Quo zu Gunsten der chinesischen Regierung verschoben (vgl. Rossow et al. 2020: 5; Panda 2017: 1). Das Doklam-Hochplateau gilt als schwierig zu verteidigen, da es sich im Himalaya-Gebirge befindet, wodurch der Zugang und die Versorgung erschwert sind (vgl. Blank 2017). Die indische Regierung schritt im Namen der bhutanischen Regierung ein, um die Sicherheit der Grenzen zu bewahren. Die Grenzsituation ist als Folge der britischen Kolonialzeit ungeklärt, wobei sich das indische Außenministerium auf ein nicht-öffentliches Arrangement aus dem Jahr 2012 berufend, die Grenze nach „allgemeinem Verständnis“ als geklärt ansieht (vgl. Panda 2017 b: 2-3). Um die eigenen Interessen zu bewahren, kann die chinesische Regierung dieses allgemeine Verständnis nicht berücksichtigen. Im Gegensatz dazu beruft sich eben jene Regierung auf den Beschluss des Tibet Sikkim Convention von 1890, so die Politologen Rossow et al. (2020), die gleichzeitig der chinesischen Regierung eine selektive Auswahl der britischen Verträge unterstellen (vgl. S. 4). Die Anwendung des Beschlusses ist jedoch fragwürdig, da der bhutanische Staat im Jahr 1890 noch nicht existierte (vgl. ebd.). Folglich könnte der chinesischen Regierung unterstellt werden, dass für sie nur die Verträge von Relevanz sind, die die eigene Position unterstützen. Die indische Regierung griff aufgrund der besonderen Beziehung mit der bhutanischen Regierung und eigenen sicherheitspolitischen Überlegungen in den Konflikt ein:

Erstens ist der indische Staat der Sicherheitsgarant für den bhutanischen Staat (vgl. Blank 2017). So ist im Art. 2 des Freundschaftsvertrages aus dem Jahr 2007, der eine Erneuerung des Vertrages aus dem Jahr 1949 ist, die gegenseitige Unterstützung und enge Zusammenarbeit zugesichert. Dies erlaubt die Nutzung des staatlichen Hoheitsgebietes des anderen Staates, um das eigene nationale Sicherheitsinteresse zu schützen (vgl. Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses o. J.). Zweitens besteht eine geografische und religiös-kulturelle Nähe zwischen beiden Staaten (vgl. Rossow et al. 2020: 5). Drittens handelt es sich beim indischen Staat um den größten Entwicklungspartner des bhutanischen Staates (vgl. ebd.). Viertens werden aufgrund des Freundschaftsvertrages des Jahres 1949⁴¹ sowohl die Außenpolitik als auch die Waffenimporte über Indien abgewickelt, so dass die chinesische und die bhutanische Regierung keine direkten diplomatischen Beziehungen zueinander unterhalten (vgl. Rossow et al. 2020: 5; Panda 2017 b: 2). Die bhutanisch-chinesischen Außenbeziehungen erfolgen über die bhutanische Botschaft in Neu-Delhi⁴² (vgl. Rossow et al. 2020: 5). Fünftens ist die bhutanisch-chinesische Grenze für die indische Regierung von Bedeutung, da sie den Zugang zum Shiliguri-Korridor ist, der, obwohl er durch die indische Regierung befestigt worden ist, eine strategische Schwachstelle darstellt (vgl. Panda 2017 b: 2). Er stellt damit eine rote Linie für die indische Regierung und eine Gefahr für die eigene nationale Sicherheit dar (vgl. Panda 2017 b: 2; Blank 2017). So wirkte die Asphaltierung der Straßen für die indische Regierung wie eine Invasionsvorbereitung, die aufgrund des vorhandenen, militärischen Vorteils ob der geografisch erhöhten Position des indischen Militärs unterbunden werden musste (vgl. Blank 2017). Es ist der Zugänglichkeit in die Region geschuldet, dass es den indischen Entscheidungsträgern möglich war, den durch die chinesische Narrative ausgelösten Zwang zu abwehren und in der Region einen militärischen Vorteil anzuwenden, der den begrenzten Konflikt zu einem Stillstand brachte (vgl. Mastro/ Tarapore 2017). Im gesamten Grenzgebiet zwischen Indien und China kommt es immer wieder zu

⁴¹ Der Vertrag wurde im Jahr 2007 erneuert und bekräftigt die gegenseitige Unterstützung sowie den Verzicht von Projekten, die die Sicherheit des anderen Staates gefährden kann (vgl. Rossow et al. 2020: 5).

⁴² Bis zum Jahr 1991 wurden keinerlei Beziehungen unterhalten und die indische Regierung übernahm die Außenpolitik gegenüber China vollständig (vgl. Rossow et al. 2020: 5).

bewaffneten, militärischen Auseinandersetzungen mit geringer Intensität (vgl. ebd.). Die Pattsituation zwischen der indischen Armee und der chinesischen Volksbefreiungsarmee, die wegen der Blockade des Straßenbaus durch die indischen Streitkräfte ausgelöst wurde, dauerte von Juni bis August bzw. September –72 bzw. 73 Tage je nach Autor - an dem umstrittenen Teil der bhutanisch-chinesischen Grenze am Doka La Pass (vgl. Rossow et al. 2020: 6; Small 2020: 38; Panda 2017: 1; Paul 2018: 3; Wyne 2018). Die chinesische Regierung bedient sich mit Infrastrukturmaßnahmen, bspw. dem Straßenbau, durch das Militär eines einfachen Mittels, um auf diese Art und Weise eine physische Präsenz in der Region zu schaffen (vgl. Mastro/ Tarapore 2017). Für die Beendigung des Konfliktes wurden durch die beiden Staaten unterschiedlich Gründe angegeben. Beide Regierungen erklären am 28. August 2017 die eigene Seite zum Sieger des Konfliktes (vgl. ebd.). Im Endergebnis wurde jedoch der Status Quo Ante wiederhergestellt (vgl. ebd.). Folglich ist davon auszugehen, dass es sich bei der chinesischen Begründung, durch deren militärischen Vorstoß der Konflikt entstanden war, um Propaganda für die eigene Bevölkerung handelte. Als Konsequenz der Konfliktbeendigung wurde der Straßenbau durch die chinesischen Truppen eingestellt und die indischen Streitkräfte zogen sich in ihre Quartiere in der Region zurück (vgl. Rossow et al. 2020: 6). Seit Beendigung des Konfliktes berichteten laut Rossow et al. verschiedene Nachrichtenagenturen, dass die militärische, chinesische Präsenz in der Region Doklam zugenommen hat, wobei sowohl die indische als auch die chinesische Regierung betonen, dass es keine Veränderung des Status Quo in der Region gibt (vgl. Rossow et al. 2020: 6). Dennoch zeigen Satellitenaufnahmen, so die Autoren, dass die Straßenbauarbeiten fortgeführt wurden und ein Netzwerk von kleineren Militäreinrichtungen, defensiven Stellungen sowie Helikopterlandeplätzen seitens des chinesischen Militärs aufgebaut worden ist (vgl. ebd.). Die Infrastrukturmaßnahme der chinesischen Regierung in Bhutan konnte demnach durch den geografischen, militärischen Vorteil für das indische Militär in der Region zu einem Stillstand gebracht werden. Die Deeskalation ist allerdings auf den externen geografischen Faktor des Gebirges selbst und den damit verbundenen Witterungsverhältnissen zurückzuführen, der mit zunehmendem, technologischem Fortschritt sowie einer eventuellen größeren Bereitschaft zu einer aggressiven Außenpolitik obsolet

werden würde. Im Folgenden soll diese Bereitschaft anhand der medialen Aufbereitung und den öffentlichen, politischen Aussagen der Regierungen der beteiligten Konfliktparteien untersucht werden.

4.4.2. Historie der politischen Aussagen

Die politischen Aussagen sowie die mediale Aufbereitung zum Doklam-Konflikt bilden die beiden Kategorien für die Betrachtung der politischen und öffentlichen Ebene. Auf der medialen Ebene stellten sich die Nachrichtenagenturen beider Staaten auf ein ähnliches Niveau, da sie jeweils die Grenzüberschreitung des anderen Staates hervorhoben (vgl. Panda 2017 b: 1) und sich damit in die Rolle des passiven Verteidigers bzw. Opfers der Umstände begaben. So verglich die Nachrichtenagentur Chinas People's Daily laut Panda die Aktionen des indischen Staates mit dem Krieg zwischen beiden Staaten aus dem Jahre 1962 (vgl. Panda 2017 b: 2). Die Nachrichtenagentur nutzte also gleichzeitig zu ihrer einseitigen Darstellung der Ereignisse die Möglichkeit, um an den damit verbundenen Sieg an der Grenze des Himalayas zu erinnern (vgl. ebd.). Zum einen kann auf diese Art und Weise auch ohne einen faktischen Zusammenhang der Konflikte an die eigene Überlegenheit erinnert werden. Zum anderen schaffte die chinesische Presse eine eigene Narrative. Diese wurde sowohl über diplomatische Kanäle als auch über die Staatsmedien geschaffen, um die indischen Handlungen als Aggression gegen die eigene Souveränität darzustellen (vgl. Mastro/ Tarapore 2017). So konnte die medial erzeugte Narrative den begrenzt wirkenden Militäraktionen vorausgehen und diese, zumindest innenpolitisch, legitimieren (vgl. ebd.).

Auf der politischen Ebene geht Pu davon aus, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit „Hinterzimmer-Diplomatie“ notwendig war, um den Konflikt zu diskutieren, zu verhandeln und zu deeskalieren (vgl. Pu 2018: 55). Diese Form der Diplomatie wäre damit neben den geografischen Begebenheiten als ein weiterer Faktor der Deeskalation zu nennen. Laut dem US-amerikanischen Asienexperten Andrew Small (2020) sind die chinesisch-pakistanischen Beziehungen aufgrund der indisch-pakistanischen Grenzkonflikte mit hoher Wahrscheinlichkeit Teil der Verhandlungen mit Indien (vgl. S. 39). Erst beim Wuhan-Gipfel im April 2018 ver-

suchten sowohl Präsident Xi als auch Premierminister Modi die Beendigung offiziell zu bestätigen und den politischen und militärischen Wettkampf beider Staaten im Allgemeinen auf eine vorhersehbare und abschätzbare Ebene zu heben (vgl. ebd.). Diese Ebene hätte ein höheres Maß der Sicherheit für die Region zur Folge, da es ob der Vorsehbarkeit eine geringere Eskalationsgefahr geben würde. Die Bekundungen haben damit nachträglich einen deeskalierenden bzw. vorbeugenden Charakter. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass für die chinesische Regierung, insbesondere Präsident Xi, der Konflikt auch an innenpolitischer Bedeutung zunahm, da es kurz vor einem wichtigen Parteikongress zu der Pattsituation gekommen war (vgl. Small 2020: 38). Auf dem Kongress wurde der Vorwurf deutlich, dass die Situation teilweise als Fehleinschätzung der politischen Führung für die Region interpretiert wurde, da die indischen Empfindsamkeiten bzgl. der Grenze und dem damit verbundenen militärischen und politischen Widerstand nicht berücksichtigt wurden (vgl. ebd.). Gleichzeitig offenbarte der Konflikt Mängel innerhalb der indischen Führungsebene und Kommandostruktur bezüglich des eigenen SSBN: So hatten die politischen Entscheidungsträger das Auslaufen des U-Boots befohlen, ohne zu wissen, dass die INS Arihant zu diesem Zeitpunkt nicht einsatzbereit war (vgl. Gott et al. 2019: 20). Neben den Mängeln in der Kommandostruktur verdeutlicht es die Ernsthaftigkeit sowie die Bereitschaft seitens der indischen Regierung den Konflikt weiter eskalieren zu lassen sowie die Annahme, dass Nuklearwaffen eine Notwendigkeit in dem Konflikt darstellen können, da anderenfalls das Auslaufen der INS Arihant nicht befohlen worden wäre. Im Folgenden sind die Entwicklungen bzw. die Bereitschaft zur Eskalation für die Bewertung der Deeskalation miteinzubeziehen. Die Narrativen beider Staaten haben verdeutlicht, dass sie eine aggressive Außenpolitik verfolgen und eine Innendarstellung als Verteidiger der eigenen Bevölkerung und Interessen forcieren.

4.4.3. Fazit für die Vermeidung von Eskalation

Wie bereits festgestellt ist die Deeskalation externen Faktoren geschuldet, die nicht für etwaige, zukünftige Konflikte miteinbezogen werden können. Der taktische Rückzug der chinesischen Streitkräfte wird zum einen auf die schnelle Reaktion des indischen Militärs zurückgeführt. Zum anderen dürfte Xi Jinping diplomatische Komplikationen vermeiden haben wollen, da er sich wenige Monate

vor der Verlängerung seiner Amtszeit als Vorsitzender der kommunistischen Partei befand (vgl. Wuthnow et al. 2018). Weitere Konflikte sind aufgrund der wachsenden, aggressiven Einstellung der Sicherheits- und Außenpolitikexperten beider Seiten gegenüber dem jeweils anderen Staat jedoch wahrscheinlich (vgl. O'Donnell 2018: 5). Zwar handelt es sich bei den Experten nicht notwendigerweise um die politischen Entscheidungsträger, da die letzte Entscheidungsgewalt beim Präsidenten oder Premierminister liegen dürfte. Dennoch ist davon auszugehen, dass ihre Expertise von den Entscheidungsträgern mit hoher Wahrscheinlichkeit miteinbezogen wird. Der Politologe F. O'Donnell (2018) schlussfolgert daher, dass das Risiko eines chinesisch-indischen Konfliktes steigt (vgl. S. 22). Insgesamt dürfte die Pattsituation dazu geführt haben, dass beide Staaten bzw. die erweiterte Region über eine erhöhte Alarmbereitschaft verfügen (vgl. Kristensen/Korda 2018: 361).

Zusätzlich existieren für den chinesischen und indischen Staat individuelle Schlussfolgerungen aus dem Konflikt. Für den indischen Staat ist die Pattsituation und der Status Quo Ante mit hoher Wahrscheinlichkeit als Erfolg zu bewerten. Gleichzeitig offenbarte die Situation, die mangelhafte Kommandostruktur bezüglich der eigenen SSBN. O'Donnell geht zusätzlich davon aus, dass der Einbezug der INS Arihant nicht nur für die globale Sicherheit, sondern auch für die indische Ökonomie eine folgenschwere Entscheidung gewesen wäre (vgl. O'Donnell 2018: 22). Nachdem indische U-Boote sowohl im Doklam- als auch Pulwama-Konflikt zum Einsatz kamen, kann ihre zukünftige Verwendung jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden bzw. ist sogar wahrscheinlich. Aufgrund der geopolitischen Bedeutung des Indischen Ozeans und der chinesischen Fokusverlagerung auf eben jene Region ist es zudem möglich, dass der begrenzte Konflikt an der Grenze lediglich der Ablenkung des chinesischen Militärs diene, da das indische Militär nicht dazu in der Lage ist, beide Fronten zuzüglich der Front mit Pakistan aufrecht zu erhalten (vgl. Mastro/Tarapore 2017). Die indische Truppenaufrüstung sowie die Instandsetzung einzelner Stützpunkte an der chinesischen Grenze verdeutlichen, dass die Fokussierung auf die Region dauerhaft ist. Die chinesische Regierung hat gleichzeitig die Grenzen der indischen Strategie aufgezeigt: Zum einen blieb die chinesische Aggression im internationalen Kontext nahezu unbeantwortet. Die chinesische Regierung zog sich zurück

und griff erst wieder in die Region als in die internationale Aufmerksamkeit abgeklungen war (vgl. Wuthnow et al. 2018). Zum anderen hat es aufgezeigt, dass kleinere Staaten wie Bhutan nicht über die Möglichkeit verfügen, sich dem chinesischen Vormarsch zu widersetzen (vgl. ebd.). Für die nukleare Ebene bedeutet der Einsatz der SSBN zudem, dass sich die Konflikte auch in diesem Spektrum befinden. Zwar ist ein leichtfertiger Einsatz weiterhin unwahrscheinlich, jedoch hat die Vergangenheit die Unfallfallanfälligkeit der Kommandostrukturen sowie die Unerfahrenheit des militärischen Personals aufgezeigt.

5. Ausblick und Herausforderungen

In dieser Arbeit wurde die Auswirkung einer aktiven Nuklearwaffenpolitik im südasiatischen Kontext untersucht. Mithilfe des Begriffes der aktiven Nuklearwaffenpolitik wurde eine Arbeitshypothese geschaffen, da die vorhandene Einteilung von Nuklearwaffen als taktisch oder strategisch unzureichend ist. Eben jene Einteilung ermöglicht auf technischer, militärischer und politischer Ebene einen Interpretationsspielraum mit weitreichenden Folgen in Abhängigkeit zum jeweiligen Akteur. Die Bezeichnung als taktische Nuklearwaffe eröffnet zudem für einen politischen Entscheidungsträger ein mindestens fragwürdiges Sicherheitsgefühl beim Einsatz von Nuklearwaffen. Anhand einer Einteilung in aktive oder passive Nuklearwaffenpolitik kann die beobachtete Situation im Allgemeinen und im südasiatischen Raum im Besonderen objektiver untersucht werden. Die aktive Nuklearwaffenpolitik berücksichtigt die über die reine Abschreckung hinausgehenden Aspekte der Doktrin eines Nuklearwaffenstaates. Sie umfasst sowohl den tatsächlichen Einsatz einer Nuklearwaffe als auch die Verwendung der Waffe als Druckmittel. Darüber hinaus wurden Aspekte der allgemeinen Außenpolitik, Ökonomie sowie kulturell-historische Erfahrung miteinbezogen, um die südasiatischen Staaten hinsichtlich einer aktiven Nuklearwaffenpolitik zu untersuchen.

Im Ergebnis kann für zwei der drei untersuchten Staaten eine aktive Nuklearwaffenpolitik festgestellt werden. Diese unterscheiden sich jedoch in Art und Umfang. Sowohl die chinesische Regierung als auch die indische Regierung bestätigen offiziell ihre NFU-Policy. Für den chinesischen Staatspräsidenten Xi steht stellvertretend für die gesamte Regierung der Ausbau des eigenen politischen, ökonomischen und militärischen Einflusses im Zentrum der Bestrebungen, um bis zum Jahr 2049 mit anderen Weltmächten mindestens gleichauf, wenn nicht überlegen zu sein. Der Fokus des chinesischen Einflusses richtet sich dabei regional auf die Regionen Süd-, Südost- und Ostasiens. Das Bestreben selbst richtet sich dabei vor allem gegen die USA, was sich auch an den Modernisierungen sowie den Waffen- bzw. Trägersystemen für nukleare Sprengköpfe erkennen lässt. Die Diskrepanz zwischen den offiziellen Aussagen und dem nuklearen Arsenal verdeutlicht, dass beim chinesischen Staat eine Abweichung zwischen der kommunizierten Declaratory Policy und den militärischen Möglichkei-

ten anhand des Force Deployments vorliegt. Aufgrund dessen sowie den Handlungen in den Regionen Süd-, Südost- und Ostasien im Gegensatz zu den getroffenen diplomatischen Aussagen ist eine Abweichung der Action Policy mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenso zutreffend. Eine aktive Nuklearwaffenpolitik kann aufgrund der modernisierten Trägersysteme nicht ausgeschlossen werden. Ebenso ist in diesem Kontext das Grundverständnis zur Abschreckung mit dem Begriff „weishe“ einzubeziehen, welches Zwang als legitimes Mittel der Abschreckung interpretiert. Dies gilt auch, wenn die Nuklearwaffen neben der konventionellen Überlegenheit als Druckmittel gegenüber den direkten Nachbarstaaten Verwendung finden. Die Umsetzung dieser Nuklearwaffenpolitik ist zum einen an den chinesischen Staatspräsidenten Xi und zum anderen an die Umstrukturierung der chinesischen Streitkräfte gekoppelt. Letztere erfolgte dabei während der Amtszeit Xis und konzentrierte die Entscheidungsbefugnisse über Nuklearwaffen auf die von ihm bekleideten Positionen, so dass seine Amtszeit als „neue Zeit“ bezeichnet wird.

Im Gegensatz dazu verhält es sich mit der aggressiven, indischen Außenpolitik, die durch den Premierminister Modi in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre vor allem gegenüber Pakistan ausgerufen und umgesetzt wurde, anders, da diese auf konventioneller Ebene stattfindet. Der indische Staat nutzt seine Nuklearwaffen nicht militärisch, sondern im Bewusstsein des Stabilität-Instabilitäts-Paradoxon zur konventionell-militärischen Realisierung der eigenen Interessen in Kaschmir, wie die Beispiele der chirurgischen Luftangriffe und die geplante Cold Start Doktrin aufzeigen. Eine Ausnahme zu dieser vermeintlich passiven Form der Nuklearwaffenpolitik stellt der Einbezug der INS Arihant in beiden angeführten Sample Cases dar. Für die indischen Entscheidungsträger war die Sicherung ihrer Zweitschlagfähigkeit von unmittelbarer Relevanz und Teil der strategischen Planung, auch auf einem geringen Eskalationsniveau. Gleichzeitig offenbarte dieser Einbezug die (noch) mangelhafte technische und militärische Expertise des indischen Staates, da in allen Untersuchungsfällen nicht das vorgegebene Ziel erreicht wurde. Insgesamt lässt sich für die indischen Streitkräfte festhalten, dass diese unfallanfällig oder unorganisiert erscheinen. In den Untersuchungsfällen verfügten die indischen Sicherheitskräfte erst nach dem Zwischenfall über die notwendigen Kompetenzen, um mit eben jenem umzugehen.

Ferner ist sowohl für die chinesischen als auch die indischen Experten festzuhalten, dass sie die Notwendigkeit einer NFU-Policy in Frage stellen. In beiden Fällen wird diese Überlegung offiziell verwehrt und einer Minderheit zugeschrieben. Insgesamt erinnert die neue, indische Außenpolitik an die US-amerikanische Monroe-Doktrin für die erweiterte Region des Indischen Ozeans.

Die pakistanische Regierung hingegen kommuniziert die Einsatzbereitschaft einer Nuklearwaffe, die als essenzieller Stützpfeiler des eigenen Sicherheitskonzeptes verstanden wird, offen. Ihre Declaratory Policy entspricht einer defensiven, aktiven Nuklearwaffenpolitik. Der Sample Case hat aufgezeigt, dass diese Absichtserklärung realpolitisch nicht verwirklicht wird. Der pakistanische Staat hat im untersuchten Konflikt stattdessen nachgegeben. Der Einsatz einer Nuklearwaffe wäre als Reaktion unverhältnismäßig gewesen und dem pakistanischen Staat stand keine andere Option zur Verfügung. Dem pakistanischen Staat mangelt es demnach an konventionellen Optionen, da die Kosten für Art und Umfang der Konflikte für den Einsatz einer Nuklearwaffe als zu hoch eingestuft werden.

Neben der Modernisierung ihrer Nuklearwaffen verstärken alle drei Staaten ihre Präsenz im Indischen Ozean und an den Grenzen zueinander. Im Indischen Ozean ist ob weiterer Marinen anderer Staaten, wie den USA, Russland oder Frankreich, die Unfallgefahr höher. Im Vergleich zu diesen Staaten verfügen die chinesische, indische oder pakistanische Marine in unterschiedlichem Ausmaß über schwache Tarnkappentechnologien sowie ASW. Die Deeskalation in den behandelten Sample Cases war externen Faktoren geschuldet bzw. dem vollständigen Rückzug der pakistanischen Truppen. Langfristig erscheinen diese Arten der Deeskalation keine Optionen, um den Status Quo weiterhin aufrecht zu erhalten. Zumal an der indisch-chinesischen Grenze durch den Infrastrukturausbau und die verbesserte Versorgung der Effekt abgemildert ist. Es bedarf daher einer anderen langfristigen Lösung, die von den drei Staaten ausgehen muss. Insbesondere Indien und China lehnen eine Vermittlung durch einen Drittstaat ab. Die USA sowie andere westliche Staaten, die ihre Marine oder Handelsschiffe in der Region fahren lassen, könnten aufgrund der eigenen Interessen sowie ihrer Kolonialgeschichte allenfalls unterstützend auftreten. So sind die USA ein Unterstützer der Unabhängigkeit Taiwans von China durch den Waffenverkauf in

Höhe von 18 Mrd. US-Dollar während der Trump-Regierung an das taiwanische Militär (vgl. Maizland 2022). Auch auf diplomatischer Ebene lud der nachfolgende US-Präsident Joe Biden taiwanische Repräsentanten zu seiner Verteidigung ein (vgl. ebd.). Auf militärischer Ebene werden gemeinsame Übungen durchgeführt und eine gemeinsame Präsenz in der Formosastraße gezeigt (vgl. ebd.). Die hohe Bedeutung für die US-amerikanische dürfte auch der Tatsache geschuldet sein, dass der taiwanische Staat der größte Produzent für Halbleiter-Mikrochips ist, die von Apple und anderen US-Unternehmen benötigt werden (vgl. ebd.). Eine Vermittlung seitens US-amerikanischer Diplomaten und Entscheidungsträger ist daher mindestens zwischen China und einem weiteren Staat auszuschließen. So gehen Experten davon aus, dass der Ukraine-Krieg von der chinesischen Regierung genutzt wird, um aus den Fehlern der russischen Regierung zu lernen und die eigenen Pläne gegenüber Taiwan anzupassen (vgl. ebd.). Der Zusammenschluss Taiwans mit dem chinesischen Festland stellt ein zentrales Ziel der chinesischen Entscheidungsträger dar (vgl. Schmiester/Flocken 2022: 16:00 – 17:40). Insofern wird die taiwanische Situation durch die US-Regierung als bedrohlich eingestuft (vgl. ebd.). Gleichzeitig ist eine nicht-militärische Lösung zunehmend unwahrscheinlicher ob der gegensätzlichen innenpolitischen Entwicklungen (vgl. ebd.). So könnte eine Militärintervention bereits im Jahre 2027 erfolgen, da zu diesem Zeitpunkt die Volksbefreiungsarmee ihr hundertjähriges Bestehen feiert (vgl. ebd.). Als Gegenargument kann berücksichtigt werden, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee weiterhin auf eine Kooperation mit der russischen Rüstungsindustrie angewiesen ist (vgl. Franke et al. 2022: 20:15 – 20:35). Folglich wäre die chinesische Marine der US-amerikanischen, insbesondere mit Unterstützung der NATO weiterhin unterlegen, falls diese ihren Schutz der taiwanischen Unabhängigkeit weiterhin erfüllen. Entsprechend suchen die chinesischen Entscheidungsträger eine internationale Koalition gegen die Sanktionshoheit seitens der USA, um den USA dieses Instrument zu nehmen (vgl. Franke et al. 2022: 31:25 – 31:45). Als weiteren Effekt kann die chinesische Regierung durch den Ukraine-Konflikt Lektionen für die Kriegsführung des 21. Jahrhunderts ziehen, da es sich auch bei diesem Konflikt um eine asymmetrische Ausgangssituation handelt, wie bei Taiwan oder gar gegenüber den USA (vgl. Franke et al. 2022: 34:45 – 35:40). Hierbei folgt der Ausbau

jener Technologien, die einen Informationsvorteil ermöglichen (vgl. ebd.). Zusätzlich sind die bisherigen Ansätze, wie bspw. das Quad oder der Asia-Africa Growth Corridor des indischen und japanischen Staates, stets auf den Ausschluss des chinesischen Staates ausgerichtet worden. Für die Region Südasien sowie Südostasien ist jedoch zu berücksichtigen, dass die übrigen Staaten sich gemeinsam (bedingt) gegen den Einfluss aus China oder Indien erwehren können.

Im Hinblick auf weitere westliche Akteure ergibt sich die folgende Darstellung: In der Europäischen Union ist die Auffassung zu Nuklearwaffen in Abhängigkeit zum Staat unterschiedlich zu bewerten: Während Frankreich, Großbritannien, Polen und Rumänien überzeugt von den Nuklearwaffen im internationalen System sind, gibt es in Deutschland, Schweden und den Niederlanden widersprüchliche Meinungen innerhalb der politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure (vgl. Rapnouil et al. 2018). Lediglich drei Akteure – Irland, Finnland und Österreich – stehen den Nuklearwaffen laut Rapnouil et al. (2018) gesellschaftlich neutral gegenüber (vgl. ebd.). Die übrigen Staaten verhalten sich entsprechend entweder konform oder pragmatisch zur geopolitischen Situation und Meinung der EU (vgl. ebd.). Aus deutscher Sicht gilt es den eigenen Handel und damit die eigene Wirtschaft in der Region des Indischen Ozeans zu sichern (vgl. Kumar 2017). Die sicheren Handelswege in der Straße von Hormus und Malakka sowie der gesamten Region des Indischen Ozeans sind gleichzeitig Ziel der europäischen Union und westlicher Partner (vgl. ebd.). Für Deutschland gilt das Interesse insbesondere aufgrund der Tatsache, dass es sich beim deutschen Staat um eine Exportnation handelt (vgl. ebd.). Allerdings besitzt der deutsche Staat sowohl historisch seit dem ersten Weltkrieg als auch aktuell keine Territorien in der Region des Indischen Ozeans (vgl. ebd.). Des Weiteren wurden seit Beginn des 21. Jahrhunderts lediglich vereinzelt Militärübungen mit anderen Staaten in der Region durchgeführt und das deutsche Militär beteiligte sich an der Anti-Piraterie-Mission vor der somalischen Küste (vgl. ebd.). Dennoch ist auch der deutsche Staat an den Öl- sowie Gasreserven im Persischen Golf als Alternative zu Russland interessiert und möchte darüber hinaus die Tiefseeresourcen, wie etwa Sulfide, im Indischen Ozean bergen (vgl. ebd.). Gleichzeitig ist der deutsche Staat vertraglich, politisch sowie militärisch eingebunden: So befinden sich im Indischen Ozean französische Übersee-Departements, die sowohl

durch den EU-Vertrag als auch durch den Vertrag von Aachen, so genannte Beistandsklausel, auch für das deutsche Militär einen Verteidigungsauftrag darstellen würden (vgl. Art. 4 Treaty of Aachen). Insofern gewinnt die Region des Indischen Ozeans auch für den deutschen Staat an Bedeutung. Dies bedeutet einen weiteren Akteur, der in die Region eintritt und entsprechend die Situation komplizierter gestalten könnte, auch wenn die Zusammenarbeit mit den anderen westlichen Staaten in der Region aufgrund der geschlossenen internationalen Verträge gewährleistet sein sollte. Auf der nuklearen Ebene sind Sicherheitsüberlegungen zudem dadurch gekennzeichnet, dass die Thematik für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten selbst äußerst sensibel behandelt wird (vgl. Rapnouil et al. 2018). Zumal die US-Garantie zur nuklearen Verteidigung immanent ist (vgl. ebd.). Entsprechend orientieren sich die EU-Staaten, die über keine eigenen Nuklearwaffen verfügen, an den USA und werden somit mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Region des Indo-Pazifiks als Unterstützer der USA oder der eigenen Interessen verstanden.

Abschließend lässt sich für die indo-pazifische Region festhalten, dass sie für die dort ansässigen Akteure als auch für die (westlichen) Industriestaaten weiter an Bedeutung gewinnen wird. Dies bedeutet, dass die Kontrolle über die angrenzenden Meeresstraßen zentraler Bestandteil der maritimen Strategien vieler Staaten darstellt. Die aktiven Nuklearwaffenpolitiken in den südasiatischen Staaten bieten im Zusammenhang mit der wachsenden Anzahl an Akteuren die Gefahr eines Zwischenfalls. Zumal zwischen den drei untersuchten Staaten auch auf ihren Territorien Grenzkonflikte bestehen. Zuletzt ist der Konflikt zwischen den USA und dem chinesischen Staat insofern von Bedeutung, da er Thukydides These erfüllen könnte.

Literaturverzeichnis.

- Abbott, Shannon, Jenkins, Isaac, Armbruster, Mitchell, Brandt, Logan, Conklin, Kit, Davies, Daniel, Etim, David N., Gillens, April R., Graham, Jeffrey J., Green, Chelsea, Herzog, Stephen, Powell, Nathan, Rumbaugh, Wes, Salisbury, Daniel, Sanders-Zakre, Alicia & Toivanen, Henrietta (2018): Project on Nuclear Issues: A Collection of Papers from the 2017 Conference Series and Nuclear Scholars Initiative, online unter: www.jstor.org/stable/resrep22425.14, [zugegriffen am: 20.05.2020].
- AFP (2013): Pakistan marks 15th anniversary of nuclear tests, online unter: <https://www.geo.tv/latest/87114-pakistan-marks-15th-anniversary-of-nuclear-tests>, 28. Mai 2013, [zugegriffen am: 17.12.2020].
- AFP (2020): Pakistan Demands Kashmir Action While Ignoring China's Uyghurs, online unter: <https://gandhara.rferl.org/a/pakistan-demands-kashmir-action-while-ignoring-china-s-uyghurs/30770938.html>, 07. August 2020, [zugegriffen am: 18.05.2021].
- AFP/Reuters (2017): Chinese President Xi Jinping calls for nuclear disarmament, online unter: <https://p.dw.com/p/2W1Oz>, 18. Januar 2017, [zugegriffen am: 20.01.2022].
- AFP/WebDesk (2021): India angry over PM Imran Khan's fiery speech at UNGA, online unter: <https://www.geo.tv/latest/372464-india-angry-over-pm-imran-khans-fiery-speech-at-unga>, 25. September 2021, [zugegriffen am 30.01.2022].
- Ahmed, Mansoor (2019): Addressing South Asia's Fissile Material Conundrum, online unter: <https://southasianvoices.org/addressing-south-asias-fissile-material-conundrum/>, 12. Juni 2019, [zugegriffen am: 23.07.2019].
- Albright, David/Hibbs, Mark (1992): India's Silent Bomb, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 48. Jg., Heft 7, S. 27-31.
- Alwardt, Christian, Neuneck, Götz, Becker-Jakob, Una, Polle, Johanna, Brzoska, Michael, Schörnig, Niklas, Johannsen, Margret, Wisotzki, Simone, Mutschler, Max & Zellner, Wolfgang (2019): Rüstungskontrolle schärfen. Rüstungsdynamiken, in: Friedensgutachten 2019, S. 94-115.

- Arms Control Association (o. J. a): Seabed Arms Control Treaty, online unter: <https://www.armscontrol.org/treaties/seabed-arms-control-treaty>, [zugegriffen am: 04.10.2019].
- Arms Control Association (o. J. b): African Nuclear-Weapons-Free Zone Treaty, online unter: <https://www.armscontrol.org/treaties/african-nuclear-weapons-free-zone-treaty>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Arms Control Association (o. J. c): South Pacific Nuclear Weapons Free Zone Treaty (Treaty of Rarotonga), online unter: <https://www.armscontrol.org/treaties/south-pacific-nuclear-weapons-free-zone-treaty>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Arms Control Association (o. J. d): Latin America Nuclear Weapons Free Zone Treaty (Treaty of Tlatelolco), online unter: <https://www.armscontrol.org/treaties/latin-america-nuclear-weapons-free-zone-treaty>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Arms Control Association (o. J. e): Peaceful Nuclear Explosions Treaty (PNET), online unter: <https://www.armscontrol.org/treaties/peaceful-nuclear-explosions-treaty>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Arms Control Association (o. J. f): Threshold Test Ban Treaty (TTBT), online unter: <https://www.armscontrol.org/treaties/threshold-test-ban-treaty>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Arms Control Association (2017): Arms Control and Proliferation Profile: China, online unter: <https://www.armscontrol.org/factsheets/chinaprofile>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Army Technology (2021): DRDO Ballistic Missile Defence System, online unter: <https://www.army-technology.com/projects/drdo-bmd/>, 08. Januar 2021, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Association of Southeast Asian Nations (o. J.): About ASEAN. Overview, online unter: <https://asean.org/asean/about-asean/overview/> [zugegriffen am: 18.12.2020].

- Atomic Archive (o. J.) a: PRC's Nuclear Facilities, online unter: <https://www.atomicarchive.com/almanac/facilities/prc-facilities.html>, [zugegriffen am: 08.08.2020].
- Atomic Archive (o. J.) b: India's Nuclear Facilities, online unter: <https://www.atomicarchive.com/almanac/facilities/indian-facilities.html>, [zugegriffen am: 01.11.2021].
- Atomic Heritage Foundation (2016): Limited or Partial Test Ban Treaty (LTBT/PTBT), online unter: <https://www.atomicheritage.org/history/limited-or-partial-test-ban-treaty-ltbtptbt>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Babb, Joseph G. D. (2005): China: The Rising Power in Asia and Its Relations with Preemptive America – Emerging Strategic Partnership, Temporary Tactical Accommodation, or Both?, in: Carpenter, William M., Wiencek, David G. & Lilley, James R. (Hrsg.) (2005): Asian Security Handbook: Terrorism and the New Security Environment, 3. Auflage, Routledge, New York, S. 95-115.
- Bajoria, Jayshree/Pan, Esther (2010): The U.S.-India Nuclear Deal, online unter: <https://www.cfr.org/backgrounder/us-india-nuclear-deal>, 05. November 2010, [zugegriffen am: 01.11.2021].
- Bakare, Najimdeen/Iqbal, Muhammad Zubair (2020): Efficacy of Personality Traits, Religious Ideology, and Political Capital of Event: The Case of Pulwama Attack, in: Journal of Political Studies, 27. Jg., Heft 2, S. 181-197.
- Barman, Deep (2019): SAV Review: Resisting the Counterforce Temptation, online unter: <https://southasianvoices.org/sav-review-resisting-the-counterforce-temptation/>, 17. Mai 2019 [zugegriffen am: 23.07.2019].
- Baruah, Darshana M. (2021): What Is Happening in the Indian Ocean?, online unter: <https://carnegieendowment.org/2021/03/03/what-is-happening-in-indian-ocean-pub-83948#:~:text=The%20importance%20of%20trade%20and,as%20Europe%20and%20the%20Americas.>, 03. März 2021, [zugegriffen am: 05.02.2022].

- Basit, Abdul, Bashar, Iftekharul, Siyech, Mohammed Sinan, Mahmood, Sara & Gunasingham, Amresh (2019): South Asia: Afghanistan, Bangladesh, India, Pakistan, Sri Lanka. Counter Terrorist Trends and Analyses, online unter: <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26568578>, [zugegriffen am: 05.01.2021].
- Baylor, D. J. (2011). Considerations for a US Nuclear Force Structure below a 1,000-Warhead Limit, in: Strategic Studies Quarterly, 5. Jg., Heft 2, S. 52-72.
- BBC (2012): Full text: China's new party chief Xi Jinping's speech, online unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-china-20338586>, 15. November 2012, [zugegriffen am: 09.11.2020].
- BBC (2019a): Abhinandan: Captured Indian pilot handed back by Pakistan, online unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-47412884>, 01. März 2019, [zugegriffen am: 05.11.2020].
- BBC (2019b): Viewpoint: Balakot air strikes raise stakes in India-Pakistan stand-off, online unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-47370608>, 26. Februar 2019, [zugegriffen am: 05.11.2020].
- BBC (2019c): Narendra Modi v Imran Khan: Who won the war of perception?, online unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-47414490>, 01. März 2019, [zugegriffen am: 05.11.2020].
- Bedi, Rahul (2019): 'In a nuclear war, no one will win' – Imran Khan, online unter: <https://www.irishtimes.com/news/world/asia-pacific/in-a-nuclear-war-no-one-will-win-imran-khan-1.3999082>, 27. August 2019, [zugegriffen am: 28.01.2022].
- Behuria, Ashok Kumar (2018): Siddharth Kumar: What is the current foreign and economic policy of the Indian Government towards Pakistan? Is that a right policy to go forward?, online unter: <https://idsa.in/askanexpert/current-foreign-and-economic-policy-of-the-indian-government-towards-pakistan>, 17. Mai 2018, [zugegriffen am: 16.07.2019].

- Belt and Road Research Platform (2021): The BRI and China's International Trade Map, online unter: <https://www.beltroadresearch.com/the-bri-and-chinas-international-trade-map/>, [zugegriffen am: 19.06.2022].
- Berger, Andrea/Chalmers, Malcolm (2014): The Art of the Possible: The Future of the P5 Process On Nuclear Weapons, online unter: <https://www.armscontrol.org/act/2014-10/features/art-possible-future-p5-process-nuclear-weapons>, [zugegriffen am: 05.11.2020].
- Beri, Ruchita (2019): Belt and Road Initiative: An opportunity or risk for Africa?, online unter: <https://idsa.in/idsacomments/belt-and-road-initiative-rberi-150419>, 15. April 2019, [zugegriffen am: 17.07.2019].
- Bethke, Felix, Mutschler, Max, Meininghaus, Esther, Schetter, Conrad, Mielke, Katja & Wirkus, Lars (2019): Bewaffnete Konflikte Stabilisierung darf keine Interessenpolitik sein, in: Friedensgutachten, S. 45-70.
- Bonn International Centre for Conflict Studies (2020): Global Militarisation Index, online unter: <https://gmi.bicc.de/ranking-table>, [zugegriffen am: 18.06.2022].
- Blair, Bruce G., Sleight, Jessica & Foley, Emma Claire (2018): The End of Nuclear Warfighting: Moving to a Deterrence-Only Posture. An alternative U.S. Nuclear Posture Review, online unter: <https://www.princeton.edu/sgs/publications/articles/ANPR-Final-Blair.pdf>, [zugegriffen am: 19.07.2019].
- Blank, Jonah (2015): Pakistan and China's Almost Alliance, online unter: <https://www.rand.org/blog/2015/10/pakistan-and-chinas-almost-alliance.html>, 16. Oktober 2015, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Blank, Jonah (2017): What were China's Objectives in the Doklam Dispute? Takeaways for Washington, online unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/asia/2017-09-07/what-were-chinas-objectives-doklam-dispute>, 07. September 2017, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Blix, Hans, Anwar, Dewi Fortuna, Arbatov, Alexei G., Azambuja, Marcos de, Bailes, Alyson J. K., Dhanapala, Jayantha, Evans, Gareth, Lewis, Patricia, Nishihara, Masashi, Perry, William J., Raghavan, Vasanth, Sylla, Cheikh,

- El Hassan bin Talal, Prince & Pan, Zhenqiang (2006): Weapons of Terror. Freeing the World of Nuclear, Biological and Chemical Arms, online unter: https://ycsg.yale.edu/sites/default/files/files/weapons_of_terror.pdf, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Boodoo, Chelsie (2021): China Flight-Tests Missile Interceptors, online unter: <https://www.armscontrol.org/act/2021-04/news-briefs/china-flight-tests-missile-interceptors>, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Borger, Julian (2019): Nuclear weapons: experts alarmed by new Pentagon 'war-fighting' doctrine, online unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/jun/19/nuclear-weapons-pentagon-us-military-dctrine>, 19. Juni 2019, [zugegriffen am: 11.07.2019].
- Bose, Sohini (2019): The Andaman Sea: India's Geostrategic in the Indo-Pacific, online unter: <https://southasianvoices.org/andaman-sea-indias-indo-pacific-gateway/>, 03. Juli 2019, [zugegriffen am: 21.07.2019].
- Bowen, Wyn & Moran, Matthew (2015): Living with nuclear hedging: the implications of Iran's nuclear strategy, online unter: https://www.chatham-house.org/sites/default/files/field/field_document/INTA91_4_01_BowenMoran.pdf, [zugegriffen am: 30.08.2021].
- Bräutigam, Deborah (2014): China and the Developing World, in: Oxford University Press (Hrsg.) (2014): Politics in the Developing World, 4. Auflage, Oxford, S. 393–402.
- Brewster, David (2018): Between Giants: The Sino-Indian Cold War in the Indian Ocean, online unter: https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/brewster_sino_indian_cold_war_2018.pdf, [zugegriffen am: 28.05.2019].
- Broad, William J. & Sanger, David E. (2021): A 2nd New Nuclear Missile Base for China, and Many Questions About Strategy, online unter: <https://www.nytimes.com/2021/07/26/us/politics/china-nuclear-weapons.html>, 26. Juli 2021, [zugegriffen am: 30.08.2021].

- Brown, Kerry (2021): Chinas Staatschef Xi Jinping, online unter: <https://www.bpb.de/internationales/asien/china/325116/chinas-staatschef-xi-jinping>, 04. Januar 2021, [zugegriffen am: 20.01.2022].
- Brzoska, Michael (2018): Current Challenges to Normative Restrictions on Warfare, in: S&F Sicherheit und Frieden, 36. Jg., Heft 1, S. 34-39.
- Bundesregierung (2020). Gruppe der Zwanzig, online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/g7-g20/die-g20-387324>, [zugegriffen am: 18.12.2020].
- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.): BRICS-Staaten, online unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/159944/brics-staaten>, [zugegriffen am: 18.12.2020].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Vor 65 Jahren: Gründung der Volksrepublik China, online unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/191939/vor-65-jahren-gruendung-der-volksrepublik-china-30-09-2014>, 30. September 2014, [zugegriffen am: 18.01.2022].
- Burki, Shavid Javed/Ziring, Lawrence (2020): Pakistan, in: Encyclopaedia Britannica, online unter: <https://www.britannica.com/place/Pakistan> [zugegriffen am: 24.09.2020].
- Center for Preventive Action (2021): Global Conflict Tracker, online unter: <https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/?category=us>, [zugegriffen am: 31.05.2021].
- Cerutti, Furio (2007): Global Challenges for Leviathan. A political philosophy of nuclear weapons and global warming, Lexington Books, Lanham.
- Chadha, Vivek (2018): Return the Favour with a Thousand Cuts: India's Pakistan Policy, online unter: <https://idsa.in/policybrief/return-the-favour-with-a-thousand-cuts-india-pakistan-policy-vchadha-220318>, [zugegriffen am: 11.07.2019].
- Chan, Minnie/Zhen, Liu (2019): China's new supersonic arsenal could give H-6N bomber force greater reach, military experts say, online unter: <https://www.scmp.com/news/china/military/article/3036994/chinas-new->

- supersonic-arsenal-could-give-h-6n-bomber-force, 09. September 2019, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Chand, Naresh (2013): China's Maritime Air Power, online unter: <https://www.spsnavalforces.com/story/?id=247>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Chandra, Atul (2014a): HAL to supply 12 Do-228 MSAs to Indian Navy, online unter: <https://www.flightglobal.com/hal-to-supply-12-do-228-msas-to-indian-navy/114946.article>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Chandra, Satish (2014b): Revisiting India's Nuclear Doctrine: Is It Necessary, online unter: https://idsa.in/issuebrief/RevisitingIndiasNuclearDoctrine_schandra_300414, [zugegriffen am: 11.07.2019].
- Chaudhry, Aizaz Ahmed (2018): International Nuclear Order: Recent Trends and Implications for Strategic Stability, online unter: http://issi.org.pk/wp-content/uploads/2018/10/IP-Aizaz_Ahmad_Chaudhry_N_Series_No._6_2018.pdf, [zugegriffen am: 04.06.2019].
- Chellaney, Brahma (2019): How the terrorist threat from Pakistan can be quelled, online unter: <https://www.japantimes.co.jp/opinion/2019/03/05/commentary/world-commentary/terrorist-threat-pakistan-can-quelled/>, 05. März 2019 [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Cheng, Dean (2021): An Overview of Chinese Thinking About Deterrence, online unter: https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-94-6265-419-8_10.pdf, [zugegriffen am: 04.02.2022].
- Chiabotti, Stephen D. (2018): Clausewitz as Counterpuncher: The Logic of Conventional Deterrence, online unter: <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26533612>, [zugegriffen am: 10.07.2019].
- China Military Online (o. J.): CMC/Leader, online unter: eng.china-mil.com.cn/cmc/node_86684.htm, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- CIA factbook (o. J.): World and Regional Maps, online unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/maps/world-regional/>, [zugegriffen am 19.06.2022].

- Clausewitz, Carl von (1834): Vom Kriege. (Überarbeitete Fassung), online unter: <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/12/VomKriege-a4.pdf>, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- Congressional Research Service (2022): China Naval Modernization: Implication for U.S. Navy Capabilities – Background and Issues for Congress, online unter: <https://sgp.fas.org/crs/row/RL33153.pdf>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Cordesman, Anthony H., Burke, Arleigh A. & Molot, Max (2019): China and the U.S.: Cooperation, Competition And/or Conflict An Experimental Assessment. Forces and Delivery Systems, online unter: www.jstor.org/stable/resrep22586.43, [zugegriffen am: 22.05.2020].
- Cordesman, Anthony H./Kendall, Joseph (2016): The PLA Rocket Force: Evolving Beyond the Second Artillery Corps (SAC) and Nuclear Dimension, online unter: <https://www.csis.org/analysis/pla-rocket-force-evolving-beyond-second-artillery-corps-sac-and-nuclear-dimension>, 13. Oktober 2016, [zugegriffen am: 16.11.2020].
- CSIS Missile Defense Project (2021): Missiles of China, online unter: <https://missilethreat.csis.org/country/china/>, 21. April 2021, [zugegriffen am: 16.08.2022].
- CSIS Missile Defense Project (2022a): Missiles of India, online unter: <https://missilethreat.csis.org/country/india/>, 30. Juni 2022, [zugegriffen am: 16.08.2022].
- CSIS Missile Defense Project (2022b): Missiles of Pakistan, online unter: <https://missilethreat.csis.org/country/pakistan/>, 30. Juni 2022, [zugegriffen am: 16.08.2022].
- Daase, Christopher, Neuneck, Götz, Schaper, Annette, Schmidt, Hans-Joachim & Wunderlich, Carmen (2019): Nukleare Weltordnung in der Krise, online unter: https://friedensgutachten.de/user/pages/02.2019/01.Gutachten_Gesamt/friedensgutachten_2019_web.pdf, [zugegriffen am: 15.07.2019].

- Daekwon, Son (2017): Xi Jinping thought vs Deng Xiaoping Theory, online unter: <https://thediplomat.com/2017/10/xi-jinping-thought-vs-deng-xiaoping-theory/>, 25. Oktober 2017, [zugegriffen am: 29.05.2021].
- Defense World (2016): China To Test Dong Neng-3 Anti-Satellite Missile, online unter: https://www.defense-world.net/news/17918/China_To_Test_Dong_Neng_3_Anti_Satellite_Missile#.YfZerupUpD-, 10. Dezember 2016, [zugegriffen am: 30.01.2022].
- Defense-aerospace.com (2020): Pakistan Orders Embraer Jetliner to Replace P-3C Orion MPAs, online unter: https://www.defense-aerospace.com/articles-view/release/3/213992/pakistan-orders-embraer-jetliner-to-replace-p_3c-orion-mpas.html, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Delpech, Thérèse (2012): Nuclear deterrence in the 21st century. Lessons from the cold war for a new era of strategic piracy, online unter: https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2012/RAND_MG1103.pdf, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Department of Peace and Conflict Research (o. J.): UCDP Definitions, online unter: https://www.pcr.uu.se/research/ucdp/definitions/#tocjump_8479853782765556_53, [zugegriffen am: 12.01.2022].
- Desai, Antara & Basit, Abdul (2012): India – Pakistan: Why Peace? Counter Terrorist Trends and Analyses, online unter: <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26351072>, [zugegriffen am: 03.06.2019].
- Dizikes, Peter (2014): The varieties of nuclear strategy, online unter: <https://phys.org/news/2014-05-varieties-nuclear-strategy.html>, 28. Mai 2014, [zugegriffen am: 10.11.2020].
- DNA India (2020): 'There is a limit to one's patience': What Pranab Mukherjee told then US Secretary of State post 26/11 attacks, online unter: <https://www.dnaindia.com/india/report-there-is-a-limit-to-one-s-patience-what-pranab-mukherjee-told-then-us-secretary-of-state-post-2611-attacks-2837357>, 31. August 2020, [zugegriffen am: 12.01.2022].

- Dobbins, James; Shatz, Howard J. & Wyne, Ali (2018): Russia Is a Rogue, Not a Peer; China Is a Peer, Not a Rogue, online unter: <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE310.html>, [zugegriffen am: 17.11.2019].
- Dominguez, Gabriel (2015): China's nine-dashed line has 'no basis under international law', online unter: <https://p.dw.com/p/1G57q>, 27. Juli 2015, [zugegriffen am: 19.06.2022].
- Dominguez, Gabriel/ Bedi, Rahul (2021): Indian Navy commissions first squadron of Dhruv ALH Mk III helicopters, online unter: <https://www.janes.com/defence-news/news-detail/indian-navy-commissions-first-squadron-of-dhruv-alh-mk-iii-helicopters>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- D'Souza, Shanthie Mariet (2021): Mumbai terrorist attacks of 2008, online unter: <https://www.britannica.com/event/Mumbai-terrorist-attacks-of-2008>, 30. November 2021, [zugegriffen am: 10.01.2022].
- Dwivedi, G. G. (2019): The Balakot Strategic Shift. Needed a 'Counter Proxy War' Doctrine, online unter: <https://idsa.in/idsacomments/balakot-strategic-shift-counter-proxy-war-gg-dwivedi-280319>, 28. März 2019, [zugegriffen am: 16.07.2019].
- The Economic Times (2016): Former Pakistan PM Yousuf Raza Gilani visited my house after father's death in 2008: David Headley, online unter: <https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/former-pakistan-pm-yousuf-raza-gilani-visited-my-house-after-fathers-death-in-2008-david-headley/articleshow/51547542.cms>, 25. März 2016, [zugegriffen am: 13.01.2022].
- The Economic Times (2018): India can produce up to 492 nuclear bombs: Pakistan think-tank, online unter: <https://economictimes.indiatimes.com/news/defence/india-can-produce-up-to-492-nuclear-bombs-pakistan-think-tank/articleshow/55055536.cms>, 12. Juli 2018, [zugegriffen am: 17.07.2019].

- The Economic Times (2021): No need for nukes once Kashmir issue is resolved: Pakistan's PM Imran Khan, online unter: <https://economictimes.indiatimes.com/news/defence/no-need-for-nukes-once-kashmir-issue-is-resolved-pakistans-pm-imran-khan/articleshow/83725140.cms?from=mdr>, 21. Juni 2021, [zugegriffen am: 28.01.2022].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2016): Missiles, online unter: <https://www.britannica.com/technology/missile#ref123517>, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2017): ICBM (Missile), online unter: <https://www.britannica.com/technology/ICBM>, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2018): Agni, online unter: <https://www.britannica.com/topic/Agni>, [zugegriffen am: 11.12.2020].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2019a): Total war (Military), online unter: <https://www.britannica.com/topic/total-war#ref182542>, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2019b): Imran Khan, online unter: <https://www.britannica.com/biography/Imran-Khan>, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2020a): Nuclear triad, online unter: <https://www.britannica.com/topic/nuclear-triad>, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- The Editors of Encyclopaedia Britannica (2020b): Battle of Badr, online unter: <https://www.britannica.com/event/Battle-of-Badr>, 19. Mai 2020, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Episkopos, Mark (2020): China's AIP Stealthy Submarine Force: A Worry for the U.S. Navy?, online unter: <https://nationalinterest.org/blog/buzz/chinas-aip-stealthy-submarine-force-worry-us-navy-172869>, 19. November 2020, [zugegriffen am: 19.12.2020].
- Erickson, Andrew S., Hickey, Joshua & Holst, Henry (2019): Surging Second Sea Force, in: Naval War College Review, 72. Jg., Heft 2, S. 10-34.

- Evans, Gareth (2013): Nuclear Deterrence in Asia and the Pacific, online unter: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1002/app5.11>, [zugegriffen am: 15.01.2019].
- Fair, C. Christine (2016): Pakistan's Strategic Culture. Implications for How Pakistan Perceives and Counters Threats, online unter: <https://christine-fair.net/pubs/SR61.pdf>, [zugegriffen am: 28.01.2021].
- Fearon, James D. (1997): Signaling Foreign Policy Interests: Tying Hands versus Sinking Costs, online unter: <https://doi.org/10.1177/0022002797041001004>, 01. Februar 1997, [zugegriffen am: 16.06.2022].
- Federation of American Scientists (o. J.): Southeast Asia Nuclear-Weapon-Free Zone Treaty (Treaty of Bangkok), online unter: https://fas.org/programs/ssp/nukes/ArmsControl_NEW/nonproliferation/NFZ/NP-NFZ-SE.html, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Ferguson, Charles D./MacDonald, Bruce W. (2017): BMD Capabilities of the United States, Russia, China, and India, in: Nuclear Dynamics: In a Multipolar Strategic Ballistic Missile Defense World, Federation of American Scientists, S. 21-26, online unter: <http://www.jstor.org/stable/resrep18935.11>, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Fettweis, Christopher J. (2019): Pessimism and Nostalgia in the Second Nuclear Age, in: Strategic Studies Quarterly, 13. Jg., Heft 1, S. 12-41.
- Feyyaz, Muhammad (2019): Contextualizing the Pulwama Attack in Kashmir – A Perspective from Pakistan, in: Perspectives on Terrorism, 13. Jg., Heft 2, S. 69-74.
- Field, Matt (2019): While the world watched US-North Korean negotiations, two nuclear powers squared off, online unter: <https://thebulletin.org/2019/02/while-the-world-watched-us-north-korean-negotiations-two-nuclear-powers-squared-off/>, 28. Februar 2019, [zugegriffen am: 25.07.2019].

- Fifield, Anna (2019): Here are some of the new weapons China will unveil at Tuesday's military parade, online unter: <https://www.washingtonpost.com/world/2019/09/29/here-are-some-new-weapons-china-will-unveil-tuesdays-military-parade/>, 29. September 2019, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Fleischer, Jörg (2019): Erklärt: Der INF-Vertrag, online unter: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/erklaert-der-inf-vertrag-30250>, 02. August 2019, [zugegriffen am: 27.01.2019].
- Flight International (2021): World Air Forces, online unter: <https://www.flightglobal.com/download?ac=75345>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Flocken, Andreas, Sommer, Jerry & Weigelt, Julia (2018, 01. Dezember): NDR Info – Streitkräfte und Strategien. Atomares Wettrüsten zwischen China und USA? [Audio-Podcast].
- Flocken, Andreas & Küstner, Kai (2021, 03. Juli): NDR Infor – Streitkräfte und Strategien. Eskalationsgefahr im Indo-Pazifik? [Audio-Podcast].
- Foley, Emma Claire (2020): „Smiling Buddha” ushered India into the nuclear age, online unter: <https://www.globalzero.org/updates/smiling-buddha-ushered-india-into-the-nuclear-age/>, 18. Mai 2020, [zugegriffen am: 11.12.2020].
- Ford, Lindsey W./Gewirtz, Julian (2020): China's Post-Coronavirus Aggression Is Reshaping Asia. Multilateral responses are likely as Beijing picks fights, online unter: <https://foreignpolicy.com/2020/06/18/china-india-aggression-asia-alliances/>, 18. Juni 2020, [zugegriffen am: 20.09.2020].
- Framatome (2018): Reaktortypen: So funktioniert ein..., online unter: <http://de.areva.com/scripts/mini-home/publigen/content/templates/Show.asp?L=DE&P=2049&SYNC=Y>, [zugegriffen am: 04.10.2021].
- Franke, Ulrike, Masala, Carlo, Sauer, Frank & Wiegold, Thomas (2022, 31. Mai): Sicherheitshalber: Folge #59 Was macht eigentlich China? Ukraine-Krieg beobachten, Russland stützen, Systemkonflikt forcieren [Audio-Podcast].

- Frei, Daniel (1987): Mängel der Abschreckung, online unter: <https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/auk.1987.9.issue-1-2/auk-1987-1-206/auk-1987-1-206.pdf>, [zugegriffen am: 27.01.2020].
- Gady, Franz-Stefan (2016): India Drops Plans to Add 3 More French Stealth Attack Submarines, online unter: <https://thediplomat.com/2016/09/india-drops-plans-to-add-3-more-french-stealth-attack-submarines/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Gartzke, Erik A., Carcelli, Shannon, Gannon, J. Andres & Zhang, Jiakun Jack (2017): Signaling in Foreign Policy, online unter: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.481>, 22. August 2017, [zugegriffen am: 16.06.2022].
- George, Susannah (2019): U.S. has begun reducing troops in Afghanistan, commander says, online unter: https://www.washingtonpost.com/world/us-has-begun-reducing-troops-in-afghanistan-commander-says/2019/10/21/d17a9e30-f3f1-11e9-8cf0-4cc99f74d127_story.html, 21. Oktober 2019, [zugegriffen am: 07.01.2021].
- Gettleman, Jeffrey/Kumar, Hari (2021): Modi Finds Temple on Mosque's Ruins, in Triumphant Moment for Hindu Base, online unter: <https://www.nytimes.com/2020/08/05/world/asia/modi-temple-ayodhya.html>, 11. Mai 2021, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Ghosh, Shubham (2017): China Opens First Overseas Base in Djibouti: The Message Is Clear For Both India And US, online unter: <https://www.ibtimes.co.in/china-opens-first-overseas-base-djibouti-message-clear-both-india-us-734327>, 12. Juli 2017, [zugegriffen am: 16.08.2022].
- Gill, Bates/Ni, Adam (2019): China's Sweeping Military Reforms: Implications for Australia, in: Security Challenges, 15. Jg., Heft 1, S. 33-46.
- Glaser, Alexander/Göttsche, Malte (2017): Fissile Material Stockpile Declarations and Cooperative Nuclear Archaeology, in: FM(C)T Meeting Series, online unter: <https://www.unidir.org/files/publications/pdfs/fm-c-t-meeting-series->

verifiable-declarations-of-fissile-material-stocks-challenges-and-solutions-en-671.pdf, [zugegriffen am: 06.07.2021].

GlobalSecurity.org (o. J.): Rare Materials Plant (RMP) Rattehalli [Rattehalli / Rattehalli], online unter: <https://www.globalsecurity.org/wmd/world/india/rattehalli.htm>, [zugegriffen am: 10.12.2020].

GlobalSecurity.org (2011a): Hashmat Class (Fr Agosta-70), online unter: <https://www.globalsecurity.org/military/world/pakistan/hashmat.htm>, [zugegriffen am: 07.02.2022].

GlobalSecurity.org (2011b): Khalid Class (Fr Agosta 90B), online unter: <https://www.globalsecurity.org/military/world/pakistan/khalid.htm>, [zugegriffen am: 07.02.2022].

Gogna, Sanjana (2017): Pakistan's Nuclear Weapons and the Indian Nuclear Doctrine, online unter: https://idsa.in/idsacomments/pakistan-nuclear-weapons-and-the-indian-nuclear-doctrine_sgogna_110917, 11. September 2017 [zugegriffen am: 17.07.2019].

Goldman, Russel (2020): India-China Border Dispute: A Conflict Explained, online unter: <https://www.nytimes.com/2020/06/17/world/asia/india-china-border-clashes.html>, 08. September 2020 [zugegriffen am: 22.12.2021].

Gompert, David C. (2013): Sea Power and American Interests in the Western Pacific, online unter: https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR151.html, [zugegriffen am: 22.05.2020].

Gormley, Dennis M. (2008). Missile Contagion. Cruise Missile Proliferation and the Threat to International Security, Naval Institute Press, Annapolis.

Gott, Jessica, Connolly, Erin, Hadfield, Zach, Hamel, Michael, Heimer, Brandon W., Kattan, Ari, Kirkegaard, Marie C., Kuhns, Ryan, Maloney, Jillian, Mascaro, Anthony D., Maslin, John, Petry, Benjamin, Treiman, Andrew, Praisewater, Shane, Rogers, Jennifer Buxe, Tennis, Maggie, Tracey, Cheneé & Webb, Rachel (2019): On the Horizon: A Collection of Papers from the Next Generation, online unter: www.jstor.org/stable/resrep22545.5, [zugegriffen am: 22.05.2020].

- Gottschlich, Pierre (2018): Hindu-Nationalismus. Indien auf dem Weg in einen Hindu-Staat?, online unter: <https://www.bpb.de/apuz/280574/hindu-nationalismus-indien-auf-dem-weg-in-einen-hindu-staat?p=all>, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Government of Pakistan Ministry of Defence Defence Division Rawalpindi (2020): Year Book (2019-2020), online unter: <https://www.mod.gov.pk/SiteImage/Publication/Year%20Book%202019-20.pdf>, [zugegriffen am: 29.01.2022].
- Goyal, Shikha (2021): Kargil Vijay Diwas 2021: Know the brief History of Kargil War, online unter: <https://www.jagranjosh.com/general-knowledge/kargil-war-history-1595672853-1>, [zugegriffen am: 08.01.2022].
- Grady, John (2021): Mystery Shrouds Chinese Defense Spending, online unter: <https://news.usni.org/2021/10/26/mystery-shrouds-chinese-defense-spending>, 26. Oktober 2021, [zugegriffen am: 18.06.2022].
- Gray, Colin S. (1999): Modern Strategy, Oxford University Press, Oxford.
- Gray, Colin S. (2009). National Security Dilemmas. Challenges & Opportunities, Potomac Books, Inc, Dulles, Virginia.
- Grossman, Derek (2018): The Quad Needs Broadening to Balance China – And Now's the Time to Do It, online unter: <https://www.rand.org/blog/2018/10/the-quad-needs-broadening-to-balance-china-and-nows.html>, 22. Oktober 2018, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Grossman, Derek (2019): How the U.S. Is Thinking About the Quad, online unter: <https://www.rand.org/blog/2019/02/how-the-us-is-thinking-about-the-quad.html>, 07. Februar 2019, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Gurung, Shaurya Karanbir (2019): IAF reopens Advanced Landing Ground in Arunachal, online unter: <https://economictimes.indiatimes.com/news/defence/iaf-reopens-advanced-landing-ground-in-arunachal/article-show/71195195.cms?from=mdr>, 19. September 2019, [zugegriffen am: 04.05.2020].

- Haijun360.com (o. J.): U-Boot-Abwehr Typ 037IS, online unter: <https://web.archive.org/web/20160107114947/http://www.haijun360.com/news/LQJ/2011/611/11611155612F8EKDAE70JB1DKF5FD0J.html>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Hameiri, Shahrar (2020): Debunking the myth of China's „debt-trap diplomacy“, online unter: <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/debunking-myth-china-s-debt-trap-diplomacy>, 09. September 2020, [zugegriffen am: 07.07.2022].
- Harnisch, Sebastian (2005): Das Proliferationsnetzwerk um A. Q. Khan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 2005, Heft 48, S. 24-31.
- Hashim, Asad (2019): Pakistan arrests scores in fresh crackdown on armed groups, online unter: <https://www.aljazeera.com/news/2019/3/5/pakistan-arrests-scores-in-fresh-crackdown-on-armed-groups>, 05. März 2019, [zugegriffen am: 01.11.2020].
- Heginbotham, Eric, Chase, Michael S., Heim, Jacob L., Lin, Bonny, Cozad, Mark, Morris, Lyle J., Twomey, Christopher P., Morgan, Forrest E., Nixon, Michael, Garafola, Christina L. & Berkowitz, Samuel K. (2017): China's Evolving Nuclear Deterrent. Major Drivers and Issues for the United States, online unter: https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR1628.html, [zugegriffen am: 22.05.2020].
- Helis.com (o. J.): Harbin Z-9 in Pakistan Navy, online unter: <https://www.helis.com/database/modelorg/1349/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- The Hindu (2010): Pitching for composite dialogue, online unter: <https://www.thehindu.com/news/international/Pitching-for-composite-dialogue/article16840119.ece>, 28. Januar 2010, [zugegriffen am: 13.01.2022].
- Hindustan Times (2019): PM Modi's full speech on Pulwama terror attack, online unter: <https://www.hindustantimes.com/india-news/pm-modi-s-full-speech-on-pulwama-terror-attack/story-UyfCPhQQW7qTcBi-ouBYEsO.html>, 15. Februar 2019, [zugegriffen am: 03.03.2021].
- History Pak (o. J.): Kargil Conflict 1999, online unter: <https://historypak.com/kargil-conflict-1999/>, [zugegriffen am: 08.01.2022].

- Houweling, Henk/Siccama, Jan G. (1988): Power Transitions as a Cause of War, online unter: <https://doi.org/10.1177/0022002788032001004>, [zugegriffen am: 23.10.2020].
- Huang, Jiyuan (2021): More or fewer nukes – that is the question, online unter: http://eng.chinamil.com.cn/view/2021-06/07/content_10045233.htm, 07. Juni 2021, [zugegriffen am 03.02.2022].
- Huffman, Brent E. (2021): Pakistan Is Cracking Down on Uyghur Muslims Who Fled China, online unter: <https://www.vice.com/en/article/akgee4/pakistan-is-cracking-down-on-uyghur-muslims-who-fled-china>, 21. Mai 2021, [zugegriffen am: 22.05.2021].
- Immenkamp, Beatrix (2018). Treaty on the prohibition of nuclear weapons – the ‘Ban Treaty’, online unter: [http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI\(2018\)614664](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2018)614664), [zugegriffen am: 04.11.2019].
- International Atomic Energy Agency (o. J.): Convention on the Physical Protection of Nuclear Material, online unter: <https://www.iaea.org/publications/documents/conventions/convention-physical-protection-nuclear-material>, [zugegriffen am: 22.08.2019].
- India Today (2020): What Pakistan said on Pulwama: Then Imran Khan, now his minister, online unter: <https://www.indiatoday.in/india/story/pakistan-on-pulwama-imran-khan-feigns-ignorance-his-minister-calls-him-leader-of-attack-1736336-2020-10-29>, 29. Oktober 2020, [zugegriffen am: 03.03.2021].
- Indian Express (2019): Pakistan PM Imran Khan on Pulwama attack: Open to probe, will retaliate if India attacks, online unter: <https://indianexpress.com/article/india/pulwama-terror-attack-imran-khan-pakistan-india-crpf-jawans-killed-5590962/>, 19. Februar 2019, [zugegriffen am: 03.03.2021].
- Indian Navy (o. J.): Abhay Class, online unter: <https://www.indiannavy.nic.in/content/abhay-class>, [zugegriffen am: 07.02.2022].

- Indian Ocean Rim Association (o. J.): Member States, online unter: <https://www.i-ora.int/en/about/member-states>, [zugegriffen am: 18.12.2020].
- International Encyclopedia of the Social Sciences (o. J.): Limited War, online unter: <https://www.encyclopedia.com/social-sciences/applied-and-social-sciences-magazines/limited-war>, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- IPFM (2010): Global Fissile Material Report 2010. Balancing the Books: Production and Stocks, online unter: <http://fissilematerials.org/library/gfmr10.pdf>, [zugegriffen am: 04.04.2020].
- IPFM (2013): Global Fissile Material Report 2013. Increasing Transparency of Nuclear Warhead and Fissile Material Stocks as a Step toward Disarmament, online unter: <http://fissilematerials.org/library/gfmr13.pdf>, [zugegriffen am: 06.07.2021]
- IPFM (2016): Pakistan may be building a new enrichment facility, online unter: https://fissilematerials.org/blog/2016/09/pakistan_may_be_building_.html, 16. September 2016, [zugegriffen am 06.10.2021].
- IPFM (2018): France and China continue to discuss reprocessing plant, online unter: http://fissilematerials.org/blog/2018/06/france_and_china_continue.html, 25. Juni 2018, [zugegriffen am: 24.05.2021].
- IPFM (2021a): Fissile material stocks, online unter: <http://fissilematerials.org/>, 04. September 2021, [zugegriffen am: 30.09.2021].
- IPFM (2021b): Facilities: Reprocessing plants, online unter: https://fissilematerials.org/facilities/reprocessing_plants.html, 04. September 2021, [zugegriffen am: 30.09.2021].
- IPFM (2021c): Countries: China, online unter: <https://fissilematerials.org/countries/china.html>, 31. August 2021, [zugegriffen am 30.09.2021].
- IPFM (2021d): Facilities: Enrichment facilities, online unter: https://fissilematerials.org/facilities/enrichment_plants.html, 04. September 2021, [zugegriffen am 30.09.2021].

- IPFM (2021e): Facilities: Research reactors, online unter: https://fissilematerials.org/facilities/research_reactors.html, 04. September 2021, [zugegriffen am: 30.09.2021].
- IPFM (2021f): Facilities: Naval reactors, online unter: https://fissilematerials.org/facilities/naval_reactors.html, 04. September 2021, [zugegriffen am: 30.09.2021].
- IPFM (2021g): Countries: India, online unter: <https://fissilematerials.org/countries/india.html>, 31. August 2021, [zugegriffen am: 30.09.2021].
- IPFM (2021h): Countries: Pakistan, online unter: <https://fissilematerials.org/countries/pakistan.html>, 31. August 2021, [zugegriffen am: 30.09.2021].
- IPFM (2021i): Research reactors: China, online unter: https://fissilematerials.org/facilities/research_reactors/china.html#SS, 04. September 2021, [zugegriffen am: 06.10.2021].
- IPFM (2021j): Materials: Highly enriched uranium, online unter: <https://fissilematerials.org/materials/heu.html>, 04. September 2021, [zugegriffen am: 06.10.2021].
- IPFM (2021k): Materials: Plutonium, online unter: <https://fissilematerials.org/materials/plutonium.html>, 04. September 2021, [zugegriffen am: 06.10.2021].
- Jacob, Happymon (2016): The Kashmir Uprising and India-Pakistan Relations. A Need for Conflict Resolution, not Management, online unter: <https://www.ifri.org/en/publications/notes-de-lifri/asie-visions/kashmir-uprising-and-india-pakistan-relations-need-conflict>, [zugegriffen am: 12.07.2019].
- Jacob, Happymon (2018): The India-Pakistan Nuclear Dyad. Strategic Stability and Cross-Domain Deterrence, in: Rubin, Lawrence/Stulberg, Adam N. (2018): The End of Strategic Stability. Nuclear Weapons and the challenge of regional rivalries, Georgetown University Press, Washington DC, S. 203-229.

- Jacob, Happymon (2019): Time to Consider a Trilateral Asian ABM Treaty, online unter: <https://southasianvoices.org/time-to-consider-a-trilateral-asian-abm-treaty/>, 18. Juni 2019, [zugegriffen am: 23.07.2019].
- Jaffery, Syed Ali Zia (2018): Calling the Nuclear Bluff: A Case for Pakistan's Warfighting Nuclear Doctrine, online unter: <https://southasianvoices.org/calling-the-nuclear-bluff-case-for-pakistans-warfighting-nuclear-doctrine/>, 20. Januar 2018, [zugegriffen am: 11.07.2019].
- Jalil, Ghazala Yasmin (2019): Recent Threats to Strategic Stability in South Asia, online unter: http://issi.org.pk/wp-content/uploads/2019/04/IB_Ghazala_April_11_2019.pdf, [zugegriffen am: 28.05.2019].
- Jervis, Robert (1982): Deterrence and Perception, in: International Security, 7. Jg., Heft 3, S. 3-30.
- Jia, Pingfan (2022): Muscle-flexing scares no one, online unter: http://eng.chinamil.com.cn/view/2022-01/27/content_10126797.htm, 27. Januar 2022, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Joe, Rick (2018): Chinese Anti-Submarine Warfare: Aviation Platforms, Strategy, and Doctrine, online unter: <https://thediplomat.com/2018/10/chinese-anti-submarine-warfare-aviation-platforms-strategy-and-doctrine/>, 16. Oktober 2018, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Joseph, Paul (1985): Making Threats: Minimal Deterrence, Extended Deterrence and Nuclear Warfighting, in: The Sociological Quarterly, 26. Jg., Heft 3, S. 293-310.
- Joshi, Yogesh/O'Donnell, Frank (2019): India and Nuclear Asia, Georgetown University Press, Washington DC.
- Kahn, Herman (2009): On Escalation. Metaphors and Scenarios, 1. Edition (Second Printing), New Brunswick, Transaction Publishers.
- Kampani, Gaurav/Gopalaswamy, Bharath (2017a): Nuclear Observations from Islamabad, online unter: www.jstor.org/stable/resrep16766.11, [zugegriffen am: 18.05.2020].

- Kampani, Gaurav/Gopalaswamy, Bharath (2017b): Asia in the “Second Nuclear Age”, online unter: <http://www.jstor.org/stable/resrep16766>, [zugegriffen am: 07.12.2020].
- Kant, Ravi (2020): The 21st-century Thucydides trap. The clash between a rising power and an established one can be seen in the US-China trade war, online unter: <https://asiatimes.com/2020/02/the-21st-century-thucydides-trap/>, 26. Februar 2020 [zugegriffen am: 07.01.2021].
- Kanwal, Gurmeet (2016): India's Nuclear Force Structure 2025, online unter: <https://carnegieendowment.org/2016/06/30/india-s-nuclear-force-structure-2025-pub-63988>, 30. Juni 2016, [zugegriffen am: 19.12.2020].
- Kaushik, Krishn (2021): Explained: India's submarine strength, online unter: <https://indianexpress.com/article/explained/simply-put-indias-submarine-strength-7613847/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Kazi, Reshmi (2014): Saudi Arabia's Nuclear Thinking and the Pakistani Connection, online unter: https://idsa.in/issuebrief/SaudiArabiasNuclearThinkingandPakistan_rkazi_070114, [zugegriffen am: 10.07.2019].
- Khan, Bilal (2019): Profile: Pakistan's New Hangor Submarine, online unter: <https://quwa.org/2019/11/11/profile-pakistans-new-hangor-submarine/>, 11. November 2019, [zugegriffen am: 19.10.2020].
- Khan, Feroz Hassan (2019): Nuclear Command, Control and Communications (NC3): The Case of Pakistan, online unter: <https://nautilus.org/nap-snet/napsnet-special-reports/nuclear-command-control-and-communications-nc3-the-case-of-pakistan/>, 26. September 2019, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- Khan, Imran (2021): Statement by the Prime Minister of Pakistan H.E. Imran Khan to the Seventy-sixth Session of the UN General Assembly, online unter: https://estatement.unmeetings.org/estatement/10.0010/20210924/ajen3uMeQSDH/XOqp89IAVee9_en.pdf, 24. September 2021, [zugegriffen am: 28.01.2022].

- Khan, Zulfqar/Khan, Zafar (2021): India's Evolving Deterrent Force Posturing in South Asia. Temptation for Pre-emptive Strikes, Power Projection, and Escalation Dominance, Palgrave Macmillan, Springer Nature Singapore Pte Ltd, Singapore.
- Kile, Shannon N./Kristensen, Hans M. (2013): Indian nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/SIPRIYB13c06sVI.pdf>, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- Kile, Shannon N./Kristensen, Hans M. (2017): Trends in world nuclear forces, 2017, online unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2017-06/fs_1707_wnf.pdf, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- Kile, Shannon N./Kristensen, Hans M. (2019a): Chinese nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/yearbook/2019/06>, [zugegriffen am: 22.05.2020].
- Kile, Shannon N./Kristensen, Hans M. (2019b): Pakistani nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/yearbook/2019/06>, [zugegriffen am: 22.05.2020].
- Kimball, Daryl G. (2018): Revitalizing Diplomatic Efforts to Advance CTBT Entry into Force, in: S&F Sicherheit und Frieden, 36. Jg., Heft 2, S. 80-85.
- Kimball, Daryl G. (2020): The Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons At A Glance, online unter: <https://www.armscontrol.org/factsheets/nuclearprohibition>, [zugegriffen am: 05.08.2020].
- Kimball, Daryl G. (2022): Biden Policy Allows First Use of Nuclear Weapons, online unter: <https://www.armscontrol.org/act/2022-04/news/biden-policy-allows-first-use-nuclear-weapons>, [zugegriffen am: 16.12.2022].
- Kirchberger, Sarah (2019, 31. Juli): Sicherheitshalber. Chinas sicherheitspolitische Fähigkeiten und Ambitionen [Audio-Podcast], online unter: <https://sicherheitspod.de/2019/07/31/sicherheitshalber-der-podcast-folge-15-china-china-china/>.
- Kirchberger, Sarah/O'Keeffe, Patrick (2019): Chinas schleichende Annexion im Südchinesischen Meer – die strategischen Hintergründe, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, 3. Jg., Heft 1, S. 3-20.

- Korybko, Andrew (2021): China-India synchronized border disengagement a positive development, online unter: http://eng.chinamil.com.cn/view/2021-02/13/content_9985649.htm, 13. Februar 2021, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Kristensen, Hans M./Korda, Matt (2018): Indian nuclear forces, 2018, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00963402.2018.1533162>, [zugegriffen am: 05.11.2018].
- Kristensen, Hans M./Korda, Matt (2019): Chinese nuclear forces, 2019, online unter: <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1628511>, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2012): Nonstrategic nuclear weapons, 2012, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1177/0096340212459040#abstract>, [zugegriffen am: 24.01.2019].
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2013): Chinese nuclear forces, 2013, online unter: <https://doi.org/10.1177/0096340213508632>, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2015a): Chinese nuclear forces, 2015, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1177/0096340215591247>, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2015b): Indian nuclear forces, 2015, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1177/0096340215599788?needAccess=true>, [zugegriffen am: 21.11.2020].
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2015c): Pakistani nuclear forces, 2015, online unter: <https://doi.org/10.1177/0096340215611090>, [zugegriffen am: 24.09.2020].

Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2017): Indian nuclear forces, 2017, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/00963402.2017.1337998?needAccess=true>, [zugegriffen am: 21.11.2020].

Kristensen, Hans M., Norris, Robert S. & Diamond, Julia (2018): Pakistani nuclear forces, 2018, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00963402.2018.1507796>, [zugegriffen am: 24.01.2019].

Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2018): Russian nuclear forces, 2018, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00963402.2018.1462912>, [zugegriffen am: 24.01.2019].

Kühn, Ulrich (2018): Deterrence and its discontents, online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00963402.2018.1486613>, [zugegriffen am: 04.10.2018].

Kumar, Amit (2017): Germany's Interest in the Indian Ocean Region, online unter: https://www.icwa.in/show_content.php?lang=1&level=3&ls_id=5184&lid=3668#:~:text=Germany's%20fundamental%20interest%20in%20the,reconstruction%20measures%20during%20natural%20disasters., 06. November 2017, [zugegriffen am: 14.08.2022].

Kumar, A. Vinod (2018): Avinash asked: What is the difference between 'credible minimum deterrence', 'strategic deterrence' and 'full spectrum deterrence?', online unter: <https://idsa.in/askanexpert/credible-minimum-deterrence-strategic-deterrence-full-spectrum-deterrence>, 30. November 2018, [zugegriffen am: 04.04.2020].

Kumar, A. Vinod (2019): Why is Pakistan's lowering of nuclear threshold a problem for India and its doctrine?, online unter: <https://idsa.in/askanexpert/why-is-pakistans-lowering-of-nuclear-threshold>, 08. Januar 2019, [zugegriffen am: 16.07.2019].

- Lamb, Keith (2021): Disengagement on Sino-Indian border is a step in the right direction, online unter: http://eng.chinamil.com.cn/view/2021-02/12/content_9985305.htm, 12. Februar 2021, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Lenz-Raymann, Kathrin (2014): Securitization Theory: Legitimacy in Security Politics, online unter: <https://www.jstor.org/stable/j.ctv1fxgjp.14>, [zugegriffen am: 29.11.2021].
- Lesniewski, Rainer (o. J.): Kaschmir-Karte, online unter: <https://www.shutterstock.com/de/image-vector/kashmir-map-162433334>, [zugegriffen am: 03.03.2024].
- Lewis, Jeffrey (2005): Rattehalli Rare Materials Plant, online unter: <https://www.armscontrolwonk.com/archive/200766/rattehalli-rare-materials-plant-rmp/>, [zugegriffen am: 10.12.2020].
- Lewis, Jeffrey G./Tertrais, Bruno (2019): The Finger on the Button: The Authority to Use Nuclear Weapons in Nuclear-Armed States, online unter: www.jstor.org/stable/resrep19697.9, [zugegriffen am: 20.05.2020].
- Liedman, Sean R. (2017): Taming Sea Dragons: Maintaining Undersea Superiority in the Indo-Asia-Pacific Region, online unter: www.jstor.org/stable/resrep16990.6, [zugegriffen am: 15.05.2020].
- Li, Jiayao (2019): China's National Defense in the New Era, online unter: http://eng.mod.gov.cn/publications/2019-07/24/content_4846452.htm, 24. Juli 2019, [zugegriffen am: 28.01.2022].
- Li, Wei (2022): China opposes any third party's interference in China-India border issue: Defense Spokesperson, online unter: http://eng.mod.gov.cn/news/2022-01/27/content_4903769.htm, 27. Januar 2022, [zugegriffen am: 28.01.2022].
- Lin, Minwang (2021): India's arrogance will hurt itself, online unter: http://eng.chinamil.com.cn/view/2021-10/13/content_10098607.htm, 13. Oktober 2021, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Liu, Feng (2018): China-India Engagement in Institutions: Convergence and Divergence on Global Governance Reforms, in: Paul, T.V. (Hrsg.) (2018):

The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press, Washington DC, S. 231–250.

Logan, David (2020): The dangerous myths about China's nuclear weapons, online unter: <https://warontherocks.com/2020/09/the-dangerous-myths-about-chinas-nuclear-weapons/>, 18. September 2020, [zugegriffen am: 08.02.2021].

Long, Austin (2008): Deterrence. From Cold War to Long War, online unter: https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG636.pdf, [zugegriffen am: 04.10.2018].

Long, Austin (2020): Myths or moving targets? Continuity and change in China's nuclear forces, online unter: <https://warontherocks.com/2020/12/myths-or-moving-targets-continuity-and-change-in-chinas-nuclear-forces/>, 04. Dezember 2020, [zugegriffen am: 11.12.2020].

Lonsdale, David (2018): The Demise of the INF Treaty and a Return to Nuclear Warfighting, online unter: <https://www.aspistrategist.org.au/the-demise-of-the-inf-treaty-and-a-return-to-nuclear-warfighting/>, [zugegriffen am: 11.07.2019].

Lupovici, Amir (2010): The Emerging Fourth Wave of Deterrence Theory- Toward a New Research Agenda, online unter: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/j.1468-2478.2010.00606.x>, [zugegriffen am: 04.10.2018].

Mackey, Robert (2011): Before Attack, Pakistan's Navy Boasted of Role in Fight Against Taliban, online unter: <https://web.archive.org/web/20120617162912/http://thelede.blogs.ny-times.com/2011/05/23/before-attack-pakistans-navy-boasted-of-role-in-fight-against-taliban/>, 23. Mai 2011, [zugegriffen am: 07.02.2022].

Mahbubani, Rhea (2020): Pakistani leader Imran Khan admitted he refuses to criticize China's treatment of its Uighur minority because they 'helped us when we were at rock bottom', online unter: <https://www.businessinsider.com/imran-khan-pakistan-wont-criticize-china-on-uighurs-2020-1?r=DE&IR=T>, 22. Januar 2020, [zugegriffen am: 18.05.2021].

- Maizland, Lindsay (2022): Why China-Taiwan Relations Are So Tense, online unter: <https://www.cfr.org/background/china-taiwan-relations-tension-us-policy-biden>, 26. Mai 2022, [zugegriffen am: 26.07.2022].
- Malik, Muhammad Sajjad (2019): Pakistan-India Relations: An Analytical Perspective of Peace Efforts, in: Strategic Studies, 39. Jg., Heft 1, S. 59-76.
- Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses (o. J.): India-Bhutan Friendship Treaty, online unter: <https://www.idsa.in/resources/documents/Ind-BhutanFriendshiptreaty.2007>, [zugegriffen am: 15. Mai 2021].
- Marantidou, Virginia (2014): Revisiting China's String of Pearls Strategy: Places with Chinese Characteristics and their Security Implications, online unter: https://pacforum.org/wp-content/uploads/2019/02/140624_issuesinsights_vol14no7.pdf, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Mastro, Oriana Skylar & Tarapore, Arzan (2017): Countering Chinese Coercion: The Case of Doklam, online unter: <https://warontherocks.com/2017/08/countering-chinese-coercion-the-case-of-doklam/>, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Mawdsley, Emma (2014). India as a 'Post-Colonial' Development Partner, in: Oxford University Press (Hrsg.) (2014): Politics in the Developing World. Oxford, S. 403-412.
- Mazarr, Michael J. (2018): Understanding Deterrence, online unter: https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/perspectives/PE200/PE295/RAND_PE295.pdf, [zugegriffen am: 04.04.2020].
- McCarthy, Niall (2019): China Commissions Its Second Aircraft Carrier, online unter: <https://www.statista.com/chart/6483/the-worlds-aircraft-carrier-fleets/>, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- McLaughlin, Jonathan (2020): India's Expanding Missile Force, online unter: <https://www.wisconsinproject.org/indias-expanding-missile-force/>, 20. Oktober 2020, [zugegriffen am: 19.12.2020].
- Mecklin, John (2018): Mini-nukes: Still a horrible and dangerous idea, online unter: <https://thebulletin.org/2018/09/mini-nukes-still-a-horrible-and-dangerous-idea/>, 19. September 2018, [zugegriffen am: 16.10.2018].

- Meier-Walser, Reinhard C. (2004): Die wissenschaftliche Untersuchung internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchner Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“, online unter: <https://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/aa35.pdf>, [zugegriffen am: 18.11.2021].
- Mehta, Tejas/Malik, Surabhi (2016): David Headley Says ‚Ex-Pakistan PM Gilani Came To My Home After My Father’s Death‘, online unter: <https://www.ndtv.com/india-news/david-headley-says-pakistan-pm-gilani-came-to-my-house-after-my-fathers-death-1290489>, 25. März 2016, [zugegriffen am: 13.01.2022].
- Meng, Angela/Chan, Minnie (2015): Beijing eyes bigger arms exports after Pakistan deal, experts say, online unter: <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy-defence/article/1776522/beijing-eyes-bigger-arms-exports-experts-say>, [zugegriffen am: 19.10.2020].
- Menon, Shivskandar (2016): Why India didn’t attack Pakistan after 26/11 Mumbai attacks, online unter: <https://www.livemint.com/Leisure/29IXP57cHDAloqUf2uJOHM/Why-India-didnt-attack-Pakistan-after-2611-Mumbai-attacks.html>, 22. November 2016, [zugegriffen am: 14.01.2022].
- The Merriam-Webster Inc. (o. J. a). Counterforce, in The Merriam-Webster.com Dictionary, online unter: <https://www.merriam-webster.com/dictionary/counterforce>, [zugegriffen am: 27.01.2020].
- The Merriam-Webster Inc (o. J. b): Deterrence, in The Merriam-Webster.com Dictionary, online unter: <https://www.merriam-webster.com/dictionary/deterrence>, [zugegriffen am: 27.01.2020].
- Mian, Zia, Ramana, M. V. & Nayyar, A. H. (2019): Nuclear Submarines in South Asia: New Risks and Dangers, online unter: <https://doi.org/10.1080/25751654.2019.1621425>, [zugegriffen am: 24.09.2020].

- Miasnikov, Eugene, Kroenig, Matthew & Yin, Lu (2015): Modernizing nuclear arsenals: Whether and how, online unter: <https://thebulletin.org/roundtable/modernizing-nuclear-arsenals-whether-and-how/>, [zugegriffen am: 16.07.2019].
- Miller, Manjari Chatterjee (2018): China, India, and Their Differing Conceptions of International Order, in: Paul, T. V. (Hrsg.) (2018): The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press, Washington DC, S. 75–94.
- Ministry of Defence (2019): Annual Report 2018-19, online unter: <https://www.mod.gov.in/sites/default/files/MoDAR2018.pdf>, [zugegriffen am: 28.01.2022].
- Ministry of Defence & Defence of Nuclear Organisation (2021): The 2021 Integrated Review: nuclear frequently asked questions, online unter: <https://www.gov.uk/guidance/the-2021-integrated-review-nuclear-frequently-asked-questions>, 27. April 2021, [zugegriffen am: 28.08.2021].
- Ministry of National Defense (o. J.): Defense Policy, online unter: <http://eng.mod.gov.cn/defense-policy/index.htm>, [zugegriffen am: 31.01.2022].
- Mishra, Vivek (2019): Indo-U.S. Relations in 2019: Navigating Complex Differences, online unter: <https://southasianvoices.org/indo-u-s-relations-in-2019-navigating-complex-differences/>, 09. Juli 2019, [zugegriffen am: 23.07.2019].
- Missile Defense Advocacy Alliance (2016a): Dong Feng-4 (CSS-3), online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/dong-feng-4-css-3/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].
- Missile Defense Advocacy Alliance (2016b): Dong Feng-41 (CSS-X-20), online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/df-41/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2016c): JL-2, online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/jl-2/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2017a): Dong Feng-5 (DF-5), online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/dong-feng-5-df-5/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2017b): Dong Feng-31 (CSS-10), online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/dong-feng-31-css-10/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2017c): Dong Feng-21 (CSS-5), online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/dong-feng-21-css-5/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2017d): Dong Feng-15 (CSS-6), online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/dong-feng-15/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2018a): Dong Feng-17, online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/dong-feng-17/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Advocacy Alliance (2018b): Dong Feng-26, online unter: <https://missiledefenseadvocacy.org/missile-threat-and-proliferation/todays-missile-threat/china/df-26/>, [zugegriffen am: 09.11.2020].

Missile Defense Project (2018a): Agni-1, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/agni-1/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2018b): Agni-2, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/agni-2/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2018c): Agni-3, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/agni-3/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2018d): Agni-4, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/agni-4/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2018e): Dhanush, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/dhanush/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2018f): Nirbhay, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/nirbhay/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2018g): Hatf 7 “Babur”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-7/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2018h): Hatf 6 “Shaheen 2”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-6/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2018i): Hatf 3 “Ghaznavi”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-3/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2018j): Hatf 5, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-5/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2018k): Hatf 2 “Abdali”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-2/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2018l): Ababeel, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/ababeel/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2018m): Hatf 9 “Nasr”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-9/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2019a): Prithvi-I/II/III, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/prithvi/>, [zugegriffen am: 19.12.2020].

Missile Defense Project (2019b): Shaheen 3, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/shaheen-3/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2019c): Hatf 4 “Shaheen 1”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-4/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

Missile Defense Project (2020): Hatf 8 “Ra’ad”, online unter: <https://missilethreat.csis.org/missile/hatf-8/>, [zugegriffen am: 23.12.2020].

- Mohammed, Farah (2018): Can the U.S. and China Avoid the Thucydides Trap?, online unter: <https://daily.jstor.org/can-the-u-s-and-china-avoid-the-thucydides-trap/>, 05. November 2018, [zugegriffen am: 07.01.2021].
- Mohsina, Nazneen & Kapur, Roshni (2019): Is China Walking on Thin Ice in South Asia?, online unter: <https://southasianvoices.org/is-china-walking-on-thin-ice-in-south-asia/>, [zugegriffen am: 23.07.2019].
- Moore, George M., Banuelos, Cervando A. & Gray, Thomas T. (2016): Appendix A: Naval Propulsion Reactors of the Various Nations, online unter: www.jstor.org/stable/resrep14271.18, [zugegriffen am: 20.05.2020].
- Morgan, Forrest E., Mueller, Karl P., Medeiros, Evan S., Pollpeter, Kevin L. & Cliff, Roger (2008): Dangerous Thresholds. Managing Escalation in the 21st Century, online unter: <https://www.jstor.org/stable/10.7249/mg614af.13>, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Motwani, Nishank (2018): Be Prepared for an India-Pakistan Limited War, online unter: <https://thediplomat.com/2018/10/be-prepared-for-an-india-pakistan-limited-war/>, [zugegriffen am: 25.07.2019].
- Mundhra, Shreya (2021): Touted As 'Game-Changer', What Are Indian Navy's 'Anti-Submarine Warfare Shallow Water Crafts'?, online unter: <https://eur-asiantimes.com/touted-as-game-changer-what-are-indian-navys-anti-submarine-warfare-shallow-water-crafts/>, 27. Dezember 2021, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Nagasawa, Tsuyoshi & Miyasaka, Shotaro (2020): Thousands of US troops will shift to Asia-Pacific to guard against China, online unter: <https://asia.nikkei.com/Politics/International-relations/Thousands-of-US-troops-will-shift-to-Asia-Pacific-to-guard-against-China>, 05. Juli 2020, [zugegriffen am: 07.01.2021].
- Naqvi, Tauquir H. (2012): Indian nuclear submarine programme, online unter: <https://nation.com.pk/13-May-2012/indian-nuclear-submarine-programme>, 13. Mai 2012, [zugegriffen am: 24.09.2020].

- Narang, Vipin (2018): Nuclear Deterrence in the China-India Dyad, in: Paul, TV (Hrsg.): The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press, Washington DC, S. 187-201.
- NATO (2022): NATO 2022 Strategic Concept, online unter: <https://www.nato.int/strategic-concept/>, [zugegriffen am: 16.12.2022].
- Naval Encyclopedia (o. J.): Type 091 nuclear attack submarines, online unter: <https://naval-encyclopedia.com/cold-war/china/type-091-han-class-nuclear-attack-submarines-1970.php>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Naval Technology (2001): SSK Agosta 90B Class Submarine, online unter: <https://www.naval-technology.com/projects/agosta/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Nawrotkiewicz, Joanna (2021): Understanding Chinese “Wolf Warrior Diplomacy”, online unter: <https://www.nbr.org/publication/understanding-chinese-wolf-warrior-diplomacy/>, 22. Oktober 2021, [zugegriffen am: 19.06.2022].
- Nazir, Tahir (2018): Waning nuclear deterrence in South Asia, online unter: <https://thebulletin.org/2018/03/waning-nuclear-deterrence-in-south-asia/>, [zugegriffen am: 15.01.2019].
- The News International (2012): Pakistan Navy receives two P3Cs, online unter: <https://web.archive.org/web/20170219171113/https://www.the-news.com.pk/archive/print/620407-pakistan-navy-receives-two-p3cs>, 22. Februar 2012, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- The Nobel Foundation (2017): The Nobel Peace Prize 2017, online unter: <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/2017/summary/>, [zugegriffen am: 04.11.2019].
- Nuclear Threat Initiative (o. J. a): Central Asia Nuclear-Weapon-Free-Zone (CANWFZ), online unter: <https://www.nti.org/learn/treaties-and-regimes/central-asia-nuclear-weapon-free-zone-canwz/>, [zugegriffen am: 05.08.2020].

- Nuclear Threat Initiative (o. J. b): Pakistan Institute of Nuclear Science and Technology (PINSTECH), online unter: <https://www.nti.org/learn/facilities/90/>, [zugegriffen am: 15.11.2020].
- Nuclear Threat Initiative (2003): Rattehal Enrichment Facility, online unter: <https://www.nti.org/learn/facilities/79/>, [zugegriffen am: 20.11.2020].
- Nuclear Threat Initiative (2011a): Ras Koh Test Site, online unter: <https://www.nti.org/learn/facilities/122/>, [zugegriffen am: 25.01.2021].
- Nuclear Threat Initiative (2011b): Wazir Khan Khosa Test Site, online unter: <https://www.nti.org/learn/facilities/123/>, [zugegriffen am: 25.01.2021].
- Nuclear Threat Initiative (2011c): China National Nuclear Corporation (CNNC), online unter: <https://www.nti.org/learn/facilities/707/>, [zugegriffen am: 25.01.2021].
- Nuclear Threat Initiative (2014): Design Characteristics of India's Ballistic and Cruise Missiles, online unter: https://media.nti.org/pdfs/design_characteristics_of_india_ballistic_cruise_missiles.pdf, [zugegriffen am: 19.12.2020].
- Nuclear Threat Initiative (2015): China Submarine Capabilities, online unter: <https://www.nti.org/analysis/articles/china-submarine-capabilities/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Nuclear Threat Initiative (2020): Nuclear Suppliers Group (NSG), online unter: <https://www.nti.org/learn/treaties-and-regimes/nuclear-suppliers-group-nsg/>, 14. Juli 2020, [zugegriffen am: 06.10.2021].
- O'Donnell, Frank (2018): Stabilizing Sino-Indian Security Relations. Managing Strategic Rivalry After Doklam, online unter: <http://www.jstor.com/stable/resrep20987.9>, [zugegriffen am: 06.03.2021].
- Office of the Assistant Secretary of Defense for Nuclear, Chemical, and Biological Defense Programs (2011): Nuclear Matters Handbook, online unter: <https://fas.org/man/eprint/NMHB2011.pdf>, [zugegriffen am: 27.01.2020].
- Office of the Assistant Secretary of Defense for Nuclear Matters (2020): Nuclear Matters Handbook, online unter: <https://man.fas.org/eprint/nmhb2020.pdf>, [zugegriffen am: 30.08.2021].

- Osborn, Kris (2021): China Just Practiced Shooting Down a Nuclear Missile, online unter: <https://nationalinterest.org/blog/buzz/china-just-practiced-shooting-down-nuclear-missile-177677>, 05. Februar 2021, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Oxford Dictionary (o. J.): Tactical, in Lexico.com, online unter: <https://www.lexico.com/definition/tactical>, [zugegriffen am: 30.03.2020].
- Pajon, Céline/Saint-Mézard, Isabelle (2018): The Japan-India Economic Partnership. A Politically Driven Process, online unter: <https://www.ifri.org/en/publications/notes-de-lifri/asie-visions/japan-india-economic-partnership-politically-driven-process>, [zugegriffen am: 12.07.2019].
- Pakistan Navy (o. J.): PN Dimensions: Air Arm, online unter: https://www.paknavy.gov.pk/air_arm.html, [zugegriffen am: 29.01.2022].
- Panda, Ankit (2017a): A Slip of the Tongue on India's Once-Hyped 'Cold Start' Doctrine?, online unter: <https://thedi diplomat.com/2017/01/a-slip-of-the-tongue-on-indias-once-hyped-cold-start-doctrine/>, 07. Januar 2017, [zugegriffen am: 25.07.2019].
- Panda, Ankit (2017b). The Political Geography of the India-China Crisis at Doklam, online unter: <https://thedi diplomat.com/2017/07/the-political-geography-of-the-india-china-crisis-at-doklam/>, 13. Juli 2017, [zugegriffen am: 06.03.2021].
- Pandit, Rajat (2003): Nuke command set up, button in PM's hand, online unter: <https://timesofindia.indiatimes.com/india/Nuke-command-set-up-button-in-PMs-hand/articleshow/33382162.cms>, 04. Januar 2004, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- Pandya, Abhinav (2020): The Future of Indo-Pak Relations after the Pulwama Attack, online unter: <https://www.jstor.org/stable/26626866>, [zugegriffen am: 28.02.2021].
- Paul, Michael (2012): Atomare Abrüstung. Probleme, Prozesse, Perspektiven, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

- Paul, T. V. (2018): Explaining Conflict and Cooperation in the China-India Rivalry, in: Paul, T.V. (Hrsg.) (2018): The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press. Washington DC, S. 3-23.
- Peri, Dinakar (2022): Indian Navy hones anti-submarine warfare skills in Exercise Sea Dragon, online unter: <https://www.thehindu.com/news/national/indian-navy-hones-anti-submarine-warfare-skills-in-exercise-sea-dragon/article38300399.ece>, 21. Januar 2022, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Philip, Snehash Alex (2020): India's ballistic missile shield ready, IAF & DRDO to seek govt nod to protect Delhi, online unter: <https://theprint.in/defence/indias-ballistic-missile-shield-ready-iaf-drdo-to-seek-govt-nod-to-protect-delhi/345853/>, 08. Januar 2020, [zugegriffen: 26.01.2022].
- Pokraka, Abby (2019): History of Conflict in India and Pakistan, online unter: <https://armscontrolcenter.org/history-of-conflict-in-india-and-pakistan/>, 26. November 2019, [zugegriffen am: 23.01.2022].
- Potter, William C., Sokov, Nikolai, Müller, Harald & Schaper, Annette (2000): Tactical Nuclear Weapons. Options for Control, online unter: <http://www.unidir.org/programmes/weapons-of-mass-destruction/tactical-nuclear-weapons-project>, [zugegriffen am: 21.11.2018].
- Prince, Rohana (2019): Southeast Asia – It's All in the Numbers, online unter: <https://www.csis.org/analysis/southeast-asia-its-all-numbers>, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Princeton (2019): Plan A, online unter: <https://sgs.princeton.edu/the-lab/plan-a>, [zugegriffen am: 16.12.2022].
- Pu, Xiaoyu (2018): Asymmetrical Competitors. Status Concerns and the China-India Rivalry, in: Paul, T.V. (Hrsg.) (2018). The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press, Washington, DC, S. 55-73.
- Radunski, Michael (2014): Partner und Rivalen, online unter: <https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/181832/indien-und-china>, 07. April 2014, [zugegriffen am: 20.01.2022].

- Rajah, Roland, Dayant, Alexandre & Pryke, Jonathan (2019): Ocean of Debt? Belt and Road and Debt Diplomacy in the Pacific, online unter: <https://www.lowyinstitute.org/publications/ocean-debt-belt-and-road-and-debt-diplomacy-pacific>, 21. Oktober 2019, [zugegriffen am: 13.07.2022].
- Rajain, Arpit (2005): Nuclear Deterrence in Southern Asia. China, India and Pakistan, Sage Publications India Pvt. Ltd, New Delhi.
- Rana, Shahbaz (2015): Defence cooperation: Pakistan to buy eight submarines from China. Deal reportedly worth up to \$5 billion, largest ever by China with any other country, online unter: <https://tribune.com.pk/story/925514/defence-cooperation-pakistan-to-buy-eight-submarines-from-china>, [zugegriffen am: 19.10.2020].
- Rapnouil, Manuel Lafont, Varma, Tara & Witney, Nick (2018): Eyes tight shut: European attitudes towards nuclear deterrence, online unter: https://ecfr.eu/special/eyes_tight_shut_european_attitudes_towards_nuclear_deterrence/, 19. Dezember 2018, [zugegriffen am: 14.08.2022].
- Rashid, Farooq (2018): China-Pakistan Economic Corridor (CPEC) and the Emerging Maritime Security Environment, online unter: http://issi.org.pk/wp-content/uploads/2018/08/IP_Farooq_Rashid_No_37_2018.pdf, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Rej, Abhijnan (2018): Pakistan's Sea-Based Deterrent and its Asymmetric Escalation Strategy, online unter: <https://www.orfonline.org/research/pakistans-sea-based-nuclear-deterrent-and-its-asymmetric-escalation-strategy/>, [zugegriffen am: 12.07.2019].
- Roblin, Sebastien (2019a): Is China's DF-100 Missile Good Enough to Kill America's Navy?, online unter: <https://nationalinterest.org/blog/buzz/chinas-df-100-missile-good-enough-kill-americas-navy-96476>, 17. November 2019, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Roblin, Sebastien (2019b): All U.S. Navy Submarines are Nuclear Powered (But That Could Change), online unter: <https://nationalinterest.org/blog/buzz/all-us-navy-submarines-are-nuclear-powered-could-change-94636>, 11. November 2019, [zugegriffen am: 24.09.2020].

- Rossow, Richard M., Bermudez, Joseph S. & Upadhyaya, Kriti (2020): A Frozen Line in the Himalayas, online unter: <https://www.jstor.org/stable/res-rep25665>, [zugegriffen am: 06.03.2021].
- Rothermund, Dietmar (2014): Die unabhängige Republik Indien, online unter: <https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44407/geschichte-ab-1947>, 07. April 2014, [zugegriffen am: 18.01.2022].
- Sagar, Pradip R. (2021): Explained: India's Ballistic Missile Defence programme, developed by DRDO, online unter: <https://www.theweek.in/news/india/2021/09/11/explained-indias-ballistic-missile-defence-programme-developed-by-drdo.html>, 11. September 2021, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Sandschneider, Eberhard (2020): Chinas Außenpolitik – wie umgehen mit dem selbstbewussten Riesen?, online unter: <https://www.bpb.de/internationales/asien/china/322047/chinas-aussenpolitik-wie-umgehen-mit-dem-selbstbewussten-riesen>, 30. November 2020, [zugegriffen am: 20.01.2022].
- Schell, Phillip & Kristensen, Hans M. (2013): SIPRI Yearbook 2013. Armaments, Disarmament and International Security. Pakistani nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/SIPRIYB13c06sVII.pdf>, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- Schelling, Thomas C. (2008): Arms and Influence, Yale University Press, New Haven.
- Schmiester, Carsten & Flocken, Andreas (2022, 28. Juni): NDR Info - Streitkräfte und Strategien. Die Rolle Chinas (Tag 125) [Audio-Podcast].
- Schmitt, Carl (2017): Theorie des Partisanen, Duncker & Humblot GmbH, 8. Auflage, Berlin.
- Schmucker, Robert H. & Schiller, Markus (2015): Raketenbedrohung 2.0. Technische und Politische Grundlagen. Hamburg. Maximilian Verlag.
- Schneider, Gina (2018): Conflict Management under Conditions of Asymmetric Power: The Case of the South China Sea Disputes, in: S&F Sicherheit und Frieden, 36. Jg., Heft 1, S. 45-52.

- Schofield, Julian (2013): Modeling Choices in Nuclear Warfighting: Two Classroom Simulations on Escalation and Retaliation, in: Simulation & Gaming, 44. Jg., Heft 1, S. 73-93.
- Schreer, Benjamin (2005): Zur Zukunft der amerikanischen Abschreckungsstrategie, online unter: http://www.kas.de/upload/dokumente/trans_portal/bips-02-2005-Schreer.pdf, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Schuchardt, Dirk (2018): Eskalieren um zu de-eskalieren, in: Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik, 12. Jg., Heft 1/2018, S. 31-37.
- Schulz, Benedikt (2021): Die Wurzeln der indischen Hindutva-Ideologie, online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/die-wurzeln-der-indischen-hindutva-ideologie-religion-und-100.html>, 10. März 2021, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Schwarte, Georg (2021): Vertrag in Kraft – ohne Deutschland, online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/atomwaffen-verbotsvertrag-103.html>, 22. Januar 2021, [zugegriffen am: 05.05.2021].
- Scobell, Andrew (2018): Himalayan Standoff. Strategic Culture and the China-India Rivalry. In: Paul, T.V. (Hrsg.) (2018): The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press, Washington DC, S. 165-186.
- Senzel, Holger (2021): Atom-U-Boote für Australien, online unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/ozeanien/australien-u-boot-101.html>, 16. September 2021, [zugegriffen am 02.10.2021].
- Sethi, Manpreet (2019): Back to Basics: Pledging Nuclear Restraint, online unter: <https://southasianvoices.org/back-to-basics-pledging-nuclear-restraint/>, [zugegriffen am: 23.07.2019].
- Shaheen, Salma (2019): SAV Review: Is Pakistan's Nuclear Strategy Stuck in Time?, online unter: <https://southasianvoices.org/sav-review-pakistan-nuclear-strategy-stuck-in-time/>, 19 Juni 2019, [zugegriffen am: 19.07.2019].
- Shankar, Mahesh (2018): Territory and the China-India Competition, in: Paul, T.V. (Hrsg.) (2018): The China-India Rivalry in the Globalization Era, Georgetown University Press, Washington DC, S. 27-53.

- Shapero, Julia (2022): Report: U.S. admiral says China has fully militarized three islands in South China Sea, online unter: <https://www.axios.com/2022/03/20/china-fully-militarized-three-islands-south-china-sea>, 20. März 2022, [zugegriffen am: 19.06.2022].
- Sharma, Rakesh (2018): Line of Control Ceasefire – ‘Escalate to De-escalate’, online unter: <http://www.indiandefencereview.com/spotlights/line-of-control-ceasefire-escalate-to-de-escalate/>, 12. Februar 2018, [zugegriffen am: 25.07.2019].
- Shen, Lucinda (2015): China accounts for more than a third of the world’s ‘secret’ military spending, online unter: <https://www.businessinsider.com/china-accounts-for-more-than-a-third-of-the-worlds-secret-military-spending-2015-11>, 04. November 2015, [zugegriffen am: 18.06.2022].
- Shukla, Tarun (2017): INS Kalvari, India’s first Scorpene submarine, commissioned by Narendra Modi, online unter: <https://www.livemint.com/Politics/uPlyd9PAN0KhwVJPbXHmOK/PM-Modi-commissions-Scorpene-class-submarine-INS-Kalvari-int.html>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Sibal, Sidhant (2020): We were pushed into Kargil war, says former Pakistan Prime Minister Nawaz Sharif, online unter: <https://www.dnaindia.com/india/report-we-were-pushed-into-kargil-war-says-former-pakistan-prime-minister-nawaz-sharif-2852225>, [zugegriffen am: 08.01.2022].
- Singh, DK (2017): 26/11 attacks: India asked Pak foreign minister to leave, reveals Pranab book, online unter: <https://www.hindustantimes.com/india-news/26-11-mumbai-attacks-india-asked-pak-foreign-minister-to-leave-reveals-pranab-in-his-book/story-yVFnoaQPLisCtuvmb2iwql.html>, 14. Oktober 2017, [zugegriffen am: 13.01.2022].
- Singh, Sunny (2019): Past Forward: A timeline of Kargil War, online unter: <https://www.newshour.press/blogs/past-forward-a-timeline-of-kargil-war/>, 26. Juli 2021, [zugegriffen am: 05.01.2022].
- Singh, Ameya Pratap (2020): Why India should pursue deterrence by punishment in the high Himalayas, online unter: <https://www.orfonline.org/expert->

speak/why-india-should-pursue-deterrence-by-punishment-in-the-high-himalayas-68558/, 26. Juni 2020, [zugegriffen am: 04.02.2022].

Singh, Surinder (2021): The Truth About the Kargil War Is Bitter But it Must Be Told, online unter: <https://thewire.in/security/kargil-war-vijay-diwas-truth>, [zugegriffen am: 12.01.2022].

SIPRI (2018): World nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/SIPRIYB18c06.pdf>, [zugegriffen am: 04.11.2019].

SIPRI (2020a): World nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/YB20%2010%20WNF.pdf>, [zugegriffen am: 24.09.2020].

SIPRI (2020b): Trends in World Military Expenditure, 2019, online unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-04/fs_2020_04_milex_0_0.pdf, [zugegriffen am: 20.11.2020].

SIPRI (2020c): Armaments, Disarmaments and International Security. Summary, online unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-06/yb20_summary_en_v2.pdf, [zugegriffen am: 02.05.2021].

SIPRI (2021): World nuclear forces, online unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-06/yb21_10_wnf_210613.pdf, [zugegriffen am: 06.09.2021].

SIPRI (2022): World nuclear forces, online unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/YB22%2010%20World%20Nuclear%20Forces.pdf>, [zugegriffen am: 16.12.2022].

Sitaraman, Srini (2020): Are India and China destined for war? Three future scenarios, online unter: <https://www.jstor.org/stable/resrep26667.24>, [zugegriffen am: 06.03.2021].

Siyech, Mohammad Sinan (2019): The Pulwama Attack: Significance, Implications and the Way Forward, online unter: <https://www.jstor.org/stable/26631532>, [zugegriffen am: 28.02.2021].

- Small, Andrew (2020): Returning to the Shadows: China, Pakistan, and the Fate of CPEC, online unter: <https://www.jstor.org/stable/resrep27627.6>, [zugegriffen am: 06.03.2021].
- Smith, Dan (2018): SIPRI Yearbook 2018. Armaments, Disarmaments and International Security, online unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-06/yb_18_summary_en_0.pdf, [zugegriffen am: 21.11.2018].
- South Asian Association for Regional Cooperation (2020): About SAARC, online unter: <https://www.saarc-sec.org/index.php/about-saarc/about-saarc>, [zugegriffen am: 18.12.2020].
- Squassoni, Sharon & Götttsche, Malte (2021): Fissile Material Stocks and Production, in: Götttsche, Malte & Glaser, Alexander (2021): Toward Nuclear Disarmament. Building Up Transparency and Verification, Federal Foreign Office, Berlin, S. 54–83.
- Starr, Barbara & Browne, Ryan (2017): First on CNN: US drops largest non-nuclear bomb in Afghanistan, online unter: <https://edition.cnn.com/2017/04/13/politics/afghanistan-isis-moab-bomb/index.html>, 14. April 2017, [zugegriffen am: 06.09.2021].
- Statista (2020): Ten countries with the largest population in mid 2019, online unter: <https://www.statista.com/statistics/262879/countries-with-the-largest-population/>, [zugegriffen am: 28.04.2021].
- Statista (2021): Estimated population of first and new first tier cities in China in 2020, online unter: <https://www.statista.com/statistics/992683/china-population-in-first-and-second-tier-cities-by-city/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Statista (2022): Militärausgaben von China von 2006 bis 2021, online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151195/umfrage/china-militaerausgaben-seit-1991/>, [zugegriffen am: 18.06.2022].
- Stevens, Charles B. (2011): What Are A-Bombs vs. Thermonuclear Weapons?, online unter: https://larouchepub.com/eiw/public/2011/eirv38n48-20111209/15-16_3848.pdf, [zugegriffen am: 30.08.2018].

- Stoker, Donald (2016): Everything you think you know about limited war is wrong, online unter: <https://warontherocks.com/2016/12/everything-you-think-you-know-about-limited-war-is-wrong/>, 22. Dezember 2016, [zugegriffen am: 05.11.2019].
- Subrahmanyam, G. S. (2014): INS Kamorta joins Eastern Fleet, online unter: <https://www.thehindu.com/news/national/indigenously-built-stealth-anti-submarine-warfare-corvette-ins-kamorta-joins-navys-eastern-fleet/article6345357.ece>, 24. August 2014, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Suneja, Kirtika (2019): Pakistan's most-favoured nation status scrapped, online unter: <https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/pakistans-most-favoured-nation-status-crapped/article-show/68018002.cms?from=mdr>, 16. Februar 2019, [zugegriffen am: 05.05.2020].
- Sutton, H. I. (2021): First Image of China's New Nuclear Submarine Under Construction, online unter: <https://www.navalnews.com/naval-news/2021/02/first-image-of-chinas-new-nuclear-submarine-under-construction/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Taniguchi, Takuya (2020): Should We Forget about the Asia-Africa Growth Corridor?, online unter: <https://www.ifri.org/en/publications/editoriaux-de-lifri/lettre-centre-asie/should-we-forget-about-asia-africa-growth>, 19. Oktober 2020, [zugegriffen am: 26.01.2021].
- Tasleem, Sadia (2016). Pakistan's Nuclear Use Doctrine, online unter: <https://carnegieendowment.org/2016/06/30/pakistan-s-nuclear-use-doctrine-pub-63913>, 30. Juni 2016, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Tasleem, Sadia (2018): Pakistan's View of Strategic Stability. A Struggle between Theory and Practice, in: Rubin, Lawrence & Stulberg, Adam N. (2018): The End of Strategic Stability. Nuclear Weapons and the challenge of regional rivalries, Georgetown University Press, Washington DC, S. 66-88.
- Tasleem, Sadia (2019): No Indian BMD for no Pakistani MIRVs, online unter: <https://southasianvoices.org/no-indian-bmd-for-no-pakistani-mirvs/>, [zugegriffen am: 23.07.2019].

- Taylor, David (2014): Pakistan: Regime Change and Military Power, in: Oxford University Press (Hrsg.) (2014): Politics in the Developing World, 4. Auflage, Oxford, S. 305-314.
- Tellis, Ashley J., Fair, Christine & Medby, Jamison Jo (2001): Limited Conflicts Under the Nuclear Umbrella, online unter: https://www.rand.org/pubs/monograph_reports/MR1450.html, [zugegriffen am: 08.01.2022].
- Tertrais, Bruno (2011): In Defense of Deterrence. The Relevance, Morality and Cost-Effectiveness of Nuclear Weapons, online unter: <https://www.ifri.org/downloads/pp39tertrais.pdf>, [zugegriffen am: 20.05.2018].
- Thomas-Noone, Brendan (2016): Tactical Nuclear Weapons in the Modern Nuclear Era, online unter: www.jstor.org/stable/resrep10188, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Tinker, Hugh Russel/The Editors of Encyclopaedia Britannica (o. J.): Bangladesh: The Pakistani period, 1947-71, online unter: <https://www.britannica.com/place/Bangladesh/The-Pakistani-period-1947-71>, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Toon, Owen B., Bardeen, Charles G., Robock, Alan, Xia, Lili, Kristensen, Hans M., McKinzie, Matthew, Peterson, R. J., Harrison, Cheryl S., Lovenduski, Nicole S. & Turco, Richard P. (2019): Rapidly expanding nuclear arsenals in Pakistan and India portend regional and global catastrophe, online unter: <https://advances.sciencemag.org/content/5/10/eaay5478>, [zugegriffen am: 17.11.2019].
- Treaty of Aachen, online unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/19-0232-1900417_en_fin_reinschrift_ws_aa105-og_ck_010219__cle079d7b.pdf, [zugegriffen am: 14.08.2022].
- Trevithick, Jospheh (2018): Let's Talk About That Mysterious Chinese Anti-Ballistic Missile Launch, online unter: <https://www.thedrive.com/the-war-zone/18283/lets-talk-about-that-mysterious-chinese-anti-ballistic-missile-launch>, 06. Februar 2018, [zugegriffen am: 26.01.2022].

- Trevithick, Joseph (2021): China Claims It Has Conducted A New Midcourse Intercept Anti-Ballistic Missile Test, online unter: <https://www.thedrive.com/the-war-zone/39093/china-claims-it-has-conducted-a-new-midcourse-intercept-anti-ballistic-missile-test>, 04. Februar 2021, [zugegriffen am: 26.01.2022].
- Trombly, Dan (2012): The Thing About Weapons Is They Still Don't Make War, online unter: <https://www.businessinsider.com/weapons-still-dont-make-war-2012-8?r=DE&IR=T>, 16. August 2012 [zugegriffen am: 30.03.2020].
- UN News (2021): Prime Minister Modi spotlights India's role as a 'reliable, democratic global partner', online unter: <https://news.un.org/en/story/2021/09/1101302>, 25. September 2021, [zugegriffen am: 28.01.2022].
- Unal, Beyza/Lewis, Patricia (2018): Cybersecurity of Nuclear Weapons Systems. Threats, Vulnerabilities and Consequences, online unter: <https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/2018-01-11-cybersecurity-nuclear-weapons-unal-lewis-final.pdf>, [zugegriffen am: 06.05.2021].
- Unal, Beyza, Lewis, Patricia & Aghlani, Sasan (2017): The Humanitarian Impacts of Nuclear Testing: Regional Responses and Mitigation Measures, online unter: <https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/2017-05-08-HINT.pdf>, [zugegriffen am: 01.10.2018].
- United Nations.org (o. J.): Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT), online unter: <https://www.un.org/disarmament/wmd/nuclear/ctbt/> [zugegriffen zum: 05.08.2020].
- UNODA (o. J.): Treaty on the prohibition of nuclear weapons, online unter: <https://www.un.org/disarmament/wmd/nuclear/tpnw/>, [zugegriffen am: 04.11.2019].
- US Department of Defense (o. J.): America's Nuclear Triad, online unter: <https://www.defense.gov/Experience/Americas-Nuclear-Triad/>, [zugegriffen am: 15.05.2019].

- Vavasseur, Xavier (2021): Boeing Delivers 11th P-8I Neptune MPA To Indian Navy, online unter: <https://www.navalnews.com/naval-news/2021/10/boeing-delivers-11th-p-8i-neptune-mpa-to-indian-navy/>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Vickery Jr., Raymond E. (2016): Narendra Modi's Guns vs. Butter Approach to Terror From Pakistan, online unter: <https://thediplomat.com/2016/10/narendra-modis-guns-vs-butter-approach-to-terror-from-pakistan/>, 24. Oktober 2016, [zugegriffen am: 16.07.2019].
- Waltz, Kenneth (1981): The Spread of Nuclear Weapons: More May Better, online unter: <https://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/waltz1.htm>, [zugegriffen am: 15.05.2018].
- Wang, Kai (2022): China: Is it burdening poor countries with unsustainable debt?, online unter: <https://www.bbc.com/news/59585507>, 06. Januar 2022, [zugegriffen am: 03.07.2022].
- Washington, Brittney, Conant, Christopher M., Dunnmon, Jared, Ensley, Dean, Green, Ashley E., Friedman Lissner, Rebecca, Menke, Harrison, Shirazy, Sarah, van Dine, Alexandra, Wellington, Tracey-Ann & Wiener, Rachel (2017): Project on Nuclear Issues: A Collection of Papers from the 2016 Nuclear Scholars Initiative and PONI Conference Series. The South China Sea and Nuclear Deterrence in the Asia Pacific, online unter: www.jstor.org/stable/resrep23162.12, [zugegriffen am: 20.05.2020].
- Watts, Barry D. (2013): Nuclear-conventional firebreaks and the nuclear taboo, online unter: <https://csbaonline.org/uploads/documents/Nuclear-Conventional-Firebreaks-Report1.pdf>, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Weeden, Brian/Samson, Victoria (2021): Global Counterspace Capabilities. An Open Source Assessment, online unter: https://swfound.org/media/207161/swf_global_counterspace_capabilities_es_2021_en.pdf, [zugegriffen am: 15.05.2021].

- Westcott, Ben/Jiang, Steven (2020): China is embracing a new brand of foreign policy. Here's what wolf warrior diplomacy means, online unter: <https://edition.cnn.com/2020/05/28/asia/china-wolf-warrior-diplomacy-intl-hnk/index.html>, 29. Mai 2020, [zugegriffen am: 29.05.2021].
- Whitehouse (2022): Joint Statement of the Leaders of the Five Nuclear-Weapon States on Preventing Nuclear War and Avoiding Arms Races, online unter: <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/01/03/p5-statement-on-preventing-nuclear-war-and-avoiding-arms-races/>, 03. Januar 2022, [zugegriffen am: 16.12.2022].
- Williams, Michael C. (2003): Words, Images, Enemies: Securitization and International Politics, in: *International Studies Quarterly*, 47. Jg., Heft 4, S. 511–531.
- Williams, Ian/Dahlgren, Masao (2019): More Than Missiles: China Previews is New Way of War, online unter: <https://www.csis.org/analysis/more-missiles-china-previews-its-new-way-war>, 16. Oktober 2019, [zugegriffen am: 04.08.2020].
- Wisotzki, Simone (2005): Macht „Macht“ Diskurse produktiv? Die Nuklearwaffenpolitik Großbritanniens und Frankreichs im kritisch-konstruktivistischen Vergleich, in: Ulbert, Cornelia/Weller, Christoph (2005): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 127-156.
- Wood Forsyth Jr., James (2017): Nuclear Weapons and Political Behavior, in: *Strategic Studies Quarterly*, 11. Jg., Heft 3, S. 115-128.
- Woolf, Amy F. (2022): Nonstrategic Nuclear Weapons, online unter: <https://fas.org/sgp/crs/nuke/RL32572.pdf>, [zugegriffen am: 16.12.2022].
- The China Defence Universities Tracker (2021): Chinese Academy of Engineering Physics, online unter: <https://unitracker.aspi.org.au/universities/chinese-academy-of-engineering-physics/>, 05. Mai 2021, [zugegriffen am: 06.10.2021].

- The World Bank (o. J. a): GDP (current US\$) – Pakistan, online unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2019&locations=PK&start=1960>, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- The World Bank (o. J. b): GDP Ranking, online unter: <https://datacatalog.worldbank.org/dataset/gdp-ranking>, [zugegriffen am: 24.09.2020].
- The World Bank (o. J. c): GDP (current US\$) – India, online unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2019&locations=IN&start=1960>, [zugegriffen am: 25.11.2020].
- The World Bank (o. J. d): GDP (current US\$) – China, online unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2019&locations=CN&start=1960>, [zugegriffen am: 30.11.2020].
- World Nuclear Association (2017): Mixed Oxide (MOX) Fuel, online unter: <https://www.world-nuclear.org/information-library/nuclear-fuel-cycle/fuel-recycling/mixed-oxide-fuel-mox.aspx>, [zugegriffen am: 19.05.2020].
- World Nuclear Association (2020a): Uranium Enrichment, online unter: <https://www.world-nuclear.org/information-library/nuclear-fuel-cycle/conversion-enrichment-and-fabrication/uranium-enrichment.aspx>, [zugegriffen am: 02.10.2021].
- World Nuclear Association (2020b): Processing of Used Nuclear Fuel, online unter: <https://world-nuclear.org/information-library/nuclear-fuel-cycle/fuel-recycling/processing-of-used-nuclear-fuel.aspx>, [zugegriffen am: 02.11.2021].
- World Nuclear Association (2021a): Plutonium, online unter: <https://world-nuclear.org/information-library/nuclear-fuel-cycle/fuel-recycling/plutonium.aspx>, [zugegriffen am: 16.12.2022].
- World Nuclear Association (2021b): Nuclear Power in Pakistan, online unter: <https://world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-o-s/pakistan.aspx>, [zugegriffen am: 04.06.2021].
- World Population Review (2019): GDP Ranked by Country 2019, online unter: <http://worldpopulationreview.com/countries/countries-by-gdp/>, [zugegriffen am: 04.11.2019].

- World Population Review (2022a): Population of Cities in India (2022), online unter: <https://worldpopulationreview.com/countries/cities/india>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- World Population Review (2022b): Population of Cities in Pakistan (2022), online unter: <https://worldpopulationreview.com/countries/cities/pakistan>, [zugegriffen am: 07.02.2022].
- Wuthnow, Joel, Limaye, Satu & Samaranayake, Nilanthi (2018): Doklam, One Year Later: China's long game in the Himalayas, online unter: <https://warontherocks.com/2018/06/doklam-one-year-later-chinas-long-game-in-the-himalayas/>, 07. Juni 2018, [zugegriffen am: 15.05.2021].
- Wyne, Ali (2018): The Quad: Second Verse, Same as the First?, online unter: <https://www.rand.org/blog/2018/06/the-quad-second-verse-same-as-the-first.html>, 15. Juni 2018, [zugegriffen am: 24.07.2019].
- Xu, Zicheng/Li, Jiasheng (2021): Prospect of India's military reform remains dim, online unter: http://eng.chinamil.com.cn/view/2021-11/15/content_10108014.htm, 15. November 2021, [zugegriffen am: 03.02.2022].
- Yan, Xuetong (2017): China Must Not Overplay its Strategic Hand, online unter: <https://carnegietsinghua.org/2017/08/09/china-must-not-overplay-its-strategic-hand-pub-72872>, 09. August 2017, [zugegriffen am: 29.01.2021].
- Zagare, Frank C. (2004): Reconciling Rationality with Deterrence, online unter: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0951629804041117>, [zugegriffen am: 04.10.2018].
- Zhang, Hui (2017): China's Fissile Material Production and Stockpile, online unter: <http://fissilematerials.org/library/rr17.pdf>, [zugegriffen am: 28.05.2019].
- Zhang, Hui (2020): Pinpointing China's new plutonium reprocessing plant, online unter: <https://thebulletin.org/2020/05/pinpointing-chinas-new-plutonium-reprocessing-plant/>, 05. Mai 2020, [zugegriffen am: 29.11.2020].
- Zhao, Tong (2018): Conventional Challenges to Strategic Stability. Chinese Perceptions of Hypersonic Technology and the Security Dilemma, in: Rubin,

Lawrence & Stulberg, Adam N. (Hrsg.) (2018): The End of Strategic Stability. Nuclear Weapons and the challenge of regional rivalries, Georgetown University Press, Washington, DC, S. 174-202.

Zhao, Tong (2021): China's silence on nuclear arms buildup fuels speculation on motives, online unter: <https://thebulletin.org/2021/11/chinas-silence-on-nuclear-arms-buildup-fuels-speculation-on-motives/>, 12 November 2021, [zugegriffen am: 20.01.2022].

Zheng, Canran (2019): The Energy Transition in China: Mid-to Long-Term National Strategies and Prospects, online unter: www.jstor.org/stable/resrep22285.7, [zugegriffen am: 18.05.2020].

Zhen, Liu (2020): Researchers nominated for award for sub-launched nuclear missile that China hasn't confirmed it's developing, online unter: <https://www.businessinsider.com/chinese-researchers-nominated-for-award-jl3-sub-launched-nuclear-missile-2020-5?r=DE&IR=T>, 15. Mai 2020, [zugegriffen am: 04.12.2020].